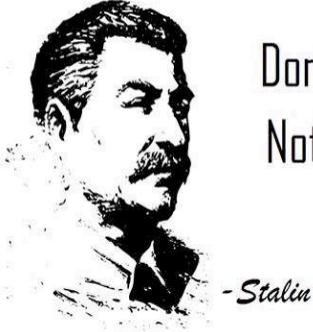


Michael Kubi:

**Die
Sowjetdemokratie
und Stalin**

**Theorie und Praxis in der
Sowjetunion 1917 - 1953**

Hrsg: offensiv



Don't be afraid of criticism.
Nothing will move without criticism.

ZIP-Kurzaufnahme der Deutschen Bibliothek:

Kubi: Sowjetdemokratie

Hannover 2015

Herausgeber und Verleger; Zeitschrift offen-siv

Frank Flegel

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782

Mail: redaktion@offen-siv.com

Copyright: März 2015, Frank Flegel, Hannover

Alle Rechte vorbehalten

Redaktionelle Betreuung: Anna C. Heinrich, Frank Flegel

Druck: Druckservice orbital, Wolfgang Lange, Reichenau

Printed in Germany

ISBN 978-3-00-048893-1

14,00 €

Inhaltsverzeichnis:

Vorbemerkung des Herausgebers	4
DIE SOWJETDEMOKRATIE UND STALIN	5
Vorwort	5
Was ist Bürokratismus und war die Sowjetunion eine Diktatur der Bürokraten?	8
Demokratie ohne bürgerliche Parteien?	18
Lenin und Stalin über die Gefahren des Bürokratismus	47
Durch Bildung den Bürokratismus überwinden	59
Sowjetische Presse- und Redefreiheit	72
Planwirtschaft	111
Sozialistischer Wettbewerb, Subbotniks und Stoßarbeiter	142
Die Stachanow-Bewegung	148
Sozialistischer Wettbewerb in der Landwirtschaft	165
Gewerkschaften	170
Die Sowjetverfassung und die Wahlen zum Obersten Sowjet	183
Abschluss	210
Addendum	214
Literaturverzeichnis	218

Vorbemerkung des Herausgebers

Wir freuen uns sehr darüber, dass wir dieses Buch machen konnten. In unseren Sonderheften war und ist die Geschichte des Sozialismus immer wieder Thema. Dieses Buch setzt einen Meilenstein auf dem Weg der von uns veröffentlichten vorurteilsfreien, aber selbstverständlich für die Sache der Befreiung des Proletariats parteilichen und deshalb antirevisionistischen Analysen.

Dieses Buch ist all denjenigen gewidmet, die die Lügen und Hasstiraden über Stalin und die Sowjetunion nicht mehr glauben wollen bzw. nicht mehr hören können und sich objektiv über diese Epoche informieren wollen. Mit den antistalinistischen Hasstiraden wurde und wird ja nicht nur die Person Stalin in den Dreck gezogen, sondern gleichbedeutend der gesamte Aufbau des Sozialismus, die dafür notwendige neue staatliche Struktur, der Parteaufbau, das Führen des inneren und äußeren Klassenkampfes, ja selbst die Planwirtschaft!

Unser Autor Michael Kubi legt hiermit eine fundierte, an historischem und aktuellem Quellenmaterial vorbildlich abgesicherte Studie über die reale Entwicklung der sozialistischen Demokratie in der Sowjetunion vor – fußend auf den grundlegenden Einsichten unserer Klassiker, aber trotzdem immer historisch-konkret, so wie die Wahrheit nun einmal ist.

Redaktion offen-siv, Anna C. Heinrich und Frank Flegel

**Impressum der Zeitschrift offen-siv
offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und
F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: redaktion@offen-siv.com,

Internet: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

In- und Ausland: Konto Frank Flegel,

IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort Offensiv.

Die Sowjetdemokratie und Stalin

Vorwort

„Heute ist der Begriff ‚Stalinismus‘ zu einer leeren Worthülse für Beschimpfungen geworden, um bestimmte politische Ansichten, die man nicht teilt, zu brandmarken“, konstatiert Bill Bland in seiner Studie über den Stalinismus.¹

Das online-Lexikon „wissen.de“ fasst folgende Merkmale zusammen, die den „Stalinismus“ kennzeichnen: „Verengung der marxistischen Theorie zu einem Dogmensystem, das hauptsächlich der Rechtfertigung der Herrschaftsverhältnisse diene; exzessiver Personenkult um den obersten Führer; Monopolisierung der Machtausübung und der Meinungsbildung bei der Kommunistischen Partei; Ausschaltung aller autonomen Gruppen außerhalb der Partei; Beseitigung aller bürgerlichen Freiheiten und Rechtsgarantien; umfassender Terror gegen weite Bevölkerungskreise; zentralistisch-bürokratischer Aufbau des Parteiapparats; Unterwerfung der kommunistischen Weltbewegung unter die außenpolitischen Interessen der UdSSR.“²

Die westliche Geschichtsschreibung sieht in Stalin einen blutrünstigen, herrschsüchtigen Diktator, der jede kritische Stimme beseitigte. Besonders gerne hervorgehoben wird der Terror und das Leid, unter denen die sowjetische Bevölkerung unter einem blutrünstigen und skrupellosen Diktator zu leiden gehabt hätte. Nicht selten werden dabei Parallelen zu Hitler gezogen. Während des Kalten Krieges wurde die Totalitarismus-Doktrin, also die unwissenschaftliche Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus, zum Paradigma für die Geschichtswissenschaft.

Hier sei an dieser Stelle nur an ein Zitat von Thomas Mann erinnert: „Den russischen Kommunismus mit dem Nazifaschismus auf die gleiche moralische Stufe zu stellen, weil beide totalitär seien, ist bestenfalls Oberflächlichkeit, im schlimmeren Falle ist es – Faschismus. Wer auf dieser Gleichstellung beharrt, mag sich als Demokrat vorkommen, in Wahrheit und im Herzensgrund ist er damit bereits Faschist und wird mit Sicherheit den Faschismus nur unaufrichtig und zum Schein, mit vollem Hass aber allein den Kommunismus bekämpfen.“³

Seit dem XX. Parteitag und Chruschtschows berüchtigter Geheimrede „wissen“ wir jedoch von den „Verbrechen“ Stalins. Doch auch schon vor ihm hat ein gewisser Leo

¹ Bland, Stalinismus, <https://sascha313.worldpress.com/2014/04/22/3466/>

² <http://www.wissen.de/lexikon/stalinismus>

³ <https://wurfbude.worldpress.com/2012/08/15/thomas-mann-1945-uber-die-beruechtigte-extremen-klausel-von-heute/>

Trotzki Stalin und den sowjetischen Sozialismus verunglimpft, doch sein Geschrei gegen den „Stalinschen Thermidor“ wurde von der Arbeiterbewegung weitestgehend ignoriert. Mit Chruschtschow aber wurde aus den eigenen Reihen behauptet, dass im Namen des Kommunismus unvorstellbare Verbrechen begangen worden seien; Trotzki hätte also doch Recht gehabt! Seit dem XX. Parteitag ist der Antistalinismus mit der antikapitalistischen Bewegung konform, ist in sie eingepflanzt.

Da kaum ein Tag vergeht, an dem nicht von neuen Verbrechen und Opfern des Stalinismus die Rede ist, fällt es natürlich schwer, Lüge und Wahrheit zu unterscheiden. Auffällig ist, dass – zumindest im deutschsprachigen Raum – seriöse Geschichtswissenschaft renommierter Historiker über den „Stalinismus“, wie z. B. die Arbeiten der Amerikaner J. Arch Getty oder Robert Thurston oder der Russen Juri Shukow oder Viktor Zemskow, erst Recht jene von Kommunisten wie Ludo Martens oder Grover Furr, ignoriert werden. Ignoriert werden sie deshalb, weil diese Historiker nicht dem Paradigma der Totalitarismus-Doktrin folgen, auch wenn sie in ihren Arbeiten die sowjetischen Archive auswerten. Mag man den Kommunisten Ludo Martens oder Grover Furr vorwerfen, dass sie Stalin irgendwie entschuldigen wollen (was sie natürlich nicht tun!), so kann man den anderen genannten Historikern sicherlich keinerlei Sympathien für den Kommunismus oder Stalin vorwerfen. Stattdessen werden, besonders in den Massenmedien, Legenden des Kalten Krieges propagandistisch wiedergekaut. Dabei bezieht man sich besonders auf Koryphäen der antistalinistischen Propaganda, wie den MI6-Agenten Robert Conquest („Der Große Terror“, „Ernte des Todes“), den Faschisten Alexander Solschenitzyn („Archipel Gulag“), den GEZ-Medien-Guru Guido Knopp (diverse Stalin und Hitler-Dokumentationen), den Russland-„Kenner“ Jörg Baberowski („Roter Terror“, „Verbrannte Erde“) oder den gefallenen Ex-Maoisten Stephane Courtois (Schwarzbuch des Kommunismus).

Es sei an dieser Stelle noch erwähnt, dass Stalin nicht der erste in der Geschichte ist, der propagandistisch in ein blutrünstiges Monster verwandelt wird. Bill Bland erinnert, um deutlich zu machen, dass Geschichtsbilder häufig von den Interessen der jeweils Herrschenden abhängen, z. B. an Richard III.: „Wenn wir die britische Geschichte nehmen, dann kommt wohl König Richard, der Dritte, den jeder ‚kennt‘, Stalin am nächsten – ich setze das Wort ‚kennt‘ in Anführungszeichen -, den unsere Geschichtsbücher und Shakespeare als ein grausames, unförmiges Monster beschreiben, der die kleine Prinzessin im Turm ermordete. Es ist noch gar nicht so lange her, dass seriösen Historikern aufgefallen ist, dass das allgemein akzeptierte Bild von Richard III von seinen Nachfolgern, den Tudors, gezeichnet wurde, die ihn vom Thron stürzten und ihn anschließend ermordeten. Nur zu natürlich, dass sie sich dann daranmachten, die Chroniken umzuschreiben, um die Besetzung des Throns zu rechtfertigen. Sie änderten sogar die Porträts von ihm, um ihn als physisch verunstaltet, als physisches und moralisches Ungeheuer darzustellen. Mit anderen Worten: Das Bild

von Richard, das heute noch allgemein akzeptiert wird, war nicht das Ergebnis der historischen Wahrheit, sondern das der damaligen Propaganda seiner politischen Gegner. Es ist deshalb legitim zu fragen: Ist das Bild von Stalin, das uns von ‚Kremlforschern‘ serviert wird, eine historische Tatsache oder bloße Propaganda?“⁴

Auch Robespierre blieb von solchen Verleumdungen nicht verschont: „In Frankreich wurden die Jakobiner nach dem Thermidor auch moralisch der Guillotine ausgeliefert. Es breitete sich eine Publizistik aus, die sie als ‚jene Sultane‘, ‚jene Satyrn‘ apostrophierte, die überall ‚Vergnügungsstätten‘, ‚Örtlichkeiten für Orgien‘ eingerichtet hätten, wo ‚sie sich allerlei Exzessen hingaben‘. Zusammen mit der sexuellen Libido werde Robespierre vor allem von der libido dominandi verzehrt: Er schickte sich an, die Tochter Ludwigs XVI. zu heiraten, um den Thron Frankreichs zu besteigen. Zweifellos war die Anklage sensationell, doch an Beweisen fehlte es nicht – sie waren sogar im Überfluss vorhanden. Der ‚Ehevertrag‘ war schon unterzeichnet; außerdem war im Haus des soeben hingerichteten Tyrannen das ‚Siegel mit der Lilie Frankreichs‘, d.h. das Siegel der bourbonischen Dynastie gefunden worden. Es gab keine Zweifel mehr: Robespierre wollte König von Frankreich werden, dafür hatte er den Terror entfesselt! Die Exponenten des Thermidor wetteiferten darum, die Zahlen der Opfer des Terrors in die Höhe zu treiben: Zehntausende, Hunderttausende, ja Millionen! (...) In der Geschichte geschieht es wohl, dass eine Revolution oder revolutionäre Bewegung, nachdem sie niedergeschlagen wurde, unter verleumderischen Anschuldigen begraben wird. Heutzutage nimmt nicht mal der fanatischste Antijakobiner die Vorwürfe der Zeitgenossen gegen Robespierre ernst (...). Stalin dagegen hat weniger Glück.“⁵

Nun ist es nicht möglich in einem Buch sämtliche Vorwürfe und Enthüllungen gegen Stalin zu entkräften. Nicht nur weil viele der Vorwürfe schlicht und einfach absurd sind, wie es ein Artikel der „BILD“ zeigt, der sogar „dokumentarisch“ verfilmt wurde⁶ und der „beweisen“ soll, dass Stalin Affenmenschen für den Krieg gezüchtet habe. Die Thematik „Stalinismus“ ist höchst komplex und beinhaltet viele Aspekte. Diese Arbeit konzentriert sich auf das Thema „Sozialismus und Demokratie“. Hier geht es daher um die „Diktatur des Proletariats“ und die Untersuchung der Frage, welche Art von Demokratie es in der Sowjetunion in der Ära Stalin gab.

Über die Situation der Arbeiterklasse in der Sowjetunion, besonders in den 30er Jahren, gibt es viele wilde Spekulationen. In ihrem Hass auf den Sozialismus vergnügt

⁴ <https://sascha313.worldpress.com/2014/04/22/3466/>

⁵ Vorwort Domenico Losurdos zu Grover Furrs Buch: „Chruschtschows Lügen“, S.11f.

⁶ <http://topor-nkvd.livejournal.com/698979.html?thread=12768355> Doku: <https://www.youtube.com/watch?v=YiuyzEKTlbc>

sich die Bourgeoisie stets, den „gewaltsamen“ Charakter der Industrialisierung zu unterstreichen. Es ist von „blutiger Unterdrückung“ der Arbeiterklasse und von „Kommandowirtschaft“ die Rede. Die Arbeiterklasse sei nicht die herrschende Klasse gewesen, sondern sei von der „stalinistischen Bürokratie“ versklavt worden und habe keinerlei Mitbestimmungsrechte gehabt. Diese Ansicht teilen nicht nur die reaktionärsten Antikommunisten, sondern auch eine Reihe „fortschrittlich“ denkender Menschen, von den „demokratischen Sozialisten“ bis hin zu den Trotzlisten.

Ziel der Arbeit ist es, die Behauptung, die Sowjetunion sei zu Zeiten Stalins eine die Arbeiterklasse ausbeutende und unterdrückende bürokratische Diktatur gewesen, kritisch zu hinterfragen.

Im Folgenden wird ausgewertet, welche Möglichkeiten für das sowjetische Volk bestanden, die eigene Meinung auszudrücken und z. B. gegen aufkeimende bürokratische Tendenzen vorzugehen. Thematisiert werden Kapitel wie Bürokratismus, Diktatur des Proletariats, Pressewesen, Planwirtschaft, sozialistischer Wettbewerb, die Rolle der Gewerkschaften sowie die Bedeutung der sowjetischen Verfassung und des sowjetischen Wahlsystems.

An dieser Stelle sei noch mein Dank an alle Genossen gerichtet, die sich die Mühe machten, das Manuskript durchzulesen, zu korrigieren und Verbesserungsvorschläge zu machen. Ohne diese Hilfe wäre diese Arbeit nur schwer möglich gewesen.

Was ist Bürokratismus und war die Sowjetunion eine Diktatur der Bürokraten?

Mit der „Machtergreifung“ Stalins sei die Arbeiterklasse in der Sowjetunion entmachtet worden und eine bürokratische Clique habe sich durch die Ausbeutung der Arbeiter und Bauern bereichert. Stalin sei dabei der ideologische Führer gewesen, der den Marxismus entstellt und so die Herrschaft der Bürokraten zu rechtfertigen versucht habe. Soweit das gängige Vorurteil. Wer jedoch die Schriften Stalins studiert, der wird feststellen, dass von Stalin und auf den Parteitag sehr wohl die Gefahren von Bürokratismus, von Vetternwirtschaft, von der Notwendigkeit des ideologischen Klassenkampfes gesehen wurden.

Um Stalins Kampf gegen bürokratische Auswüchse genauer nachvollziehen zu können, ist zunächst von Bedeutung zu klären, was man unter Bürokratie zu verstehen hat. „Bürokratismus“ ist ein vager Begriff, der für Vieles stehen kann. Darin sehen die verschiedenen Gegner des Kommunismus und der Sowjetunion einen Vorteil. Denn hiermit wird ein Blankoscheck ausgestellt, alles und jeden am Sozialismus zu kritisie-

ren. Denn mit dem Totschlagargument des Bürokratismus wird gesagt, dass im Sozialismus nicht die Arbeiterklasse herrschte, sondern eine Clique von selbstgefälligen Bürokraten, die über die Köpfe der Arbeiterklasse hinweg alles entscheiden konnte und sich wie eine parasitäre Klasse den von der Arbeiterklasse geschaffenen Mehrwert angeeignet und in purem Luxus gelebt hätte. Dies impliziert auch noch andere Vorwürfe: ein Fehlen an Demokratie, exzessiven Zentralismus, ökonomische Ineffizienz, Erstickung jeglicher Entwicklung in der Gesellschaft, unnötigen Papierkram etc. Die wohl bekannteste Kritik hierzu stammt aus dem trotzkistischen Lager. Die Sowjetunion wird dabei in das zentrale Dogma des „degenerierten Arbeiterstaates“ gezwängt.

Bei Wikipedia lesen wir: „Trotzki beschreibt die Sowjetunion als zwischen Kapitalismus und Sozialismus stehendes - und aufgrund der Herrschaft der stalinistischen Bürokratie inzwischen stecken gebliebenes - Regime des Übergangs zwischen Kapitalismus und Sozialismus, dessen Zukunft nach zwei Seiten, zur Restauration kapitalistischer Produktionsverhältnisse wie zur Etablierung sozialistischer Verhältnisse offen sei. Die die Herrschaft auf allen Ebenen der Gesellschaft ausübende "totalitäre Bürokratie", deren Führer Stalin ebenso sei wie deren Produkt, sei eine nahezu allmächtige Kraft geworden, die nur im Zuge einer neuerlichen (diesmal politischen - im Unterschied zu einer sozialen) Revolution entmachtet werden könne. Im Unterschied zu sozialen Klassen, die in den Produktionsverhältnissen einer gegebenen Gesellschaft verwurzelt seien, handele es sich bei der Sowjetbürokratie aber nicht um eine eigenständige Klasse. Trotzki bewertet die Sowjetunion als ein "Übergangs- oder Zwischenregime", über dessen gesellschaftlichen Charakter die Geschichte noch nicht abschließend entschieden habe; für ihn steht aber fest, dass sie als Arbeiterstaat nur auf dem Weg einer neuen Revolution für die sozialistische Zukunft zu retten sei.⁷

Diese Definition passt nicht nur in das Totalitarismuskonzept, sondern läuft zudem jeglicher marxistischen Klassenanalyse zuwider:

„Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (...) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe und des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die

⁷http://de.wikipedia.org/wiki/Verratene_Revolution._Was_ist_die_Sowjetunion_und_wohin_treibt_sie%3F

Arbeit der anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft.“⁸

Um die Verwirrtheit dieses Konstruktes von einem „degenerierten Arbeiterstaat“ zusammenzufassen: Zwar habe das Proletariat die Macht erobert, wurde aber von der Bürokratie entmachtet. Letztere sei aber keine Klasse, also stehe der „Stalinismus“ irgendwo zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Auch wenn die Bürokratie keine Klasse sei und formal das Proletariat die Macht erobert habe, herrsche die Bürokratie aber trotzdem wie eine Klasse, obwohl sie aber keine echte Klasse sei und als Bürokratie nur im Interesse einer Klasse herrschen könne. Da aber die stalinistische Bürokratie nicht im Interesse der Arbeiterklasse herrsche, aber es auch keine Bourgeoisie mehr gebe, herrsche sie quasi wie eine Klasse. Da soll einmal einer diesen Schwachsinn durchblicken!

Hans-Jürgen Falkenhagen kommentiert in seiner Arbeit über das Wesen des Trotzismus dazu: „Gebetsmühlenartig werden in Trotzki's Schriften ständig Begriffe wie Diktatur der Bürokratie, Parteibürokratie, Sowjetbürokratie, staatliche Bürokratie, bürokratische Strukturen, bürokratische Entartung, Stalin-Bürokratie als bössartiger Auswuchs am Körper der Arbeiterklasse, degenerierte Parteiführung u. ä. Wortkombinationen wiederholt, wobei nirgends definiert ist, was Trotzki genauso genommen unter Bürokratie verstand, wenn man von solchen nichtssagenden Definitionen abieht, dass die Sowjetbürokratie eine kollektive Deformation sei und er bisweilen von 400.000 Personen in der UdSSR redete, die man der Bürokratie zuordnen müsse.“⁹

Was ist also unter Bürokratie tatsächlich zu verstehen?

Nach der Definition von Wikipedia ist Bürokratie „(Herrschaft der Verwaltung) ... die Wahrnehmung von Verwaltungstätigkeiten im Rahmen festgelegter Kompetenzen innerhalb einer festen Hierarchie. Eine Übersteigerung der Bürokratie wird als **Bürokratismus** bezeichnet.“¹⁰

Eine wenig hilfreiche Definition um ein Gesellschaftssystem zu beschreiben.

Nach marxistisch-leninistischer Definition ist Bürokratie ein Instrument der herrschenden Klasse. Es handelt sich dabei also um Verwaltungs- und Leitungstätigkeiten, die im Interesse einer herrschenden Klasse ausgeführt werden. Dabei benutzt die herrschende Klasse den Staat als Unterdrückungsmittel der ausgebeuteten Klassen.

⁸ Kleines Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie, S.153

⁹ Hans-Jürgen Falkenhagen. Leo Trotzki und das Wesen des Trotzismus, Teil 1. Marxistisch-leninistische Schriftenreihe für Geschichte, Politik, Ökonomie und Philosophie. Heft 98-1. Ernst-Thälmann-Verlag der KPD(B)

¹⁰ <http://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCrokratie>

Wenn die Bürokratie ein Organ der herrschenden Klasse ist, so ist sie keine selbstständige Kraft. Daraus ergeben sich besondere Konsequenzen.

Um es mit den Worten von Max Seydewitz zu charakterisieren: „Die Bürokratie ist nicht um ihrer selbst willen da, sondern sie hat Aufgaben zu erfüllen, die ihr von ihrem Auftraggeber, der jeweils herrschenden Klasse, vorgeschrieben werden. Sie dient der herrschenden Klasse, sie muss für die Erreichung der von der herrschenden Klasse erstrebten Ziele wirken. Das Ziel, dem sie zustreben soll, wird je nach der herrschenden Klasse, in deren Auftrag sie handelt, verschieden sein. Das Ziel, das die Bürokratie im kapitalistischen oder faschistischen Staat erreichen soll, ist die Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft, die fortdauernde Unterdrückung und störungslose Ausbeutung der arbeitenden Massen; das Ziel, das die Bürokratie in der Sowjetunion unter der Herrschaftsform der Diktatur des Proletariats erreichen soll, ist die Aufhebung der Klassengesellschaft, die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft, die den Staat, die Gendarmen und die Bürokratie überflüssig macht. Mit den Augen des Marxisten besehen ist also in jedem Falle die Bürokratie in der Sowjetunion etwas grundlegend anderes als die Bürokratie im kapitalistischen Staate. Die Existenz der beiden kann nicht als etwas Gleiches gewertet werden, ihr Handeln muss mit verschiedenen Maßen gemessen werden. Die Wandlung der Bürokratie der Sowjetunion und die Überwindung ihrer Schwächen liegt in der Hand der über weitgehende politische und wirtschaftliche Rechte verfügenden Arbeiter- und Bauernmassen, deren Beauftragte die Herrschaft in der Sowjetunion ausüben.“¹¹

Wir stellen also fest, dass der Charakter der Bürokratie von den Produktionsverhältnissen abhängt. Damit wird bei der Vollendung einer vollkommen sozialistischen Produktionsordnung, mit dem Übergang zum Kommunismus, mit dem Absterben des Staates auch die Bürokratie mit all ihren Fehlern und Mängeln überflüssig.

Wenn Trotzki also behauptet, in der Sowjetunion herrsche nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur der Bürokratie, so verkennt dieser den eigentlichen Charakter der Bürokratie. Schildern wir hierzu nochmals einige wichtige Aussagen von Seydewitz. Diese sind insofern interessant, da er auch eine treffende Analyse der trotzkistischen Definition der Bürokratie liefert. Daher lohnt es sich, längere Abschnitte zu zitieren:

„Der Verwaltungsapparat des Staates wird aber in keinem Falle eine selbständig herrschende Klasse, sondern er wird immer nur das Instrument der herrschenden Klasse sein. Er ist - wie Karl Marx lehrte - im kapitalistischen Klassen-Staat das Organ der herrschenden kapitalistischen Klasse. Unter der Herrschaftsform der Diktatur des

¹¹ Seydewitz, Max, 1938. Stalin oder Trotzki, Kapitel 6: http://www.offensiv.net/Lesenswertes/stal_tro.shtml

Proletariats wird er der Beauftragte der herrschenden Arbeiterklasse sein. Die Behauptung, daß die Bürokratie eine selbständige Klasse sei, die zwischen oder über den anderen Klassen stehe, die als selbständige Kraft im kapitalistischen Staat über die kapitalistischen Klassen, im proletarischen Staat über die Arbeiter- und Bauernklasse herrsche, ist vollkommen unmarxistisch. Im Jahre 1933 schrieb Trotzki in ‚Die 4. Internationale und die UdSSR‘ (Seite 13 usw.): ‚Eine Klasse wird bestimmt nicht durch den Anteil am Nationaleinkommen allein, sondern durch eine selbständige Rolle in der allgemeinen Wirtschaftsstruktur, selbständige Wurzeln im ökonomischen Fundament der Gesellschaft. Jede Klasse (Feudaladel, Bauern, Kleinbürgertum, kapitalistische Bourgeoisie, Proletariat) arbeitet ihre Grundformen des Eigentums heraus. All dieser sozialen Züge ist die Bürokratie bar. Sie nimmt keinen selbständigen Platz im Produktions- und Verteilungsprozeß ein. Sie hat keine selbständigen Eigentums-wurzeln. Ihre Funktionen betreffen im Grunde die politische Technik der Klassen-herrschaft. Das Vorhandensein einer Bürokratie charakterisiert, bei allen Unterschieden in Form und spezifischem Gewicht, jedes Klassenregime. Ihre Kraft trägt wider-gespiegelten Charakter. Die Bürokratie ist unlöslich verknüpft mit der wirtschaftlich herrschenden Klasse, nährt sich aus deren sozialen Wurzeln, steht und fällt mit ihr... Nichtsdestoweniger ändern die Privilegien der Bürokratie für sich allein noch nichts an den Grundlagen der Sowjetgesellschaft, denn die Bürokratie schöpft ihre Privilegien nicht aus irgendwelchen besonderen, ihr als „Klasse“ eigentümlichen Besitzver-hältnissen, sondern aus den Eigentumsformen, die von der Oktoberrevolution ge-schaffen wurden und im Grunde der Diktatur des Proletariats adäquat sind.‘ Abgese-hen von einigen Schiefheiten wird hier von Trotzki selbst zugegeben, daß in der Sowjetunion eine „Diktatur der Bürokratie“ unmöglich ist. Die Bürokratie kann nie und nirgendwo eine selbständige Klasse sein. Sie ist darum auch nicht imstande, eine selbständige Diktatur auszuüben. Das ist der eindeutige marxistische und leninistische Standpunkt, und wenn Trotzki später gegen die angeblich vorhandene „Diktatur der Bürokratie“ wettet, so ist auch das nur ein Beweis dafür, wie er um seines persönli-chen Machtkampfes willen marxistische Erkenntnisse über Bord wirft und sich gegen den Marxismus wendet. In der gleichen Schrift, in der Trotzki auseinandersetzt, daß die Bürokratie keine selbständige Klasse sei und darum auch nicht die Funktionen einer herrschenden Klasse — die Diktatur — auszuüben vermag, behauptet er aber auch gleich wieder das ungefähre Gegenteil (Seite 16/17): ‚Aber die Weiterentwick-lung des bürokratischen Regimes kann zur Entstehung einer neuen herrschenden Klasse führen; nicht auf dem organischen Wege des Entartens, sondern über die Kon-terrevolution.‘ Was bedeutet das? Es wird eine neue Klasse entstehen, die die Herr-schaft übernimmt und die Diktatur ausübt. Soll die Bürokratie sich zu der neu entste-henden herrschenden Klasse entwickeln? Wie wird sie zur herrschenden Klasse wer-den? Trotzki sagt, nicht auf dem organischen Wege des Entartens, sondern über die Konterrevolution. Wer aber soll die Konterrevolution durchführen? Die Bürokratie?

Zu welchem Zwecke wohl? Angeblich übt sie doch die Diktatur über das Volk bereits aus. Soll sie die Konterrevolution machen, um ihre eigene Herrschaft zu beseitigen? Das alles sind sehr komplizierte Rätsel. Jedoch: wir wissen, daß die Bürokratie unter der Diktatur des Proletariats ebensowenig eine selbständige Klasse ist wie unter dem Kapitalismus. Wie soll sie also, die immer nur Hilfsmittel einer herrschenden Klasse sein kann, aus eigener Kraft eine Konterrevolution durchführen, und wie soll sie nach dem Siege ihrer Konterrevolution eine selbständige Klasse werden? Von Trotzki selbst wissen wir doch, daß die Bürokratie auch unter dem Faschismus nur der Kommiss der Bourgeoisie ist. Das Gerede, daß die Bürokratie ausgerechnet in der Sowjetunion Konterrevolution machen oder nach dem Siege ihrer Konterrevolution zur herrschenden Klasse werden müsse, ist vom marxistischen Standpunkt aus gewertet ein ausgemachter Unsinn. Aber Trotzki braucht solche verzwickte Konstruktionen, um seinen Kampf gegen die UdSSR zu rechtfertigen. Das, wogegen Trotzki zu kämpfen vorgibt, existiert nicht. Sein Kampf gilt der Bolschewistischen Partei, dem ersten Arbeiterstaat, sein Kampf dient dem Rückschritt, der Konterrevolution.“

„Aber nicht nur in den einzelnen Produktionszweigen ist im Laufe des zweiten Fünfjahrplans der prozentuale Anteil des Verwaltungsapparates wesentlich vermindert worden, auch der Staatsapparat wurde vereinfacht. In dem Bericht der Staatlichen Plankommission der UdSSR heißt es darüber (467): ‚Der zweite Fünfjahrplan sieht eine Verringerung der Zahl der Angestellten des administrativen und Verwaltungsapparates um 20% vor, wobei er von der Notwendigkeit ausgeht, daß der Staatsapparat vereinfacht, die ein großes Arbeitsquantum erfordernden Buchhaltungs- und sonstigen Arbeiten mechanisiert und an die Arbeit des Staatsapparates die Arbeiteröffentlichkeit herangezogen werden muß (unentgeltliche Bekleidung von Ämtern im Staatsapparat usw.)‘ In der gesamten Sowjetunion ist nach der gleichen Quelle der prozentuale Anteil der Verwaltung von 8% im Jahre 1932 auf 5% im Jahre 1937 herabgedrückt worden.“¹²

Daraus wird deutlich, dass in der Sowjetunion keine Diktatur der Bürokratie herrschte, sondern die Diktatur des Proletariats. Während der Oktoberrevolution wurde der alte zaristische Staatsapparat zerbrochen und das Proletariat gelang im Bündnis mit den Bauern an die Macht. Daraus ist ein neuer Machtapparat entstanden, der von der Masse des Volkes kontrolliert und aus ihr immer wieder ergänzt und erneuert wurde.

Entsprechend gibt es wesentliche Unterschiede zwischen kapitalistischer und sozialistischer Bürokratie, der sich aus der völligen Gegensätzlichkeit der die Bürokratie dirigierenden herrschenden Klassen ergibt.

¹² ebenda

Weitere Kritiker behaupten aber auch, dass nach der sozialistischen Revolution nicht nur in Form der Bürokratie eine privilegierte Klasse entstehen könne, sondern dies auch aus den oberen Schichten der Arbeiterklasse und der Intelligenz möglich sei. Denn in der Sowjetunion habe sich keine Gleichheit entwickelt. Dazu schreibt Otto Bauer in seinem Buch „Zwischen zwei Weltkriegen“ (S. 164/165): „Andererseits war die Sowjetunion gezwungen, die Einkommen aller Volksklassen, der Arbeiter, der Angestellten, der Bauern, der Beamten wesentlich zu differenzieren. Sie mußte intensivere Arbeit, Arbeit höherer Qualifikation und Arbeit höherer Qualität höher entlohnen, um den Antrieb zur Produktivierung, zur Intensivierung, zur Qualifizierung der Arbeit zu steigern. Daher hob sich aus allen Volksklassen eine privilegierte Schicht der ‚vornehmen Leute‘ heraus, die, durch besonders tüchtige Arbeitsleistung ausgezeichnet, besonders hohe Einkommen hat, besonders großes soziales Ansehen und mancherlei Privilegien genießt. Aus dieser Schicht ergänzt sich die industrielle Bürokratie. Ihre Kinder werden bei der Aufnahme in die höheren Schulen bevorzugt. Sie ist mit der herrschenden Partei, mit dem regierenden bürokratischen Apparat besonders eng verknüpft. Diese an sich unvermeidliche Entwicklung schließt eine ernste Gefahr in sich: Es wäre nicht eine sozialistische Gesellschaft, sondern eine Art Technokratie, eine Herrschaft der Ingenieure, der Wirtschaftsführer und der staatlichen Bürokratie, die in diesem Falle aus dem großen revolutionären Prozeß hervorgeht. Diese Gefahr kann nicht anders überwunden werden als durch die Demokratisierung der Staatsverfassung der Sowjetunion und der Betriebsverfassung ihrer Unternehmungen.“¹³

Eine ähnliche Argumentation geht auch von Trotzki aus, indem er sagt, dass die Arbeitsproduktivität gering sei und somit nicht genügend Güter zur Verfügung stünden und die kulturellen und materiellen Bedürfnisse nur für eine bevorzugte Minderheit voll befriedigt werden könnten. Diese Minderheit aber (die Bürokratie und ein Teil der Arbeiter, Bauern und Intelligenz, der zur Steigerung der Arbeitsproduktivität zu besonderen Leistungen angespornt und dafür hoch bezahlt würde) entwickle sich zu einer gehobeneren sozialen Stellung, die sich von der Masse wesentlich unterscheidet.¹⁴

Genauso aber wie aus der Bürokratie keine neue Klasse entsteht, entsteht auch aus besser verdienenden Schichten durch ein höheres Einkommen keine neue Klasse. Die Klassenbildung ist von den Produktionsverhältnissen abhängig. In einer Gesellschaftsformation, in der die Produktionsmittel vergesellschaftet sind, gibt es keine privaten Kapitalisten, die durch die Ausbeutung der Werktätigen sich den durch diese geschaffenen Mehrwert aneignen können.

¹³ Zitiert in Seydewitz, 1938, ebenda

¹⁴ Vgl. ebenda

Außerdem hat der „Marxismus ... die Gleichheitsforderung nie so verstanden, daß jede Individualität vernichtet und alle Menschen gleich gemacht werden müßten. Solche Vorstellungen hatten nur die Vorläufer des wissenschaftlichen Sozialismus, die Utopisten, die das Wesen der Klassengesellschaft und die Notwendigkeit, die Klassen zu beseitigen, nicht erkannt hatten. ... Im 'Kommunistischen Manifest' schrieben Marx und Engels: 'Was den Kommunismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigentums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums. Aber das moderne bürgerliche Privateigentum ist der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte, die auf Klassengegensätzen, auf der Ausbeutung der einen durch die anderen beruht.' Dieses bürgerliche Privateigentum, diese Ausbeutung muß abgeschafft und die Klassenungleichheit beseitigt werden. Doch — so steht weiter im 'Kommunistischen Manifest' zu lesen: 'Wir wollen diese persönliche Aneignung der Arbeitsprodukte zur Wiedererzeugung des unmittelbaren Lebens keineswegs abschaffen, eine Aneignung, die keinen Reinertrag übrig läßt, der Macht über fremde Arbeit geben könnte. Wir wollen nur den elenden Charakter dieser Aneignung aufheben, worin der Arbeiter nur lebt, um das Kapital zu vermehren, nur so weit lebt, wie es das Interesse der herrschenden Klasse erheischt. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die lebendige Arbeit nur ein Mittel, die aufgehäuften Arbeit zu vermehren. In der kommunistischen Gesellschaft ist die aufgehäuften Arbeit nur ein Mittel, um den Lebensprozeß der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördernDer Kommunismus nimmt keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen.'¹⁵

Als Klassengesellschaft (der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie) gilt im Sozialismus das Prinzip: „Jeder nach seiner Fähigkeit, Jedem nach seiner Leistung“. Aber: „Die gesellschaftlichen Zustände in der Sowjetunion geben jedem die Möglichkeit, seine Fähigkeiten frei zu entfalten. Jedem ist also das gleiche Recht gegeben, seine Qualifikation zu steigern, seine Arbeitsleistung und seinen Anteil an den vorhandenen Gütern zu erhöhen.“¹⁶

Selbst einige bürgerliche Historiker kommen zu sinnvolleren Ergebnissen bei der Analyse der sowjetischen Bürokratie als die „linken“ Kritiker des Stalinismus. Zu diesen gehört z. B. David W. Lovell. In seinem Werk „Trotzky's Analysis of Soviet Bureaucratization – A Critical Essay“ schafft es Lovell, einige gravierende Schwächen in Trotzki's Ausführungen zu entlarven, auch wenn seine Analysen und Schlussfolgerungen nicht das Niveau einer marxistisch-leninistischen Analyse erreichen. Lovell erklärt, dass Trotzki's Analyse den Charakter des sowjetischen Staates nicht

¹⁵ Ebenda

¹⁶ Ebenda

ausreichend erklären kann, da Trotzki moralisierend argumentiert: „Ich glaube, dass Moralismus ein zentraler Bestandteil von Trotzki's Gedanken war, besonders in seiner Reaktion auf die Ergebnisse der Oktoberrevolution.“ Weiter schreibt Lovell: „Trotzki sagt uns nicht viel über den Charakter der Sowjetbürokratie, auch wenn er behauptet, diese und ihre Macht zu analysieren.“¹⁷

Hier können wir Lovell zustimmen, da Trotzki, nachdem er seinen Einfluss verlor, behauptet, dass die Bolschewiki den Staat und die Partei zunehmend in die Degeneration trieben. Wir wissen aber, dass Trotzki, so lange er noch im Amt war und Einfluss hatte, ein regelrechter Bürokrat war. Dies zeigt sich z. B. in der Gewerkschaftsfrage, die später in dieser Arbeit im Kapitel über die Gewerkschaften analysiert wird. Der klassenmäßige Charakter der Bürokratie und die Fäulnis in Trotzki's „Kritik“ am Sowjetsystem wurden weiter oben zu genüge dargelegt. Zusätzlich sei in diesem Zusammenhang auf zwei bedeutende Werke hingewiesen: Ludo Martens „Stalin anders betrachtet“ und Harpal Brar „Trotskyism or Leninism“.

Kommunisten ist klar, dass die Bürokratie einen dialektischen Doppelcharakter hat und entsprechend widersprüchlich ist. Sie kann nicht auf einmal abgeschafft werden, dies wäre reinste Utopie. Mit der sozialistischen Revolution wird die alte Bürokratie zerschlagen und eine neue wird aufgebaut, die es erlaubt, dass perspektivisch die gesamte Bürokratie verschwindet.¹⁸ Trotzki's Version hingegen ist undialektisch und einseitig.

Dies zeigt sich auch in Trotzki's These von den sowjetischen „bürokratischen Schichten“, die vom stalinistischen System profitiert haben sollen. Dazu gehört natürlich die Parteiführung, sowie die Führung in der Armee, den Gewerkschaften, die Parteisekretäre und andere Mächtige in der Partei. In der Summe sind dies etwa 500.000 Menschen. Damit aber nicht genug. Darunter kommen die Exekutivkomitees der Sowjets, die Beamten der GPU, Kommandeure in der Armee etc. Dazu zählen laut Trotzki etwa 2 Millionen. Dann folgen die Betriebsdirektoren, Manager und ihre Repräsentanten in der Partei und den Gewerkschaften. Diese machen weitere 500.000 aus. Gefolgt wird diese Schicht von der Schicht der Ökonomen, Techniker, Verwalter, Spezialisten in Industrie, Handel und Landwirtschaft. Hierbei handelt es sich um 5 – 6 Millionen Menschen. Außerdem müssen noch etwa 6 Millionen Stachanowarbeiter, Schock-Arbeiter etc. hinzugefügt werden. Zählt man diese zusammen und rechnet die

¹⁷ David W. Lovell: Trotsky's Analysis of Soviet Bureaucratization – A Critical Essay, S. 7 und S. 2ff.

¹⁸ Vgl. Kapitel „Demokratie ohne bürgerliche Parteien?“

Familienmitglieder hinzu, kommen wir auf eine Führungsschicht, die etwa 20 bis 25 Mio. Mitglieder erreicht.¹⁹

Was sagt nun diese überwältigende arithmetische Leistung aus? Gar nichts! Was uns Trotzki hier beweisen wollte ist, dass diese bürokratische Schicht sich losgelöst habe von der Masse der Bevölkerung und die politische Macht übernommen hat. Mal abgesehen davon, dass diese „schmale Führungsschicht“ ein gutes Sechstel der sowjetischen Bevölkerung der damaligen Zeit ausmachte, listet Trotzki nur unterschiedliche Berufsschichten auf, die einen höheren Bildungsstand haben als gewöhnliche Facharbeiter und unterstellt diesen, sich von den Massen abgehoben zu haben. Wie falsch und betrügerisch diese Vorwürfe sind, wird sich im Verlauf dieses Buches zeigen.

Um mit den Worten von Hans-Jürgen Falkenhagen abzuschließen: „Eine sehr infame Methode der antisozialistischen Diversion des Leo (Lew) Trotzki war es, die Gebrechen der kapitalistischen Gesellschaft in die neue sozialistische Gesellschaft zu transferieren. Er prophezeite sogar, dass diese im real existierenden Sozialismus der Sowjetunion noch schlimmer würden, (...). Den unterdrückten Arbeiter- und Bauernmassen der kapitalistischen Gesellschaft wollte er damit signalisieren, von jeglichen revolutionären Veränderungen Abstand zu nehmen.“²⁰

„Eine Grundlage der Argumentation Trotzki's war die Hervorhebung eines angeblichen Anwachsens der Ungleichheit und der sozialen Gegensätze in der Sowjetgesellschaft. (...) Der Klassenstandpunkt wurde dabei völlig ausgeklammert, so dass er dann völlig ‚unbeschwert‘ die Superprofite von Großkapitalisten und selbst die von Großbanken und Megaspekulanten (...) mit den Löhnen, Gehältern und Prämien von hart zum Wohle des Volkes arbeitenden Sowjetfunktionären, Ingenieuren und Arbeitern auf eine Stufe stellt.“²¹

„Die Menschen, die Trotzki dem imaginären Begriff der Klasse der Bürokraten zuordnete, bildeten keine besitzende Klasse. Sie waren Teil der Arbeiter- und Bauernklasse. Sie genossen auch keine Privilegien als parasitäre Eigentümer, die nicht von ihrer Arbeit zu leben brauchten. Ihnen gehörten nicht die Produktionsmittel und schon gar nicht die Hauptproduktionsmittel. Sie waren auch keine Eigentümer von Grund und Boden, denn der war Staatseigentum. Wenn ein Parteifunktionär die Möglichkeit hatte, Mitglied beispielsweise eines Jagd- oder Segelclubs zu sein, so war das kein besonderes Privileg, weil es nicht von hohem Einkommen abhing und natürlich jeder Arbeiter ein solches Clubmitglied sein konnte (...). Rationelle Einkaufs- und Gesundheitsbetreuungsmöglichkeiten wurden nicht nur in Verwaltungen, sondern schwer-

¹⁹ J.R.Campbell, *Soviet Politics and its Critics*, S. 153f.

²⁰ Hans-Jürgen Falkenhagen, *Leo Trotzki und das Wesen des Troztkismus*, Teil 2, S. 19

²¹ Ebenda, S. 23

punktmäßig in Produktionsbetrieben geschaffen. Titel, Orden und auch Staatspreise, die nach Verdienst und Leistung verliehen wurden, schafften kein Privilegiensystem.²²

Im nächsten Kapitel wird dargelegt, dass Parteien ein historisches Produkt der Klassenkämpfe sind und weshalb in der Sowjetunion nur eine Partei existierte.

Demokratie ohne bürgerliche Parteien?

Antikommunistische Ideologen gehen davon aus, dass die Sowjetunion unmöglich ein demokratischer Staat gewesen sei, da es sich um einen Ein-Parteien-Staat gehandelt habe, der alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens bestimmt hätte. Daher sei es unmöglich gewesen, gegen einen wie auch immer gearteten Bürokratismus zu kämpfen, da es keine Opposition gegeben habe. Außerdem herrschte ja in der Sowjetunion die Diktatur des Proletariats. Und eine Diktatur sei somit einem demokratischem System völlig entgegengesetzt. Diese Kritik scheint Vielen erst einmal plausibel. In der bürgerlichen Demokratie ist man mehrere Parteien gewöhnt, die sich bei Wahlkämpfen um die Stimmen der Wähler streiten.

Das Problem besteht hierbei, dass man dazu neigt, die Begriffe Diktatur und Demokratie für völlig entgegengesetzt zu halten, obwohl sie häufig zwei Aspekte desselben Systems darstellen.

„So steht in der Encyclopedia Britannica in dem Artikel, welches den Begriff Demokratie beschreibt, folgendes: `Demokratie ist die Herrschaftsform, in der das Volk selbst regiert, entweder direkt, wie in den antiken griechischen Stadtstaaten, oder durch Repräsentanten.` Aber derselbe Autor geht weiter und schreibt: `Alle Menschen des Stadtstaates haben nicht das Recht an der Regierung teilzunehmen, sondern nur jene, die Bürger waren, im legalen und ursprünglichen Sinn. Außerhalb dieses Zirkels der Privilegierten waren die Sklaven, die keine Rechte hatten, am Staat mitzuwirken. Sie hatten keine politischen und kaum bürgerliche Rechte; sie waren keine `Menschen`. Somit war die Demokratie des griechischen Stadtstaates genau genommen keine Demokratie.` Der griechische Stadtstaat wurde von Historikern immer wieder als Geburtsort der Demokratie bezeichnet. Und nun, wenn man die Encyclopedia Britannica liest, stellt man fest, dass dies nur eine Demokratie für eine kleine privilegierte Schicht war, während die Sklaven, die die eigentliche Arbeit verrichteten, rechtlos waren. Die klassische Demokratie war also eine Demokratie für eine bestimmte Schicht von Menschen. Für die anderen, die die harte gesellschaftliche Arbeit

²² Ebenda, S. 25

verrichteten, war es eine Diktatur. Selbst im Geburtsort der Demokratie müssen wir feststellen, dass Demokratie und Diktatur im selben System Hand in Hand gingen, und dass jede einzelne Hand nur einen Aspekt des Systems darstellte. Über die 'Demokratie' im griechischen Stadtstaat zu reden, ohne darauf einzugehen, für wen die Demokratie bestimmt ist, geht einen falschen Weg und hat etwas missverstanden. Um die Demokratie des griechischen Stadtstaates zu beschreiben, ohne hervorzuheben, dass die Demokratie des griechischen Stadtstaates nur mit der Mühe der Sklaven, die keine politischen und kaum bürgerliche Rechte hatten, entstehen konnte, verfälscht die wahre Geschichte des Ursprungs der Demokratie. Somit schließt die Existenz einer Demokratie eine Diktatur im selben Staat nicht aus.²³

Dennoch werden kapitalistische Staaten als „demokratisch“ bezeichnet, die sozialistischen Staaten als „kommunistische Diktatur“ - ein Widerspruch in sich.

Wir müssen uns darüber klar sein, dass es eine Demokratie an sich, aus sich selbst heraus nicht gibt. Sie steht nicht über den realen Verhältnissen, sondern spiegelt sie wider. In einer bürgerlichen, kapitalistischen Demokratie hat zwar jeder Bürger das formelle Recht, an den Wahlen teilzunehmen, Versammlungen abzuhalten oder sich in Organisationen zu vereinigen. Diese Rechte werden in den bürgerlichen Verfassungen garantiert. Hier drückt sich jedoch der Idealismus in der bürgerlichen Gesetzgebung aus. Der russische Materialist und Gelehrte Tschernyschewski erklärte: „Weder mir, noch ihnen, geehrter Leser, ist es verboten von goldenen Schüsseln zu speisen; leider haben sowohl Sie wie ich keine, und wir werden wahrscheinlich niemals die Mittel zur Befriedigung dieser reizenden Idee haben, deswegen spreche ich es offen aus, dass ich wenig von meinem Recht halte, goldene Schüsseln zu haben und bereit bin, dieses Recht für einen Silberrubel oder noch billiger abzugeben.“²⁴

Professor M. M. Rosental kommentiert dazu: „Die bürgerliche Demokratie macht alle vor dem Gesetz, „in der Idee“ gleich, aber die Hauptsache besteht darin, dass der Reiche seine reizenden Ideen befriedigen und von goldenen Schüsseln essen kann, der Arme aber nicht. Ganz genau so macht der Idealismus alles im Bewusstsein gleich, aber er verschleiert, vertuscht die Hauptsache: wie sehr auch die Menschen in der Sphäre des Gedankens gleichgemacht sind, so bleiben doch die Ungleichheit, die Ausbeutung, die Armut in der eigentlichen, realen, materiellen Welt ...“²⁵

²³ Sloan, Pat, *Soviet Democracy*, London 1937. Left Book Club Editions, S. 11f.

²⁴ Tschernyschewski, N.G., *Ausgewählte Werke*, Band 1, S. 232, russ.

²⁵ Rosental, M.M., *Materialistische und idealistische Weltanschauung*, Berlin 1947, JHW Dietz, S. 39

Weiterhin führt Rosental aus, dass „[d]ie Arbeitsteilung, die Trennung der geistigen Arbeit von der körperlichen, die verhältnismäßig selbstständige Rolle, welche das Gebiet der Ideen, der Ideologie, des Rechtes usw. gewinnt, ... das Aufkommen idealistischer Lehren darüber [ermöglichen], dass die Ideen als selbstständig erscheinen, in der Gesellschaft eine herrschende Bedeutung haben und den Ablauf des ganzen Lebens bestimmen. Dem Juristen, sagte Engels, der die Gesetze formuliert, nach denen der Staat lebt, und der außer seinen Gesetzen nichts kennt, fällt es nicht schwer, sich einzubilden, dass gerade seine Gesetze alles beherrschen und das Geheimnis der Gesellschaftsstruktur erklären.“²⁶

Wie kann eine Demokratie in einem Staate wie der BRD wirklich funktionieren, wenn 2002 die reichsten 10% der Bevölkerung 57,9% des Vermögens besaßen (2007 sogar 61,1%) und 2007 die obersten 0,1% der Bevölkerung 22,5% des Vermögens hatten, während die unteren 50% nur über 1,4% des Vermögens verfügten?²⁷

Das Buch von R. Pettigrews „die triumphierende Plutokratie“ enthält folgende Zeilen: „Die ökonomische Macht der Vereinigten Staaten ist in einigen wenigen Händen konzentriert, und dieses Häuflein Reicher bildet die wirkliche Regierung des Landes. Die Plutokratie, die das Land besitzt, auf dem der Farmer arbeiten muss, um nicht Hungers zu sterben – diese Plutokratie, die besitzende Klasse der Vereinigten Staaten, ist der oberste Herr des gesellschaftlichen Lebens des Landes.“²⁸

Was für die USA in den 40ern galt, gilt auch noch heute und für jedes kapitalistische Land, da sich die Eigentumsverhältnisse nicht änderten.

Die Arbeiter können wohl zwischenzeitlich und meistens nur kurzzeitig die politische Mehrheit im Parlament haben, aber die Macht über die Reichtümer des Landes, über die Fabriken, den Boden und die Bodenschätze haben die Kapitalisten. Und der Besitz der materiellen Grundlagen der Gesellschaft, der Produktionsmittel, ist das Fundament jeder wahren Macht. Selbst wenn Vertreter der Arbeiter bei den Wahlen die Stimmenmehrheit erhalten, bleibt die reale Macht in den Händen der kapitalistischen Minderheit.

So, wie die Welt veränderlich ist, entwickelt sich die Demokratie weiter fort. So wie es einen qualitativen Unterschied zwischen der Demokratie der alten Griechen und

²⁶ Ebenda, S. 18

²⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/Verm%C3%B6gensverteilung_in_Deuschland#.C3.9Cblick_Verm.C3.B6gensverteilung_2002_-_2007

²⁸ Zitiert in: Iwanow, N.K., Der Sowjetstaat – ein Staat beuen Typus, Berlin 1947, SWA-Verlag, S. 54

der bürgerlichen Demokratie gibt, so erreicht auch die sozialistische Demokratie eine neue Qualität.

„Die Sowjetverfassung proklamiert nicht nur die politischen Rechte und Freiheiten der Staatsbürger, sondern sichert auch materiell ihre Realisierung dadurch, dass sie den Werktätigen alle materiellen Mittel zur Verfügung stellt, um diese Rechte in die Praxis umzusetzen“, stellt S. M. Lesnik in seiner Schrift „Die politischen Freiheiten in der Sowjetunion“ fest.²⁹

„Man sieht, der Unterschied zwischen den üblichen Verfassungen demokratischer Länder und der Verfassung der Sowjet-Union besteht darin, daß in andern Konstitutionen Rechte und Freiheiten der Bürger zwar verkündet, daß aber dort nicht die Mittel angegeben werden, durch welche diese Rechte und Freiheiten erst verwirklicht werden könnten, während in der Konstitution der Sowjet- Union auch die Fakten verzeichnet sind, welche die Voraussetzungen wahrer Demokratie bilden; denn ohne eine gewisse wirtschaftliche Unabhängigkeit ist freie Meinungsbildung nicht möglich, und die Furcht vor Arbeitslosigkeit und elendem Alter und die Angst um die Zukunft der Kinder ist die schlimmste Gegnerin der Freiheit. Man kann darüber streiten, ob alle 146 Artikel der Sowjetverfassung verwirklicht sind oder ob einzelne nur auf dem Papier stehen. Unbestreitbar ist, daß die zitierten vier Artikel - und sie scheinen mir die Voraussetzungen verwirklichter Demokratie - keine papierenen Sätze sind, sondern Realität ausdrücken. Man wird, wenn man die große Stadt Moskau durchschnüffelt, schwerlich etwas entdecken, was mit diesen Artikeln in Widerspruch stünde.“³⁰

Dadurch wird ersichtlich, dass Demokratie eine Machtfrage ist, die sich an der Frage entscheidet, wer die Produktionsmittel besitzt. Dabei steht die Demokratie immer im Verhältnis zur Diktatur:

„In welchem Verhältnis steht nun diese Diktatur zur Demokratie? ... In der kapitalistischen Gesellschaft, ihre günstigste Entwicklung vorausgesetzt, haben wir in der demokratischen Republik einen mehr oder weniger vollständigen Demokratismus. Dieser Demokratismus ist jedoch durch den engen Rahmen der kapitalistischen Ausbeutung stets eingengt und bleibt daher im Grunde genommen stets ein Demokratismus für die Minderheit, nur für die besitzenden Klassen, nur für die Reichen. Die Freiheit der kapitalistischen Gesellschaft bleibt immer ungefähr die gleiche, die sie in den antiken griechischen Republiken war: Freiheit für die Sklavenhalter. Die modernen Lohnsklaven bleiben infolge der Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung so von Not und Elend bedrückt, daß ihnen ‚nicht nach Demokratie‘, ‚nicht nach Politik‘ der Sinn steht, so daß bei dem gewöhnlichen, friedlichen Gang der Ereignisse die

²⁹ Lesnik, S.M., Die politischen Freiheiten in der Sowjetunion, Berlin 1946, SWA-Verlag, S. 13

³⁰ Feuchtwanger, Lion, Moskau 1937, Berlin 1937/1993, Aufbau Taschenbuch-Verlag, S. 30

Mehrheit der Bevölkerung von der Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben ausgeschlossen ist. '...Demokratie für eine verschwindende Minderheit, Demokratie für die Reichen - so sieht der Demokratismus der kapitalistischen Gesellschaft aus. Sieht man sich den Mechanismus der kapitalistischen Demokratie genauer an, so findet man überall, sowohl in den angeblich "geringfügigen" Einzelheiten des Wahlrechts (Ansässigkeitsklausel, Ausschließung der Frauen usw.) als auch in der Technik der Vertretungskörperschaften, in den tatsächlichen Behinderungen des Versammlungsrechts (die öffentlichen Gebäude sind nicht für ‚Habenichtse‘ da!) oder in der rein kapitalistischen Organisation der Tagespresse und so weiter und so fort - überall, wo man hinblickt, Beschränkungen auf Beschränkungen des Demokratismus. Diese Beschränkungen, Ausnahmen, Ausschließungen und Behinderungen für die Armen erscheinen gering, besonders demjenigen, der selbst nie Not gekannt hat und mit dem Leben der unterdrückten Klassen in ihrer Masse nicht in Berührung gekommen ist (und das trifft für neun Zehntel, wenn nicht gar für neunundneunzig Hundertstel der bürgerlichen Publizisten und Politiker zu) - aber zusammengenommen bewirken diese Beschränkungen, daß die arme Bevölkerung von der Politik, von der aktiven Teilnahme an der Demokratie ausgeschlossen, verdrängt wird. Marx hat dieses WESEN der kapitalistischen Demokratie glänzend erfaßt, als er in seiner Analyse der Erfahrungen der Kommune sagte: den Unterdrückten wird in mehreren Jahren einmal gestattet, darüber zu entscheiden, welcher Vertreter der unterdrückenden Klasse sie im Parlament ver- und zertreten soll! Doch von dieser kapitalistischen Demokratie - die unvermeidlich eng ist, die die Armen im Stillen beiseite schiebt und daher durch und durch heuchlerisch und verlogen ist - führt die weitere Entwicklung nicht einfach, geradeswegs und glatt, "zu immer größerer Demokratie", wie die liberalen Professoren und kleinbürgerlichen Opportunisten die Sache darzustellen pflegen. Nein. Die weitere Entwicklung, d.h. die Entwicklung zum Kommunismus, geht über die Diktatur des Proletariats und kann auch gar nicht anders gehen, denn außer dem Proletariat ist niemand imstande, den WIDERSTAND der kapitalistischen Ausbeuter ZU BRECHEN, und auf anderem Wege ist er nicht zu brechen. Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. ZUGLEICH mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der ZUM ERSTENMAL ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, es keine Freiheit, keine Demokratie gibt. Demokratie für die riesige Mehrheit des Volkes und gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter, der Unterdrücker des Volkes, d.h. ihr Ausschluß von der De-

mokratie - diese Modifizierung erfährt die Demokratie beim ÜBERGANG vom Kapitalismus zum Kommunismus. Der Ausdruck ‚der Staat stirbt ab‘ ist sehr treffend gewählt, denn er deutet sowohl auf das Allmähliche als auch auf das Elementare des Prozesses hin. Nur die Gewöhnung kann und wird zweifellos eine solche Wirkung ausüben, denn wir beobachten rings um uns millionenfach, wie leicht sich Menschen an die Einhaltung der für sie notwendigen Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens gewöhnen, wenn die Ausbeutung fehlt, wenn nichts vorhanden ist, was sie empört, sie zu Protest und Auflehnung herausfordert, was die Notwendigkeit der NIEDERHALTUNG schafft. Also: In der kapitalistischen Gesellschaft haben wir eine gestutzte, dürftige, falsche Demokratie, eine Demokratie nur für die Reichen, für eine Minderheit. Die Diktatur des Proletariats, die Periode des Übergangs zum Kommunismus, wird zum erstenmal Demokratie für das Volk, für die Mehrheit bringen, aber zugleich wird sie notwendigerweise eine Minderheit, die Ausbeuter, niederhalten. Einzig und allein der Kommunismus ist imstande, eine wahrhaft vollständige Demokratie zu bieten, und je vollständiger diese sein wird, um so schneller wird sie entbehrlich werden, wird sie von selbst absterben.“³¹

Letztlich führt die Diktatur des Proletariats eine Demokratie ein, die die bürgerliche Demokratie übertrifft:

„Die Demokratie ist im Befreiungskampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten von gewaltiger Bedeutung. Die Demokratie ist aber durchaus keine unüberschreitbare Grenze, sondern lediglich eine der Etappen auf dem Wege vom Feudalismus zum Kapitalismus und vom Kapitalismus zum Kommunismus. Demokratie bedeutet Gleichheit. Es ist begreiflich, welche große Bedeutung der Kampf des Proletariats um die Gleichheit und die Losung der Gleichheit haben, wenn man sie richtig, im Sinne der Aufhebung der KLASSEN auffaßt. Aber Demokratie bedeutet nur FORMALE Gleichheit. Und sofort nach der Verwirklichung der Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft IN BEZUG auf den Besitz der Produktionsmittel, d.h. der Gleichheit der Arbeit, der Gleichheit des Arbeitslohnes, wird sich vor der Menschheit unvermeidlich die Frage erheben, wie sie von der formalen zur tatsächlichen Gleichheit, d.h. zur Verwirklichung des Satzes "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" weiterschreiten soll. Welche Etappen die Menschheit auf dem Wege zu diesem höheren Ziel durchschreiten wird, welche praktischen Maßnahmen sie hierzu ergreifen wird, wissen wir nicht und können wir nicht wissen. Es ist aber wichtig, daß wir uns darüber klarwerden, wie grenzenlos verlogen die landläufige bürgerliche Vorstellung ist, der Sozialismus sei etwas Totes, Erstarrtes, ein für allemal Gegebenes, während in Wirklichkeit ERST mit dem Sozialismus die rasche, wirkliche, wahrhafte Vorwärtsbewegung der Massen auf allen Gebieten des öffentlichen und persön-

³¹ Lenin, W.I., <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/staatrev>

lichen Lebens, zunächst unter Teilnahme der MEHRHEIT der Bevölkerung und später der gesamten Bevölkerung, einsetzen wird. Die Demokratie ist eine Staatsform, eine der Spielarten des Staates. Folglich ist sie, wie jeder Staat, eine organisierte, systematische Gewaltanwendung gegenüber Menschen. Das ist die eine Seite. Andererseits bedeutet Demokratie aber die formale Anerkennung der Gleichheit zwischen den Bürgern, des gleichen Rechts aller, die Staatsverfassung zu bestimmen und den Staat zu verwalten. Das wiederum hat zur Folge, daß die Demokratie auf einer bestimmten Entwicklungsstufe erstens die dem Kapitalismus gegenüber revolutionäre Klasse, das Proletariat, zusammenschließt und ihr die Möglichkeit gibt, die bürgerliche, und sei es auch eine bürgerlich-republikanische, Staatsmaschine - stehendes Heer, Polizei, Beamtentum - zu zerbrechen, in Scherben zu schlagen, aus der Welt zu schaffen, sie durch eine DEMOKRATISCHERE Staatsmaschine, aber immerhin noch durch eine Staatsmaschine zu ersetzen, bestehend aus bewaffneten Arbeitermassen, die dazu übergehen, das gesamte Volk zur Beteiligung an der Miliz heranzuziehen. Hier ‚schlägt Quantität in Qualität um‘: Eine SOLCHE Stufe des Demokratismus ist mit der Sprengung des Rahmens der bürgerlichen Gesellschaft, mit dem Beginn ihrer sozialistischen Umgestaltung verbunden. Wenn tatsächlich ALLE an der Verwaltung des Staates teilnehmen, dann kann sich der Kapitalismus nicht länger halten. Die Entwicklung des Kapitalismus schafft ihrerseits die VORAUSSETZUNGEN dafür, daß wirklich ‚alle‘ an der Leitung des Staates teilnehmen KÖNNEN. Zu diesen Voraussetzungen gehört die allgemeine Schulbildung, die in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern bereits eingeführt ist, ferner die ‚Schulung und Disziplinierung‘ von Millionen Arbeitern durch den umfassenden, komplizierten, vergesellschafteten Apparat der Post, der Eisenbahnen, der Großbetriebe, des Großhandels, des Bankwesens usw. usf. Unter solchen ÖKONOMISCHEN Voraussetzungen ist es durchaus möglich, unverzüglich, von heute auf morgen, dazu überzugehen, die Kapitalisten und Beamten, nachdem sie gestürzt sind, bei der KONTROLLE über Produktion und Verteilung, bei der REGISTRIERUNG der Arbeit und der Produkte, durch bewaffnete Arbeiter, durch das gesamte bewaffnete Volk zu ersetzen. ... Rechnungsführung und Kontrolle - das ist das WICHTIGSTE, was zum ‚Ingangsetzen‘, zum richtigen Funktionieren der kommunistischen Gesellschaft in ihrer ERSTEN PHASE erforderlich ist. ALLE Bürger verwandeln sich hier in entlohnte Angestellte des Staates, den die bewaffneten Arbeiter bilden. ALLE Bürger werden Angestellte und Arbeiter EINES das gesamte Volk umfassenden Staats’syndikats‘. Es handelt sich nur darum, daß sie alle gleichermaßen arbeiten, das Maß der Arbeit richtig einhalten und gleichermaßen Lohn bekommen. Die Rechnungsführung und Kontrolle darüber ist durch den Kapitalismus bis zum äußersten VEREINFACHT, in außergewöhnlich einfache Operationen verwandelt worden, die zu verrichten jeder des Lesens und Schreibens Kundige imstande ist, er braucht nur zu beaufsichtigen und zu notieren, es genügt, daß er die vier Grundrechenarten beherrscht und entsprechende Quittungen

ausstellen kann. Wenn die MEHRHEIT des Volkes anfangen wird, selbständig all-orts eine solche Rechnungsführung, eine solche Kontrolle über die Kapitalisten (die nunmehr Angestellte geworden sind) und über die Herren Intellektuellen, die kapitalistische Allüren beibehalten haben, auszuüben, dann wird diese Kontrolle eine wirklich universelle, allgemeine, eine wirkliche Volkskontrolle werden, dann wird man sich ihr auf keine Weise entziehen können, wird man sich vor ihr ‚nirgends retten‘ können. Von dem Zeitpunkt an, da alle Mitglieder der Gesellschaft oder wenigstens ihr übergroße Mehrheit SELBST gelernt haben, den Staat zu regieren, selbst die Staatsregierung in ihre Hände genommen haben, die Kontrolle ‚in Gang gebracht‘ haben über die verschwindend kleine Minderheit der Kapitalisten, über die Herrchen, die die kapitalistischen Allüren gern bewahren möchten, über die Arbeiter, die durch den Kapitalismus tief demoralisiert worden sind - von diesem Zeitpunkt an beginnt die Notwendigkeit jeglichen Regierens überhaupt zu schwinden. Je vollständiger die Demokratie, um so näher der Zeitpunkt, zu dem sie überflüssig wird. Je demokratischer der ‚Staat‘, der aus bewaffneten Arbeitern besteht und ‚schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr‘ ist, um so rascher beginnt JEDER Staat abzusterben. Denn wenn ALLE gelernt haben werden, selbständig die gesellschaftliche Produktion zu leiten, und sie in der Tat leiten werden, wenn sie selbständig die Rechnungsführung und die Kontrolle über Müßiggänger, Herrensohnchen, Gauner und ähnliche "Hüter der Traditionen des Kapitalismus" verwirklichen, dann wird das Umgehen dieser vom ganzen Volk durchgeführten Rechnungsführung und Kontrolle unvermeidlich so ungeheuer schwierig werden, eine so höchst seltene Ausnahme bilden und wahrscheinlich eine so rasche wie ernsthafte Bestrafung nach sich ziehen (denn die bewaffneten Arbeiter sind Menschen des praktischen Lebens, keine sentimentalen Intelligenzler und werden kaum mit sich spaßen lassen), daß die NOTWENDIGKEIT zur Einhaltung der unkomplizierten Grundregeln für jedes Zusammenleben von Menschen sehr bald zur GEWOHNHEIT werden wird.³²

Eine Partei ist übrigens genauso eine historische Erscheinung wie die Demokratie. Dabei haben Parteien im Verlauf der Geschichte oftmals ihren Inhalt und ihre Form gewechselt.

Saslowski führt dazu aus: „Die politischen Parteien in ihrer heutigen Form sind erheblich später entstanden als die Parlamente. Es hat Zeiten gegeben, in denen Kämpfe nicht zwischen politischen Parteien, sondern zwischen religiösen Gruppen geführt wurden. Hinter diesem Kampfe verstecken sich natürlich wirtschaftliche und politische Interessen, aber trotzdem teilten sich die streitenden Seiten nicht nach politischen Gesichtspunkten, sondern nach kirchlichen. In England führten die Katholiken einen langwierigen Kampf mit den Presbyterianern. In Frankreich war die erste

³² Ebenda

Volksvertretungsversammlung im 18. Jahrhundert, die die Grundlage der neuen Demokratie schuf, nicht nach Parteien, sondern nach Ständen eingeteilt.“³³

„Wenn das Bestehen mehrerer politischer Parteien als ein untrügliches Kennzeichen der Demokratie zu betrachten wäre, so müsste ihr Bestehen in der demokratischen Verfassung festgelegt sein. Wenn wir jedoch die Verfassung der Vereinigten Staaten, die man als die Mutter aller europäischen demokratischen Verfassungen betrachten kann, aufmerksam Artikel für Artikel durchgehen, so finden wir nicht die Spur von politischen Parteien. Ebenso wenig erwähnen alle anderen demokratischen Verfassungen des alten, bürgerlichen Typs etwas über die politischen Parteien. Darum kann niemand sagen, wie viele politische Parteien eigentlich erforderlich sind, damit ein Staat das Recht hat, sich demokratisch zu nennen. ... In den Vereinigten Staaten gibt es zwei große, alte politische Parteien, in England drei. Folgt daraus nicht, dass die englische Monarchie anderthalbmal demokratischer ist als die amerikanische Republik? Vor dem Kriege gab es im französischen Parlament mehr als ein Dutzend politischer Parteien. Bei den letzten Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung wurden es wesentlich weniger. Bedeutet das nicht, dass Frankreich jetzt ein weniger demokratisches Land geworden ist? Eine derartige Fragestellung genügt, um die ganze Beschränktheit und Stumpfsinnigkeit der Versuche zu enthüllen, den Demokratismus mit Hilfe der Elementararithmetik zu bestimmen.“³⁴

Saslawski beschreibt die Entstehungsgeschichte der Anzahl der Parteien in England und in den USA. Dabei ist er zu dem Schluss gekommen, dass die Entstehung der Parteien das Ergebnis heftiger Klassenauseinandersetzungen ist. In England z. B. entstanden die Tories und die Wighs als Ergebnis des Kampfes zwischen Grundbesitzern einerseits und Industriekapitalisten andererseits. Die Arbeiterklasse hatte zu Beginn keine eigene Partei und gab die Stimme abwechselnd mal der einen, mal der anderen Partei. Mit der Zeit näherten sich die beiden rivalisierenden Klassen einander an. Sehr viele Landmagnaten wurden Eigentümer von Industrieunternehmen, viele Industriekönige schafften sich Güter und Titel an. Geburtsadel und Industrie-Aristokratie vermischten sich miteinander. Außerdem hatten beide besitzenden Klassen einen Hauptfeind: die immer stärker werdende Arbeiterklasse, die sich in ihrer eigenen Partei (der Labour-Party) vereinigte. Tories und Whigs verschwanden, um den Konservativen und Liberalen Platz zu machen. So entstand ein Dreiparteiensystem. Es war ein Ausdruck des Kräfteverhältnisses der Klassen, die sich im Lande herausgebildet hatte.³⁵

³³ Saslawski, D., Von der Sowjetdemokratie, Berlin 1946, SWA-Verlag, S. 30

³⁴ Ebenda, S. 31

³⁵ Siehe: Ebenda, S. 33ff

Über die beiden großen Parteien in den USA schreibt James Bryce in seinem klassischen Werk über das amerikanische Staatswesen: „Keine der beiden Parteien hat irgendwelche Prinzipien, irgendwelche feststehenden Grundsätze. Beide haben Traditionen, und beide behaupten, eine bestimmte Richtung zu vertreten. Sicherlich haben beide ihre Kampflosungen, ihre Organisationen und Interessengruppen, die hinter ihnen stehen. Aber die ‚Interessen‘ beschränken sich in der Hauptsache auf das Bestreben, die Posten zu behalten oder zu gewinnen, die die Regierung zu vergeben hat, Theorien und Grundsätze, prinzipielle Unterschiede in der politischen Doktrin oder in der politischen Praxis sind fast ganz verschwunden. Die Parteien haben sich nicht von ihnen losgesagt, aber die Zeit und der Gang der Ereignisse haben sie ihres ursprünglichen Inhaltes beraubt, da manche der politischen Bestrebungen ihr Ziel erreicht haben und andere gegenstandslos geworden sind. Es ist nichts übrig geblieben als die öffentlichen Ämter oder die Hoffnung sie zu erringen.“³⁶

Frederick Townsend Martin, ein New Yorker Schriftsteller und Anwalt, brachte es ebenfalls auf den Punkt: „Es macht keinen Jota Unterschied, welche politische Partei an der Macht ist, oder welcher Präsident die Amtszügel in der Hand hält. Wir sind keine Politiker oder Gesellschaftsdenker. Wir sind die Reichen, wir besitzen Amerika. Wir haben es bekommen, nur Gott weiß wie. Doch wir beabsichtigen es zu halten, wenn wir es können, indem wir das ungeheure Gesamtgewicht unserer Unterstützung, unseres Geldes, unserer politischen Verbindungen, unserer gekauften Senatoren, unseren hungrigen Abgeordneten und unseren demagogischen Volksrednern in die Waage werfen gegen jede Gesetzgebung, jedes politische Programm, jede Präsidentschaftskampagne, die die Ganzheit unseres Besitzes bedroht. Ich habe gesagt, dass die politische Klasse, die ich vertrete, sich nichts aus der politischen Szene macht. In einer einzigen Wahlperiode warf ein plutokratischer Führer seinen Einfluss und sein Geld in die Waage, um einen Republikanischen Gouverneur an der Pazifikküste und einen Demokratischen Gouverneur an der Atlantikküste zu wählen. ... Ich kann wahrhaftig sagen, dass Reichtum keine Politik kennt außer den eigenen Interessen.“³⁷

Wir danken Frederick Townsend Martin für seine Offenheit. Worte, die sich heute kaum ein Vertreter der herrschenden Klasse trauen würde. Er konnte es damals, nicht zuletzt deshalb, weil vor dem ersten Weltkrieg die meisten Werktätigen Analphabeten waren und die Herrschenden so offen ihre Meinung schreiben konnten.

³⁶ Zitiert nach Saslawski, ebenda, S.36f.

³⁷ Martin, F.T., *The Passing of the Idle Doubleday*. Page&Co. Garden City, NY 1911, S 149f., zitiert nach Grossmann, V., *Ein Ami blickt auf die DDR zurück*, Berlin 2007, edition ost, S. 46f.

Das heißt also, dass es in den USA nicht zwei, sondern tatsächlich nur eine politische Partei gibt, die Partei des Finanz- und Industriekapitals. Diese teilt sich lediglich in zwei Flügel, den der „Demokraten“ und den der „Republikanern“ auf. Die zwei Parteien sind nicht ganz gleich, streiten sich in Detailfragen und suchen ihre Stimmen in bestimmten Schichten. Beide sind auf Wahlspenden angewiesen und werden von Lobbyisten finanziert. Und die Aussagen von Bryce und Martin treffen im Kern auch auf das parlamentarische System der BRD zu!

Beispielsweise spendete die Daimler AG im April 2014 der CDU und SPD je 100.000 Euro, die CSU erhielt im Februar 2014 von den Bayrischen Motorenwerken (BMW) über 140.000 Euro. „Südwestmetall“ spendete im Dezember desselben Jahres 55.000 Euro an die SPD, 100.000 an die Grünen, 150.000 an die CDU und 80.000 an die FDP. Die CSU erhielt vom Verband der Bayrischen Metall- und Elektroindustrie unglaubliche 300.000 Euro.³⁸ Einer der häufigeren Spender der Grünen ist die Allianz AG, die regelmäßig 60.000 Euro spendet.³⁹ Diese Spenden sind mit Sicherheit kein Akt der christlichen Nächstenliebe. Die Parteien sollen hier den Willen des Kapitals durchsetzen. Die „taz“ weist dies am Beispiel der Spenden der bayrischen Metall- und Elektroindustrie nach, die kurz nach der Wahl 2013 der CDU 565.000 Euro spendete. Eine Woche zuvor spendete BMW 690.000 Euro. Diese Spenden fielen zeitlich in den Streit um die neuen Abgasnormen für Autos in der EU und die Bundesregierung setzte sich für eine Aufweichung der CO₂-Grenzwerte ein.⁴⁰

Selbst die NPD darf sich über Parteispenden freuen: ein V-Mann des Thüringer Verfassungsschutzes – Kai-Uwe Trinkhaus – überwies der faschistischen Partei 25.000 Euro.⁴¹ Alleine hier sieht man schon die Verstrickungen des BRD-Staates mit den faschistischen Organisationen.

Hans-Olaf Henkel erweist sich als großzügiger Kreditgeber der AfD – der „Alternative für Deutschland“ – der neuesten Modeerscheinung des BRD-Parteizirkus.⁴² Henkel ist nicht nur EU-Abgeordneter der „eurokritischen“ Partei, er war auch von 2006 bis 2013 „Senior-Advisor“ der „Bank of America“ für den deutschsprachigen Raum, um ihre Marktposition im Investment-Banking auszubauen.⁴³ Diese wie eine unbedeutende Fußnote im Leben eines Managers wirkende Information ist äußerst interessant. Kommunisten sind die Widersprüche zwischen den imperialistischen

³⁸ <http://www.bundestag.de/bundestag/parteienfinanzierung/fundstellen50000/2014>

³⁹ http://www.parteispenden.unklarheiten.de/?seite=datenbank_show_k&db_id=8

⁴⁰ <http://www.taz.de/Industrie-zeigt-sich-weiter-spendabel!/125728/>

⁴¹ <http://www.taz.de/Illegale-Parteispenden-fuer-die-NPD!/129506/>

⁴² <http://www.handelsblatt.com/politik/international/europawahl/gruene-wollen-bundestag-ein-schal-ten-wahlkampffinanzierung-der-afd-wirft-fragen-auf/9940846.html>

⁴³ http://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Olaf_Henkel

Mächten durchaus bekannt und hier spiegelt sich der Widerspruch zwischen dem US-Imperialismus und dem deutsch geführten EU-Imperialismus wider; eine Konkurrenz zwischen Dollar und Euro wird ersichtlich. Denn wenn ein „Senior-Advisor“ einer US-Bank eine Anti-Euro-Partei finanziert, so spricht dies stark dafür, dass Ziel und Zweck der AfD darin besteht, im Sinne des US-Imperialismus objektiv für eine Stärkung des Dollars einzutreten. Getarnt wird dies durch eine „besorgte Euro-Kritik“.

Wie stark die Verflechtungen zwischen den Parteien und der Industrie sind, sollen nur folgende Beispiele andeuten. Peer Steinbrück, ehemaliger SPD-Finanzminister in NRW, ist Mitglied im Aufsichtsrat der WestLB, ehemals der größten deutschen Landesbank⁴⁴, der ehemalige Außenminister Joschka Fischer war Berater von „Nabucco“, einem Pipeline-Projekt zur Umgehung Russlands durch Territorien USA- und EU-freundlicher Staaten⁴⁵, Stasi-Aufklärerin und Grünen-Mitglied Marianne Birthler war Mitglied im Beirat der inzwischen aufgelösten Lobbyistengruppe „Berlinpolis“, die sich u. a. für eine Bahnprivatisierung einsetzte⁴⁶ und Grünen-Vorsitzende Katrin Göring-Eckardt ist Mitglied der „Atlantik-Brücke e. V.“⁴⁷, einer Organisation zur Aufrechterhaltung guter transatlantischer Beziehungen. Interessant an dieser Auflistung ist, dass es sich hier um Mitglieder der SPD und der Grünen handelt. Auch diese Parteien sind Parteien des Kapitals, egal wie arbeiterfreundlich oder alternativ sie sich vor den Wählern darstellen.

An der Entwicklung der SPD kann man sehr schnell nachvollziehen, wie eine ursprüngliche Arbeiterpartei sich schnell (spätestens seit 1914!) in eine Partei des Kapitals verwandelt hat und mit ihrer heutigen hauptsächlichen Konkurrenz – der CDU – um einzelne Pöstchen streitet, aber im Wesentlichen doch mit ihr übereinstimmt, nämlich die Arbeiterklasse auszubeuten. Es ist also das Wesen der bürgerlichen Demokratie, diese Parteien im Sinne der Aufrechterhaltung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln gleichzuschalten. Das sahen wir bei der SPD, dann bei den Grünen und in jüngster Zeit zunehmend bei der Linken.

Kritische Parteien werden medial kleingehalten, wenn sie sich nicht anpassen wollen.

Ist man mit Partei A unzufrieden, schimpft man auf sie und wählt als „Alternative“ Partei B, die selbiges verrichtet wie A. Desweiteren spielen in bürgerlichen Demokratien nicht die Parlamente, sondern die Organe der Exekutivgewalt (Ministerien, Prä-

⁴⁴ <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/westlb-desaster-steinbrueck-droht-neues-ungemach/8129272.html>

⁴⁵ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/gaspipeline-projekt-nabucco-ist-gescheitert-12244787.html>

⁴⁶ <http://de.wikipedia.org/wiki/Berlinpolis>

⁴⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Mitgliedern_der_Atlantik-Br%C3%BCcke

fektoren etc.) die Hauptrolle. Einen übergroßen Einfluss auf die Politik des Staates haben die höheren Beamten, die vom Volk nicht abgesetzt werden können und von ihm nicht abhängen, aber durch tausend Fäden mit der herrschenden Klasse verbunden sind. Die eigentlichen Staatsgeschäfte werden somit hinter den Kulissen abgewickelt und von den Departements, Kanzleien, Stäben verrichtet.⁴⁸

Der Begriff Diktatur vermittelt oft das Bild, dass nur ein Mann regiert und über alles in seinem Lande bestimmt. Doch keiner kann alleine regieren. Dies zu behaupten ist ein reines Täuschungsmanöver, um von den realen Machtverhältnissen abzulenken. Macht setzt Besitz an Produktionsmitteln voraus. Wenn Kommunisten von Diktatur sprechen, meinen sie also nicht die Herrschaft eines Mannes oder die Frage, ob ein irgendwie geartetes Wahlsystem besteht. Mit dem Begriff der Diktatur wird auf die materielle Basis des Besitzes an Produktionsmitteln und der daraus resultierenden Frage, wer die Macht hat, verwiesen. Ob nun im alten Griechenland eine Monarchie oder Oligarchie ausgeübt wurde, entscheidend war, dass es Sklaverei gab. Ob nun in einem kapitalistischen Staat bürgerliche Demokratie oder Faschismus herrscht oder ob in einem parlamentarischen System zwei, drei oder wie viele Parteien auch immer vertreten sind, entscheidend ist der Privatbesitz an den Produktionsmitteln durch die Kapitalisten. Das Instrument der Ausführung der Macht ist, wie wir im Abschnitt über den Bürokratismus gelernt haben, der Staat. Der kapitalistische Staat ist die wohl komplexeste Staatsmaschinerie aller Zeiten, da sie formell die Gleichheit verspricht, aber in der Praxis den niederen Klassen tausend Fallstricke in den Weg legt.

„Der sozialistische Staat unterscheidet sich vom imperialistischen dadurch, dass er Gestalter und Planer des Entwicklungsprozesses bis zu einer immer vollkommeneren Gesellschaftsstruktur sein muss. Eine Tücke besteht darin, dass damit das Schicksal des Staates in starkem Maße von der Weitsicht und Fähigkeit der Regierung abhängt. Der Imperialismus wird durch die Herrschaft der Konzerne geprägt. Die Rolle der Regierung besteht primär darin, den nach Profit strebenden Monopolen die besten ‚Rahmenbedingungen‘ zu schaffen.“⁴⁹

Dies schreibt Horst Schneider in seinem Buch „Hysterische Historiker“. Im weiteren beweist Horst Schneider, dass sich die Machteliten vom Deutschen Kaiserreich über die Weimarer Republik zum Hitlerfaschismus und hinüber in die BRD nicht geändert haben und es erst mit der Gründung der DDR zu Änderungen der Produktions- und Machtverhältnissen in einem Teil Deutschlands kam. Doch für unsere Fragestellung ist entscheidender, dass der bürgerliche Staat die Rahmenbedingungen für die Monopole schafft. Das heißt auch entsprechend, dass die Abgeordneten der Parteien, wenn

⁴⁸ Vgl.: Iwanow, 1947, S. 64

⁴⁹ Schneider, Horst, Hysterische Historiker, Böklund 2007, Verlag Wiljo Heinen, S. 75f.

sie ehrlich sind, nichts so verändern können, dass es die Machtverhältnisse der Bourgeoisie stören würde.

Anna Louise Strong kommentiert dazu: „Die Staatsführer in Amerika sind nicht die echten Führer. Ich habe mit vielen von ihnen, vom Präsidenten abwärts, gesprochen. Manche von ihnen würden wirklich gerne die Macht des Volkes nutzen. Sie fühlen sich verwirrt über ihre Unfähigkeiten, diese zu nutzen; sie beschuldigen deswegen andere Branchen der Regierung, der Legislative, der Gerichte. Aber sie haben die Gründe nicht analysiert. Die Schwierigkeit besteht darin, dass sie nicht die Macht haben, diese zu nutzen. Weder der Präsident, noch der Kongress, noch die einfachen Leute, unter welcher Organisationsform auch immer, können auf legale Weise das Öl von Rockefeller oder das Gold in der Schatzkammer von Morgan enteignen. Wenn sie es versuchen, werden sie von anderen Branchen der Regierung untersucht, die ein System von Kontrollen ... errichteten, um solche ‚Machtübernahmen‘ zu verhindern. Private Kapitalisten besitzen die Produktionsmittel und so beherrschen sie das Leben von Millionen. ... Macht über die Produktionsmittel – das gibt die Führung. Jene die sie haben, sind Diktatoren. Das ist die Macht, die die Arbeiter in der Sowjetunion mit der Oktoberrevolution errangen.“⁵⁰

Bei Feuchtwanger können wir Folgendes lesen: „Unterhält man sich mit Sowjetleuten über dieses Thema, dann erklären sie, sie allein seien im Besitz der faktischen Demokratie, die der sogenannten demokratischen Länder sei eine rein formale. Demokratie heiße Herrschaft des Volkes: wie aber, fragen sie, soll das Volk diese Herrschaft ausüben, wenn es nicht im Besitz der Produktionsmittel ist? In den sogenannten demokratischen Ländern, behaupten sie, ist das Volk ein Herrscher, der nur den Titel, aber nicht die Macht hat. Die Macht haben diejenigen, die über die Produktionsmittel verfügen. Worauf reduziert sich, fragen sie weiter, die sogenannte demokratische Freiheit, wenn man genauer hinschaut? Sie beschränkt sich auf die Freiheit, ungestraft auf die Regierung und auf die feindlichen politischen Parteien schimpfen und einmal in drei oder vier Jahren unbelauscht einen Zettel in eine Wahlurne werfen zu dürfen. Aber nirgendwo bieten diese ‚Freiheiten‘ die Garantie oder auch nur die Möglichkeit, den Willen der Majorität tatsächlich zu verwirklichen. Was ist mit einer Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit anzufangen, wenn man nicht über die Presse verfügt, über die Druckereien, über die Versammlungssäle? Und wo verfügt das Volk darüber? Wo kann das Volk seine Meinung wirksam äußern, wo kann es sich wirksam repräsentieren lassen? ... Alle sogenannten demokratischen Freiheiten bleiben Scheinfreiheiten, solange sie nicht untermauert sind durch die wahre Volksfreiheit, das heißt dadurch, daß die Allgemeinheit über die Produktionsmittel verfügt.“⁵¹

⁵⁰ Strong, Anna L., *This Soviet World*, New York 1936, H. Holt and Company, S. 39ff

⁵¹ Feuchtwanger, 1937, S. 50f.

Die Entwicklung der Parteien im revolutionären Russland fasst Stalin sehr gut zusammen: „Es kann nicht wundernehmen, dass in der Vergangenheit der Meinungskampf um die Frage der revolutionären Zerschlagung der bestehenden Ordnung ein Grund dafür war, dass mehrere miteinander konkurrierende Parteien innerhalb der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen der Bauernschaft auftraten. Diese Parteien waren: die Partei der Bolschewiki, die Partei der Menschewiki, die Partei der Sozialrevolutionäre. Andererseits ist auch durchaus verständlich, dass jetzt, unter der Diktatur des Proletariats, der Meinungskampf, der nicht auf die Zerschlagung der bestehenden Sowjetordnung, sondern auf ihre Verbesserung und Festigung abzielt, keinen Nährboden für das Bestehen mehrerer Parteien unter den Arbeitern und den werktätigen Massen des Dorfes abgibt. Das ist der Grund, warum die Legalität einer einzigen Partei, der Partei der Kommunisten, das Monopol dieser Partei, nicht nur auf keinen Widerspruch unter den Arbeitern und den werktätigen Bauern stößt, sondern im Gegenteil als etwas Notwendiges und Wünschenswertes erachtet wird. Die Stellung unserer Partei als der einzigen legalen Partei im Lande (das Monopol der Kommunistischen Partei) ist nicht etwas Künstliches und eigens Ausgehecktes. Eine solche Stellung lässt sich nicht künstlich, durch administrative Maßnahmen usw. schaffen. Das Monopol unserer Partei hat sich aus dem Leben ergeben, hat sich historisch herausgebildet, als Ergebnis dessen, dass die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki endgültig Bankrott gemacht haben und bei uns von der Bildfläche verschwunden sind. Was waren die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki in der Vergangenheit? Schrittmacher des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat. Wodurch wurde das Bestehen dieser Parteien vor dem Oktober 1917 begünstigt und unterstützt? Durch das Bestehen der Klasse der Bourgeois und schließlich durch das Bestehen der bürgerlichen Staatsmacht. Ist es etwa nicht klar, dass mit dem Sturz der Bourgeoisie die Grundlagen für das Bestehen dieser Parteien verschwinden mussten? Was wurde aus diesen Parteien nach dem Oktober 1917? Sie wurden zu Parteien der Wiederherstellung des Kapitalismus und des Sturzes der Macht des Proletariats. Ist es etwa nicht klar, dass diese Parteien jeden Boden und jeden Einfluss unter den Arbeitern und den werktätigen Schichten der Bauernschaft verlieren mussten? Der Kampf zwischen der Partei der Kommunisten und den Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki um den Einfluss auf die Arbeiterklasse hatte nicht erst gestern begonnen. Der Beginn dieses Kampfes datiert von dem Zeitpunkt, als die ersten Anzeichen einer revolutionären Massenbewegung in Rußland, noch vor 1905, auftraten. Die Periode von 1903 bis Oktober 1917 war eine Periode erbitterten Meinungskampfes in der Arbeiterklasse unseres Landes, eine Periode des Kampfes zwischen den Bolschewiki, den Menschewiki und den Sozialrevolutionären um den Einfluss in der Arbeiterklasse. In dieser Periode hat die Arbeiterklasse der UdSSR drei Revolutionen durchgemacht. Im Feuer dieser Revolutionen hat sie diese Parteien, ihre Tauglichkeit für die Sache der proletarischen Revolution, ihren proletarisch-revolutionären

Geist erprobt und geprüft. Und in den Oktobertagen 1917, als die Geschichte das Fazit des ganzen revolutionären Kampfes der Vergangenheit zog, als auf der Waage der Geschichte die innerhalb der Arbeiterklasse ringenden Parteien gewogen wurden - da traf schließlich die Arbeiterklasse der UdSSR ihre endgültige Wahl und entschied sich für die Kommunistische Partei als die einzige proletarische Partei. Wodurch ist die Tatsache zu erklären, dass die Wahl der Arbeiterklasse auf die Kommunistische Partei fiel? Ist es nicht eine Tatsache, dass die Bolschewiki im Petrograder Sowjet zum Beispiel im April 1917 eine unbedeutende Minderheit bildeten? Ist es nicht eine Tatsache, dass die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki damals in den Sowjets eine gewaltige Mehrheit hatten? Ist es nicht eine Tatsache, dass sich bis zu den Oktobertagen der gesamte Machtapparat und alle Zwangsmittel in den Händen der Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki befanden, die mit der Bourgeoisie einen Block bildeten? Die Erklärung liegt darin, dass die Kommunistische Partei damals für die Beendigung des Krieges, für einen sofortigen demokratischen Frieden war, während die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki für den „Krieg bis zum siegreichen Ende“, für die Fortsetzung des imperialistischen Krieges eintraten. Die Erklärung liegt darin, dass die Kommunistische Partei damals für den Sturz der Kerenskieregierung, für den Sturz der bürgerlichen Macht, für die Nationalisierung der Fabriken und Werke, der Banken und Eisenbahnen war, während die Parteien der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre für die Kerenskieregierung kämpften und das Recht der Bourgeoisie auf die Fabriken und Werke, auf die Banken und Eisenbahnen verfochten. Die Erklärung liegt darin, dass die Partei der Kommunisten damals für die sofortige Konfiskation der Ländereien der Gutsbesitzer zugunsten der Bauern war, während die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki diese Frage bis zur Konstituierenden Versammlung hinausschieben wollten, deren Einberufung sie wiederum auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben suchten. Ist es da verwunderlich, wenn die Wahl der Arbeiter und der armen Bauern schließlich zugunsten der Kommunistischen Partei ausfiel? Ist es da verwunderlich, wenn die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki so schnell zugrunde gegangen sind? Daher rührt das Monopol der Kommunistischen Partei, und das ist der Grund, warum die Kommunistische Partei zur Macht gelangt ist. Die folgende Periode, die Periode nach dem Oktober 1917, die Periode des Bürgerkriegs, war die Periode des endgültigen Untergangs der Parteien der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, die Periode des endgültigen Triumphes der Partei der Bolschewiki. Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre selbst haben in jener Periode den Triumph der Kommunistischen Partei erleichtert. Nachdem die Parteien der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre während der Oktoberumwälzung zerschlagen und hinweggefegt worden waren, begannen ihre Splitter sich an den konterrevolutionären Aufständen der Kulaken zu beteiligen, bildeten einen Block mit den Koltshak- und Denikinleuten, traten in den Dienst der Entente und bewirkten damit, dass sie in den Augen der Arbeiter und Bauern endgültig

tig erledigt waren. Es ergab sich folgendes Bild: Die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki, die sich aus bürgerlichen Revolutionären in bürgerliche Konterrevolutionäre verwandelt hatten, halfen der Entente, das neue Rußland, Sowjetrußland, zu würgen, während die Partei der Bolschewiki, die alles Lebendige und Revolutionäre um sich sammelte, immer neue und neue Scharen von Arbeitern und Bauern zum Kampf für das sozialistische Vaterland, zum Kampf gegen die Entente mobilisierte. Es ist durchaus natürlich, dass der Sieg der Kommunisten in dieser Periode zur vollständigen Niederlage der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki führen musste und auch wirklich geführt hat. Ist es da verwunderlich, wenn die Kommunistische Partei nach alledem zur einzigen Partei der Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft geworden ist? So ist bei uns das Monopol der Kommunistischen Partei als der einzig legalen Partei im Lande entstanden.“⁵²

Da es also keine feindlichen Klassen in der Sowjetunion gab, war die Existenz mehrerer Parteien nicht mehr notwendig: „Was die Freiheit verschiedener politischer Parteien anbelangt, so vertreten wir hier einigermaßen andere Ansichten. Die Partei ist ein Teil der Klasse, ihr fortgeschrittenster Teil. Mehrere Parteien und folglich auch eine Freiheit der Parteien kann es nur in einer Gesellschaft geben, wo es antagonistische Klassen gibt, deren Interessen einander feindlich und unversöhnlich sind, wo es, sagen wir, Kapitalisten und Arbeiter, Gutsbesitzer und Bauern, Kulaken und Dorfarmut u. ä. gibt. In der Sowjetunion gibt es aber schon keine Klassen mehr, wie Kapitalisten, Gutsbesitzer, Kulaken usw. In der Sowjetunion gibt es nur zwei Klassen, die Arbeiter und die Bauern, deren Interessen einander nicht nur nicht feindlich gegenüberstehen, sondern im Gegenteil miteinander harmonieren. Folglich gibt es in der Sowjetunion keinen Boden für die Existenz mehrerer Parteien und somit auch keinen Boden für die Freiheit dieser Parteien, in der Sowjetunion gibt es Boden für nur eine Partei, die Kommunistische Partei. In der Sowjetunion kann es nur eine Partei geben, die Partei der Kommunisten, die kühn und bis zum letzten die Interessen der Arbeiter und Bauern verteidigt. Und daß sie die Interessen dieser Klassen nicht schlecht verteidigt, daran kann wohl kaum ein Zweifel bestehen. (Stürmischer Beifall.) Man spricht von Demokratie. Was aber ist Demokratie? Die Demokratie in den kapitalistischen Ländern, wo es antagonistische Klassen gibt, ist in letzter Instanz eine Demokratie für die Starken, eine Demokratie für die besitzende Minderheit. Die Demokratie in der Sowjetunion ist im Gegenteil eine Demokratie für die Werktätigen, d. h. eine Demokratie für alle. Daraus folgt aber, daß die Grundlagen des Demokratismus nicht durch den Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR verletzt werden, sondern durch die bürgerlichen Verfassungen. Deshalb glaube ich, daß die Verfassung der UdSSR die einzige

⁵² Stalin beantwortet Fragen US-amerikanischer Arbeiter, zitiert nach KPD/ML, Die Wahrheit über Stalin, 1979. <http://stalinwerke.de/wahrheit/wahrheit.pdf>, S. 45ff

bis zum letzten demokratische Verfassung der Welt ist. So liegen die Dinge mit der bürgerlichen Kritik am Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR.“⁵³

Eine wichtige Frage ist dennoch, welche Möglichkeiten gegeben sind, in einem Staat, in dem nur eine Partei an der Macht ist, politisches Bewusstsein und Demokratie zu entwickeln?

Beim Besuch der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation in der UdSSR 1927 antwortete Stalin auch auf diese Frage der Delegationsmitglieder:

„Dritte Frage. Da in Rußland nur eine Partei legal ist, woher wissen Sie, dass die Massen mit dem Kommunismus sympathisieren?“

Antwort: Es stimmt, dass es in der UdSSR keine legalen bürgerlichen Parteien gibt, dass hier nur eine Partei legal ist, die Partei der Arbeiter, die Partei der Kommunisten. Haben wir dennoch Mittel und Wege, um uns davon zu überzeugen, dass die Mehrheit der Arbeiter, die Mehrheit der werktätigen Massen mit den Kommunisten sympathisiert? Es handelt sich natürlich um die Arbeiter- und Bauernmassen, nicht um die neue Bourgeoisie, nicht um die Überreste der alten Ausbeuterklassen, die vom Proletariat bereits zerschlagen worden sind. Ja, wir haben die Möglichkeit, wir haben Mittel und Wege, um zu erfahren, ob die Arbeiter- und Bauernmassen mit den Kommunisten sympathisieren oder nicht sympathisieren. ... Haben wir jetzt Mittel und Wege, um die Stärke und Festigkeit der Partei der Kommunisten zu prüfen, um den Grad der Sympathie der breiten Massen der Werktätigen für diese Partei festzustellen? Ich glaube, wir haben sie. Nehmen wir vor allem die Gewerkschaften der Sowjetunion, denen ungefähr 10 Millionen Proletarier angehören, sehen wir uns die Zusammensetzung der führenden Organe unserer Gewerkschaften an. Ist es ein Zufall, dass an der Spitze dieser Organe Kommunisten stehen? Natürlich ist das kein Zufall. Es wäre töricht zu glauben, dass den Arbeitern der UdSSR die Zusammensetzung der führenden Organe der Gewerkschaften gleichgültig ist. Die Arbeiter der UdSSR haben sich in den Stürmen dreier Revolutionen entwickelt und geschult. Sie haben, wie niemand sonst, gelernt, ihre Führer zu prüfen und wenn sie den Interessen des Proletariats nicht entsprechen, sie davonzujagen. ... Und wenn diese Arbeiter den Kommunisten ihr volles Vertrauen ausdrücken und sie auf verantwortliche Posten in den Gewerkschaften stellen, so kann das nur ein direkter Beweis dafür sein, dass der Einfluss der Kommunistischen Partei unter den Arbeitern der UdSSR von gewaltiger Stärke und Festigkeit ist. ... Nehmen wir die letzten Wahlen zu den Sowjets. Das Recht, an den Wahlen zu den Sowjets teilzunehmen, hat bei uns die gesamte erwachsene Bevölkerung der UdSSR vom 18. Lebensjahr an, ohne Unterschied des Geschlechts und der Nationalität, mit Ausnahme der bürgerlichen Elemente, die fremde Arbeit ausbeuten

⁵³ Stalin über die Verfassung, in: www.red-channl.de/mlliteratur/sowjetunion/verfassung.htm

und denen das Wahlrecht entzogen ist. Die Zahl der Wähler beläuft sich auf ungefähr 60 Millionen. Die gewaltige Mehrheit der Wähler besteht natürlich aus Bauern. Von diesen 60 Millionen haben ungefähr 51 Prozent, das heißt mehr als 30 Millionen, von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Sehen Sie sich nun die Zusammensetzung der führenden Organe unserer Sowjets im Zentrum und im Lande an. Kann man die Tatsache als Zufall bezeichnen, dass die gewaltige Mehrheit der gewählten führenden Funktionäre aus Kommunisten besteht? Es ist klar, dass man das nicht als Zufall bezeichnen kann. Zeugt diese Tatsache nicht davon, dass die Kommunistische Partei unter den Millionenmassen der Bauernschaft Vertrauen genießt? Ich glaube, sie zeugt davon. ... Nehmen wir den Kommunistischen Jugendverband (Komsomol), dem ungefähr 2 Millionen jugendliche Arbeiter und Bauern angehören. Kann man die Tatsache als Zufall bezeichnen, dass die gewaltige Mehrheit der gewählten führenden Funktionäre des Kommunistischen Jugendverbands Kommunisten sind? Ich glaube, das kann man nicht als Zufall bezeichnen. ... Nehmen wir schließlich unsere zahllosen Konferenzen, Beratungen, Delegiertenversammlungen usw., die Millionenmassen von werktätigen Männern und Frauen, Arbeitern und Arbeiterinnen, Bauern und Bäuerinnen aller Nationalitäten der UdSSR erfassen. Über diese Beratungen und Konferenzen spricht man im Westen mitunter ironisch und behauptet, dass die Russen überhaupt gern reden. Indes haben diese Beratungen und Konferenzen für uns gewaltige Bedeutung, weil sie sowohl einen Prüfstein für die Stimmung der Massen abgeben als auch unsere Fehler aufdecken und Mittel und Wege zur Beseitigung dieser Fehler aufzeigen, denn bei uns werden nicht wenig Fehler gemacht, und wir verheimlichen sie nicht, da wir der Auffassung sind, dass die Aufdeckung der Fehler und ihre ehrliche Berichtigung das beste Mittel ist, um die Leitung des Landes zu verbessern. Lesen Sie die Reden, die auf diesen Konferenzen und Beratungen gehalten werden, lesen Sie die sachlichen und offenherzigen Bemerkungen dieser „einfachen Leute“ aus den Reihen der Arbeiter und Bauern, lesen Sie ihre Beschlüsse - und Sie werden sehen, wie gewaltig der Einfluss und die Autorität der Kommunistischen Partei ist, Sie werden sehen, dass jede Partei in der Welt uns um diesen Einfluss und diese Autorität beneiden könnte.“⁵⁴

In der Schrift "Über die Mängel der Parteiarbeit" (1937) führt Stalin aus, wie die Kontrolle von unten erfolgt: "Die Parteimassen überprüfen die führenden Funktionäre in Aktivtagungen, in Konferenzen, auf Parteitagen durch Entgegennahme ihrer Rechenschaftsberichte, durch Kritik an den Mängeln, schließlich durch Wahl beziehungsweise Nichtwahl dieser oder jener führenden Genossen in die leitenden Organe. Strikte Durchführung des demokratischen Zentralismus in der Partei, wie dies vom Statut unserer Partei gefordert wird, unbedingte Wählbarkeit der Parteiorgane, das

⁵⁴ Stalin, J.W., Werke, Band 10, S. 91ff

Recht, Kandidaten aufzustellen und abzulehnen, geheime Wahl, Freiheit der Kritik und Selbstkritik -- all diese und ähnliche Maßnahmen müssen unter anderem auch deshalb durchgeführt werden, um die Überprüfung und Kontrolle der Führer der Partei durch die Parteimassen zu erleichtern. Die parteilosen Massen überprüfen die führenden Wirtschafts-, Gewerkschafts- und übrigen Funktionäre in Aktivversammlungen der Parteilosen, in Massenberatungen jeder Art, wo sie die Rechenschaftsberichte der führenden Funktionäre entgegennehmen, Mängel kritisieren und Wege zu ihrer Behebung aufzeigen. Schließlich überprüft das Volk die Führer des Landes bei den Wahlen zu den Machtorganen der Sowjetunion durch die allgemeine, gleiche, direkte und geheime Abstimmung."⁵⁵

In der gleichen Schrift betont er des Weiteren die Notwendigkeit der "gewissenhaften Aufdeckung der Fehler der Partei, die Untersuchung der Ursachen, die diese Fehler hervorgerufen haben, und die Festlegung der Wege zur Behebung dieser Fehler."⁵⁶

Er hebt hervor, dass Führer sich davor hüten müssen, überheblich zu werden, dass ihre Erfahrungen alleine nicht ausreichen, um richtig führen zu können, sondern dafür ihre Erfahrung durch die "Erfahrungen der Mitgliedermassen der Partei, durch die Erfahrungen der Arbeiterklasse durch die Erfahrungen des Volkes ergänzt werden müssen."⁵⁷ Er schlussfolgert: "Das bedeutet, dass wir unsere Verbindungen mit den Massen keine Minute lang lockern, geschweige denn abbrechen dürfen. Das bedeutet schließlich, dass wir auf die Stimme der Massen, auf die Stimme der einfachen Parteimitglieder, auf die Stimme der sogenannten 'kleinen Leute', auf die Stimme des Volkes lauschen müssen. ... Die Verbindung mit den Massen, die Festigung dieser Verbindung, die Bereitwilligkeit, auf die Stimme der Massen zu lauschen -- darin liegt die Stärke und die Unbesiegbarkeit der bolschewistischen Führung."⁵⁸

Sehr interessant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass die „linke“ Opposition, vor allem Sinowjew und später auch Trotzki, die Diktatur des Proletariats mit der Diktatur der Partei verwechselten.

Stalin schreibt dazu in den „Fragen des Leninismus“: „Ich spreche schon gar nicht davon, dass die Formel 'Diktatur der Partei', wenn sie ohne die oben erwähnten Vorbehalte genommen wird, eine ganze Reihe von Gefahren und politischen Nachteilen in unserer praktischen Arbeit hervorrufen kann. Durch diese Formel, ohne Vorbehalte genommen, wird gleichsam gesagt:

⁵⁵ Stalin, J.W., Werke, Band 14, S. 149f.

⁵⁶ Ebenda, S. 150

⁵⁷ Ebenda, S. 153

⁵⁸ Ebenda

- a) zu den parteilosen Massen: Wagt nicht zu widersprechen, wagt nicht zu rasonieren, denn die Partei ist allmächtig, denn wir haben die Diktatur der Partei;
- b) zu den Parteikadern: Nur forscher ran, packt fester zu, man braucht gar nicht auf die Stimme der parteilosen Massen zu hören - wir haben die Diktatur der Partei;
- c) zu den Parteispitzen: Man kann sich den Luxus einer gewissen Selbstzufriedenheit erlauben, ja man kann sogar überheblich sein, denn wir haben die Diktatur der Partei und „folglic“ auch die Diktatur der Führer.

Auf diese Gefahren hinzuweisen ist gerade jetzt angebracht, in der Periode des Aufschwungs der politischen Aktivität der Massen, da die Bereitschaft der Partei, aufmerksam auf die Stimme der Massen zu lauschen, für uns von besonderem Wert ist, da die Feinfühligkeit gegenüber den Bedürfnissen der Massen das grundlegende Gebot unserer Partei ist, da von der Partei besondere Umsicht und besondere Elastizität in der Politik verlangt werden, da die Gefahr der Selbstüberhebung eine der ernstesten Gefahren ist, vor denen die Partei in der Frage der richtigen Führung der Massen steht.⁵⁹

Ulrich Huar kommentiert in seiner mehrteiligen Arbeit über Stalin als Theoretiker des Marxismus-Leninismus zu der Problemfrage „Diktatur des Proletariats = Diktatur der Partei: „Stalin unterscheidet hier zwischen dem System der Diktatur des Proletariats als politischem System des Sozialismus und dem Staatsapparat, der Regierung, der Ministerien. Der Staatsapparat ist nicht die Partei. Die führende Rolle der Partei bezieht sich auf das gesamte System der Diktatur des Proletariats. Die Führungsrolle der Partei bezüglich des Staatsapparates vollzieht sich über die dort tätigen Genossen sowie durch die politisch-ideologische Führung der Partei im System der Diktatur des Proletariats, in dem der Staatsapparat ja keine exzeptionelle Stellung einnimmt. Führung, auch des Staatsapparates durch die Partei, bedeute eben keine Identität von Partei und Staat. Die zeitweilig historisch bedingte 'Personalunion' von Partei- und Staatsfunktionen mag später zu dieser falschen Identifizierung von Staat und Partei beigetragen haben, was von bürgerlichen Medien bis in die Gegenwart ausgenutzt wird und auch in Sozialismusvorstellungen von Kommunisten 'kritisch überwunden' und für die Zukunft ausgeschlossen werden soll. Wenn die Führungsschicht zahlenmäßig sehr begrenzt ist, wird eine 'Personalunion' kaum zu vermeiden sein.“⁶⁰

⁵⁹ Stalin, J.W., Fragen des Leninismus, Werke Band 8; <http://stalinwerke.de/band08/b08-009.html>

⁶⁰ Huar, Ulrich, Stalins Beiträge zur Parteitheorie, Heft 1, Sonderheft der Zeitschrift offen-siv, Hannover 2003, S. 33

„Sie [die Partei] übt ihre Führungsrolle, ihre ‚lenkende Kraft‘ über die Massenorganisationen aus, Gewerkschaften, Jugendverband, Genossenschaften. Es sei Aufgabe der Partei, ‚die Arbeit aller Massenorganisationen des Proletariats ohne Ausnahme zusammenzufassen und deren Tätigkeit auf ein Ziel, auf das Ziel der Befreiung des Proletariats zu lenken‘.“⁶¹

„Die Partei verwirklicht die Diktatur des Proletariats, aber nicht unmittelbar, sondern über die Massenorganisationen. (...) weil die Partei, selbst wenn sie das wollte, nicht allein die Diktatur ausüben kann. (...) Die Massenorganisationen haben spezifische Aufgaben, die Gewerkschaften andere als der Jugendverband oder Frauenorganisationen. Wenn es auch ‚leitende Weisungen‘ von der Partei für alle wichtigen Beschlüsse der Massenorganisationen gibt, die Durchführung, die Umsetzung der Beschlüsse führen die Massenorganisationen selbst durch. Die Partei müsse bei all ihren Weisungen stets mit dem Willen, dem Zustand, dem Bewußtseinsgrad der von ihr Geführten rechnen.“⁶²

Was für die sozialistische Gesellschaft gilt, gilt übrigens auch für jede andere Gesellschaftsformation:

„Nebenbei bemerkt, trifft dies auch für Diktaturen der Ausbeuterklassen zu. Die faschistische Diktatur war eben nicht nur die Diktatur der NSDAP, einiger faschistischer Führer oder gar Hitlers allein, wie in bürgerlichen Publikationen gern behauptet wird, um die Spitzen des Monopol- und Bankkapitals, die Hitler mit der Ausübung der Macht beauftragt hatten und dessen Diktatur tatkräftig unterstützten - solange sie ihnen nützlich war - aus der Kritik herauszuhalten. Ohne besonders reaktionäre Teile des Monopolkapitals gab und gibt es keine faschistische Diktatur, wobei sich die betreffende reaktionäre Partei ebenfalls mit Massenorganisationen umgibt bzw. vorhandene in ihrem Interesse umfunktioniert, ‚umwandelt‘, z.B. Gewerkschaften in ‚Deutsche Arbeitsfront‘! Auch offene, unverhüllte, terroristische Diktaturen der Bourgeoisie bedürfen der ‚Transmissionen‘, über die sie ihre Macht realisieren. Was die bürgerlichen Ideologen stört, ist nicht die Diktatur, sondern die Diktatur des Proletariats, das heißt, der proletarische Klassencharakter der Diktatur. Die bürgerlich-parlamentarische Demokratie ist ihrem Wesen nach auch nichts anderes als eine verhüllte Machtausübung der Bourgeoisie, sogar die sicherste Form ihrer Diktatur, d.h. ihrer Klassenherrschaft, dadurch, daß sie die Gewalt abwechselnd aus ihrer einen Hand fallen läßt, um sie mit ihrer andern aufzufangen“⁶³

⁶¹ Ebenda, S. 34f.

⁶² Ebenda, S. 35

⁶³ Ebenda

Des Weiteren erwähnt Stalin in Bezug zu Trotzki's Aussage, dass die Partei immer Recht habe, Folgendes: „Die Partei, erklärt Trotzki, macht keine Fehler. Das stimmt nicht. Die Partei macht nicht selten Fehler. Iljitsch lehrte uns, daß man die Partei an Hand ihrer eigenen Fehler lehren muß, richtig zu führen. Würde die Partei keine Fehler machen, so wäre nichts da, an Hand dessen man die Partei lehren könnte. Unsere Aufgabe besteht darin, diese Fehler herauszufinden, ihre Wurzeln bloßzulegen und der Partei der Arbeiterklasse zu zeigen, welche Fehler wir begangen haben und wie wir diese Fehler in Zukunft vermeiden können. Ohne das wäre eine Entwicklung der Partei unmöglich. Ohne das wäre die Heranbildung von Führern und Kadern der Partei unmöglich, denn sie werden im Kampf gegen ihre eigenen Fehler, in Überwindung dieser Fehler herangebildet und erzogen.“⁶⁴

Lassen wir den „Diktator“ Stalin, dem ja nicht nur von Bürgerlichen nachgesagt wird, jeden Kritiker wortwörtlich (mund)tot gemacht zu haben, über die Bedeutung des Meinungs-austausches zu Wort kommen: „Ich bin entschieden gegen die Politik des Hinausjagens aller andersdenkenden Genossen. Ich bin nicht darum gegen eine solche Politik, weil ich mit den Andersdenkenden Mitleid hätte, sondern darum, weil eine solche Politik in der Partei ein Regime des Einschüchterns, ein Regime des Furchteinflößens, ein Regime erzeugt, das den Geist der Selbstkritik und der Initiative tötet. Es ist nicht gut, wenn man die Führer der Partei fürchtet, sie aber nicht achtet. Führer der Partei können nur in dem Falle wirkliche Führer sein, wenn man sie nicht nur fürchtet, sondern sie auch in der Partei achtet, ihre Autorität anerkennt. Solche Führer heranzubilden ist schwer, das ist eine langwierige und schwierige, aber unbedingt notwendige Sache, denn ohne diese Bedingung kann die Partei nicht als wirklich bolschewistische Partei bezeichnet werden, kann die Disziplin der Partei keine bewußte Disziplin sein.“⁶⁵

Natürlich muss sich bei Entscheidungen, die die Partei trifft, die Minderheit der Mehrheit unterordnen. Ulrich Huar schreibt diesbezüglich: „Führen heißt, die Massen von der Richtigkeit der Politik der Partei überzeugen, solche Losungen aufzustellen und durchzuführen, die die Massen an die Positionen der Partei heranzuführen und ihnen erleichtert, an Hand ihrer eigenen Erfahrungen die Richtigkeit der Politik der Partei zu erkennen, die Massen auf das Bewußtseinsniveau der Partei zu heben und sich somit die Unterstützung der Massen, ihre Bereitschaft zum entscheidenden Kampfe zu sichern. Die Methode der Überzeugung ist die Hauptmethode der Führung der Arbeiterklasse durch die Partei. Die Massen zu führen ist gar keine so leichte Aufgabe. Einmal stehen sie in ihrer Mehrheit unter dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie, die ihnen von Kindesbeinen an über Schule - Kirche - Parteien - Klubs -

⁶⁴ Stalin, J.W., Werke, Band 6, S. 203

⁶⁵ Stalin, J.W., Brief an Genossen Mert; in: Werke Band 7, S. 38

Organisationen, dem gesamten Kulturbetrieb, durch die Massenmedien vermittelt wird. Sie sind bis zu einem gewissen Grade durch die Gesamtheit der Lebensumstände im Kapitalismus gegen die kommunistische Ideologie immunisiert. Die Massen lernen bekanntlich auch nicht aus Büchern und Parteiprogrammen. Die Mehrheit der Volksmassen sind Empiriker und daran muß die Partei anknüpfen. Die Erfahrungen der Massen im Kapitalismus, die sie täglich machen, sind der Ausgangspunkt, an die die Agitation und Propaganda der Partei in möglichst einfachen, für die Massen verständlichen Worten und Begriffen anschließen muß. Eine Schwierigkeit für die Partei besteht darin, daß sie auf ein Minimum von Theorie und geschichtlicher Erfahrung nicht verzichten kann, d.h. theoretische Erkenntnisse in die Agitation einbeziehen, die Theorie mit den Erfahrungen der Massen verbinden muß, ohne die Theorie zu verballhornen oder gar zu verfälschen. Stalin gehörte zu den wenigen Führern der Kommunistischen Weltbewegung, die diese Kunst meisterhaft beherrschten, worüber immer wieder intellektuelle Schöngelster die Nase rümpfen, weil sie nicht begreifen können, daß die Volksmassen nicht aus Akademikern bestehen. Die Partei kann und muß auch nicht alle Arbeiter überzeugen, um Aktionen durchführen zu können. Sie muß sich allerdings vor `entscheidenden politischen Aktionen` die `Unterstützung der Mehrheit der Arbeitermassen`, zumindest deren `wohlwollende Neutralität` sichern. Wie aber soll sich die Partei gegenüber der Minderheit der Arbeiterklasse verhalten, die sich nicht freiwillig dem Willen der Mehrheit der Klasse unterwirft? In einem solchen Falle kann und muß die Partei, die das Vertrauen der Mehrheit auf ihrer Seite hat, die Minderheit `zur Unterwerfung unter den Willen der Mehrheit zwingen.` `Das schließt aber die Anwendung von Zwang nicht aus, sondern setzt sie voraus, wenn dieser Zwang darauf gründet, daß die Partei das Vertrauen und die Unterstützung der Mehrheit der Arbeiterklasse genießt, wenn er gegen die Minderheit angewendet wird, nachdem man es vermocht hat, die Mehrheit zu überzeugen.`⁶⁶

„Fragen der innerparteilichen Demokratie können nur unter Berücksichtigung der konkret-historischen Situation beantwortet werden. Ein Fraktionsverbot und andere Einschränkungen der innerparteilichen Demokratie bilden kein allgemeingültiges Axiom der Parteitheorie. Unter bestimmten Bedingungen sind sie unverzichtbar, unter anderen können sie Initiativen der Parteimitglieder hemmen. Einer der Verfechter der ‚Demokratisierung‘ der Partei, Saporow, forderte Neuwahlen, um die Gruppe der führenden Genossen, nicht zuletzt oder besonders Stalin, aus ihren Funktionen zu verdrängen. Ohne die Bedeutung von Neuwahlen unter dem Aspekt des Demokratismus zu leugnen, sah Stalin in ihnen keine ‚grundlegende Garantie‘ für die Verbesserung des innerparteilichen Lebens. Stalin unterschied zwei Arten von Demokratismus: erstens den Demokratismus der Parteimassen, Initiativen zu entfalten, aktiv an der

⁶⁶ Ulrich Huar, Stalins Beiträge zur Parteitheorie, ebenda

Parteiführung teilzunehmen und zweitens den ‚Demokratismus‘ unzufriedener Parteigrößen, die das Wesen des Demokratismus in der Ablösung der einen Personen durch andere sehen.‘ Stalin hatte die Beweggründe des ‚Demokratismus‘ der Opposition richtig erkannt. Es ging nicht um innerparteiliche Demokratie, sondern um Befriedigung individueller Machtgelüste von politisch unzufriedenen Intellektuellen, und dahinter standen die NÖP-Bourgeoisie, die Reste der weißgardistischen Reaktion, unabhängig davon, ob die ‚demokratischen Oppositionellen‘ in der Partei sich dessen bewußt waren oder nicht.⁶⁷

„Schließlich forderte Trotzki die ‚Freiheit der Gruppierungen‘, die Aufhebung des Fraktionsverbotes. Nach Trotzki wären Gruppierungen eine Reaktion auf das ‚bürokratische Regime des Zentralkomitees‘. Würde es dies nicht geben, dann gäbe es auch keine Gruppierungen. Aber dies, so Stalin, sei keine marxistische Fragestellung. Gruppierungen entstünden und werden entstehen, weil es verschiedene Wirtschaftsformen im Land gäbe, von Keimformen des Sozialismus bis zu mittelalterlichen Wirtschaftsformen. Mit der NÖP gäbe es Kapitalismus, ein Wiederaufleben des Privatkapitals und ein Wiederaufleben der entsprechenden Ideen, die auch in die Partei eindringen. In der Partei gibt es Arbeiter, Bauern und Intellektuelle. Darin lägen die Ursachen für die Schaffung von Gruppierungen, ‚die wir manchmal durch chirurgische Maßnahmen entfernen müssen und manchmal durch ideologische Beeinflussung auf dem Wege der Diskussion zum Verschwinden bringen müssen. Trotzki wolle die Partei in eine ‚Föderation von Gruppen‘ umwandeln, und dies unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung, die nicht nur ‚eine einheitliche, nicht nur eine fest zusammengeslossene, sondern eine wirklich stählerne Partei‘ erfordere, die ‚dem Ansturm der Feinde des Proletariats‘ standhalten und die Arbeiter in den ‚entscheidenden Kampf‘ führen kann. Darum können keine Gruppierungen und Fraktionen in der Partei geduldet werden.“⁶⁸

Erwähnenswert ist natürlich auch die Tatsache, dass eine kommunistische Partei ihrem Wesen nach nicht mit den bürgerlichen Parteien gleichgesetzt werden kann. Entsprechend hat die Macht der Kommunistischen Partei in der Diktatur des Proletariats eine andere Funktion als die Macht einer bürgerlichen Partei in einem kapitalistischen Staat, der Diktatur der Bourgeoisie. Sie ist die höchste Organisationsform der Arbeiterklasse. Die Kommunistische Partei ist der Vortrupp der Arbeiterklasse, in der die klassenbewusstesten Elemente der Arbeiterklasse organisiert sind. Dabei darf sich die Kommunistische Partei nicht von den parteilosen Teilen der Arbeiterklasse abkapseln, sondern muss fest in ihr verwurzelt sein. Entsprechend ihrer Aufgaben agiert die Partei mit eiserner bolschewistischer Parteidisziplin. Kritiker erwidern nur allzu ger-

⁶⁷ Ebenda, S. 39

⁶⁸ Ebenda, S. 43

ne, dass das Verbot von Fraktionen innerhalb der Kommunistischen Partei ihr undemokratisches Verhalten zu Tage lege. Doch tatsächlich ist es genau umgekehrt: die Existenz von Fraktionen führt zum Entstehen mehrerer Zentren. Deren Bestehen führt aber zum Fehlen eines gemeinsamen Zentrums der Partei, der Zersplitterung des einheitlichen Willens und zur Schwächung und Zersetzung der proletarischen Diktatur. Die Parteidisziplin ist nicht vergleichbar mit dem preußischen Kadavergehorsam. Die Parteidisziplin schließt Kritik und Meinungskampf in der Partei nicht aus, sondern setzt ihn voraus. Aber nachdem der Meinungskampf beendet, die Kritik erschöpft und ein Beschluss gefasst ist, bildet die Einheit des Willens und die Einheit aller Parteimitglieder darin, die gefassten Beschlüsse umzusetzen, jene unerlässliche Bedingung, ohne die kein einheitliches Handeln der Partei denkbar ist.

Gerade das Bestehen von Fraktionen unterbindet die demokratische Entwicklung in der Partei. Kritik und Meinungs austausch in der Partei muss allen Parteimitgliedern ermöglicht werden. Das Gründen von kleinen Fraktionen, die sich gegenseitig bekämpfen und mit sich selbst und ihrer eigenen Karriere beschäftigt sind, verhindert die Möglichkeit, dass sich jedes Parteimitglied zu Problemen der eigenen Partei äußern kann. Daraus folgt, dass das Bestehen von Fraktionen unvereinbar ist mit der Einheit und Disziplin der Partei.

Es bleibt dabei aber die Frage offen, wie es denn aussieht, wenn die Partei falsche Beschlüsse fasst. Wie geht man da mit dem demokratischen Zentralismus um? Beim ungarischen Kommunisten Ervin Rozsnyai können wir dazu folgendes lesen:

„Was ist also zu tun, wenn die Forderung einheitlich zu handeln, die Durchführung eines falschen, fehlerhaften Beschlusses vorschreibt? Was verursacht größeren Schaden? Die Durchführung des Beschlossenen oder die Verletzung einheitlichen Handelns? Wo man bei konsequenter Anwendung der Demokratie nach sachlicher kollektiver Diskussion entscheidet, danach kollektiv die Durchführung des Beschlossenen kontrolliert, dort kann das Vorkommen von solcherlei Dilemma auf ein Minimum reduziert werden. Verminderbar ja – aber die völlige Vermeidung von Fehlern kann auch eine sehr gut funktionierende Organisationsdemokratie nicht garantieren. (...) Die tatsächliche Entwicklung⁶⁹ glitt vielmehr in die entgegengesetzte Richtung ab: Die Demokratie erstarrte formal werdend, die organisatorische Tätigkeit entfernte sich von den Gemeinschaftsinteressen, schließlich errang der zum selbstständigen Kurs (oder zur Generallinie) erstarkende bourgeoise Einfluss die Macht über die Mehrheit der leitenden kommunistischen Parteien. Die Anforderung von Einheit und Disziplin, das ist jener Grundsatz, welcher beweisbar die Existenzbedingung für die Partei ist, im gegebenen Falle beschleunigte er die Zerstörung der Partei. Hätte man

⁶⁹ Genosse Rozsnyai spricht hier von der Niedergangsphase des Sozialismus in Europa.

nicht eher den Grundsatz aufgeben müssen? Bis wieweit ist der demokratische Zentralismus gültig? Bis wie weit ist die Einheit der Partei verpflichtender, unverzichtbarer Grundwert? Lenin wurde in der alltäglichen politischen Praxis ständig mit dem Widerspruch von einheitlichem Handeln und der für richtiges Handeln unverzichtbaren kritischen Haltung konfrontiert. 'Die unbedingt notwendige Kritik an den Mängeln der Partei muß so gehandhabt werden, daß jeder praktische Vorschlag in möglichst präziser Form unverzüglich, ohne jegliche Verschleppung, an die örtlichen und zentralen leitenden Organe der Partei zur Erörterung und Entscheidung weitergeleitet wird. Jeder, der Kritik übt, muß außerdem, was die Form der Kritik betrifft, Rücksicht nehmen auf die Lage der Partei, die von Feinden umgeben ist, und in Bezug auf den Inhalt der Kritik durch seine eigene unmittelbare Teilnahme an der Sowjet- und Parteiarbeit prüfen, wie die Fehler der Partei oder einzelner ihrer Mitglieder in der Praxis korrigiert werden. Jedwede Analyse der allgemeinen Linie der Partei ... darf ... auf keinen Fall vorher in Gruppen erörtert werden, die sich aufgrund irgendeiner 'Plattform' u. Ä. bilden ..., sondern ist ausschließlich der unmittelbaren Behandlung durch alle Parteimitglieder zuzuleiten.' (...)

Lenin legte die Einheit jedoch nicht formal aus. Gerade im Interesse der Einheit brach er auf der Prager Parteikonferenz von 1912 mit den Menschewiki. Wäre der revolutionäre und der reformistische Flügel organisatorisch zusammengeblieben, dann wäre die Partei erlahmt. Lenin hielt auch 'schärfstes und fraktionelles Auftreten', manchmal auch den offenen Bruch 'für berechtigt, wenn von außerordentlich tiefen Meinungsverschiedenheiten', 'vom Aussprechen einer neuen und nicht begriffenen Wahrheit die Rede ist', und 'man die von der Partei oder der Arbeiterklasse verfolgte unrichtige politische Richtung auf andere Weise nicht berichtigen kann.' (...) Bedarf es also nicht der organisatorischen Einheit, der Disziplin, des demokratischen Zentralismus? Aber ja, ohne sie kann die Partei nicht einen Schritt vorwärts tun. Sie sind nötig auch im Falle falscher Beschlüsse, so lange es die Hoffnung gibt auf 'gesetzliche' Korrektur, so lange die Partei durch ihre Fehler nicht in die Gefahr gerät, in die Hände kleinbürgerlich-bourgeoiser Elemente zu gelangen, und die revolutionäre Führung nicht zu einem Instrument der kapitalistischen Reaktion entartet.

Wenn jedoch die inneren Kräfteverhältnisse kippen, wenn die fehlerhafte Linie die Oberhand gewinnt und es keine andere Möglichkeit zu ihrer Überwindung gibt als den organisierten Widerstand, dann muß die Gültigkeit der verpflichtenden Organisationsdisziplin auf jene Gruppe beschränkt werden, welche für die Wiederherstellung des proletarischen Charakters der Partei kämpft. Ist das eine riskante Operation? Gewiß, hingegen sahen wir - Chruschtschow und Gorbatschow haben es schwarz auf

weiß bewiesen -, daß den Kampf dafür nicht aufzunehmen bedeutet, wie ein Schaf in das sichere Verderben getrieben zu werden...⁷⁰

Wir sehen also, dass auch der demokratische Zentralismus und die Einheit der Partei kein bloßer Formalismus ist. Natürlich gibt es kein Patentrezept, welches den Parteimitgliedern zeigt, wann die Partei zum Instrument der Bourgeoisie entartet. Wichtig ist hier aber die aktive Teilnahme der Parteimitglieder am Parteileben, so wie die umfassende und nie aufhörende Bildung der Kader. Denn nur so entstehen selbstständig denkende, wachsame Parteimitglieder, die gefährliche Tendenzen in der Partei erkennen können. Dabei müssen, wie oben beschrieben, Fehler und Mängel der Partei offen und allen Mitgliedern bekannt gegeben werden, so dass kollektiv an diesen Fehlern gearbeitet werden kann. Nur so funktioniert wahre Parteidemokratie!

Über den Umgang mit antikommunistischen Strömungen in der Partei ist bei Stalin zu lesen: „Es ist äußerst traurig, daß unsere deutschen Genossen nicht die Notwendigkeit empfinden, den Repressalien gegen die Opposition eine breite prinzipielle Aufklärungskampagne vorausgehen zu lassen oder sie durch eine solche zu ergänzen, und somit die Erziehung der Parteimitglieder und der Parteikader im Geiste des Bolschewismus erschweren. Brandler und Thalheimer davonzujagen ist nicht schwer, das ist eine leichte Sache. Aber das Brandlerianertum zu überwinden ist eine komplizierte und ernste Angelegenheit; da kann man mit Repressalien allein die Sache nur verderben — hier muß man den Boden tief umpflügen und die Köpfe ernstlich aufklären. Die KPR(B) entwickelte sich stets durch Widersprüche, das heißt im Kampf gegen nichtkommunistische Strömungen, und nur in diesem Kampf wurde sie stark, schmiedete sie wirkliche Kader. Vor der KPD liegt derselbe Weg der Entwicklung durch Widersprüche, durch einen wirklichen, ernsten und langwierigen Kampf gegen nichtkommunistische Strömungen, besonders gegen die sozialdemokratischen Traditionen, das Brandlerianertum u.ä.. Aber für einen solchen Kampf sind Repressalien allein nicht genügend. Gerade darum denke ich, daß man die innerparteiliche Politik des ZK der KPD elastischer gestalten muß. Ich bezweifle nicht, daß es die KPD verstehen wird, die Mängel auf diesem Gebiet abzustellen.“⁷¹

Auch auf die Frage ob Stalin ein Diktator sei, der also alles selbst entscheide, kann man Stalin selbst das Wort erteilen:

„Interview-Frage Ludwig: Um den Tisch, an dem wir sitzen, stehen 16 Stühle. Im Ausland weiß man einerseits, dass die UdSSR ein Land ist, in dem alles kollegial

⁷⁰ Rozsnyai, E., Warum muss man es beim rechten Namen nennen? In: Streitbarer Materialismus, Nr. 29, S. 215f.

⁷¹ Stalin, J.W., Brief an Genossen Mert; Werke, Band 7, S. 38

entschieden werden soll, andererseits aber weiß man, dass alles durch eine einzelne Person entschieden wird. Wer entscheidet denn nun?

Antwort Stalin: Nein, eine einzelne Person darf nicht entscheiden. Entscheidungen einer einzelnen Person sind immer oder fast immer einseitige Entscheidungen. In jedem Kollegium, in jedem Kollektiv gibt es Menschen, mit deren Meinung man rechnen muss. In jedem Kollegium, in jedem Kollektiv gibt es Menschen, die auch falsche Meinungen zum Ausdruck bringen können. Auf Grund der Erfahrungen von drei Revolutionen wissen wir, dass unter hundert Entscheidungen, die von einzelnen Personen getroffen und nicht kollektiv überprüft und berichtigt wurden, annähernd neunzig Entscheidungen einseitig sind. Unser führendes Organ, das Zentralkomitee unserer Partei, das alle unsere Sowjet- und Parteiorganisationen leitet, besteht aus etwa siebzig Mitgliedern. Unter diesen siebzig Mitgliedern des ZK befinden sich unsere besten Industriefachleute, unsere besten Genossenschaftler, unsere besten Versorgungsfachleute, unsere besten Militärfachleute, unsere besten Propagandisten, unsere besten Agitatoren, die besten Kenner unserer Sowjetwirtschaften, die besten Kenner unserer Kollektivwirtschaften, die besten Kenner der individuellen Bauernwirtschaft, unsere besten Kenner der Nationen der Sowjetunion und der nationalen Politik. In diesem Areopag ist die Weisheit unserer Partei konzentriert. Jeder hat die Möglichkeit, die Meinung, den Vorschlag eines einzelnen zu berichtigen. Jeder hat die Möglichkeit, seine Erfahrungen beizusteuern. Wäre dem nicht so, würden die Entscheidungen von einzelnen Personen getroffen, dann gäbe es in unserer Arbeit die ernstesten Fehler. Da jedoch jeder die Möglichkeit hat, die Fehler einzelner Personen zu berichtigen, und da wir solche Berichtigungen berücksichtigen, gelangen wir zu mehr oder weniger richtigen Beschlüssen.“⁷²

J. R. Campbell fasst die Rolle der Partei zusammen und widerlegt somit jene Kritiker, die behaupten, in der Sowjetunion herrsche die Diktatur der Partei: „Die Kommunistische Partei wird kontinuierlich als eine kleine disziplinierte Elite beschrieben, die für das Volk der Sowjetunion und ihr eigenes Wohl hier und da befiehlt. Kurz gesagt, das sowjetische Regime wird als Diktatur einer Partei dargestellt. Dies ist ein Zerrbild, das bedauerlicherweise sowohl von Freunden wie Feinden akzeptiert wird. ... Lenin erklärt ..., dass die Kommunistische Partei nur auf Basis des Vertrauens der Arbeiterklasse funktionieren kann; dass dieses Vertrauen nicht durch Propaganda entstanden ist, sondern von Leuten, die durch ihre eigene Erfahrung die Qualität der politischen Führung der Partei getestet haben; dass bevor irgendwelche Politik ausgeführt werden kann, die Kommunistische Partei die Zusammenarbeit der Millionen Menschen, die nicht Parteimitglieder sind, die keiner Parteidisziplin unterstehen, zu sichern hat, die nicht zur Kooperation gezwungen werden können, sondern nur durch Überzeugung

⁷² http://stalinwerke.de/band_13/b13-020.html

auf Basis ihrer eigenen Erfahrung; und dass weiterhin, wenn im Verlauf des Kampfes eine Richtungsänderung notwendig ist, nicht nur die Partei, sondern die zig Millionen Parteilosen über die Notwendigkeit dieser Richtungsänderung überzeugt werden müssen und sie die Methoden ihrer Durchführung verstehen müssen. Um ihre Aktivitäten auszuführen, stützt sich die Partei auf die Gewerkschaften und die Räte. Ohne die Unterstützung der 20 Mio. Gewerkschaftler, ohne die Unterstützung der Bauernschaft, die in den Kollektivwirtschaften organisiert sind, könnte die Partei nicht eine Woche lang überleben, da es sich nicht um eine Diktatur der Partei, sondern um die Diktatur der Arbeiterklasse in Allianz mit der Bauernschaft handelt.⁷³

Diese Zitate sprechen eine klare Sprache. Die Verbindung mit den Massen, die Bereitschaft, sie nicht nur zu lehren, sondern vielmehr auch von ihnen zu lernen, die Kontrolle aller leitenden Funktionäre nicht nur von oben, sondern auch von unten, von den breiten Massen, offenes gewissenhaftes Aufdecken der eigenen Fehler als Grundlage für ihre Überwindung, das war die Politik, für die Stalin stets eingetreten und für die er gekämpft hat. Seine Linie war eine marxistisch-leninistische Massenlinie. Er vertraute den Massen, verfiel aber nie in Nachtrabpolitik.

Lenin und Stalin über die Gefahren des Bürokratismus

Lenin und Stalin schrieben in ihren Werken viel über Bürokratie und deren Gefahren. Diese lassen sich mit Begriffen wie Trägheit, dem Fehlen von Leidenschaft an der Arbeit sowie der Unehrllichkeit der Partei und dem Volk gegenüber beschreiben. Solch ein Verhalten kann sehr leicht an den Tag gelegt werden, vor allem in sehr großen Organisationen, wie sie in der Sowjetunion bestanden. Sidney und Beatrice Webb beziehen sich in ihrer umfangreichen Studie „Soviet Communism - A New Civilisation“ auf die großen Gefahren solch bürokratischen Verhaltens: „Hiermit sind (neben der wachsenden Anzahl jener mit einem höheren Lohnsatz über dem Einkommen der Masse des Volkes) die Gepflogenheiten der Funktionäre oder das Genervt-Sein über die Anliegen und Empfindungen der Öffentlichkeit oder sogar der Mitglieder der eigenen Organisation gemeint; zusammen mit der Vermehrung der Formulare, die ausgefüllt werden müssen und der Regularien, die man beachten muss...“⁷⁴

⁷³ Campbell, J.R., Soviet Policy and its Critics, London 1939, V. Gollancz, lid., S. 15f.

⁷⁴ Webb, Sidney & Beatrice 1937, Soviet Communism – A New Civilisation, New York: Charles Scriber’s Sons, S. 1211-2

Lenin und Stalin haben immer einen revolutionären Kampf gegen solche Tendenzen geführt, da sie wussten, dass die Diktatur des Proletariats auch „von innen“ durch die Bürokratisierung des sowjetischen Staatsapparats bedroht war.

Auf dem 8. Parteitag 1919 sprach Lenin die Probleme der Bürokratie an: „Im Kampf gegen den Bürokratismus haben wir getan, was noch kein Staat der Welt getan hat. Den Apparat, der durch und durch bürokratisch, der ein bürgerlicher Unterdrückungsapparat war, der selbst in den freiesten bürgerlichen Republiken ein solcher bleibt – diesen Apparat haben wir bis auf den Grund zerstört. Nehmen wir zum Beispiel das Gerichtswesen. Hier war die Aufgabe allerdings leichter, hier brauchten wir keinen neuen Apparat zu schaffen, denn gestützt auf das revolutionäre Bewusstsein der werktätigen Klassen Recht sprechen, das kann jeder. Wir haben diese Sache noch lange nicht zu Ende geführt, aber in einer ganzen Reihe von Gebieten haben wir aus den Gerichten das gemacht, was sie sein müssen. Wir haben Organe geschaffen, über die nicht nur Männer, sondern auch Frauen, sogar das rückständigste und unbeweglichste Element, ausnahmslos zu Richtern werden können.

Die Angestellten in den anderen Verwaltungszweigen sind in stärkerem Maß verknöcherte Bürokraten. Hier ist die Aufgabe schwieriger. Ohne diesen Apparat können wir nicht auskommen, jeder Verwaltungszweig schafft ein Bedürfnis nach einem solchen Apparat. Hier leiden wir darunter, daß Rußland nicht genügend kapitalistisch entwickelt war. Deutschland wird offenbar leichter damit fertig werden, denn der bürokratische Apparat hat dort eine tüchtige Schule durchgemacht, er preßt das Letzte aus einem heraus, es besteht aber auch der Zwang, wirklich zu arbeiten und nicht nur den Sessel zu drücken, wie es in unseren Kanzleien zu sein pflegt. Diese alten bürokratischen Elemente haben wir auseinandergejagt, umgeschichtet und dann haben wir wieder angefangen, sie auf neue Plätze zu stellen. Zaristische Bürokraten begannen in die Sowjetbehörden hinüberzuwechseln und dort den Bürokratismus einzuführen, begannen sich als Kommunisten aufzumachen und sich der erfolgreichereren Karrierewege Mitgliedsbücher der KPR zu verschaffen. So kommen sie, nachdem man sie zur Tür hinaus gejagt hat, durchs Fenster wieder herein. Hier wirkt sich der Mangel an kulturellen Kräften am stärksten aus. Diese Bürokraten könnte man kassieren, aber mit einem Schlage umerziehen kann man sie nicht. Hier ergeben sich für uns in erster Linie organisatorische, kulturelle und erzieherische Aufgaben. Den Bürokratismus restlos, bis zum vollen Sieg zu bekämpfen ist erst dann möglich, wenn die ganze Bevölkerung an der Verwaltung teilnehmen wird. In bürgerlichen Republiken war das nicht nur unmöglich: das Gesetz selbst stand dem im Wege. In den besten bürgerlichen Republiken, wie demokratisch sie auch sein mögen, gibt es Tausende vom Gesetz errichtete Schranken, die die Teilnahme der Werktätigen an der Verwaltung behindern. Wir haben diese Schranken hinweggeräumt, aber wir haben bisher nicht erreicht, daß die werktätigen Massen an der Verwaltung mitwirken könnten, denn

außer den Gesetzen gibt es noch das Kulturniveau, das sich keinem Gesetz unterwerfen lässt. ... Hier stehen wir vor einer Aufgabe, die nicht anders als durch langwierige Erziehungsarbeit gelöst werden kann. Gegenwärtig ist diese Aufgabe für uns ungeheuer schwierig, weil – wie ich schon mehrfach Gelegenheit hatte aufzuzeigen – die Arbeiterschicht, die die Verwaltung ausübt, außerordentlich dünn ist. Wir brauchen Verstärkung. Allen Anzeichen nach wächst im Lande eine solche Reserve heran. ... die Bürokraten können nur verdrängt werden, wenn das Proletariat und die Bauernschaft in einem viel größeren Umfang als bisher organisiert werden und zugleich die Maßnahmen zur Heranziehung der Arbeiter zur Verwaltungstätigkeit wirklich zur Durchführung gelangen.“⁷⁵

Auch Stalin warnte vor den Gefahren des Bürokratismus. Zwar interessiert es den antikommunistischen/antistalinistischen Dogmatiker nicht, was Stalin dazu zu sagen hatte. Jedoch stand Stalin als Generalsekretär an der Spitze der Partei und seine Reden beeinflussten viele Parteifunktionäre, Mitglieder an der Basis und parteilose Aktivisten. Außerdem waren Stalins Reden nicht eine Ansammlung abstrakter Ideen, sondern beinhalten immer ein konkretes politisches Programm:

„Einer der gefährlichsten Feinde des Fortschritts unserer Sache ist der Bürokratismus. Er lebt in jeder unserer Organisationen. (...) Das schlimmste dabei ist, dass es sich um keine alten Bürokraten handelt. Es handelt sich um neue Bürokraten, die mit der Sowjetmacht sympathisieren, es handelt sich sogar um Bürokraten in den Reihen der Kommunisten. Der kommunistische Bürokrat ist der gefährlichste Typ der Bürokraten. Warum? Weil er seinen Bürokratismus mit der Parteimitgliedschaft tarnt. (...) Wie sind die skandalösen Fälle von Dekadenz und moralischer Entartung zu erklären? Da hat man das Parteimonopol bis zur Absurdität getrieben, man hat die Stimme der Volksmassen erstickt, die interne Demokratie beseitigt und den Bürokratismus gefördert. Das einzige Heilmittel gegen dieses Übel ist die organisierte, von der Basis ausgehende Kontrolle durch die Massen der Partei, die Entwicklung der Demokratie innerhalb der Partei. Es gibt da nichts zu widersprechen, wenn sich der Zorn der Parteimassen auf diese demoralisierten Elemente lenkt und wenn diese Massen die Möglichkeit haben, diese Leute zum Teufel zu jagen. (...) Man spricht von der Kritik von oben, der Kritik seitens der Arbeiter- und Bauerinspektion des Zentralkomitees der Partei. Dies ist natürlich gut und richtig. Das Wichtigste zur Zeit ist jedoch, eine große, von der Basis ausgehende Kritikwoge hervorzurufen, und zwar gegen den Bürokratismus im allgemeinen und gegen die Fehler in unserer Arbeit im besonderen. (...)

⁷⁵ Lenin, Gesammelte Werke, Band 29, S. 167 - 169f. <http://www.red-channel.de/LeninWerke/LW29.pdf>

(Nur so) wird man Erfolge im Kampf erzielen und die Beseitigung des Bürokratismus verwirklichen können.⁷⁶

„Doch eins der ärgsten Hindernisse, wenn nicht das ärgste Hindernis überhaupt, ist der Bürokratismus unserer Apparate. Es handelt sich darum, dass innerhalb unserer Partei-, Staats-, Gewerkschafts-, Genossenschafts- und aller Art anderer Organisationen bürokratische Elemente vorhanden sind. Es handelt sich um die bürokratischen Elemente, die von unseren Schwächen und Fehlern leben, die die Kritik der Massen, die Kontrolle der Massen wie das Feuer fürchten und die uns hindern, die Selbstkritik zu entfalten, uns hindern, uns von unseren Schwächen, von unseren Fehlern zu befreien. Der Bürokratismus in unseren Organisationen ist nicht einfach als Amtsschimmel und Kanzleiwirtschaft zu betrachten. Der Bürokratismus ist eine Äußerung des bürgerlichen Einflusses auf unsere Organisationen. Lenin hatte Recht, als er sagte: ‚... es ist notwendig, dass wir begreifen, dass der Kampf gegen den Bürokratismus ein absolut notwendiger Kampf und dass er ebenso kompliziert ist wie der Kampf gegen das kleinbürgerliche Element. Der Bürokratismus ist in unserer Staatsordnung so sehr zum wunden Punkt geworden, dass in unserem Parteiprogramm von ihm die Rede ist, und zwar deshalb, weil er mit diesem kleinbürgerlichen Element und seiner Zersplitterung im Zusammenhang steht.‘ (4. Ausgabe, Bd. 32, S. 167, russ.) Mit umso größerer Beharrlichkeit muss der Kampf gegen den Bürokratismus unserer Organisationen geführt werden, wenn wir die Selbstkritik wirklich entfalten und uns von den Gebrechen unseres Aufbaus befreien wollen. Mit umso größerer Beharrlichkeit müssen wir die Millionenmassen der Arbeiter und Bauern zur Kritik von unten, zur Kontrolle von unten mobilisieren, die das wichtigste Gegengift gegen den Bürokratismus sind. Lenin hatte Recht, als er sagte: ‚Wenn wir den Kampf gegen den Bürokratismus führen wollen, so müssen wir die breiten Massen heranziehen‘ ... denn ‚kann man den Bürokratismus etwa auf andere Weise beseitigen als durch Heranziehung der Arbeiter und Bauern?‘ (4. Ausgabe, Bd. 31, S. 398, russ.) Um jedoch die Millionenmassen ‚heranzuziehen‘, gilt es, in allen Massenorganisationen der Arbeiterklasse und vor allem in der Partei selbst die proletarische Demokratie zu entfalten. Ohne diese Bedingung ist die Selbstkritik eine Null, ein Nichts, eine Phrase.“⁷⁷

"Der Bürokratismus ist vor allem dadurch gefährlich, daß er die kolossalen Reserven, die im Schoß unserer Gesellschaftsordnung enthalten sind, ungenutzt läßt, ihre Verwertung verhindert, die schöpferische Initiative der Massen lahmzulegen sucht, sie in einem Papierwust erstickt und darauf aus ist, jedes neue Beginnen der Partei in eine flache und unnütze Kleinigkeitskrämerei zu verwandeln. Zweitens ist der Bürokratis-

⁷⁶ Stalin Werke Band 11, S. 63-65

⁷⁷ Stalin, Werke Band 11: Gegen die Vulgarisierung der Losung der Selbstkritik,
<http://stalinwerke.de/band11/b11-015.html>

mus dadurch gefährlich, daß er **keine Kontrolle der Durchführung** duldet und versucht, die grundlegenden Weisungen der leitenden Organisationen zu einem leeren Wisch zu machen, der mit dem pulsierenden Leben nichts gemein hat. Gefährlich sind nicht nur und nicht so sehr die alten Bürokraten, die in unseren Institutionen stecken geblieben sind, sondern auch -und besonders- die neuen Bürokraten, sowjetische Bürokraten, unter denen die 'kommunistischen' Bürokraten bei weitem nicht die letzte Rolle spielen. Ich denke dabei an diejenigen 'Kommunisten', die versuchen, durch Kanzleibefehle und 'Dekrete', an die sie wie an einen Fetisch glauben, die schöpferische Initiative und Selbsttätigkeit der Millionenmassen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zu ersetzen."⁷⁸

Auch viele von Stalins Mitstreitern erkannten die Gefahr des Bürokratismus für die Entwicklung der sozialistischen Staatsmacht. So kann man folgendes aus einer Rede Molotows auf dem VII Sowjetkongress (Februar 1935) entnehmen: „Unser Staatsapparat, der bei allen Mängeln uns die Möglichkeit der Verwirklichung des großen Planes des sozialistischen Aufbaus gibt, wird von unseren Feinden als ein bürokratischer Überbau hingestellt, der mit den Interessen der Entwicklung des einzelnen Menschen und seiner Fähigkeiten unvereinbar sei. Doch verdeckt diese 'Kritik' am Bürokratismus nur die tatsächlichen Absichten des Feindes, den Apparat der Sowjetmacht zu unterwühlen, diesen Apparat, der die gigantische Wirtschaft des Landes im Interesse der Werktätigen verwaltet, der an die Stelle der großen und kleinen Unternehmer getreten ist, die es sich früher wirklich gut sein ließen, aber auf Kosten der Arbeiter und Bauern, durch die Ausbeutung der Werktätigen. Wir begreifen sehr wohl, dass der wirkliche Kampf gegen den Bürokratismus vom Kampf um den Sieg des Sozialismus nicht zu trennen ist und dass mit den Erfolgen in der Entfaltung der Großproduktion in Stadt und Land und dem Wachstum der Kultur der Massen unsere Möglichkeiten zur Überwindung des Bürokratismus ungeheuer steigen. Die werktätigen Massen müssen noch enger an die Arbeit unserer Organe herangezogen werden und unter der Führung unserer Partei zu noch aktiverer Teilnahme am Kampf gegen bürokratische Abweichungen in unserem Apparat veranlasst werden. Darin erblicken wir eine der wichtigsten Aufgaben, im Bewusstsein, dass dies der richtige Weg zum Siege des Sozialismus ist."⁷⁹

Auch Staatsoberhäupter wie Kalinin⁸⁰ und Lenins Schwester Maria Uljanowa⁸¹ sprachen von einer Arroganz der Bürokraten und unterstützten die Kritik von unten.

⁷⁸ Stalin, Werke Band 12, S. 287, Hervorhebung von Stalin

⁷⁹ Zitiert in Seydewitz, ebenda

⁸⁰ Kalinin, M. I. 1933. Gegen die Ignoranz der Bürokraten <http://www.red-channel.de/mlliteratur/sowjetunion/kalinin.htm>

Die Gefahren des Bürokratismus waren tatsächlich nicht zu verachten.

Arch Getty kommentiert in seiner ausgezeichneten Untersuchung „Origins of the Great Purges (Ursprung der Großen Säuberung)“ folgendermaßen: „Die Partei war solchermaßen bürokratisch, ökonomisch, mechanisch und administrativ geworden, dass es nicht mehr zu dulden war. Stalin und andere Parteiführer der zentralen Leitung haben dies als eine Verknöcherung, eine Schlappe, eine Perversion der Parteifunktion empfunden. Die auf örtlicher Ebene und in der Region tätigen Parteifunktionäre waren keine politischen Führer mehr, sondern ökonomische Verwalter. Sie widerstanden der sowohl von oben als auch von der Basis kommenden politischen Kontrolle, und sie wollten sich nicht mehr mit Fragen der Ideologie, Erziehung und Bildung, politischer Massenkampagne oder den Rechten und individuellen Karrieren der Parteimitglieder herumärgern. Die logische Ausdehnung dieses Entwicklungsprozesses wäre die Umwandlung des Parteiapparats in ein Netz von lokalen ökonomischen Verwaltungen despotischen Typs gewesen. Die zur Verfügung stehenden Unterlagen zeigen, dass Stalin, Schdanow, und andere eine Wiederbelebung der Bildung und Parteiarbeit den Vorrang gaben, sowie die absolute Herrschaft der stolzen Machthaber in den Orten einschränken und gewisse Beteiligungsformen an der Basis fördern wollten.“⁸²

Robert W. Thurston, wie Getty ebenfalls ein ehrlicher bürgerlicher Historiker, zitiert verschiedene Beispiele in seinem interessanten Werk „Life and Terror in Stalin’s Russia“, die die Irrsinnigkeit bürokratischer Herangehensweisen verdeutlichen: „Im April 1935, bevor die Stachanowbewegung das Bild verkomplizierte, fanden Ermittler in der Gorky-Automobil-Fabrik Fälle, in denen der Vorarbeiter jedes Dokument unterzeichnete, welches er vorgelegt bekommen hat. Einer genehmigte eine Arbeitsanweisung, obwohl der Name des Arbeiters gefälscht war. ... ein Dienstaufseher unterzeichnete einen Auftrag, welches den Namen Wodopianow trug, damals ein berühmter Pilot ... Ein anderer Vorarbeiter unterzeichnete einen Auftrag, welcher ihm gebracht wurde, 'eine schöne Frau ans Fließband einzubauen'. Ein weiterer autorisierte einem Arbeiter seinen Kopf abzuschleifen. In anderen Instanzen erlaubten die Vorarbeiter Unterlagen für eine Arbeit auszufüllen, die Bezahlung inklusive“⁸³

⁸¹ Uljanowa, M. I. 1933. Die Beschwerde als Signale für Fehler und Auswüchse verstehen. <http://www.red-channel.de/mlliteratur/sowjetunion/uljanova.htm>

⁸² Getty, J. A. 1985. Origins of the Great Purges, New York: Cambridge University Press, S. 105

⁸³ Thurston, Robert W. 1996. Life and Terror in Stalin’s Russia, New Haven: Yale University Press, S. 173

Sheila Fitzpatrick zitiert ein weiteres weitreichendes Beispiel, entnommen aus den Archiven des NKWD über Korruption im Ural: „Die Clique gebrauchte ein Sortiment an Taktiken, um ihre Kontrolle zu sichern, meistens in der Art grober positiver und negativer Zwänge. Die positiven Zwänge waren hauptsächlich finanzieller Art. Den Mitglieder der Clique und `besonders wichtigen Mitgliedern des Parteiaktivs´ wurde ein exzellenter Lebensstandard im Austausch für ihre Loyalität versichert. Sie bekamen große Appartements, Datschen, besonderen Zugang zu Konsumgütern und Nahrungsversorgung sowie enorme Zuschläge zu ihren Gehältern ... Negative Zwänge waren die andere Seite der Medaille. Jene, die den Mitgliedern der Clique Probleme bereiteten, wurden ihres Postens enthoben und verloren dabei alle dazugehörigen Privilegien. Die Parteisäuberungen Mitte der 30er Jahre ... waren beliebte Mittel, nicht vertrauenswürdige Kollegen zu beseitigen. Es war generell nicht schwer, einen Moment in der Geschichte des Feindes zu finden, welcher gegen ihn verwendet wurde, um ihn zu säubern. Sobald die verärgerten Parteien beseitigt wurden, wurden sorgfältig ausgesuchte, bekannte Freunde der Clique als Ersatz für jene eingesetzt. Sie wurden vom Obkom-Plenum eher kooptiert als gewählt, wie es die übliche Praxis der 20er und frühen 30er Jahre war“.⁸⁴

Am 17. Dezember 1934 kritisierte das Zentralkomitee „die bürokratischen Leitungsmethoden“, wo wesentliche Fragen von kleinen Kadergruppen ohne jegliche Beteiligung der Basis behandelt werden. Am 29. März ließ Schdanow in Leningrad eine Resolution annehmen mit Kritiken an gewissen Parteiführern, die Bildungsarbeit zu vernachlässigen und sich nur ökonomischen Aufgaben zu widmen. Die ideologischen Aufgaben gingen im Papierwust und der Bürokratie unter. Diese Resolution betonte, dass die Parteiführer die Qualitäten, die Neigungen ihrer untergeordneten Mitarbeiter zu kennen haben, wobei Einschätzungsberichte betreffs deren Arbeit, engere Kontakte zwischen Leitungsmitgliedern und Kadern sowie eine Förderungspolitik neuer Kader notwendig sind.“⁸⁵

Ein parteiloser Sekretär der Zeitung „Smena“ schrieb 1937: „Die Partei wurde bürokratisiert, Direktiven des TsK werden entstellt oder erreichen die nizy [das Fußvolk – M. K.] überhaupt nicht, die Partei hat sich von den Massen abgetrennt. Bei uns reicht es aus, einen Parteiausweis zu haben, um Karriere fürs Leben zu machen, selbst wenn du ein Trottel bist, und umgekehrt, ein Parteiloser zu sein reicht schon

⁸⁴ Fitzpatrick, Sheila 1999. *Everyday Stalinism Ordinary Life in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 30ies*, New York: Oxford University Press, S. 33

⁸⁵ Siehe Getty: op. cit. S. 99, zitiert in Ludo Martens *Stalin anders betrachtet* S. 140

allein aus, dass dir die Leute nicht mehr vertrauen, dich nicht wertschätzen etc. ... deshalb gibt es im Sovnarkom überhaupt keine Parteiloson. ...⁸⁶

Auch Stalin selbst kritisierte offen die Vorgehensweisen der Bürokraten: „Meistens sucht man sich sogenannte Bekannte, Freunde, Landsleute, persönlich ergebene Leute, Meister in der Lobpreisung ihrer Vorgesetzten aus... Es ist klar, daß auf diese Weise statt einer führenden Gruppe verantwortlicher Funktionäre eine Sippschaft einander nahestehender Leute, eine Innung herauskommt, deren Mitglieder darauf bedacht sind, in Frieden zu leben, einander nicht weh zu tun, nicht aus der Schule zu plaudern, einander lobzupreisen und der Zentrale von Zeit zu Zeit völlig nichtssagende und Übelkeit erregende Berichte über Erfolge einzusenden. Es ist nicht schwer, zu begreifen, daß es bei einer solchen Sippenwirtschaft weder für Kritik an den Mängeln der Arbeit noch für Selbstkritik der Leiter der Arbeit Platz geben kann. Es ist klar, daß eine solche Sippenwirtschaft einen günstigen Boden abgibt für die Züchtung von Speichelleckern, von Leuten, die jeglichen Gefühls eigener Würde bar sind und deshalb mit dem Bolschewismus nichts gemein haben.“⁸⁷

Hier mal ein Beispiel für unbolschewistisches Verhalten einiger Bürokraten, entnommen aus Stalins Rede: „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der Trotzkestischen und sonstigen Doppelzüngler“ vom März 1937: „Zwei Beispiele, die die Richtigkeit dieser These Lenins veranschaulichen. Es war vor einigen Jahren. Wir Mitglieder des ZK behandelten die Frage der Verbesserung der Lage im Donezbecken. Der vom Volkskommissariat für Schwerindustrie vorgelegte Entwurf von Maßnahmen war offenkundig unbefriedigend. Dreimal wurde der Entwurf in das Volkskommissariat für Schwerindustrie zurückverwiesen. Dreimal erhielten wir aus dem Volkskommissariat für Schwerindustrie jeweils andere Entwürfe. Und dennoch konnte man sie nicht als befriedigend anerkennen. Schließlich beschlossen wir, einige Arbeiter und untere Wirtschafts- und Gewerkschaftsfunktionäre aus dem Donezbecken kommen zu lassen. Drei Tage lang berieten wir uns mit diesen Genossen. Und wir alle, die Mitglieder des ZK, mussten zugeben, dass nur sie, diese einfachen Funktionäre, diese „kleinen Leute“, uns zu einer richtigen Entscheidung zu verhelfen vermochten. Sie erinnern sich sicherlich des bekannten Beschlusses des ZK und des Rates der Volkskommissare über die Maßnahmen zur Verstärkung der Kohlenförderung im Donezbecken. Zu diesem Beschluss des ZK und des Rates der Volkskommissare, der von allen unseren Genossen als richtig und sogar als bedeutsam anerkannt worden ist, verhelfen uns einfache Menschen aus der Masse. Ein anderes Beispiel. Ich meine das Beispiel mit Genossin Nikolajenko. Wer ist Genossin

⁸⁶ Zitiert in Davies, Sarah 1997. *Popular Opinion in Stalin's Russia*, New York: Cambridge University Press, S. 129

⁸⁷ Stalin, Werke, Bd. 14 S. 147f.

Nikolajenko? Genossin Nikolajenko ist ein einfaches Parteimitglied. Sie gehört zu den gewöhnlichen „kleinen Leuten“. Ein ganzes Jahr lang gab sie Signale über die schlimme Lage in der Parteiorganisation von Kiew, enthüllte die Sippenwirtschaft, das kleinbürgerlich-spießerhafte Herangehen an die Funktionäre, die Unterdrückung der Selbstkritik, das Überhandnehmen der trotzkistischen Schädlinge. Man suchte sie sich vom Leibe zu halten wie eine zudringliche Fliege. Und um sie schließlich loszuwerden, schloss man sie kurzerhand aus der Partei aus. Weder die Kiewer Organisation noch das ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine (Bolschewiki) halfen ihr, die Wahrheit an den Tag zu bringen. Erst das Eingreifen des Zentralkomitees der Partei half, diesen verworrenen Knäuel zu entwirren. Und was stellte sich nach der Untersuchung der Sache heraus? Es stellte sich heraus, dass Genossin Nikolajenko Recht hatte, die Kiewer Organisation aber Unrecht. Nicht mehr und nicht weniger. Aber wer ist Genossin Nikolajenko? Sie ist natürlich nicht Mitglied des ZK, sie ist nicht Volkskommissar, sie ist nicht Sekretär der Kiewer Gebietsorganisation, sie ist nicht einmal Sekretär irgendeiner Zelle, sie ist nur ein schlichtes, einfaches Parteimitglied. Wie Sie sehen, stehen einfache Menschen der Wahrheit mitunter bedeutend näher als manche hohe Institutionen. Man könnte noch Dutzende und Hunderte solcher Beispiele anführen. Es ergibt sich somit, dass zur Führung unserer Sache unsere Erfahrungen allein, die Erfahrungen der Führer, bei weitem nicht ausreichen. Um richtig führen zu können, müssen die Erfahrungen der Führer ergänzt werden durch die Erfahrungen der Mitgliedermassen der Partei, durch die Erfahrungen der Arbeiterklasse, durch die Erfahrungen der Werktätigen, durch die Erfahrungen der so genannten „kleinen Leute“. Wann aber ist das möglich? Das ist nur dann möglich, wenn die Führer aufs engste mit den Massen verbunden sind, wenn sie mit den Mitgliedermassen der Partei, mit der Arbeiterklasse, mit der Bauernschaft, mit der werktätigen Intelligenz verbunden sind. Die Verbindung mit den Massen, die Festigung dieser Verbindung, die Bereitwilligkeit, auf die Stimme der Massen zu lauschen - darin liegt die Stärke und die Unbesiegbarkeit der bolschewistischen Führung. Man kann es als Regel betrachten, dass die Bolschewiki unbesiegbar bleiben, solange sie die Verbindung mit den breiten Massen des Volkes bewahren. Und umgekehrt, die Bolschewiki brauchen sich nur von den Massen loszulösen, die Verbindung mit ihnen zu verlieren, sich mit bürokratischem Rost zu bedecken, um jegliche Kraft einzubüßen und sich in ein Nichts zu verwandeln.⁸⁸

Stalin zur Entartungsgefahr der Partei: "Es besteht zum Beispiel die Gefahr, daß diese Erfolge manchen unserer Genossen zu Kopfe steigen. Solche Fälle hat es bekanntlich bei uns gegeben. ... Es gibt nichts Gefährlicheres als solche Stimmungen, denn sie entwaffnen die Partei und demobilisieren ihre Reihen. Wenn solche Stimmungen in

⁸⁸ <http://stalinwerke.de/band14/b14-009.html>

unserer Partei überhandnehmen, so können wir der Gefahr gegenüberstehen, daß alle unsere Erfolge zunichte gemacht werden."⁸⁹

Aus diesen Zitaten wird deutlich, dass der Kampf gegen den Bürokratismus eine fundamentale Aufgabe beim Aufbau des Sozialismus ist. Wenn das Proletariat nach der Revolution die Macht ergreift, so tut es das vor allem auch dadurch, dass es die Staatsmacht innehält. Die Existenz des Staates ist neben anderen Ursachen (wie z. B. die massenhafte Existenz der kleinbürgerlichen Elemente am Anfang des Sozialismus) auch eine Quelle des Bürokratismus, die während des gesamten Sozialismus - sowohl am Anfang als auch in seinem ganzen Verlauf - nicht versiegen kann.

Interessant ist hier auch das Buch von Lars Lih „Stalin – Briefe an Molotow“, eine der wenigen guten englischsprachigen Werke, die auch ins Deutsche übersetzt wurden. Auch das lange Vorwort von Lih liefert dabei einige wertvolle Einschätzungen darüber, wie Stalin das Problem des Bürokratismus anging. Es wirkt schon fast verwunderlich, dass ein bürgerlicher Antikommunist zu solchen ehrlichen Schlussfolgerungen kommt, die man sich eigentlich von vielen Linken wünschen würde. Lih spricht dabei von einem antibürokratischen Szenario (man erinnere sich dabei an Trozki's Aussagen über die stalinistische Bürokratie!). Daher lohnt es sich, hier einige Passagen zu zitieren.

Für Stalin waren im Wesentlichen die Kaderauswahl und die Durchführungen der Direktiven von besonderer Bedeutung: „Stalins Kalkül lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Für einen erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in Russland gibt es keine objektiven Hindernisse. Das sowjetische Herrschaftssystem, die Kontrolle des Staates über die Führungspositionen in der Wirtschaft und die natürlichen Ressourcen Russlands liefern das Potential für die erfolgreiche Beendigung der Revolution. Damit wird Führung zum entscheidenden Faktor. Die erste Aufgabe der Führung besteht darin, die richtige Linie zu bestimmen. Der ‚Führungskern‘ der Partei muss die Situation exakt erfassen und daraus zum jeweiligen Zeitpunkt die notwendigen Aufgaben für die Partei ableiten. Die größte Gefahr für die Bestimmung der richtigen Linie geht vom Wankelmut der Führungspersönlichkeiten aus, die in ihrem tiefsten Inneren nicht genügend an die Revolution glauben. Die Bestimmung der richtigen Linie ist nur der erste Schritt. Als nächstes muss sie so dargelegt werden, dass alle anderen Parteimitglieder sowohl das Gesamtbild als auch ihre eigene Rolle darin verstehen. Das erfordert Klarheit in der Darlegung und eine sorgfältige Auswahl von Losungen und Direktiven. Es wäre aber verbrecherische Nachlässigkeit zu glauben, die Parteilinie

⁸⁹ Stalin, Werke, Bd. 13, S. 333

werde nun automatisch umgesetzt werden. Angemessene Führungstätigkeit erfordert unablässige Aufmerksamkeit für die ‚Kaderauswahl‘ und die ‚Durchführungskontrolle‘. Die Hauptgefahr liegt hier in Russlands niedrigem Kulturniveau, das den Arbeiter- und Bauern-Staat dazu zwingt, in der Regierungsbürokratie auf viele ‚klassenfremde Elemente‘ zurückzugreifen. Deshalb ist Wachsamkeit eine der wichtigsten Pflichten des Parteimitglieds.⁹⁰

Weiter unten lesen wir: „Wenn wir uns nun wieder Stalins Briefwechsel mit Molotow zuwenden, stellen wir fest, dass die Schlagworte ‚Durchführungskontrolle‘ und ‚Kaderauswahl‘ allgegenwärtig sind. Einige Beispiele sollen zeigen, wie Stalin sie in der Praxis anwandte: Seine Bemühungen um eine Verbesserung der Ölindustrie im Ural demonstrieren seine Haltung zur Auswahl der Funktionäre (Briefe Nr. 42, 44, 46, 57). Nachdem der Beschluss gefasst worden war, diesen Industriezweig zu entwickeln, bestand Stalins Beitrag darin, dort einen kompetenten Mann für die höchste Parteifunktion zu finden, jemanden der ‚Kommunist und Erdölfachmann‘ war. Hatte man diesen Mann gefunden, musste er den ‚Kampfauftrag‘ erhalten, die Ölförderung voranzubringen, inkompetente ‚Schädlinge‘ zu vertreiben und den Ural davor zu schützen, dass andere Regionen und Institutionen seine Kader ‚plünderten‘. Der Mangel an ‚großen Menschen‘ – energischen und begabten Administratoren – ist eine ständige Klage. In Brief Nr. 60 will Stalin dem Volkskommissariat für Handel unter die Arme greifen, indem er Rosengolz aus der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion dorthin versetzt, obwohl er weiß, dass deren Chef Sergo Ordschonikidse darüber wütend sein wird. Er schließt mit einer typisch Stalinschen Überlegung: ‚Man sorgt sich um Chintschuk? Aber mehr noch muss man sich doch um die Sache sorgen. Man will Sergo nicht verletzen? Aber die Sache, eine wichtige und ernsthafte Sache, die darf man verletzen?‘ Wenn er einmal den richtigen Mann für die Aufgabe ausgewählt und ihm gewaltige Vollmachten erteilt hatte, musste sich Stalin darum kümmern, dass er auch tat, was man von ihm erwartete. (...) 1930 träumte Stalin von einer Durchführungskommission, die all seine Probleme lösen sollte. ‚Ohne eine solche angesehene und rasch handelnde Kommission werden wir die Mauer des Bürokratismus und der Schlamperei in unseren Apparaten nicht durchbrechen. Ohne eine solche oder ähnliche Reform werden die zentralen Direktiven überall nur auf dem Papier bleiben.‘ (Brief Nr. 68) (Die Kommission wurde Ende 1930 tatsächlich eingesetzt, blieb aber wirkungslos) Wenn Stalin Molotow auf die Schulter klopfen wollte, war es sein höchstes Kompliment, ihn für seine ‚Leninsche Durchführungskontrolle‘ zu loben (Brief Nr. 70). Im Rahmen des antibürokratischen Szenarios hatten beide Losungen

⁹⁰ Lih, L., Naumow, O., Chlewnjuk O. 1996. Stalin, Briefe an Molotow 1925 – 1926. Siedlerverlag, Berlin, S. 26

eine konstruktive und eine destruktive Seite. ‚Durchführungskontrolle‘ war die Aufgabe eines jeden verantwortungsbewussten Verwaltungsbeamten, der sicherstellen wollte, dass die Politik der Zentrale auch tatsächlich realisiert wurde. Laut Stalins antibürokratischen Szenario war jedoch klassenbedingte Feindseligkeit der Hauptgrund dafür, dass die Bürokraten Direktiven missachteten. Und wenn bewusste oder unbewusste Sabotage im Spiel war, mussten Repressalien zumindest ein Teil der Lösung sein. ‚Kaderauswahl‘ bedeutete nicht einfach, die kompetentesten Leute ausfindig zu machen und zu befördern. Sie hatte eine moralische Dimension: es mussten Funktionäre ausgewählt werden, die sich die Direktiven der Partei zu Eigen machten und sich nicht von ‚bürgerlichen Spezialisten‘ verführen ließen. Wenn sich die ausgewählten Funktionäre aber als weniger zuverlässig erwiesen, als von ihnen erwartet wurde, konnte die moralische Dimension sehr leicht zu Enttäuschung und rachsüchtigem Zorn führen.⁹¹

Die Zitate eines bürgerlichen Historikers weisen eindeutig jegliche Vorwürfe gegen Stalin, er sein ein bürokratischer Despot zurück. Tatsächlich kommt Lih zu überraschenden Ergebnissen bezüglich der Person Stalins, wenn er schreibt, dass dieser „sich von den anderen Führungspersönlichkeiten der Bolschewiki dadurch [unterschied], dass er den Problemen der Kontrolle über den Staat große Aufmerksamkeit schenkte.“⁹²

In seiner Schlussfolgerung schreibt Lih: „Stalin glaubte an das, was er tat. Diese Schlussfolgerung ist von Bedeutung für einen anderen Streit über Stalin: War Stalin mächtig und engagiert genug, um zu erreichen, was er wollte, so dass wir von den Ergebnissen auf seine Absichten schließen können? Oder war er ein Produkt von Prozessen, die sich seiner Kenntnis entzogen und wich Entscheidungen aus, bis sie ihm aufgezwungen wurden? Die Briefe legen es nahe, die Frage anders zu stellen. Sie offenbaren einen sehr mächtigen Stalin, der aggressiv und selbstbewusst seine Meinung vertrat. Wenn er sich einer Politik verschrieben hatte, wählte er die Kader aus und kontrollierte die Durchführung, bis er sein Ziel erreicht hatte. (...) Er arbeitete in der Tat sehr hart, um die vertracktesten Probleme zu lösen. Seine Führungsqualitäten sind beeindruckend.“⁹³

Auch Robert Tucker, der ein Vorwort zu Lihs Buch verfasste, schreibt über Stalin: „Weder war er das Mittelmaß, zu dem man ihn nach einem uralten Klischee immer wieder stempelt, noch der politische Bonze und kalte Funktionär, der zur höchsten Macht gelangte, weil er als Generalsekretär des Zentralkomitees seine Autorität in

⁹¹ Ebenda, S 29- 30

⁹² Ebenda, S. 30

⁹³ Ebenda, S. 74-75

Personalentscheidungen nutzte. Nicht, dass die Ernennung – und Abberufung – von Kadern ihn wenig interessiert hätten. Vor allem jedoch war er unermüdlich in seinem Streben, als Führer zu wirken.“⁹⁴

Der Briefwechsel zwischen Stalin und Molotow schlägt Trotzki noch ein „Argument“ aus der Hand, nämlich dem Vorwurf, Stalin habe die Weltrevolution vernachlässigt. Dies sei angeblich einer der Gründe für die moralische Degeneration der „stalinistischen Bürokratie“. Stalin aber interessierte sich z. B. sehr für die revolutionären Unruhen in China und England. Lih kommentiert: „Die Briefe zeigen, dass Stalin zwischen den Interessen der Weltrevolution und denen des Sowjetstaates keine scharfe Trennlinie zog. Beide Anliegen waren ihm ständig gegenwärtig.“⁹⁵

Welche Formen im Kampf gegen den Bürokratismus wurden in der Sowjetunion geführt? Der Kampf gegen Bürokratismus in der Partei, im Staatsapparat, in den Fabriken und Kollektivwirtschaften war durch eine besondere Vielzahl an Methoden charakterisiert. Es war notwendig, den Amtsschimmel, die Inaktivität, Ineffizienz, Selbstgefälligkeit, Korruption und Vetternwirtschaft, also alle „Sünden der Vergangenheit“, auf die sich Lenin bezog, auszumerzen. Doch dies war bei weitem nicht so einfach. Die UdSSR war hauptsächlich ländlich und rückständig; es gab viele konterrevolutionäre Elemente (Kulaken, NEP-Leute etc.), die Arbeiterklasse und die armen Bauern waren politisch unerfahren und die Sowjetunion war umzingelt von feindlich gesinnten kapitalistischen Mächten. All das bedeutet, dass der Bürokratismus nicht so einfach überwunden werden konnte. Die Arbeiterklasse und die Kollektivbauern mussten lernen, wie man einen Staat führt, sie mussten sich Wissen im Bereich der Naturwissenschaften und Technik aneignen, um das Land industrialisieren zu können. Die Werktätigen mussten ein politisches Bewusstsein entwickeln, um Manager, Partei- und Staatsfunktionäre zu hinterfragen. Die Parteidemokratie musste verbessert werden und die Partei musste von korrupten Elementen gesäubert werden.

Durch Bildung den Bürokratismus überwinden

Einer der wichtigsten Punkte dafür, im Kampf gegen den Bürokratismus Erfolge zu erzielen, ist die Hebung des Bildungsniveaus der Kader und werktätigen Massen.

⁹⁴ Ebenda, S. 10

⁹⁵ Ebenda, S. 21

Vor der Oktoberrevolution waren 70-80% der Bevölkerung der Territorien, die später die UdSSR ausmachten, Analphabeten. Mit der Übernahme der Sowjetmacht stieg die Zahl jener, die Lesen und Schreiben konnten, 1929 auf 67%, 1933 auf 90%.

In Henry Barbusse's Werk „Stalin – eine neue Welt“ können wir lesen: „Nur ein paar Worte seien auch über die Volksbildung gesagt. Die Bevölkerung der Sowjetunion nimmt, wie wir gesehen haben, um mehr als 3 Millionen Menschen pro Jahr zu. In demselben Maße wächst natürlich von Jahr zu Jahr die Zahl der Kinder im Schulalter. Wir wollen nicht auf die Einzelheiten des Aufschwungs auf dem Gebiet der Kultur eingehen, dieses Aufschwungs, der in dem allgemeinen Fortschritt des Landes mit an erster Stelle steht. Das ganze Land ist mit Bildungseinrichtungen übersät. Man begegnet ihnen, wo man hinsieht. Jeder Betrieb ist ein Kulturzentrum, jede Kaserne eine Schule, jede Fabrik eine Menschenfabrik. Es genügt zu sagen, dass es in der Sowjetunion 60 Millionen Schüler aller Art gibt, deren Studium vom Staat finanziert wird. Jeder dritte Bürger der Union ist ein Studierender. Einige willkürlich herausgegriffene Zahlen mögen die Lage in den Bundesrepubliken erläutern: Im Tatarengebiet gab es 1913 35 Schulen, 1933 gibt es ihrer 1.730. Unter den Tscherkessen (im Westkaukasus) gab es 1914 94 Prozent Analphabeten; heute: Null Prozent. In Dagestan wurde die Zahl der Schulen gegenüber 1914 um das 26fache, in Kasakastan um das 38fache vermehrt. Der Unterricht erfolgt heute in der Sowjetunion in 70 verschiedenen Sprachen. 20 Sprachen, die früher nur mündlich überliefert wurden, haben eigene Schrift bekommen. Die Ausgaben für Bildungszwecke im Staatsbudget der UdSSR sind für 1934 gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent gewachsen. In England fällt für dieselbe Zeit das Budget für Bildungszwecke um 11.700.000 Pfund Sterling. In Deutschland sind die Bildungsausgaben fortlaufend gesunken und von 1930, wo sie 690 Millionen Mark betragen, auf 590 im Jahre 1931 und 570 im Jahre 1932 gefallen. Seit 1926 haben sich die Kredite des Staates für Bildungszwecke um 1 Milliarde Mark verringert. In den Vereinigten Staaten finden die Schulen keine Schüler mehr. In der Schweiz und in den Vereinigten Staaten beginnt man sich mit dem Problem der verwaarlosten Kinder zu beschäftigen.“⁹⁶

Stalin fasst diese Erfolge 1934 noch präziser zusammen:

„a) die Einführung der allgemeinen Schulpflicht in der ganzen UdSSR und die Erhöhung des Prozentsatzes der Lese- und Schreibkundigen von 67 Prozent Ende 1930 auf 90 Prozent Ende 1933;

⁹⁶ Barbusse, Henry, 1996 reprint. Stalin eine neue Welt, <http://stalinwerke.de/stalin-eine-neue-welt/senw/senw-009.html>

b) das Anwachsen der Schülerzahl in den Schulen aller Stufen von 14.358.000 im Jahre 1929 auf 26.419.000 im Jahre 1933, darunter in den Elementarschulen von 11.697.000 auf 19.163.000, in den Mittelschulen von 2.453.000 auf 6.674.000, in den Hochschulen von 207.000 auf 491.000;

c) das Anwachsen der Zahl der von der Vorschulerziehung erfassten Kinder von 838.000 im Jahre 1929 auf 5.917.000 im Jahre 1933;

cl) das Anwachsen der Zahl der höheren Lehranstalten, der allgemeinen und der speziellen, von 91 im Jahre 1914 auf 600 im Jahre 1933;

e) das Anwachsen der Zahl der wissenschaftlichen Forschungsinstitute von 400 im Jahre 1929 auf 840 im Jahre 1933;

f) das Anwachsen der Zahl der Klubs und ähnlicher Einrichtungen von 32.000 im Jahre 1929 auf 54.000 im Jahre 1933;

g) das Anwachsen der Zahl der Lichtspieltheater, der Lichtspielapparate in den Klubs und der Wanderkinos von 9.800 im Jahre 1929 auf 29.200 im Jahre 1933;

h) das Anwachsen der Auflagen der Zeitungen von 12.500.000 im Jahre 1929 auf 36.500.000 im Jahre 1933.

Es dürfte wohl nicht schaden festzustellen, dass unter den Studierenden der höheren Lehranstalten die Arbeiter 51,4 Prozent, die werktätigen Bauern 16,5 Prozent ausmachen, während in Deutschland zum Beispiel unter den Studierenden der höheren Lehranstalten im Unterrichtsjahr 1932 ganze 133 aus der Arbeiterklasse kamen, die Arbeiter im Ganzen nur 3,2 Prozent, die Kleinbauern im Ganzen nur 2,4 Prozent ausmachten.⁹⁷

Die Erfolge der Bildungspolitik zeigten sich in der Ausbildung der Parteikader: „In den Jahren 1930 bis 1933 wurden immer mehr politische Lehrgänge organisiert. Die Zahl der Parteischulen stieg von 52.000 auf über 200.000 an, die der Studenten von 1 auf 4,5 Millionen. Es handelte sich um ein bemerkenswertes Streben mit der Absicht, diesen Hunderttausenden von neuen Parteimitgliedern ein Mindestmaß an politischem Zusammenhalt zu vermitteln.“⁹⁸

Auf die Wichtigkeit innerparteilicher Demokratie wies Schdanow in seinem Bericht über die Abänderungen des Statuts der KPdSU auf dem 18. Parteitag hin: „Worin

⁹⁷ <http://stalinwerke.de/band13/b13-057.html>

⁹⁸ Statistiken von Getty op. cit. Zitiert in Ludo Martens op. cit.

besteht das Wesen der bolschewistischen innerparteilichen Demokratie? Das Wesen der bolschewistischen innerparteilichen Demokratie läuft, wie Genosse Stalin wiederholt gelehrt hat, auf die Selbstbetätigung, auf die aktive Teilnahme der Parteimitglieder an der Parteileitung hinaus. „Die innerparteiliche Demokratie bedeutet die Hebung der Aktivität der Parteimassen und die Festigung der Einheit der Partei, die Festigung der bewußten proletarischen Disziplin in der Partei“, lehrt Genosse Stalin. Eben zu diesem Zweck setzte die Partei den in der Praxis der Parteiarbeit vorgekommenen Verletzungen der Grundlagen des demokratischen Zentralismus ein Ende und stellte im Einklange mit dem Parteistatut die Wählbarkeit der führenden Organe der Parteiorganisationen wieder her. Die Partei traf auch eine Reihe weiterer Maßnahmen, die die Verwirklichung einer konsequent demokratischen Praxis gewährleisten, und zwar: Abschaffung der Gepflogenheiten der Kooptierungen, Verbot, bei der Wahl der Parteiorgane die Abstimmung nach Listen vorzunehmen, Übergang zur Abstimmung nach einzelnen Kandidaturen, Sicherstellung des unbeschränkten Rechtes aller Parteimitglieder, Kandidaten abzulehnen und an ihnen Kritik zu üben, Einführung der geschlossenen (geheimen) Abstimmung über die Kandidaten bei der Wahl von Parteiorganen, Festsetzung der obligatorischen periodischen Einberufung der städtischen Parteiaktivs und in den großen Städten auch der Rayonaktivs. Das Statut muß diesen neuen Maßnahmen der Partei Ausdruck verleihen, die in der Praxis erprobt wurden und eine Weiterentwicklung der Kritik und Selbstkritik, die Erhöhung der Verantwortlichkeit der Parteiorgane vor den Parteimassen, die Steigerung der Aktivität der Parteimassen gewährleisten und dazu beigetragen haben, daß die Partei zur erfolgreichen Bewältigung der neuen Aufgaben der politischen Führung gerüstet ist. Bekanntlich haben die Wahlen zu den Obersten Sowjets der Union der SSR und der Unionsrepubliken gezeigt, daß die Partei gerade dadurch den vollen Sieg des Blocks der Kommunisten und Parteilosen erreicht hat, daß sie die praktische Parteiarbeit auf der Grundlage der Verwirklichung der Prinzipien der innerparteilichen Demokratie umgestellt hatte. Die konsequente Verwirklichung einer demokratischen Praxis hat auf das gesamte Leben der Parteiorganisationen einen wohlthuenden Einfluß ausgeübt. Ein Ergebnis der gesteigerten Aktivität und Bewusstheit der Parteimitglieder, ihres Verantwortungsgefühls für die Sache der Partei sind die dem Parteitag vorausgegangene Diskussion und die Resultate der Wahlen der Parteiorgane, die das Aufblühen der innerparteilichen Demokratie veranschaulichen. Das ist die Grundlage, auf welcher gewaltige neue Schichten von Parteimitgliedern zur Teilnahme am Parteileben aufgestiegen sind. ... Genossen, unsere Partei hat eine Diskussion, wie sie vor dem XVIII. Parteitag stattgefunden hat, noch niemals gehabt. Diese Diskussion verlief im Zeichen einer beispiellosen Geschlossenheit und Einheit unserer Partei, im Zeichen einer außerordentlich gestiegenen Aktivität der Parteimitglieder. Jeder Diskussionsredner brachte seine Abänderungsvorschläge und Zusatzanträge ein, von dem Wunsche geleitet, der Partei zu helfen und die gemeinsame Sache der Partei zu festigen. Die Er-

gebnisse der Diskussion bestätigen, daß wir gegenwärtig ein Aufblühen der innerparteilichen Demokratie, einen beispiellosen Aufschwung der Aktivität und Selbstbetätigung der Parteimitglieder zu verzeichnen haben.“⁹⁹

1929 wurde das erste Studienmaterial unter der Leitung Jaroslawskis zur Geschichte der KPdSU veröffentlicht. 1938 erschien unter der Leitung Stalins eine kürzere Version: Geschichte der KPdSU – Kurzer Lehrgang. Ebenfalls unter der Leitung von Jaroslawski erschien in den 30er Jahren die Schrift „Was fordert die Partei von Kommunisten?“, auf dem 18. Parteitag 1939 präsentierte Schdanow das neue Statut der KPdSU.

Nach den Moskauer Prozessen vom August 1936 und Januar 1937, die mehrere Fälle von Sabotage offen legten, sowie nach der Enthüllung von Jenukidses Umsturzversuch im Februar 1937 waren Stalin und die sowjetische Führung davon überzeugt, dass eine Reihe von Parteisekretären in persönliche Streitereien so tief verstrickt waren waren, dass sie sich um wirkliche antisowjetische Tätigkeiten kaum sorgten. Die revolutionäre Wachsamkeit wurde also stark vernachlässigt. Stalin kam zu dem Entschluss, dass die Parteifunktionäre eine Umschulung machen müssen. Auf dem Plenum des ZK im März 1937 schlug Stalin vor, dass alle Parteisekretäre von den höchsten bis zu den niedrigsten Rängen (das waren über 100.000 Funktionäre) spezielle Kurse für politische Bildung absolvieren sollen. Zur selben Zeit sollten, während die Ersten Sekretäre an solchen Schulungen teilnehmen, deren Posten von anderen Parteimitgliedern übernommen werden. Mitte der 30er Jahre konnte durch das umfassende Bildungssystem eine Reihe von Parteimitgliedern die Universität besuchen. Nach ihrem Abschluss sowie in anderen Bildungseinrichtungen konnten sie eine Menge Wissen und Erfahrung über die Arbeit in den neu gebauten sowjetischen Fabriken erwerben. Sie waren aktiv am Aufbau des Sowjetsystems beteiligt und waren nicht in irgendwelche Intrigen der Parteisekretäre involviert. Stalin und seine Unterstützer im ZK sahen in diesen neuen, jungen Parteimitgliedern die Reserve der zukünftigen Parteiführung.¹⁰⁰

Stalins Vorschlag für die politische Bildung und für die Wahl von Ersatzleuten durch höhere Parteifunktionäre auf dem Februar-März-Plenum 1937: „Das ideologische Niveau dieser führenden Kader zu heben und sie politisch weiter zu stählen, diesen Kadern frische Kräfte zuführen, die darauf warten, aufrücken zu können und auf diese Weise den Bestand an führenden Kadern zu erweitern – das ist die Aufgabe. Was ist

⁹⁹ Schdanow, A. 1939. Abänderungen des Statuts der KPdSU, <http://www.red-channel.de/mlliteratur/sowjetunion/shdanow1.htm>

¹⁰⁰ Yemelianov, Yuri. The Quest for the Truth about Stalin. <http://www.revolutionarydemocracy.org/rdv12n2/stalin.htm>

dazu erforderlich? Vor allem muss unseren Parteifunktionären, angefangen von den Zellesekretären bis zu den Sekretären der Gebiets- und Republik-Parteiorganisationen empfohlen werden, sich im Laufe einer bestimmten Zeit je zwei Genossen, je zwei Parteifunktionäre, auszuwählen, die fähig sind, tatsächlich ihre Stellvertreter zu sein. Man mag sagen: Wo soll man sie hernehmen, zwei Stellvertreter für jeden, wir haben solche Leute nicht, haben keine entsprechenden Funktionäre. Das stimmt nicht, Genossen. Fähige Menschen, begabte Menschen gibt es bei uns Zehntausende. Man muss sie nur erkennen und rechtzeitig aufrücken lassen, damit sie nicht zu lange auf einem Fleck bleiben und zu faulen anfangen. Suchet, so werdet ihr finden. Weiter. Zur Parteischulung und Weiterbildung der Zellensekretäre sind in jedem Gebietszentrum viermonatige Parteikurse einzurichten. Auf diese Kurse sind alle Sekretäre aller Grundorganisationen (Zellen) der Partei zu schicken und dann, wenn sie ihre Kurse absolviert haben und auf ihren Platz zurückgekehrt sind, ihre Stellvertreter sowie die fähigsten Mitglieder der Grundorganisationen der Partei. Weiter. Zur politischen Weiterbildung der ersten Sekretäre der Kreisorganisationen sind in der UdSSR, sagen wir in den zehn wichtigsten Zentren, achtmonatige Leninkurse einzurichten. Auf diese Kurse sind die ersten Sekretäre der Kreis- und Bezirksparteiorganisationen zu schicken, und dann, wenn sie die Kurse absolviert haben und auf ihren Platz zurückgekehrt sind, ihre Stellvertreter und die fähigsten Mitglieder der Kreis- und Bezirksorganisationen. Weiter. Zur politischen Weiterbildung und politischen Weiterentwicklung der Sekretäre der Stadtorganisationen sind beim ZK der KPdSU (B) sechsmonatige Kurse für Geschichte und Politik zu schicken, und dann, wenn sie die Kurse absolviert haben und auf ihren Platz zurückgekehrt sind, die fähigsten Mitglieder der Stadtorganisationen. Schließlich ist beim ZK der KPdSU (B) eine sechsmonatige Beratung über Fragen der inneren und internationalen Politik einzurichten. Dahin sind die ersten Sekretäre der Gebiets- und Regionsorganisationen sowie der Zentralkomitees der nationalen kommunistischen Parteien zu schicken. Diese Genossen müssen nicht eine, sondern mehrere Ablösungen stellen, die in der Lage sind, die führenden Genossen des Zentralkomitees unserer Partei zu ersetzen. Das ist notwendig und das muss getan werden.¹⁰¹

Juri Shukow schreibt über die Resolution des Februar-März-Plenums des ZK: „Die Resolution bestimmt folgende Punkte: 1. Parteiorganisationen hatten sich durch ökonomische Aktivitäten hinreißen lassen und von ihren politischen Leitungsaktionen zurückgezogen, hatten sich selbst untergeordnet, hatten die örtlichen Organe des Volkskommissariats für Landwirtschaft beseitigt, die sie durch sich selbst ersetzen, wodurch sie sich in engstirnige ökonomische Häuptlinge verwandelten. 2. „Unsere

¹⁰¹ Zitiert in Furr, Chruschtschows Lügen, S. 289/290

Parteiführer haben sich von der parteipolitischen Arbeit in Richtung ökonomischer und speziell landwirtschaftlicher Kampagnen abgewendet, wobei die Hauptbasis ihrer Arbeit von der Stadt in die Bezirke überführt wurde. Sie begannen, die Stadt mit ihrer Arbeiterklasse nicht als leitende politische und kulturelle Kraft der Bezirke zu sehen, sondern als einen unter vielen Bereichen der Bezirke.³ 'Unsere Parteiführer haben auch angefangen, den Geschmack für ideologische Arbeit, für die politische Weiterbildung der Massen in und außerhalb der Partei zu verlieren'⁴. 'Sie haben auch angefangen, den Geschmack an der Kritik unserer Unzulänglichkeiten und der Selbstkritik der Parteiführer zu verlieren.'⁵ 'Sie haben auch angefangen, sich aus der direkten Verantwortung den Massen der Partei gegenüber zurückzuziehen (...) sie haben sich entschlossen, Wahlen durch Kooptation zu ersetzen (...). auf diese Weise entstand ein bürokratischer Zentralismus.'⁶ In der Kaderarbeit auf die sich die Resolution auch konzentrierte, 'ist es notwendig, mit den Arbeitern nicht auf formale, bürokratische Art umzugehen, sondern der wirklichen Situation entsprechend, was vor allen Dingen bedeutet, vom politischen Gesichtspunkt aus (ob sie politisch zuverlässig sind), und, zweitens, unter dem Gesichtspunkt ihrer Arbeit (ob sie für die Arbeit geeignet sind, für die sie eingeteilt waren).'⁷ Leiter von Parteiorganisationen 'leiden unter dem Mangel an notwendiger Aufmerksamkeit den Leuten, den Parteimitgliedern, den Arbeitern gegenüber (...). Im Ergebnis einer solchen seelenlosen Herangehensweise an Personen, Parteimitglieder und Arbeiter wird in einem Teil der Partei künstlich Unzufriedenheit und Feindseligkeit geschaffen.'⁸ Abschließend geht die Resolution darauf ein, dass die Parteiführer trotz ihrer mangelnden Ausbildung nicht ihr Bildungsniveau anheben, dass sie nicht studieren wollen, um sich weiterzubilden. Natürlich spiegelt die Resolution die Forderung nach unmittelbarer Beseitigung der realen Unzulänglichkeiten in der Parteiarbeit wider. Sie verurteilt in Punkten 1 bis 8 die Praxis der widerrechtlichen Aneignung und Beseitigung örtlicher Organe, sie fordert ein, unmittelbar und ausschließlich zu parteipolitischer Arbeit zurückzukehren und diese vor allem in die Stadt zu verlagern; sie fordert mehr Aufmerksamkeit in der Zeitungsarbeit. Sie weist in den Punkten 9 bis 14 entschieden die Praxis zurück, 'die Plena der Bezirkskomitees, Regionalkomitees, Parteikonferenzen, Stadtaktive usw. in Mittel für Paraden und Demonstrationen, in lärmende Lobhudeleien für Parteiführer umzubiegen', sie fordert die Wiederherstellung der Verantwortlichkeit der Parteiorgane dem Plenum gegenüber und die Einstellung der Praxis der Kooptation in den Parteiorganisationen. In Punkten 15 bis 18 wird die grundlegend neue Herangehensweise an die Kaderarbeit diskutiert und in Punkten 19 bis 25 die Instruktion und Schulung der Parteiführer.¹⁰²

¹⁰² Zitiert in ebenda S. 291 – 292

Von besonderem Interesse ist hierbei der Kurze Lehrgang der KPdSU (B).

Ulrich Huar schreibt dazu: „Nun gibt es ein regelrechtes Trommelfeuer bürgerlicher Ideologen, Revisionisten, Trotzlisten, Reformisten gegen den `Kurzen Lehrgang...` als Ausgeburt Stalinschen Dogmatismus und `Verfälschung` der Geschichte der KPdSU (B). Selbst ansonsten ernstzunehmende Wissenschaftler und führende Funktionäre in kommunistischen Parteien beteiligen sich an der Schmähung dieses Buches - ohne viel zu prüfen, ohne zu analysieren. Verfaßt wurde der `Kurze Lehrgang...` unter Redaktion einer Kommission des Zentralkomitees der KPdSU (B), natürlich auch von Stalin als Generalsekretär der Partei. Vergleicht man den `Kurzen Lehrgang...` mit einschlägigen Schriften, Reden von Stalin, ist einiges daraus im `Kurzen Lehrgang...` enthalten, aber Stalin hat ihn nicht allein ausgearbeitet. Ein inhaltlicher Vergleich des `Kurzen Lehrgangs...` mit späteren, nach der berüchtigten Chruschtschow-Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU, vom ZK der KPdSU autorisierten Ausgaben der `Geschichte der KPdSU`, vor allem der sechsbändigen `Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion`, herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus, ergibt im Wesentlichen Übereinstimmung der Aussagen. Von einer `Verfälschung` der Geschichte der KPdSU im `Kurzen Lehrgang...` kann also nicht die Rede sein, während die Lügen eines Chruschtschows und des späteren Gorbatschows dokumentarisch nachgewiesen sind.“¹⁰³

In einem Zeitungsartikel über den kurzen Lehrgang in der UZ vom 14.11.2006 schreibt Günter Judik: „Wahrlich kein geringer Anspruch an ein Buch von gerade 440 Seiten, dessen Autorenschaft später Stalin für sich in Anspruch nahm (...) war die brutalste, willkürlichste Auslegung und Verfälschung der Geschichte, die jede schöpferische Entwicklung von Geschichts- und Gesellschaftswissenschaften in der kommunistischen Weltbewegung blockierte und durch Dogmen, durch die verbindliche Festschreibung und mit seinen Methoden praktizierten Partei- und Sozialismusmodells ersetzte.“¹⁰⁴

Chruschtschow unterstellt Stalin in seinem Geheimbericht, dass dieser sich für den einzigen Autor des Kurzen Lehrgangs ausgab.¹⁰⁵

Es gibt wohl kaum bürgerliche Quellen, die den Kurzen Lehrgang schlechter darstellen. Dabei war der Kurze Lehrgang das Ergebnis einer „ernsthaften, langwierigen Arbeit einer ganzen Reihe von Personen“. Das Buch wurde mehrmals diskutiert und erörtert, es kam zu mehreren Beschlüssen, Änderungen und Streitigkeiten. Das Redaktionskollegium bestand aus Stalin, Kaganowitsch, Molotow, Postyschew, Jarosla-

¹⁰³ Huar, Partei, ebenda

¹⁰⁴ Zitiert in Saul Livshitz: Der Eselstritt oder wie Günter Judik Stalin bewältigt, S. 84

¹⁰⁵ Vgl. Furr, „Chruschtows Lügen“, S. 152f.

wski und anderen. Schriftführer war der stellvertretene Direktor des Marx-Engels-Lenin-Instituts, I. Towstuch, „der die ganze wesentliche Korrespondenz mit Stalin zur Vorbereitung des Lehrbuchs führte“. „Am 8. September 1938, am Vorabend der Veröffentlichung des abschließend redigierten Textes in der Prawda, kamen die Verfasser und Kuratoren des Kurzen Lehrgangs – Molotow, Shdanow, Jaroslawski und Pospelow – bei Stalin zusammen und diskutierten die Ausgabe des Kurzen Lehrgangs. Von diesem Tage an trafen sie sich regelmäßig jeden Abend und in der Nacht, um das veröffentlichte Material zu besprechen und Verbesserungen einzufügen.“¹⁰⁶

Historiker wie Roy Medwedew stellen fest, dass Stalin einer der Hauptautoren des Kurzen Lehrgangs war – aber nicht der einzige und Chruschtschows Anklage gegen Stalin auf literarischen Diebstahl nicht zutrifft.¹⁰⁷

Ziel und Zweck des Kurzen Lehrgangs war ein einheitliches politisches Lehrbuch für alle Kader. Auf der Versammlung vor Propagandisten in Leningrad am 1. Oktober 1938 sprach Stalin weniger über den Inhalt des Buches, sondern hob die Notwendigkeit hervor, das Bildungsniveau der Kader zu erhöhen.¹⁰⁸ Diese Rede vor den Propagandisten wurde in den 90er Jahren in einem russischen Journal veröffentlicht und vom kanadischen linken Verlag „Northstar Compass“ im Buch „secret documents“ veröffentlicht.¹⁰⁹ In einem Brief an die Herausgeber vom 6. Mai 1937 begründete Stalin die Notwendigkeit eines solchen Lehrbuchs: „Erstens stellten die alten Lehrbücher die Geschichte der Partei losgelöst von der Geschichte des Landes dar, zweitens wurden bei der Beschreibung der Richtungskämpfe diese nicht marxistisch erklärt, drittens wurde eine falsche Periodisierung der Geschichte des Landes gegeben. Stalin verlieh seinen Gedanken darüber Ausdruck, wie – seiner Meinung nach – das neue Lehrbuch aufgebaut werden sollte und wies auf die Notwendigkeit einer ernsten Aufklärung über die Tatsache hin, daß der Kampf gegen antibolschewistische Strömungen und Fraktionen ein prinzipieller Kampf für den Leninismus war...“¹¹⁰

Ein Kapitel des Kurzen Lehrgangs, „Über den dialektischen und historischen Materialismus“, trug Stalins Handschrift. Es war u. a. das Ergebnis der philosophischen Diskussionen der 20er und 30er Jahre und sollte eine Zusammenfassung der Philosophie von Marx, Engels und Lenin darstellen. Natürlich sollte diese Arbeit das Studium der Philosophie der Klassiker des Marxismus-Leninismus nicht ersetzen, war aber eine wichtige und gute Orientierung für Parteipropagandisten, die marxistische Philoso-

¹⁰⁶ Livshiz, a.a.O., S. 85 - 87

¹⁰⁷ Furr, a.a.O., S. 154

¹⁰⁸ Livshiz, a.a.O., S. 86

¹⁰⁹ Vgl. Northstar Compass, Secret Documents, S. 144 - 185

¹¹⁰ Livshiz, S. 86

phie den einfachen Parteimassen sowie den Arbeitern und Bauern verständlich zu erklären. Die Diskussion um die Philosophie wurde mit Stalins Schrift auch nicht beendet. Dies beweist z. B. die Diskussion um G. F. Alexandrows Buch „Geschichte der westeuropäischen Philosophie“, welche 1947 von Schdanow scharf kritisiert wurde.¹¹¹ Stalins Arbeit über den Materialismus wurde besonders von den Philosophen der Chruschtschow-Ära verleumdet und man versuchte bis aufs Äußerste, ihm Dogmatismus, Fehler und Versäumnisse nachzuweisen. Es kann an dieser Stelle keine ausführliche Analyse dieses Themas stattfinden. Daher sei an eine Arbeit hierzu von „Gegen die Strömung“ verwiesen.¹¹² Sieht man von den linksradikalen Feindseligkeiten gegen die sozialistischen Staaten ab, wie sie für die K-Gruppen der 70er Jahre in der BRD typisch waren, gibt es dort dennoch gute Argumente zur Verteidigung der Arbeit Stalins zum dialektischen und historischen Materialismus.

Huar beschreibt die Wichtigkeit des Kurzen Lehrgangs: „Es kann nicht verwundern, daß Trotzlisten, Anarchisten, Bucharin-Anhänger gegen dieses Buch Sturm liefen und laufen. Inhaltlich widerlegen konnten sie den Inhalt nicht. Mit dem `Kurzen Lehrgang...` wurden Hunderttausende - Millionen? - junger Kommunisten in der internationalen kommunistischen Bewegung auf allen Kontinenten an das Studium des Marxismus-Leninismus herangeführt, erhielten sie erste Kenntnisse über den Leninismus in Theorie und Geschichte. Hunderttausende Parteifunktionäre begannen ihren kommunistischen Werdegang mit dem Studium des `Kurzen Lehrgangs...` Vielleicht war es gerade die starke propagandistische und politische Wirksamkeit dieses Buches, daß es so heftig von den Gegnern des Leninismus attackiert wurde und wird. Nicht selten mußte ich in Auseinandersetzung mit Kritikern des `Kurzen Lehrgangs...` erleben, daß sie ihn überhaupt nicht kannten, ihn nie gelesen haben, was sie jedoch nicht daran hinderte, ihn `aufs schärfste zu verurteilen` (!!!! U.H.), als `Abkehr vom Leninismus` zu bezeichnen - den sie genausowenig kannten, nach der Devise des Mephisto: `Bezeugt nur, ohne viel zu wissen.`“¹¹³

Der Vollständigkeit halber ist noch Stalins wichtige Arbeit „Über die Grundlagen des Leninismus“ von 1924 zu erwähnen. Der Trotzlist Iszaak Deutscher versucht hier, Stalin Vereinfachungen und Verfälschungen unterzujubeln, schafft es aber nicht, wenigstens eine nachzuweisen. Stalins Anliegen war es, Arbeitern und Bauern ohne „gründliche soziologische Schulung“ die Grundlagen und das Wesen des Leninismus näher zu bringen. Es ist das pädagogische Geschick Stalins, mit Vereinfachungen

¹¹¹ <http://www.red-channel.de/mliteratur/sowjetunion/shdanow2.htm#2>

¹¹² Gegen die Strömung: Die revisionistischen Angriffe gegen den dialektischen Materialismus zurückschlagen <http://gegendiestromung.info/wp-content/uploads/pdfs/de/de-rfr-nummer-21.pdf>

¹¹³ Huar, Partei, ebenda

diesen Leuten den Leninismus verständlich zu machen. Falsche Vereinfachungen finden sich dort jedoch nicht.¹¹⁴

Besonders wichtig bei der Ausbildung der Parteikader war das Prinzip der Kritik und Selbstkritik. Nach Stalin steht keiner über der Kritik der Massen, die oftmals besser in der Lage sind, Mängel aufzuzeigen, als die Funktionäre selbst:

„Bei uns werden die Fragen nicht nur draußen im Lande, sondern auch im Zentrum nicht selten sozusagen familiär, auf Gvatterart, entschieden. Iwan Iwanowitsch, Mitglied der leitenden Spitze irgendeiner Organisation, hat, sagen wir, einen sehr schweren Fehler begangen und der Sache geschadet. Aber Iwan Fjodorowitsch will nicht Kritik an ihm üben, seine Fehler bloßlegen, seine Fehler korrigieren. Er will das nicht, denn er möchte sich keine „Feinde machen“. Es ist ein Fehler passiert, der Sache ist geschadet worden - was ist schon dabei! Wer von uns macht keine Fehler? Heute schon ich, Iwan Fjodorowitsch, ihn. Morgen wird er, Iwan Iwanowitsch, mich schonen. Denn woher habe ich die Garantie, dass ich nicht ebenfalls einen Fehler machen werde? Alles in bester Ordnung. Friede und Wohlgefallen. Man sagt, ein vernachlässigter Fehler schade unserer großen Sache? Wenn schon! Irgendwie werden wir das Ding schon deichseln. So, Genossen, pflegen einige unserer verantwortlichen Funktionäre zu urteilen.

Aber was bedeutet das? Wenn wir Bolschewiki, die alle Welt kritisieren, die, um mit Marx zu reden, den Himmel stürmen, wenn wir um der Ruhe dieser oder jener Genossen willen auf Selbstkritik verzichten - ja, ist es da nicht klar, dass wir nichts als den Untergang unserer großen Sache zu erwarten hätten? (Zurufe: „Sehr richtig!“ Beifall.) Marx sagte, die proletarische Revolution unterscheidet sich unter anderem dadurch von jeder anderen Revolution, dass sie sich selbst kritisiert und sich durch die Selbstkritik stärkt. Das ist ein sehr wichtiger Hinweis von Marx. Wenn wir, die Vertreter der proletarischen Revolution, vor unseren Mängeln die Augen verschließen, wenn wir Fragen auf familiäre Art entscheiden, unsere Fehler gegenseitig decken und die Krankheit in das Innere unseres Parteiorganismus treiben - wer wird dann diese Fehler, diese Mängel korrigieren? Ist es etwa nicht klar, dass wir aufhören würden, proletarische Revolutionäre zu sein, und dass wir dem sicheren Untergang verfallen würden, wenn wir nicht aus unserer Mitte dieses Spießertum, diese Vetternwirtschaft bei der Entscheidung wichtiger Fragen unseres Aufbaus ausmerzten? Ist es etwa nicht klar, dass wir, wenn wir ehrliche und aufrechte Selbstkritik ablehnten, wenn wir auf eine ehrliche und offene Korrektur unserer Fehler verzichteten, uns den Weg für den

¹¹⁴ Ebenda

Vormarsch, den Weg zur Besserung unserer Sache, zu neuen Erfolgen unserer Sache versperren würden?¹¹⁵

„Im Gegenteil, gerade weil der Bolschewismus zur Macht gelangt ist, gerade weil die Bolschewiki durch die Erfolge unseres Aufbaus überheblich werden könnten, gerade weil die Bolschewiki ihre Schwächen übersehen und dadurch die Sache ihrer Feinde erleichtern könnten - gerade darum ist die Selbstkritik besonders jetzt, besonders nach der Eroberung der Macht vonnöten. Das Ziel der Selbstkritik ist die Aufdeckung und Ausmerzung unserer Fehler, unserer Schwächen - ist es etwa nicht klar, dass die Selbstkritik unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats den Kampf des Bolschewismus gegen die Feinde der Arbeiterklasse nur erleichtern kann?¹¹⁶

Der größte Feind der Selbstkritik, so Stalin in derselben Schrift, sei der Bürokratismus. Außerdem sei dabei die aktive Beteiligung der parteilosen Werktätigen mit einzubeziehen.¹¹⁷

Stalin warnte aber ausdrücklich davor, Selbstkritik nicht mit zersetzender Kritik zu verwechseln:

„Es gibt jedoch auch ‚Selbstkritik‘ anderer Art, eine ‚Selbstkritik‘, die zur Zerstörung des Parteigeistes, zur Diskreditierung der Sowjetmacht, zur Schwächung unseres Aufbaus, zur Zersetzung der Wirtschaftskader, zur Entwaffnung der Arbeiterklasse, zu einem Geschwätz über Entartung führt. Gerade zu einer solchen ‚Selbstkritik‘ hat uns gestern die trotzkistische Opposition aufgerufen. Es erübrigt sich zu sagen, dass die Partei mit dieser ‚Selbstkritik‘ nichts gemein hat. Es erübrigt sich zu sagen, dass die Partei aus allen Kräften, mit allen Mitteln gegen eine solche ‚Selbstkritik‘ kämpfen wird. Man muss streng unterscheiden zwischen dieser uns fremden, zersetzenden, antibolschewistischen ‚Selbstkritik‘ und unserer, der bolschewistischen Selbstkritik, deren Ziel es ist, den Parteigeist zu pflegen, die Sowjetmacht zu festigen, unseren Aufbau zu verbessern, unsere Wirtschaftskader zu stärken, die Arbeiterklasse zu wappnen.“¹¹⁸

Dazu kommentiert Ulrich Huar: „Es gäbe eine Art ‚Selbstkritik‘, die auf die Zerstörung des Parteigeistes auf die Diskreditierung der Sowjetmacht gerichtet sei. Dazu gehöre das Geschwätz von der ‚Entartung‘. Damit meinte Stalin die Opposition in der Partei. Es gab auch Formen der Vulgarisierung der Kritik. So würde sachliche Kritik

¹¹⁵ Stalin Band 10, S. 161-162

¹¹⁶ Stalin: Gegen die Vulgarisierung der Selbstkritik, Band 11, S. 71

<http://stalinwerke.de/band11/band11.pdf>

¹¹⁷ Ebenda, S. 73

¹¹⁸ Ebenda, S. 74

an Mängeln durch ‚Reklamegeschrei gegen Auswüchse im persönlichen Leben‘ ersetzt, Kritik um der Kritik willen, als ‚Sport‘ betrieben, als ‚Sensationsmacherei‘. Diese Art von ‚Kritik‘ scheint eine unausrottbare üble Erscheinung in allen linken Parteien bis in die Gegenwart zu sein. Situationsbedingt nannte Stalin noch die Umwandlung der Selbstkritik in ‚eine Hetze gegen unsere Wirtschaftler‘, deren Diffamierung. Auch Wirtschaftler seien nicht hundertprozentig gegen Fehler gefeit. Es gäbe überhaupt keine Menschen, die hundertprozentig gegen Fehler gefeit seien. Für die Heranbildung von Wirtschaftskadern seien ‚Jahre und nochmals Jahre erforderlich‘¹¹⁹

Ein typisches Beispiel zersetzender Kritik ist Trotzki's Buch „Verratene Revolution“ von 1936. Dieses Buch geht nach den Prinzip vor: Erfolge des Sozialismus negieren und, wenn sie nicht zu negieren, da zu offensichtlich sind, diese herunterspielen und zu erwähnen, dass sie trotz Stalin entstanden. Dabei findet man nirgends Verbesserungsvorschläge, sondern übelste Hetze. Ein genauer Blick verrät (z. B. die Ausgabe im Verlag Ergebnisse & Perspektiven), dass Trotzki sich nicht mal die Mühe macht, seine Anfeindungen zu belegen: keine Quellenangaben im Text oder als Fußnote, keine Dokumente, keine Anmerkungen etc. Das macht natürlich ein kritisches Quellenstudium quasi unmöglich; man muss Trotzki auf der gleichen Ebene glauben wie die Christen an Jungfrauengeburt Marias glauben. Wie oberflächlich Trotzki's Kritik ist, zeigt sich z. B. darin, dass er erwähnt, dass 81% der Traktoren einer gründlichen Reparatur unterzogen werden mussten und daher eine erhebliche Anzahl davon für den Ernteeinsatz nicht mehr einsatzfähig waren.¹²⁰ Statistisch ist das wahrscheinlich nicht falsch (es gibt, wie erwähnt, leider keine Quellenangabe), muss aber keine negative Erscheinung sein, weil Landwirtschaftsmaschinen in jedem Jahr bestimmten Wartungen, Reparaturen und Instandsetzungen unterzogen werden. Auch vor jeder Aussaat werden Traktoren überprüft. Trotzki verschweigt uns natürlich, welche Art von Reparaturen durchgeführt werden mussten, denn sein Ziel war es, die technische Schwäche der Sowjetunion gegenüber den kapitalistischen Staaten zu behaupten.¹²¹

Eine andere Diffamierung stellt auch folgendes Beispiel dar: 1937 gab es 23.500 Kindergärten, die sich um über 1 Mio. Kinder im Alter von 3 bis 7 ½ Jahren kümmerten. Ein gewaltiger Fortschritt, wenn man bedenkt, dass vor der Revolution kaum ein Kind das Glück hatte, einen Kindergartenplatz zu bekommen. Da aber noch längst nicht für alle Kinder ausreichend Plätze vorhanden waren, ist dies für Trotzki ein

¹¹⁹ Huar, Partei, ebenda

¹²⁰ Trotzki, Verratene Revolution. Verlag Ergebnisse & Perspektiven, S. 14

¹²¹ Vgl. Falkenhagen, a.a.O., Heft 2, S. 16-17

„Beweis“, dass diese Zahlen nichts wert sind, da eben nicht für alle genug Plätze vorhanden sind.¹²²

Doch damit nicht genug: Trotzki geht sogar davon aus – ohne dies zu beweisen – dass nur die Staatsfunktionäre ihre Kinder in Kinderkrippen unterbringen konnten und diese für die Masse der Arbeiter und Bauern nicht zur Verfügung standen. Die Stalinische Bürokratie vollziehe damit den Thermidor in der Familie: die Frau solle sich zu Hause um die Kinder kümmern, was ihre Befreiung aus der bürgerlichen Familie verhindern solle.¹²³

Diese Beispiele sollen ausreichen, um den diffamierenden Charakter der „Kritik“ Trotzkis zu belegen.

Sowjetische Presse- und Redefreiheit

Eine besondere Rolle bei der Kritik von unten spielte die sowjetische Presse. Stalin fasst sie wie folgt zusammen:

„In diesem Sinne ist die Bedeutung der Presse, unserer Partei- und Sowjetpresse wahrhaft unschätzbar. In diesem Sinne ist unbedingt die Initiative der „Prawda“ bei der Organisierung des „Listok Rabotsche-Krestjanskoi Inspekzi“ zu begrüßen, eines Blattes, das die Mängel unserer Arbeit einer systematischen Kritik unterzieht. Man muss nur danach streben, dass die Kritik ernst ist, dass sie in die Tiefe dringt und nicht an der Oberfläche bleibt. In diesem Sinne ist auch die Initiative der „Komsomolskaja Prawda“ zu begrüßen, die die Mängel unserer Arbeit ungestüm und eifrig attackiert. ... Mitunter wird auf die Kritiker geschimpft, weil ihre Kritik nicht vollkommen ist, weil ihre Kritik sich mitunter nicht als hundertprozentig richtig erweist. Nicht selten wird verlangt, dass die Kritik in allen Punkten richtig sei, und wenn sie nicht in jeder Hinsicht richtig ist, beginnt man, sie zu verunglimpfen und zu schmähen. Das ist falsch, Genossen. Das ist ein gefährlicher Irrtum. Man versuche nur, eine solche Forderung aufzustellen, und man wird Hunderten, ja Tausenden von Arbeitern, Arbeiterkorrespondenten, Dorfkorrespondenten, die unsere Fehler berichtigen wollen, die aber manchmal nicht in der Lage sind, ihre Gedanken richtig zu formulieren, den Mund verschließen. Das gäbe einen Friedhof, aber keine Selbstkritik. Sie müssen wissen, dass die Arbeiter sich manchmal scheuen, die Wahrheit über die Mängel unserer Arbeit auszusprechen. Sie scheuen sich nicht nur, weil sie deswegen etwas „abbekommen“ können, sondern auch, weil man sich wegen einer unvollkommenen

¹²² Vgl. Campbell, a.a.O., S. 120. Vgl. Trotzki, a.a.O., S. 142

¹²³ Vgl. Trotzki, a.a.O., S. 140, 142

Kritik über sie „lustig machen“ kann. Wie sollte auch der einfache Arbeiter oder der einfache Bauer, der die Mängel unserer Arbeit und unserer Planung am eigenen Leibe spürt, seine Kritik nach allen Regeln der Kunst begründen können? Wenn Sie von ihnen eine hundertprozentig richtige Kritik verlangen, dann machen Sie damit die Möglichkeit jeder Kritik von unten, die Möglichkeit jeder Selbstkritik zunichte. Darum denke ich, dass man auch eine Kritik, die nur 5-10 Prozent Wahrheit enthält, begrüßen, sie aufmerksam anhören und ihren gesunden Kern berücksichtigen muss. Sonst müssten Sie, wie gesagt, all den Hunderten und Tausenden dem Sowjetregime treu ergebenden Menschen den Mund verschließen, die in der Kritik noch nicht genügend erfahren sind, aus deren Mund aber die Wahrheit selbst spricht.“¹²⁴

Jedoch wird – ähnlich wie in der Frage der Partei – die Kritik laut, in der Sowjetunion bestünde keine Presse- und Redefreiheit. Zur Begründung verweisen sie darauf, dass die Sowjetpresse unter Leitung und Kontrolle des Staates und der Kommunistischen Partei stand. Dies entspricht zwar den Tatsachen, aber es gibt in der ganzen Welt überhaupt keine Presse ohne politische Kontrolle und Leitung. Eine über den Klassen stehende Presse ist genauso eine Fiktion, wie die über den Klassen stehende „reine“ Demokratie. Die auch hier entscheidende Frage ist, von wem, wie und in wessen Interesse diese Kontrolle ausgeübt wird.

1938 erschien ein Buch von F. Lundberg mit dem Titel „Die Sechzig Familien Amerikas“. Einige Kapitel dieses Buches widmet der Verfasser der Presse. Er schreibt: „In den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Journalistik von oben bis unten eine persönliche Angelegenheit und wird von den Reichen gekauft und verkauft. In der modernen amerikanischen Journalistik – der schlechten wie der guten – gibt es fast nichts, was nicht von der Dynastie der Millionäre ausginge ... Die Pressefreiheit ist in den USA in beträchtlichem Maße theoretisch und kommt hauptsächlich darin zum Ausdruck, dass zwar die kleinen Oppositionsgruppen versuchen, Zeitungen und Zeitschriften mit sehr beschränktem Verbreitungskreis herauszugeben; sobald aber derartige Druckschriften es wagen, Ansichten zu äußern, die mit den Interessen der großen Besitzer unvereinbar sind, so ergreifen diese alle Maßnahmen, um mit ihnen Schluss zu machen.“¹²⁵

Lundberg zitiert ein außerordentlich deutliches Dokument – eine Erklärung, die in der Börsenzeitschrift „Wallstreet Journal“ am 20. Januar 1925 publiziert wurde: „Eine Zeitung ist ein Privatunternehmen, das dem Publikum gegenüber absolut keine Verpflichtung hat und der das Publikum seinerseits keinerlei Privilegien gewährt. Sie ist völlig das Eigentum ihres Besitzers, der das von ihm produzierte Erzeugnis auf eigene

¹²⁴ Stalin Werke Band 11, S. 24

¹²⁵ Zitiert in S. M. Lesnik, 1946, S. 33

Rechnung und Gefahr verkauft; wenn dem Publikum die Meinung des Zeitungsbesitzers oder die Art und Weise seines Nachrichtendienstes nicht gefällt, so liegt es in der Hand der Leser selbst, sich dem zu entziehen. Sie sind absolut nicht verpflichtet, die Zeitung zu kaufen ... es muss gesagt werden, dass die Redakteure die Politik ihres Herrn durchzuführen haben, es sei denn, dass sie selbst die Herren sind“¹²⁶

George Seldes schreibt in seinem Buch „Die Freiheit der Presse“: „Wir haben sehr wenige liberale, furchtlose Zeitungen gehabt, aber Pressefreiheit haben wir niemals besessen. Viele Journalisten glauben, wenn sie in einer Welt, wo die Profitjäger herrschen, ihre materielle Unabhängigkeit erreichen würden, so könnten sie eine freie Presse schaffen, eine Presse, frei von der Herrschaft der Geschäftsleute, die heute ihre Macht über die Presse in ihrem eigenen Interesse ausüben.“¹²⁷

An anderer Stelle führt Seldes die Worte John Swintons an, des Redakteurs der Zeitung „New York Tribune“, die dieser auf einer Versammlung des New Yorker Presseverbandes zur Frage der Pressefreiheit äußerte: „In Amerika gibt es keine unabhängige Presse, und wenn, dann allenfalls in einigen Provinzstädten. Das wissen sie ebenso gut wie ich. Nicht einer von uns würde es wagen, ehrlich seine Meinung zu sagen. Sie wissen im Voraus, dass, wenn sie ehrlich Ihre Meinung sagten, die Presse diese niemals bringen würde. Man zahlt mir 150 Dollar die Woche dafür, dass ich in den Spalten meiner Zeitung nicht meine Meinung sage. Sie alle bekommen ungefähr ebenso viel für eben das gleiche. Wenn ich mir erlauben würde, meine aufrichtige Meinung zu sagen, so würde ich innerhalb von 24 Stunden arbeitslos sein“¹²⁸

Das Buch „die goldene Kette“ von Upton Sinclair ist eine kühne und schonungslose Entlarvung der Sklavenhaltermethoden in der bürgerlichen Presse. Ebenso abrechnend mit der bürgerlichen Pressefreiheit ist Sidney Moseleys Buch „Die Wahrheit über den Journalismus“. Er kennt das ganze Leben hinter den Kulissen der großen englischen Presse und er erklärt, dass er erst dann freier, unabhängiger Journalist wurde, als er eine bedeutende Summe Geldes zusammengespart hatte und sich selbstständig machte. Das Mitglied des Abgeordnetenhauses der USA, der Demokrat Patterson, erklärte in einer öffentlichen Rede: „Der Landesverband der Industriellen und andere einflussreiche Gruppen kontrollieren 80% des ganzen Rundfunknetzes in den vereinigten Staaten und 85% der Presse des Landes.“¹²⁹

Zu guter Letzt wird noch eine Stelle von Ivory Thomas in seinem Buch „Die moderne Presse“ zitiert: „Die Richtlinie einer Zeitung hängt von der Willkür, den Interessen,

¹²⁶ Zitiert in ebenda, S. 33/34

¹²⁷ Zitiert in ebenda, S. 33

¹²⁸ Zitiert in Saslawski 1946, S. 56

¹²⁹ Ebenda, S. 55, 56

den Verbindungen und dem Vorteil ... einiger weniger Verleger-Millionäre ab, in deren Händen die Kontrolle der öffentlichen Meinung des Landes konzentriert ist. Nicht im geringsten sind die ‚Zeitungsbarone‘ die Sprecher für die Bestrebungen und die Ansichten der Volksmassen, sondern sie selbst wollen den Volksmassen ihre eigenen Ansichten und Bestrebungen aufdrängen¹³⁰

Die oben zitierten Quellen – so könnte man einwenden – sind schon in die Jahre gekommen und daher eventuell nicht mehr aktuell. Wie falsch dieser Vorwurf ist beweisen folgende Beispiele. Auf der Internetseite „netzfrauen.de“ finden wir folgende Informationen zur Medienlandschaft der BRD:

„Haben Sie schon mal etwas über Medienkonzerne gehört? Das bedeutet: ein Eigentümer besitzt mehrere Zeitungen oder Fernsehstationen. Solche Unternehmen können die Meinung im Lande beeinflussen, denn eine Meinung kann dann in mehreren Zeitungen präsentiert werden. Man nennt das ‚Pressekonzentration‘. Es ist gut zu wissen, wem welche Medien gehören. Ein paar wenige Medienkonzerne kontrollieren was Sie denken, wie Sie denken und was Sie wissen sollen und wie Sie es wissen sollen. (...) Wer wissen will, wer an Europas größtem Medienkonzern tatsächlich wie viele Anteile hält und wer dort was zu sagen hat, verliert im Dickicht der zahlreichen Stiftungen, Familienholdings, Bruchteilsgemeinschaften sowie Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaften schnell die Übersicht. Auch die neue Rechtsform der SE & Co. KGaA hat die Sache nicht einfacher gemacht. Mitglieder der Aufsichtsräte von Bertelsmann – und wie immer – alte Bekannte aus den großen Konzernen sind wieder mit dabei, auch Nestlé!¹³¹

Nachdem „netzfrauen“ die Mitglieder der Aufsichtsräte nennt, werden einzelne Mediengruppen näher beschrieben, so z. B. die Funke Mediengruppe: „Die Funke Mediengruppe ist mit Beteiligungen an Zeitungen, Anzeigenblättern und Zeitschriften in acht europäischen Staaten und einem Gesamtangebot von über 500 Titeln das drittgrößte Verlagshaus Deutschlands und einer der größten Regionalzeitungsverlage Europas. Das Unternehmen firmierte bis 2012 als WAZ Mediengruppe (WAZ = Abkürzung für Westdeutsche Allgemeine Zeitung) und hat seinen Sitz in Essen. Am 25. Juli 2013 kündigte die Funke Mediengruppe an, die Tageszeitungen Berliner Morgenpost und Hamburger Abendblatt, die Programmzeitschriften Hörzu, TV Digital, Funk Uhr, Bildwoche und TV Neu sowie die Frauenzeitschriften Bild der Frau und Frau von

¹³⁰ Zitiert in N. K. Iwanow 1947, S. 67

¹³¹ <http://netzfrauen.org/2013/12/10/teil-1-wer-macht-die-oeffentliche-meinung-ein-paar-wenige-medienkonzerne/>

Heute für 920 Millionen Euro zum 1. Januar 2014 von der Axel Springer AG zu übernehmen.¹³²

Der Axel-Springer-Verlag verkauft also mehrere Printmedien an die Funke Medien-gruppe, stärkt hingegen aber seinen Einfluss beim TV-Sender N24.¹³³

Über das Druck- und Verlagshaus Gruner+Jahr erfahren wir: „Wir wollen Ihnen nicht vorenthalten, was zum Druck- und Verlagshaus Gruner+Jahr gehört. Dieser Verlag erreicht mit mehr als 500 Medienaktivitäten, Magazinen und digitalen Angeboten Leser und Nutzer in über 30 Ländern. Bei G+J erscheinen u. a. STERN (D), BRIGITTE (D), GEO (D, E, F), CAPITAL (D, F), GALA (D, F), ELTERN (CHN, D, E), P.M.-Gruppe (D), ESSEN & TRINKEN (D), sowie NATIONAL GEOGRAPHIC (D, F, NL). Gruner+Jahr hält 59,9 Prozent an der Motor Presse Stuttgart, einem der größten Special-Interest-Zeitschriftenverlage in Europa. Die G+J-Tochtergesellschaft Brown Printing ist eines der größten Offsetdruck-Unternehmen in den USA. Mit einem Auslands-Umsatzanteil von 55 Prozent gehört G+J zu den internationalsten Verlagshäusern der Welt. 100 Prozent von Gruner+Jahr ist nun im Besitz der Bertelsmann SE & Co. KGaA, da die restlichen 25,1 Prozent die Hamburger Verlegerfamilie Jahr nun an Bertelsmann verkauft hat.“¹³⁴

Über die Spiegel-Gruppe: „Spiegel gehört zu 25 % dem Bertelsmann Konzern. Die Besitzverhältnisse am SPIEGEL-Verlag sind einzigartig in der europäischen Medienlandschaft. Rudolf Augstein, der am 7. November 2002 verstorbene Gründer, Chefredakteur, Herausgeber und Geschäftsführer des SPIEGEL, übertrug 1974 die Hälfte seines Unternehmens der Belegschaft. 25 % gehören der Erbgemeinschaft Augstein. (...) Die Harenberg Kommunikation Verlags- und Medien GmbH & Co. KG mit Sitz in Dortmund, seit 2007 eine Tochter des SPIEGEL-Verlags, ist vor allem bekannt durch die seit über 40 Jahren für den Buchhandel und Verlage herausgegebene Branchenzeitschrift ‚buchreport‘. Der Audio Verlag (DAV) gehört ebenfalls zu der Spiegel-Gruppe und zählt zu den führenden Anbietern von Hörbüchern im deutschsprachigen Raum. Bereits seit August 2004 ist der SPIEGEL-Verlag am DAV beteiligt. Die Quality Service GmbH wurde 2006 als hundertprozentiges Tochterunternehmen des SPIEGEL-Verlags gegründet. Hier werden individuelle Kundenserviceleistungen für alle Titel der SPIEGEL-Gruppe und für eine Vielzahl von Titeln externer Mandanten durchgeführt. Zu den Leistungen im Fullservice gehören die Bestell- und Datenerfassung, der individuelle Kundenservice auf allen Kommunikati-

¹³² Ebenda

¹³³ ebenda

¹³⁴ <http://netzfrauen.org/2014/10/08/teil-2-wer-beherrscht-die-medien-zeit-stern-spiegel-focus-wer-gehört-zu-wem/>

onskanälen sowie die Fakturierung und der Versand. Neben individueller Kundenkorrespondenz gehört auch der Prämien- und Zugabenservice zu den von QS durchgeführten Dienstleistungen.“¹³⁵

In der kapitalistischen Welt ist die Presse, wie die Medien allgemein, ein kapitalistisches Unternehmen mit strenger Arbeitsteilung und mit ganz bestimmten Aufgaben, von denen die heiligste die ist, Profit zu bringen. Damit unterliegen die kapitalistischen Medien denselben Gesetzen des Kapitalismus wie jedes beliebige Industrieunternehmen. Die Presse in der BRD, England oder den USA ist in den Händen von einigen Großunternehmern. Damit bekommen die Presse und die Medien überhaupt noch eine zweite Aufgabe neben der Profitorientierung – die Massenbeeinflussung. Wie stark die Medien im Dienste der herrschenden Klasse stehen, merkte man in den letzten Jahren an der zunehmenden Kriegshetze und der verlogenen Berichterstattung zur Rechtfertigung imperialistischer Kriege. Rassistische Hetze gegen Asylbewerber und Migranten, Verschweigen des faschistischen Terrors in der Ukraine sowie Lügen in der Berichterstattung der Lage in Jugoslawien, Kosovo, China, Russland etc. stehen auf der Tagesordnung imperialistischer Medien, gepaart mit Degenerationserscheinungen und Volksverblödungen im Bereich der Kultur.

Pervertiert wird diese Tatsache durch einen Bericht der „Reporter ohne Grenzen“, die eine gefährliche Bedrohung der Pressefreiheit entdeckt haben wollen.¹³⁶ Interessant an ihrer „Auswertung“ ist, dass nach ihrer Auffassung die Lage der Pressefreiheit in den imperialistischen Machtzentren gut oder zufriedenstellend sei. Hingegen sei die Lage der Pressefreiheit bei Gegnern oder Konkurrenten der imperialistischen Blöcke des westlichen Lagers wie Russland, China, Kuba, Nordkorea, Weißrussland, Venezuela oder Vietnam schwierig oder sehr ernst. Welche Kriterien benutzt wurden, um sich diese Schlussfolgerungen zusammenzulügen, bleibt ein Geheimnis der „Reporter ohne Grenzen“. Es ist kein Geheimnis, dass „Reporter ohne Grenzen“ Gelder vom CIA und anderen Behörden der USA erhalten.¹³⁷

¹³⁵ ebenda

¹³⁶ Siehe: <http://www.welt.de/politik/ausland/article127586401/Das-Recht-auf-Information-ist-weltweit-in-Gefahr.html>

¹³⁷ Siehe z. B. <http://www.fgbrdkuba.de/infos/reporter-ohne-grenzen.php&http://de.indymedia.org/2005/05/116668.shtml>

Interessant in dieser Hinsicht ist auch eine Studie der Princeton & Northwestern University, die feststellen, dass die USA keine Demokratie, sondern eine Oligarchie sind.¹³⁸

In der „neopresse“ ist dazu Folgendes zu lesen: „Die Studie testete über 10 Jahre die Entscheidungen der Politik und die Meinung der Bevölkerung im Bezug zu ihrem Einkommen auf die Themen. So machen die Grafiken der Studie deutlich: Lobbyverbände und Personenkreise der oberen 10% beeinflussen mit ihrer Meinung die Politik, die breite Masse tut das nicht. Es wurden über 1800 eindeutige politische Entscheidungen beobachtet, die ohne gerichtlichen Zwang zustande gekommen sind und eine deutliche Meinung zulassen. Somit wurden gewohnte unpopuläre Entscheidungen wie Steuererhöhungen und komplexe Themen nicht berücksichtigt. In über 1700 Fällen wurde die klare Meinung der Volksmasse ignoriert und Entscheidungen durchgesetzt, wenn die Meinung von Lobbyverbänden oder reichen Personenkreisen dies befürwortete. In der anderen Richtung wurden Themen und Entscheidungen die die breite Volksmasse forderte ignoriert oder dagegen gestimmt wenn die Eliten anderer Meinung waren.“¹³⁹

Weiterhin wird die Glaubhaftigkeit dieser Studie bestätigt, da es sich um zwei der angesehensten Universitäten handelt. Die Studie sei „gut durchgeplant und berücksichtigt viele Eigenheiten. Sie ist gründlich, präzise und glaubwürdig.“¹⁴⁰

Dabei wird diese schockierende Studie kaum in der Öffentlichkeit beachtet.¹⁴¹

Ob die Situation in den anderen Industrienationen anders aussehe, sei auch fraglich, zitiert die „neopresse“ Doktor Mark Beneke in der ARD.¹⁴²

Es zeigt sich hier, dass die Presse- und Meinungsfreiheit in einer Gesellschaft von den Eigentumsverhältnissen abhängt. Bei Lenins Thesen über die bürgerliche Demokratie und der Diktatur des Proletariats auf dem 1. Weltkongress der Komintern lesen wir:

„7. Die ‚Versammlungsfreiheit‘ kann als Musterbeispiel einer Forderung der ‚reinen Demokratie‘ angeführt werden. Jeder bewußte Arbeiter, der mit seiner Klasse nicht gebrochen hat, versteht sofort, daß es ein Unding wäre, den Ausbeutern die Versammlungsfreiheit für die Periode und Situation zu versprechen, in der die Ausbeuter sich

¹³⁸ Siehe link zur Studie: <https://www.princeton.edu/~mgilens/Gilens%20homepage%20materials/Gilens%20and%20Page/Gilens%20and%20Page%202014-Testing%20Theories%203-7-14.pdf>

¹³⁹ <http://www.neopresse.com/politik/usa/studie-zeigt-usa-keine-demokratie/>

¹⁴⁰ Ebenda

¹⁴¹ Ebenda

¹⁴² Ebenda

ihrem Sturz widersetzen und ihre Vorrechte verteidigen. Die Bourgeoisie hat, als sie revolutionär war, weder in England im Jahre 1649 noch in Frankreich im Jahre 1793 den Monarchisten und Adligen 'Versammlungsfreiheit' gewährt, als diese ausländische Truppen ins Land riefen und sich 'versammelten', um einen Restaurierungsversuch zu organisieren. Wenn die jetzige Bourgeoisie, die längst reaktionär geworden ist, vom Proletariat fordert, es solle im Voraus garantieren, daß den Ausbeutern ohne Rücksicht darauf, welchen Widerstand die Kapitalisten ihrer Enteignung entgegensetzen werden, 'Versammlungsfreiheit' gewährt wird, so werden die Arbeiter über eine solche Heuchelei der Bourgeoisie nur lachen. Andererseits wissen die Arbeiter sehr gut, daß die 'Versammlungsfreiheit' sogar in der demokratischsten bürgerlichen Republik eine leere Phrase ist, denn die Reichen haben die besten öffentlichen und privaten Gebäude zu ihrer Verfügung, sie haben auch genügend Muße für Versammlungen, und diese genießen den Schutz des bürgerlichen Machtapparats. Die Stadt- und Dorfproletarier sowie die Kleinbauern, d.h. die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung, haben weder das eine noch das andere, noch das dritte. Solange das so bleibt, ist die 'Gleichheit', d. h. die 'reine Demokratie', ein Betrug. Um die wirkliche Gleichheit zu erobern, um die Demokratie tatsächlich für die Werktätigen zu verwirklichen, muß man zuerst den Ausbeutern alle öffentlichen und privaten Prachtbauten wegnehmen, zuerst den Werktätigen Muße verschaffen, muß die Freiheit ihrer Versammlungen von bewaffneten Arbeitern, nicht aber von Söhnen des Adels oder von Offizieren aus kapitalistischen Kreisen mit eingeschüchterten Soldaten verteidigt werden. Erst nach einer solchen Änderung kann man, ohne die Arbeiter, das werktätige Volk, die Armen zu verhöhnen, von Versammlungsfreiheit, von Gleichheit sprechen. Diese Änderung aber kann niemand anders vollziehen als die Vorhut der Werktätigen, das Proletariat, indem es die Ausbeuter, die Bourgeoisie, stürzt.

8. Die „Preßfreiheit“ ist auch eine der Hauptlosungen der ‚reinen Demokratie‘. Aber wiederum wissen die Arbeiter, und die Sozialisten aller Länder haben es millionenmal gesagt, daß diese Freiheit Betrug ist, solange die besten Druckereien und die größten Papiervorräte sich in den Händen der Kapitalisten befinden und solange die Macht des Kapitals über die Presse bestehenbleibt, eine Macht, die sich in der ganzen Welt um so deutlicher und schärfer, um so zynischer äußert, je entwickelter der Demokratismus und das republikanische Regime sind, wie zum Beispiel in Amerika. Um wirkliche Gleichheit und wirkliche Demokratie für die Werktätigen, für die Arbeiter und Bauern zu erobern, muß man zuerst dem Kapital die Möglichkeit nehmen, Schriftsteller zu dingen, Verlagsanstalten anzukaufen und Zeitungen zu bestechen. Doch dazu ist es notwendig, das Joch des Kapitals abzuschütteln, die Ausbeuter zu stürzen und ihren Widerstand zu unterdrücken. Die Kapitalisten bezeichneten stets als ‚Freiheit‘ die Freiheit für die Reichen, Profit zu machen, und die Freiheit für die Arbeiter, Hungers zu sterben. Die Kapitalisten bezeichnen als Preßfreiheit die Freiheit für die Rei-

chen, die Presse zu bestechen, die Freiheit, den Reichtum zur Fabrikation und Verfälschung der sogenannten öffentlichen Meinung auszunutzen. Die Verteidiger der ‚reinen Demokratie‘ erweisen sich wiederum in Wirklichkeit als die Verteidiger des schmutzigsten und korruptesten Systems der Herrschaft der Reichen über die Mittel zur Aufklärung der Massen, als Betrüger des Volkes, die es mit schönklingenden, indes durch und durch verlogenen Phrasen ablenken von der konkreten historischen Aufgabe der Befreiung der Presse aus der Knechtschaft des Kapitals. Wirkliche Freiheit und Gleichheit wird die Ordnung bringen, welche die Kommunisten errichten und in der es keine Möglichkeit geben wird, sich auf fremde Kosten zu bereichern, keine objektive Möglichkeit, direkt oder indirekt die Presse der Macht des Geldes zu unterwerfen, wo nichts dem im Wege stehen wird, daß jeder Werktätige (oder eine beliebig große Gruppe von Werktätigen) das gleiche Recht auf Benutzung der der Gesellschaft gehörenden Druckereien und Papiervorräte besitzt und verwirklicht.“¹⁴³

Wenn bürgerliche Ideologen dem Sozialismus mangelnde Meinungsfreiheit unterstellen, dann haben sie in demagogischer Weise eine bestimmte Form der Meinungsfreiheit im Auge. Sie gehen von grundverschiedenen, unversöhnlichen, sich gegenseitig ausschließenden Interessen aus. Hier haben wir es mit Interessen und den daraus entstehenden „Meinungen“ einander feindlicher Klassen und gesellschaftlicher Systeme zu tun, in dessen Verlauf natürlicherweise keine der beiden Seiten der Meinungen der anderen Seite „Meinungsfreiheit“ einräumen wird. Dieser unversöhnliche Kampf der Interessen, Ideologien und Meinungen entspringt nicht dem menschlichen Erkenntnisprozess, sondern der Existenz klassengespaltenen Gesellschaftssysteme. Eine Koexistenz solcher Meinungen ist unmöglich. Mit der Parole der fehlenden Meinungsfreiheit im Sozialismus wollen uns die bürgerlichen Ideologen weismachen, dass die sozialistischen Staaten etwas einführen sollen, was ihren Interessen, also den Interessen des Proletariats, diametral entgegengesetzt wäre.

Feuchtwanger schreibt dazu: „Gegner der Sowjet-Union schlagen einem gerne das Wort Lenins um den Kopf: ‚Freiheit ist ein bürgerliches Vorurteil‘. Sie zitieren falsch. Der Satz behauptet nämlich genau das Gegenteil von dem, was sie hineininterpretieren. Er findet sich in dem Aufsatz ‚Falsche Reden über Freiheit‘, und Lenin spricht dort von der ‚rücksichtslosen Entlarvung der kleinbürgerlichen demokratischen Vorurteile über Freiheit und Gleichheit.‘ ‚Solange die Klassen nicht aufgehoben sind,‘ sagt er, ‚ist alles Gerede von Freiheit und Gleichheit Selbstbetrug. Solange die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln nicht gelöst ist, kann von einer wirklichen Freiheit der menschlichen Persönlichkeit und von einer wirklichen Gleichheit der

¹⁴³http://ciml.250x.com/archive/lenin/german/lenin_1919_14_maerz_thesen_und_referat_ueber_buergerliche_demokratie_und_diktatur_des_proletariats.pdf

Menschen nicht die Rede sein, sondern nur von der Klassenfreiheit des Eigentümers und von der heuchlerischen Gleichheit des Besitzenden und des Besitzlosen, des Satten und des Hungrigen, des Ausbeuters und des Ausgebeuteten.' Diese Auffassung der Freiheit ist für den Sowjetbürger ein Axiom. Die Freiheit, öffentlich auf die Regierung schimpfen zu dürfen, mag eine gute Freiheit sein; aber für eine noch bessere Freiheit hält er es, frei zu sein von der Furcht vor Arbeitslosigkeit und dürftigem Alter und von der Sorge über das Schicksal seiner Kinder. ... Ich kann nicht umhin, hier die skeptischen Sätze zu zitieren, die der viel zu wenig gekannte Philosoph Fritz Mauthner zum Begriff der demokratischen Freiheit äußert. 'Ein demokratischer Staat,' meint er, 'ist ein Staat, dessen Bürger politisch frei sind. Nur daß von altersher oder nach irgendeinem neuen Aberglauben bestimmt wird, wie die Gesetze zustande kommen sollen: durch Beschlüsse der Reichsten, der Ältesten, der am längsten Eingesessenen oder gar überhaupt der Mehrheit. Nirgends findet sich ausdrücklich die Bestimmung: politische Freiheit besteht darin, daß die Dummen die Gesetze machen, denen alle zu gehorchen haben. Erreicht wird die politische Freiheit regelmäßig durch eine Revolution, also durch eine Negierung der gesetzlichen Schranken. Da eine solche Negierung aber eine Utopie ist, -eine Gesellschaftsordnung ohne gesetzliche Schranken ist nicht denkbar - so ist es die erste Arbeit der neuen Gesellschaftsordnung, die Negierung zu negieren und neue Schranken aufzurichten, welche dann auch wieder Freiheit heißen.'¹⁴⁴

Feuchtwanger antwortet auf den Vorwand mancher Kritiker gegen ihn, er würde den Sozialismus mit dem Faschismus gleichzusetzen, dass im Sozialismus die Meinung, zwei mal zwei ergäbe fünf, verboten ist, während im Faschismus die Meinung, zwei mal zwei ist vier, verboten sei.¹⁴⁵

Die Freiheiten der Presse und der Rede sind in den kapitalistischen Ländern nur formale Freiheiten, ohne konkreten Bezug zu den realen materiellen Gegebenheiten. Die Verfassung der Sowjetunion hingegen proklamiert nicht nur die Pressefreiheit, sondern garantiert sie dadurch, dass sie den Werktätigen die Druckereien, Papier und alles das zur Verfügung stellt, was man für den Druck, die Herausgabe und die Verbreitung von Presseerzeugnissen braucht. Natürlich wurde auch in der Sowjetunion die Presse kontrolliert - von der Kommunistischen Partei, den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Organisationen. Und natürlich gab es in der Sowjetunion nicht die Freiheit für eine kapitalistische Presse, die im Interesse einer kleinen volksfeindlichen Gruppe schreibt. Es gab keine Presse, die von Kapitalisten, Banken und Trusten kontrolliert wurde. Rassistische, gewaltverherrlichende, kriegsverherrlichende, sensationssüchtige sowie faschistische Propaganda war in der Sowjetunion genau-

¹⁴⁴ Feuchtwanger, ebenda, S. 53-54

¹⁴⁵ Ebenda, S. 56

so verboten wie der Aufruf zum Sturz des Sozialismus und der Wiederherstellung des Kapitalismus. Sowa konnte nicht im Interesse der werktätigen Massen stehen.

Wir lesen dazu bei Lion Feuchtwanger: „Die Menschen der Union, sagen diese Tadel, seien entpersönlicht, ihr Lebensstil, ihre Meinungen normalisiert, gleichgeschaltet, uniformiert. ‘Wenn man mit einem Russen spricht,’ heißt es bei Gidé, ‘spricht man mit allen.’ ... Sieht man indes näher zu, dann reduziert sich der berüchtigte ‘Konformismus’ auf drei Punkte, nämlich auf Gleichheit der Meinungen in Bezug auf die Grundprinzipien des Kommunismus, auf die gemeinsame Liebe zur Sowjet-Union und auf die von allen geteilte Zuversicht, daß die Sowjet-Union in naher Zukunft das glücklichste und mächtigste Land der Erde sein werde. Es herrscht also zunächst eine Meinung darüber, daß es besser sei, wenn die Produktionsmittel nicht im Besitz Einzelner seien, sondern im Besitz der Gemeinschaft. Ich kann diesen Konformismus so schlimm nicht finden. ... Auch an der Heimatliebe der Sowjetleute, obwohl sie sich in immer den gleichen, häufig recht naiven Formen ausdrückt, kann ich keinen Anstoß nehmen. ... Es ist übrigens keineswegs so, daß nun etwa dieser Sowjetpatriotismus alle Kritik ausschlosse. ‘Bolschewistische Selbstkritik’ ist durchaus kein leeres Wort. Man liest in den Zeitungen die schärfsten Attacken auf zahllose wirkliche oder vermeintliche Mißstände und auf führende Einzelpersönlichkeiten, die angeblich an diesen Mißständen die Schuld trügen; ich habe erstaunt mitangehört, wie heftig in Betriebsversammlungen Kritik an den Leitern der Betriebe geübt wurde, und ich stand verblüfft vor Wandzeitungen, in denen man geradezu mit Wildheit Direktoren und Verantwortliche beschimpfte oder karikierte. Auch verwehrt man dem Fremden nicht, seine Meinung ehrlich zu äußern. Ich habe schon erwähnt, daß die Zeitungen des Landes an Artikeln von mir, auch wenn sie die Intoleranz auf gewissen Gebieten beklagten oder den übermäßigen Kult Stalins, oder wenn sie größere Klarheit verlangten in der Führung eines wichtigen politischen Prozesses, keinerlei Zensur übten. Nicht nur das, sie waren bemüht, in der Übersetzung gerade dieser negativen Stellen jede Nuance aufs treueste wiederzugeben. Den führenden Persönlichkeiten des Landes, die ich sprach, lag ausnahmslos mehr daran, Einwände zu hören als Lobhudeleien.“¹⁴⁶

Nun könnte man einwerfen, dass doch auch in den kapitalistischen, bürgerlichen Staaten die Freiheit besteht, dass Kommunisten ihre Meinung vertreten und ihre Zeitungen drucken. Jedoch sollte man auch hier beachten, dass die kapitalistischen Verlage große, vorzüglich ausgestattete Druckereien, Papierfabriken und einen Vertriebsapparat haben und dass ihre Zeitungen in Millionenauflagen heraus kommen. Aber die Zeitungen der Arbeiterklasse haben entweder keine oder nur sehr kleine Druckereien, kleine Auflagen und arbeiten unter schwersten materiellen Bedingungen, so

¹⁴⁶ Ebenda, S. 36 – 38

dass sich diese Verlage grade so halten können. Keiner der großen kapitalistischen Verlage ist um der Pressefreiheit Willen gewillt, seine materiellen Hilfsmittel mit einer kommunistischen Zeitung zu teilen. Werden diese Zeitungen (und Organisationen) zur Gefahr für die Hegemonie des Kapitals, werden sie repressiv bekämpft oder gar verboten, wie es die Geschichte der Klassenkämpfe oft beweisen hat.

Indes gibt sich die bürgerliche Ideologie tatsächlich sehr pluralistisch. Es scheint so, als könnten formal gesehen verschiedene Gruppen ihre Meinung frei äußern. Doch bei näherem Hinsehen entpuppt sich diese Meinungsfreiheit als bloße Manipulation. Unter dem Deckmantel der absoluten Presse- und Meinungsfreiheit wird versucht, das Denk- und Urteilsvermögen der Menschen systematisch zu zerstören und sie zu dummen und gehorsamen Untertanen zu erziehen, die zu keiner Kritik am herrschenden System mehr fähig sind, ihre politische wie ökonomische Ausbeutung ertragen und die „Ideale“ des Systems annehmen. Propagiert werden nämlich sehr viele Meinungen bis auf eine: die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse. Man lässt sogar lautstarke Kritiken am imperialistischen System zu, man spricht von Heuschreckenkapitalisten, verkündet durch lautstarke Werbekampagnen wie „Du bist Deutschland“ die Illusion, dass der Mensch auch im Imperialismus aktiv in den Fragen der gesellschaftliche Produktion mitbestimmen könne, man darf auf die Regierung schimpfen und man predigt Pazifismus. Solchen pseudosozialistischen und sozialdemokratischen Wolkengebilden wird teilweise viel Raum zugestanden. Doch sie alle haben nur ein Ziel: die wirkliche geistige Alternative zum imperialistischen System kleinzuhalten, zu bekämpfen und die ausgebeuteten Massen stillzustellen. Der imperialistische Propagandaapparat hat ein nahezu perfekt funktionierendes System geschaffen, die Millionen Arbeitermassen in politischer Unkenntnis, Unmündigkeit und Desinteresse zu halten. Es wurde eine Werbeindustrie geschaffen, die mit geschickten psychologischen Mitteln, Besitzgier, Egoismus und Sexualisierung die Köpfe vergiften und die Menschen so zu konsumgeilen, leicht kontrollierbaren Zombies heranzüchtet. Tatsächlich haben es die Medienmonopole geschafft, dass sich die Masse der Bevölkerung für belanglose Dinge interessiert, z. B. wer das nächste Topmodel oder der nächste Superstar wird, wie „ihr“ Fußballverein gespielt hat, ob „wir“ Weltmeister werden usw., anstatt für die Frage von Krieg und Militarismus, Bildung, Gesundheitsfürsorge, Lohnhöhe und Mindestlohn, Arbeitslosigkeit, Alterssicherung. Durch bewusste Manipulationen, Falschmeldungen und den Wust an „unterschiedlichen“ Meinungen wird die Bevölkerung zunehmend illusioniert. Die herrschende Klasse verbreitet einen negativen ultra-reaktionären Chauvinismus, der der Kriegspropaganda zweckdienlich ist. Der Patriotismus wird auf eine genetische Blutlinie oder auf ein tautologisches Bekenntnis („Ich bin stolz deutsch zu sein, weil ich deutsch bin“) reduziert, gleichzeitig wird der Kulturstandard auf ein primitives Niveau gesenkt bzw. komplett vernichtet. Es wurde ein Bildungssystem geschaffen, in

dem zwar formal mehr Menschen eine Universität besuchen können, die vermittelten Inhalte - sofern überhaupt korrekt - jedoch für ein gesamtgesellschaftliches Weltbild unzureichend sind (reines Fakten- und damit Fachidiotenwissen und „Bulimielernen“) oder durch philosophisch reaktionäre Richtungen durchsetzt sind (Positivismus, Biologismus etc.). Zu guter Letzt sind die Organisationen der Arbeiterklasse verseucht von den durch den Imperialismus hervorgerufenen Erscheinungen des Revisionismus, des Opportunismus, der Anpassung, so dass politische bewusste Arbeiter in die Resignation getrieben werden. All diese Spielarten sogenannter Meinungsfreiheit haben jedoch tatsächlich nichts mit echter geistiger Freiheit zu tun, weil sie dazu dienen, die wichtigste Wahrheit zu verschleiern, nämlich die Frage nach dem Eigentum an den Produktionsmitteln und die Erkenntnis, dass die Uhr des Imperialismus eigentlich schon längst abgelaufen ist.

Eine solche Meinungsmanipulation wirkt viel effektiver, als jede Repression, da sie die Ausbeutung verschleiert und durch die Verlockungen der Zirkulationssphäre eine Illusion von Freiheit schafft. Doch wenn das imperialistische System in die Enge getrieben wird, scheut es sich nicht, ihre ärgsten Feinde – die Arbeiterbewegung und den wissenschaftlichen Sozialismus – zu eliminieren. Die McCarthy-Ära in den USA und das KPD-Verbot 1956 bilden genauso ein lebendiges Zeugnis davon wie der Faschismus.

Lenin schrieb schon 1905: „Jeder hat die Freiheit, zu schreiben und zu reden, was ihm behagt, ohne die geringste Einschränkung. Aber jeder freie Verband (darunter die Partei) hat auch die Freiheit, solche Mitglieder davonzujagen, die das Schild der Partei benutzen, um parteiwidrige Auffassungen zu predigen. ... Die Partei ist ein freiwilliger Verband, der unweigerlich zunächst ideologisch und dann auch materiell zerfallen würde, wenn er sich nicht derjenigen Mitglieder entledigte, die parteiwidrige Auffassungen predigen. Zur Festsetzung der Grenze aber zwischen dem, was parteimäßig und was parteiwidrig ist, dient das Parteiprogramm, dienen die taktischen Resolutionen und das Statut der Partei, dient schließlich die ganze Erfahrung der internationalen Sozialdemokratie, der internationalen freiwilligen Verbände des Proletariats, das in seine Parteien ständig einzelne Elemente oder Strömungen einschließt, die nicht ganz konsequent, nicht ganz rein marxistisch, nicht ganz richtig sind, das aber auch ständig periodische ‚Reinigungen‘ seiner Partei vornimmt. (...) Zweitens, meine Herren bürgerlichen Individualisten, müssen wir euch sagen, daß eure Reden über absolute Freiheit eine einzige Heuchelei sind. In einer Gesellschaft, die sich auf die Macht des Geldes gründet, in einer Gesellschaft, in der die Massen der Werktätigen

ein Bettlerdasein und das Häuflein Reicher ein Schmarotzerleben führen, kann es keine reale und wirkliche ‚Freiheit‘ geben...¹⁴⁷

Albert Szymanski schreibt in „Human Rights in the Soviet Union“: „Soziale Kontrollen sind für das Überleben einer Gesellschaft unerlässlich. (...) Daher müssen alle Gesellschaften, unabhängig von ihrer Klassennatur, Maßnahmen ergreifen Ideen, die als potentiell mächtige angesehen werden können, die für das harmonische Überleben einer Gesellschaft zerstörerisch wirken, zu kontrollieren. Subversive Ideen und Bewegungen müssen unterhalb einer Grenze gehalten werden, die eine potentielle Gefahr für die soziale Ordnung darstellen. In kapitalistischen Gesellschaften sind dies revolutionäre sozialistische Ideen und Bewegungen. In sozialistischen Gesellschaften müssen sowohl prokapitalistische Ideen und Bewegungen als auch andere Ideologien eingedämmt werden, die zerstörerisch für den sozialistischen Aufbau sind; dies beinhaltet die Unterdrückung rassistischer, ‚elitärer‘ oder anderer antidemokratischer Ideen, die, besonders in der Periode nach der sozialistischen Revolution, einen vererblichen Einfluss auf verschiedene soziale Gruppen haben können (...)¹⁴⁸

Über den Begriff der Freiheit herrscht in der bürgerlichen Ideologie viel Verwirrung. Oftmals wird Freiheit als etwas Absolutes und unveränderlich ewig Existierendes gedeutet. Eine solche absolute Freiheit gibt es jedoch nicht und kann es nie geben. Freiheit ist immer ein gesellschaftliches Verhältnis, und so wie sich der Inhalt der Demokratie in der gesellschaftlichen Entwicklung ändert, ändert sich auch der Inhalt des Begriffes der Freiheit, sie ist also historisch konkret. Die Freiheit zu tun, was man möchte, ist immer an gesellschaftliche Notwendigkeiten, an die objektive Realität gebunden. Damit gibt es auch kein immerwährendes Geburtsrecht auf Freiheit; sie ist eine Illusion. Bürgerliche Freiheit ist vor allem und in erster Linie die Freiheit der herrschenden und besitzenden Klasse, also die Freiheit des Arbeitskräfte-, Waren- und Geldverkehrs.¹⁴⁹ In Analogie zum schon weiter oben erwähnten Zitat von Tschernschewski: was nützt mir die Reisefreiheit, wenn ich kein Geld dafür habe?

Eine korrekte, materialistische und dialektische Definition der Freiheit ist das Verhältnis des Menschen zur objektiven Realität, deren Notwendigkeiten der Mensch sich unterwerfen muss, um überhaupt frei entscheiden und handeln zu können:

¹⁴⁷ W.I.Lenin, „Parteiororganisation und Parteiliteratur“, in: Ausgew.Werke in sechs Bänden, Dietz Verlag, Berlin, 1975, Bd.II, S.185ff.

¹⁴⁸ Szymanski, Albert: Human Rights in the Soviet Union, S. 300

¹⁴⁹ Vgl. <http://sascha313.blog.de/2011/08/14/leeres-gerede-buergerliche-freiheit-11668166/>

„Nicht in der geträumten Unabhängigkeit von den Naturgesetzen liegt die Freiheit, sondern in der Erkenntnis dieser Gesetze, und in der damit gegebenen Möglichkeit, sie planmäßig zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen.“¹⁵⁰

„Freiheit ist das Verhältnis des Menschen zur objektiven Gesetzmäßigkeit (Notwendigkeit) in Natur und Gesellschaft, insbesondere der Grad ihrer Erkenntnis und praktischen Beherrschung. Die Freiheit besteht in der Einsicht in die objektive Notwendigkeit und in der darauf beruhenden Fähigkeit, die Gesetzmäßigkeiten der Natur und Gesellschaft mit Sachkenntnis bewußt anzuwenden und auszunutzen, um eine wachsende Herrschaft über sie zu erlangen. Freiheit schließt auch die ökonomischen, politischen, rechtlichen und ideologischen Bedingungen ein, die hierzu erforderlich sind, weshalb sie einem geschichtlichen Entwicklungsprozeß unterliegt.“¹⁵¹

Wir schließen die Definition der Freiheit mit einem Zitat von Eberhard Fromm, „Die imperialistische Freiheitideologie in der Gegenwart“ ab: „Die vielgepriesene ‚Freiheit des Westens‘ ist für den Sozialismus unannehmbar, weil dahinter nichts anderes als ‚die Interessen der Freiheit des Warenbesitzers, der Freiheit des Kapitals stehen, das diese Freiheit gebraucht, um die werktätigen Massen zu unterjochen‘, denn solche Freiheit ist, so betonte Lenin, ‚wenn sie der Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals widerspricht, Betrug‘. Einer solchen ‚Freiheit‘ stellt die sozialistische Gesellschaft die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes, die Entwicklung der sozialistischen Demokratie und die Festigung der politisch-moralischen Einheit des Volkes als wirkliche Freiheit der werktätigen Menschen entgegen.“¹⁵²

Doch ist auch die sowjetische Presse nicht einfach nur billige Propaganda? Auch hier herrscht in der bürgerlichen Philosophie die übliche Klassenschanke. Propaganda wird dabei gerne mit Lüge und Manipulation gleichgesetzt, besonders wenn davon die Rede ist, dass Kommunisten „Agitation und Propaganda“ betreiben. Was verstehen aber Kommunisten unter Propaganda?

¹⁵⁰ Lenin, Werke, Bd.38, S.153

¹⁵¹ Philosophisches Wörterbuch, Herausg. v. Klaus/Buhr, VEB Bibliographisches Institut Leipzig, 1975, S.422

¹⁵² Eberhard Fromm, „Die imperialistische Freiheitsideologie in der Gegenwart“, in: „Freiheit und Gesellschaft, Die Freiheitsauffassung im Marxismus-Leninismus“, Dietz Verlag Berlin, 1973, S.142, in <http://sascha313.blog.de/2011/08/14/leeres-gerede-buergerliche-freiheit-11668166/>

„Propaganda ist die systematische Verbreitung und gründliche Erläuterung politischer, philosophischer, ökonomischer, historischer, naturwissenschaftlicher u. a. Lehren, Ideen und Meinungen. Im Gegensatz zur imperialistischen Propaganda, die vor dem Volk die wirklichen Ziele kapitalistischer Klassenherrschaft zu verschleiern sucht und das Bewußtsein manipuliert, vermittelt die marxistisch-leninistische Propaganda, ausgehend von den objektiven Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft, die wissenschaftliche Theorie und Politik, die Strategie und Taktik der kommunistischen Parteien und begründet die Notwendigkeit des entschiedenen Kampfes für ihre Verwirklichung. Was verstehen wir unter kommunistischer Propaganda? Die kommunistische Propaganda verbreitet die Ideen des Marxismus-Leninismus, sie erläutert, die Fragen der Menschen beantwortend, systematisch und geduldig die marxistisch-leninistischen Grundlehren und ist unlöslich mit der gesamten Tätigkeit der kommunistischen Partei zur klassenmäßigen Erziehung der Parteimitglieder und aller Werktätigen verbunden. Grundlage der marxistisch-leninistischen Propaganda sind die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus (Marx, Engels, Lenin und Stalin), die Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung und die schöpferische Anwendung und Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus. Was ist das Ziel der kommunistischen Propaganda? Sie orientiert hauptsächlich auf die folgenden Schwerpunkte: a) Herausbildung und Stärkung des proletarischen Klassenbewußtseins; b) Vertiefung des proletarischen Internationalismus; c) Erkenntnis und Überzeugung von der führenden Rolle des Proletariats und ihrer marxistisch-leninistischen Partei d) Verbreitung der wissenschaftlichen Weltanschauung; e) Entlarvung der reaktionären bürgerlichen Ideologie. Die Verbreitung der Ideen des Marxismus-Leninismus ist untrennbar verbunden mit der ständigen und offensiven Entlarvung der imperialistischen Strategie, Politik und Ideologie, einschließlich des Sozialreformismus. Die marxistisch-leninistische Propaganda setzt sich konsequent mit allen Erscheinungen des Antikommunismus, mit Geschichtsrevisionismus und Opportunismus und mit Abweichungen vom Marxismus-Leninismus auseinander. Sie erläutert, von den Fragen der Menschen ausgehend, systematisch und geduldig die marxistisch-leninistischen Grundwahrheiten. Es genügt nicht, daß die Darlegungen politisch richtig sind. Die Kommunisten beachten in ihrer Propaganda die wechselseitigen Beziehungen zwischen Verstand und Gefühl, nutzen die Erkenntnisse der Pädagogik, Psychologie und Soziologie, und bedienen sich zu ihrer Verbreitung der modernen Massenmedien und des Internets.“¹⁵³

Natürlich sind die Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse in einer bürgerlichen Demokratie besser als im Faschismus. Pat Sloan fasst dies wie folgt zusammen: „Es ist natürlich absolut richtig, dass Organisationen der Arbeiterklasse in Großbritannien

¹⁵³ <http://sascha313.wordpress.com/2014/10/26/was-ist-propaganda-und-wem-nutzt-sie/>

im Vergleich zum faschistischen Deutschland das Recht haben ihre eigenen Zeitungen und Zeitschriften zu veröffentlichen, unter der Bedingung, dass sie die notwendigen Geldmittel dafür verfügen. Unter diesem Ausmaß geht es ihnen besser, als es ihnen unterm Faschismus gehen würde. Aber ein Blick in einen durchschnittlichen Buchladen, oder die Liste der in diesem Land veröffentlichten Zeitungen heute genügt, um zu zeigen, dass die Pressefreiheit, die grade existiert, zugunsten der Besitzer des Eigentums an den Produktionsmitteln, statt der Organisationen des größten Teils der Bevölkerung, den Lohnarbeitern, gerichtet ist.“¹⁵⁴

Das bedeutet natürlich nicht, dass in der Sowjetunion in allen Fragen eine vollständige Einförmigkeit der Ansichten und Ideen herrschte. Tatsächlich herrschte in der Sowjetunion ein lebhafter und leidenschaftlicher Meinungs austausch über die mannigfaltigen Fragen des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus sowie einer prinzipiellen Aufdeckung der eigenen Mängel. Die Sowjetpresse kämpfte gegen alle Missstände und Auswüchse im täglichen Leben.

Hough & Fainsod, die das politische System der Sowjetunion der Breschnew- und Chruschtschow-Ära analysieren und sicherlich keine Sympathien für den Kommunismus haben, schreiben: „Die traditionellen autoritären Diktaturen erwarteten von ihren Bürgern nicht mehr als politische Passivität und Äquidistanz, aber die Führer der Kommunistischen Partei verlangten mehr. Selbst unter Stalin strebten sie `die totale und aktive Einbeziehung aller Bürger in die Angelegenheiten einer schnell verändernden und immer komplexeren Gesellschaft´ und im weitesten Sinne war die Sowjetunion ein moderner `Mitbestimmungsstaat´“¹⁵⁵

„Selbst unter Stalin wurden die Bürger ermutigt, Verwaltungsbehörden zu kritisieren und eine Änderung ihrer Handlung einzufordern. Selbst unter Stalin förderten Gelehrte und Fachkräfte wichtige Vorschläge zur Änderung in der Politik und seitdem hat sich diese Form der Teilnahme in eine umfassende öffentliche Debatte ausgeweitet.“¹⁵⁶

Pat Sloan gibt eine Definition der Opposition und dessen Existenz in der Sowjetunion: „Was ist Opposition? Wenn mit Opposition die öffentliche Aufdeckung jeder Art von Ungerechtigkeit, Missbrauch, Ineffizienz und von Personen, die ihre Pflichten nicht erfüllen gemeint ist, dann sehen wir, dass eine solche Kritik in der sowjetischen Presse in einem unvergleichbaren Umfang überall existiert. Wenn auf der anderen Seite darunter zu verstehen ist, antisowjetische Ideen in der sowjetischen Presse zu veröffentlichen, oder in einer sowjetischen Gewerkschaftszeitung anti-

¹⁵⁴ Pat Sloan, 1937, S. 106

¹⁵⁵ Hough & Fainsod. How the Soviet Union is governed, S. 277

¹⁵⁶ Ebenda, S. 278

gewerkschaftliche Ideen zu äußern, dann wird eine solche Opposition in der sowjetischen Presse von den Autoren nicht geduldet. Aber eine solche ‚Opposition‘ ist in allen offiziellen Organen eines jeden demokratischen Landes verboten. ... Von der sowjetischen Presse zu erwarten, die Politik der Sowjets zu bekämpfen, ist etwas was nirgendwo erwartet wird, ob in privater oder demokratischer Trägerschaft.“¹⁵⁷

Zu den wichtigsten und größten Zeitungen gehören die *Iswestia*, das Organ der Regierung, die *Prawda*, die Parteizeitung und die *Trud*, die Gewerkschaftszeitung. Doch diese bilden nur die Spitze des Eisbergs sowjetischer Zeitungen: „Im Jahre 1939 erschienen innerhalb der Grenzen der UdSSR 6475 Zeitungen in russischer Sprache und 2294 in anderen Sprachen. Die Tagesauflage der Zeitungen vor dem Kriege 1941 - 1945 belief sich auf 37,5 Millionen Exemplare für die gesamte Sowjetunion, die Wandzeitungen nicht gerechnet. Mit anderen Worten, auf fünf erwachsene Bürger der UdSSR kamen beispielsweise zwei Zeitungsexemplare täglich.“¹⁵⁸

Lesnik gibt für das Jahr 1939 mit insgesamt 8850 Zeitungen eine leicht höhere Zahl an. Davon waren 46 Unionszeitungen, 114 Zeitungen der Unionsrepubliken, 118 der autonomen Republiken, 275 der Regionen und Gebiete, 3393 der Rayons und Städte; an Betriebs-, Werks-, Hochschul- und anderen Zeitungen erschienen 4604 mit einer Auflage von 5739000 Stück. Außerdem wurden 1938 nach Lesnik 1762 Zeitschriften mit einer Auflage von 257 Millionen Stück in 50 Sprachen der Völker der Sowjetunion herausgegeben.¹⁵⁹

Die Arbeitsweise einer Zeitung, der *Prawda*, wollen wir genauer ausführen:

„In der *Prawda* erscheinen die angesehensten Publizisten des Sowjetlandes. In der *Prawda* werden die Presseübersichten der zentralen und der Provinzzeitungen veröffentlicht, in denen die *Prawda* ihr Urteil über die Arbeit der Redaktionen dieser Zeitungen zum Ausdruck bringt. Mitunter sind die Beurteilungen verdientermaßen sehr scharf. So unterzog die *Prawda* z. B. kürzlich die Zeitung *Sowjetskoje Iskusstwo* (Die Sowjetische Kunst) einer strengen Kritik, weil sie sich ziemlich blind vor der zweifelhaften Autorität einiger Kunsthistoriker verbeugte und mit dem wirklichen Leben der Kunst in der Sowjetunion eine ungenügende Verbindung aufwies. Bei der Besprechung der Mängel betont und popularisiert die *Prawda* gleichzeitig auch die positiven Erfahrungen der Arbeit der Presse; z. B. lobte sie die *Sarja Wostoka* (Morgenröte des Ostens), die in Tbilissi erscheint, wegen ihrer geschickten Darstellung des aktuellen politischen Materials und wegen des vortrefflichen Stils ihrer Artikel. Die Bedeutung der Artikel und der Feuilletons der *Prawda* ist groß. Sie gibt den anderen sowjeti-

¹⁵⁷ Pat Solan, 1937, S. 107

¹⁵⁸ Swawitsch, I. S. 1948. Presse und Verlagswesen in der UdSSR, Berlin: SWA-Verlag, S. 39

¹⁵⁹ Lesnik, op. Cit., S29

schen Zeitungen das Beispiel einer sorgfältigen Prüfung des zu veröffentlichenden Materials. Ehe man einen Artikel über die Lage in dem oder jenem Werk, der oder jener Fabrik, in einem Industriezweige oder bei einer Behörde bringt, besuchen die »Prawdisten« (die Mitarbeiter der Zeitung *Prawda*) das Objekt ihrer geplanten Veröffentlichung mehrmals, unterrichten sich über die Ansichten der Fabrikarbeiter, der Angestellten, der Werk tätigen der Verwaltung, beratschlagen sich mit ihnen und lernen die Meinung der Masse kennen. Als Signal für das Auftreten der *Prawda* dienen auf Schritt und Tritt die Briefe, die in großen Mengen von den Millionen der Leser der Zeitung täglich in der Redaktion einlaufen. An die *Prawda* schreiben die Arbeiter und die Kolchosbauern, die Angestellten und die Ingenieure, die Männer der Wissenschaft und der Kunst. Oft benutzen die Kollektive der Werk tätigen die Spalten der *Prawda*, um sich an andere Kollektive mit einem Aufruf zur Organisierung eines sozialistischen Wettbewerbs für die Erfüllung und die Übererfüllung des Fünfjahresplanes zu wenden. Derartige Aufrufe finden systematisch auf den Seiten des Zentralorgans der Kommunistischen Partei Raum. An die Redaktion gelangen viele Briefe von einzelnen Lesern. Hier findet man sowohl Mitteilungen über betriebliche Er rungenschaften, über die Aufdeckungen von Unregelmäßigkeiten verschiedener Art. Die lebendige Fühlungnahme der *Prawda* mit ihren Lesern wird nicht nur deshalb aufrechterhalten, weil in ihr Briefe dieser Leser veröffentlicht werden. Die Zeitung kann aus Platzmangel diese Briefe nur in beschränkter Zahl abdrucken. Die Redaktion läßt jedoch in der Regel kein einziges dieser an sie gerichteten Schreiben unbeantwortet. Sie verfolgt die von den Lesern aufgestochenen unzulässigen Erscheinungen, versucht, sie zu beseitigen, unabhängig davon, ob es sich um eine Tatsache von großer gesellschaftlicher Bedeutung handelt oder ob nur das individuelle Interesse des gewöhnlichen Sowjetmenschen berührt wird. Aus den Briefen der Leser schöpft die Redaktion ergänzende, manchmal wichtige Nachrichten über das Leben im Lande, die in den Mitteilungen der eigenen Berichterstatter und in den Informationen seitens der TASS nicht enthalten waren. Nach bereits feststehender Tradition werden die Artikel der *Prawda* nach ihrem Erscheinen ausführlich und sorgfältig in der Fabrik, der Behörde oder dem Institut, deren Angelegenheit durch den betreffenden Artikel berührt wird, besprochen. Das Interesse der Redaktion an der von ihr aufgeworfenen Frage mindert sich so lange nicht, bis die Mängel in vollem Umfange abgestellt sind. Die aufmerksame Haltung gegenüber den Briefen der Leser und der Kampf um die Wirksamkeit des veröffentlichten Stoffes bilden den wichtigsten Grundsatz jeder beliebigen sowjetischen Zeitung, für die die *Prawda* nur als Vorbild dient.¹⁶⁰

¹⁶⁰ Swawitsch, I.S., 1948, S. 39-42

Wie kritisch so ein Artikel in der Prawda sein kann, zeigt ein Beispiel vom 15. Juli 1936 mit dem Titel „Plan und Realitäten“, welcher sich mit den Missständen in Smolensk auseinandersetzt:

„Während des gegenwärtigen Jahres wird in Smolensk ein großes Kaufhaus, ein Hotel, ein Theater, eine chirurgische Klinik, ein Krankenhaus-Holzlager und ein viergeschossiges Haus in der Magnitogorsk-Straße gebaut. Die Pläne sind zwar großartig, aber schaut man sich die Geschwindigkeit und die Verfahrensweise des Arbeitsprozesses an, so wird einem klar, dass überall angefangen wurde zu bauen, aber nirgendwo die Sache zu Ende geführt wird. Sie fingen an das Hotel 1935 zu bauen und bis jetzt haben sie nur ein Teil des Gebäudes errichtet – 1 bis 1 ½ Stockwerke; sie haben vom Kinotheater nur das Fundament gelegt, für das große Kaufhaus haben sie nur die Baugrube ausgehoben und haben seitdem gestoppt. Mit dem Bau der chirurgischen Klinik, dem Haus der Fachärzte und dem Krankenhaus-Holzlager wurde bis jetzt noch nicht angefangen. Letztes Jahr wurde die Baugrube für das vierstöckige Haus ausgehoben und haben nun damit angefangen die Wände hochzuziehen, ohne jedoch genügend Ziegel zu haben und wahrscheinlich werden sie dieses Gebäude in diesem Jahr nicht mal bis zum Dach errichten. ... Anstatt all ihre Ressourcen auf ein oder zwei Projekte zu konzentrieren und sie in der möglichst kürzesten Zeit fertig zu stellen, verschwenden sie ihre gesamte Energie in alle Richtungen und erreichen nichts. ... In Smolensk fürchten und verdammen sie [die Bewohner – M.K.] neue Baumaßnahmen, als sich darüber zu freuen und zu begrüßen wie es in Moskau der Fall ist, wo jene, die umgesiedelt werden, mit besser ausgestatteten Wohnungen mit guten Kommunikationsmöglichkeiten versorgt werden. In Smolensk kümmert man sich nicht um die Bevölkerung. ... Vierzehn Familien, die Opfer von Bränden wurden, sind in Klubhäusern, Kellern etc. untergebracht. Viele Arbeiter leben seit Monaten in Hotels, alle ihre Wohnungen wurden verkleinert und trotz dieser Situation geht die Sabotage weiter.“¹⁶¹

Walter Duranty, Korrespondent der New York Times, schreibt über die sowjetische Presse am 16. August 1930: “Obwohl “Redefreiheit” und eine “freie Presse” westlicher Spielart in der Sowjetunion unbekannt sind, sind jetzt die Moskauer Zeitungen mit einem lauten Chor voller Beschwerden, Tadel und Pessimismus verwöhnt, ... Wenn man die Zeitungen liest, könnte man glauben, das Land stehe kurz vor dem Untergang.“¹⁶²

Entscheidend war aber nicht irgendeine Kritik, sondern eine konstruktive Kritik. Also Kritiken an schlechter Führung, Probleme der Administration etc., Dinge, die den

¹⁶¹ Fainsod, Merle, Smolensk under Soviet Rule, 1958 / 1989, Unwin Hyman Ltd., S. 405f.

¹⁶² Duranty, Walter, Duranty Reports Russia. New York 1934. The Viking Press, S. 369

Aufbau des Sozialismus behindern. Selbst ehemalige Menschewiken oder Sozialrevolutionäre konnten eine solche konstruktive Kritik aufbringen ohne befürchten zu müssen, repressiert zu werden.¹⁶³

Edgar Snow, ein amerikanischer Journalist schreibt: „Schlampige Methoden bei der Ernte, die große Ernteeinbußen zur Folge hatten, wurden kontinuierlich in speziellen Regionen kritisiert. Einzelne Beamte, die beim unrechtmäßigen Gebrauch oder bei der Aneignung von staatlichem Eigentum erwischt wurden, werden als Beispiele ausgesondert. Beispiele von Verlusten aufgrund schlechter Verpackung und Transport von Industriegütern wurden häufig zitiert und Ingenieure, die für Verschwendung von Metall und Material verantwortlich waren, wurden getadelt. Diebstahl von Materialien und Unterschlagung finanzieller Mittel wurden offen gelegt und über Fälle von Bestechung wurde in der Regierungs- und Parteipresse immer berichtet. Dummheit, Gleichgültigkeit gegenüber Pflichten und Verantwortungslosigkeit durch die Beamten und Bürokraten waren das Thema vieler Zeitschriften und Zeitungsgeschichten, bei denen Ort und Name oft erwähnt wurden. Die Details auf die die Kritiken eingehen, sind immer überraschend.“¹⁶⁴

Eine weitere Spielart der Sowjetpresse waren die Wandzeitungen, zahlenmäßig nicht erfassbar, die in vielen Fabriken und Kolchosen zu finden waren. Drei oder vier freiwillige Redakteure verbrachten zwei oder drei Abende pro Woche damit, Artikel, Karikaturen oder Zeichnungen von Arbeitskollegen anzunehmen oder selber welche zu fertigen. 1940 gab es über eine Millionen solcher Wandzeitungen in Fabriken, Farmen, Büros, Bildungseinrichtungen und Militäreinheiten. Also verbrachten drei bis vier Millionen freiwillige Redakteure ihre Zeit damit, Kritiken der Arbeiter zu sammeln. Ein Teil dieser kritischen Artikel findet sich dann auch in den öffentlichen Zeitungen, um ein umfassendes Bild von der Arbeitssituation, der Probleme und der Erfolge bei der Produktion zu schaffen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.¹⁶⁵

So hart die Kritiken auch waren, die Autoren brauchten keine Angst zu haben, deswegen repressiert zu werden, selbst wenn die Kritiken unzutreffend oder ungerechtfertigt waren. Die Wandzeitungen wurden in keiner Weise vom Management des Betriebes geleitet oder in deren Interesse gelenkt. Die Wandzeitungen waren ein Organ der öffentlichen Meinung.

¹⁶³ Baldwin, Roger, *Liberty under the Soviets*, New York 1928. Vanguard Press, S. 169

¹⁶⁴ Snow, Edgar, *The Pattern of Soviet Power*, New York 1945. Random House, S. 205

¹⁶⁵ Vgl. Rothstein, Andrew, *Workers in the Soviet Union*, London 1942. Frederick Muller LTD, S. 56

Sydney und Beatrice Webb (1937) zitieren einige Beispiele, wie diese Wandzeitungen konkret funktionieren: „Der Wettbewerb um die Erfüllung der Produktionspläne der Fabrik ist mit Photographien der besten ‚Udarniki‘ illustriert. Zeichnungen von Schildkröten und Krabben stellen die schwächsten Abteilungen, die hinterherhinken, bildlich dar. Beißende Satire macht Bürokraten nieder, die die Warnungen in den Zeitungen ignorieren. In einem Fall gelang es einer Fabrikzeitung die Leiter der Abteilung jede Beschwerde zu untersuchen, sobald sie in der Fabrikzeitung zu Papier gebracht wurden.“¹⁶⁶

„Mit 1.390 Arbeitern hat diese Fabrik eine Tages-Printzeitung, zwei tägliche Wandzeitungen und 15 wöchentliche Wandzeitungen. 1932 erhielt die Tages-Printzeitung 598 Briefe von den Arbeitern. Sie hat 176 Arbeiter-Korrespondenten. Wenn sie einen Brief erhalten, wird eine Kopie an den Parteisekretär der Abteilung geschickt mit einem festgelegten Enddatum für eine Antwort. Nach der Untersuchung wird der Brief gedruckt und vom Abteilungsleiter wird erwartet, die Situation zu verbessern und die Ergebnisse der Zeitung mitzuteilen. Reagiert dieser nicht schnell genug, wird eine Abmahnung oder eine Karikatur gedruckt. Normalerweise warten die Abteilungsleiter nicht darauf ermahnt zu werden. In ersten Fällen können die Schuldigen aus der Fabrik entfernt oder vor Gericht gestellt werden.“¹⁶⁷

„Um den ‚brak‘ (Abfall) zu beseitigen, führte die Zeitung ein Tagebuch für die Weber ein, in dem sie alles eintragen, was ihre Arbeit behindert. Als Ergebnis dieses Tagebuches wurden alle Ursachen beseitigt, der ‚brak‘ verschwand, die Produktivität und die Löhne stiegen. Das ist eines der vielen Gründe, weshalb sich die Arbeiter so aktiv an der Fabrikpresse beteiligen. Systematische Bildungsarbeit wird für die Arbeiter-Korrespondenten in der Fabrik veranstaltet, ein spezieller Termin, der für ihre Konferenzen bereitgestellt wird.“¹⁶⁸

In der ersten Jahreshälfte 1935 versendeten Arbeiter 2.000 Briefe an die Zeitung der Woroschilow-Fabrik in Wladiwostok.¹⁶⁹

Arbeiter in der Swobodni Proletarii Textil-Fabrik in der Moskauer Oblast schrieben an ihre Fabrik-Zeitung, dass in den Baracken unmenschliche Bedingungen herrschen und sie neue Wohnungen anfordern. Ähnliche Beschwerden über die Wohnsituation erschienen auch in der Zeitung Kirovets, die vom Gewerkschaftskomitee einer metallverarbeitenden Fabrik im Donbass veröffentlicht wurde.¹⁷⁰

¹⁶⁶ Webbs, ebenda, S. 763

¹⁶⁷ Ebenda

¹⁶⁸ Ebenda, S. 763/764

¹⁶⁹ Thurston 1996, S. 185

¹⁷⁰ Ebenda

Die kritischen Artikel beschränken sich aber nicht ausschließlich auf die Wandzeitungen. Selbst hohe Parteifunktionäre erhielten eine Masse an Briefen. Eine kleine Illustration, wie der Staat von den Menschen wahrgenommen wurde, zeigt alleine das bloße Volumen an Briefen, die an die Führer der Partei und des Staates geschrieben wurden.

„Eine der Hauptentdeckungen, die in den geöffneten Archiven zu machen war, war die bloße Menge an Briefen die sowohl die Zeitungen als auch die Partei und Staatsführer und Institutionen kriegten. Wir wissen jetzt, dass in dem nicht untypischen Monat Juli 1935 die Kretinskaja Gazeta (die Bauernzeitung) annähernd 26 000 Briefe erhielt. Mikhail Kalinin, Präsident des Zentralen Exekutivkomitees der Sowjets, gehörte zu jenen, die am häufigsten Briefe erhielten; er bekam zwischen 1923 und 1935 über 77 000 Briefe pro Jahr. 1936 erhielt Andrej Schdanow, der Leningrader Parteisekretär 130 Briefe am Tag. Der Regional-Parteisekretär Mikhail Khataevich berichtete, vielleicht etwas übertrieben, dass täglich 250 Briefe am Tag ankamen. Auch andere Zeitungen, kommunale Sowjets, Büros von Sachverwaltern, das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (NKWD), Partei- und Staatskommissionen und die Büros der Politbüromitglieder und Regierungsführer, inklusive Stalin, wurden von Briefen erschüttert.“¹⁷¹

Dass einige Briefschreiber dem Staat sehr kritisch gegenüberstanden ist selbstverständlich: „Auf der Basis kürzlich untersuchter Archivdaten konnte ermittelt werden, dass praktisch jede wichtige staatliche Initiative der 30er Jahre von Widerstand begleitet wurde. Besonders hoch war der Widerstand während der Kollektivierung, die Ende 1929 begann. Dieser reichte von Aufständen und anderen Gewalthandlungen, wie der Ermordung von Kollektivbauern und ihren Mitarbeitern, über lautstarken Protesten von Frauen ..., häufig im Zusammenhang mit Rajonsowjet-Entscheidungen Kirchen zu schließen und/oder das Eigentum der Kirche zu konfiszieren, über der Verschwendung („razbazarivanie“) des Viehbestandes und anderer Besitztümer durch Schlachten und Verkauf, der Zerstörung von Kollektivfarmgebäuden, der Befreiung verhafteter Kulaken, der Neuanschaffung konfiszierter Besitztümer und der Auflösung von Kollektivfarmen“¹⁷²

Wissenschaftler haben wiederholt die Flut an Briefen sowohl an höhere und niedere Ämter und verschiedenen Zeitungen untersucht. Als die Nazis in die UdSSR einmarschierten, erbeuteten sie verschiedene Sowjetarchive in Smolensk. Diese wurden nach Deutschland verfrachtet, wo die USA diese gegen Ende des Krieges an sich rissen.

¹⁷¹ Thurston 1996, S. 185

¹⁷² Ebenda

Viele dieser Briefe wurden dazu gebraucht, Untersuchungen nachzugehen.¹⁷³ Fainsod zeigt einige Beispiele, wo Fälle von Missbrauch, sowohl in Kolchosen als auch in Fabriken, von Briefeschreibern aufgedeckt wurden und in denen sie die Sowjetautoritäten aufforderten, diese Missstände zu beseitigen.

Fainsod bezieht sich auf den Fall von D. V. Gapeschin, einem alten Stallmeister in der 'Rerelom-Kolchosa', der dem Raikom (Rajonkommissar) über die Trunksucht und die Misswirtschaft ihres Kolchosvorsitzenden berichtet. Abhilfe wurde geschaffen, obwohl dies etwas langwierig vorging.¹⁷⁴

Dabei war den Briefeschreibern die Verbindung zwischen den Parteiführern und den Massen sehr wichtig. Dies zeigt u. a. ein Brief an den Leningrader Parteisekretär Andrej Schdanow: „Du hörst dir nicht die Geschichten über ihr [der Arbeiter – M. K.] Leben an, oder stellst keine Fragen der tausende zählenden gewöhnlichen Kommunisten, Komsomolzen und parteilosen Leute, die sie direkt mit eigenen Worten beantworten könnten und das ist ziemlich schade. Es ist schlecht, dass du niemals in den Fabriken oder Distrikten bist. Hier bist du nicht wie der verstorbene Genosse Sergej Mironowitsch Kirow. Er war den Leuten immer sehr nah. Es war für die Arbeiter unmöglich ihn nicht zu lieben, es war unmöglich für seine Feinde ihn zu hassen. Die Partei vertraute und vertraut immer auf die Arbeiterklasse. Deshalb war und ist sie siegreich. Es gibt keinen anderen Weg. Daher gibt es keinen Grund sich vor den Arbeitern zu fürchten, aber du musst zu uns in die Fabriken kommen. Der Zar hatte Angst davor zu den Leuten zu kommen – und sie töteten ihn ... Du musst zu den Fabriken kommen; das ist sinnvoller als deine Präsenz im akademischen Theater in Moskau ...“¹⁷⁵

Unabhängig von der direkten Offenheit des Briefes muss hier noch erwähnt werden, dass Schdanow stärker in die Arbeit in Moskau involviert war und so kaum Zeit hatte die Fabriken in Leningrad zu besuchen.

Thurston gibt ein weiteres Beispiel, bei dem ein Arbeiter der Roten Handwerker Fabrik über Korruption, Zahlungsverzögerungen und Unhöflichkeit der Beamten seines Artels (einer freiwilligen kooperativen Vereins von Arbeitern) berichtet. Vier unabhängige Untersuchungen folgten, davon zwei vom Oblast-Partei-Komitee, eine vom Beamten des entsprechenden Vereins und eine von der Staatsanwaltschaft der Oblast. Sie bestätigten die Beschuldigungen und die Führer des Artels unternahmen Schritte

¹⁷³ Siegelbaum, L. Sokolov, A. 2000. Stalinism as a way of Life, New Haven: Yale University Press, S. 9

¹⁷⁴ Fainsod, 1958, S.379

¹⁷⁵ Ebenda

die Situation zu verbessern, während der Regionale Parteisekretär sich vor den Verantwortlichen der Oblast rechtfertigen musste.¹⁷⁶

In den 24 Monaten nach September 1937 bekam das Zentralkomitee der Kommunikations-Gewerkschaft 2007 Beschwerden von Arbeitern über inkorrekte Handlungen der Manager. 432 wurden im Sinne der Arbeiter gelöst, 837 wurden abgelehnt und der Rest befand sich noch in Arbeit, als der Bericht gehalten wurde. Vom 15. Februar bis zum 19. März 1940 bekam der Altai-Krai-Sowjet 231 Beschwerden von Arbeitern.¹⁷⁷

Thurston gibt ein weiteres Beispiel, wo der Arbeiter M. A. Panow einen wütenden Brief an I. P. Rumjantsew, den Parteisekretär der Smolensker Oblast, verfasste. Panow war seit zwei Jahren ohne Parteiausweis und seit kurzem ohne Arbeit. Nachdem er sich beim Sekretariat des Rats der Minister beschwert hatte, erfuhr er, dass sein Fall an Rumjantsew weitergeleitet wurde. Nachdem nach 10 Tagen immer noch nichts geschehen war, schrieb Panow an Rumjantsew, dass er sich gefälligst an die Arbeit machen solle. Er halte zwar schöne Reden, doch diese seien nichts weiter als heiße Luft. Panow gab Rumjantsew drei Tage Zeit zu reagieren, oder er wende sich an das Zentralkomitee. Er fügte noch hinzu, dass er weder Trotzki, Sinowjewist oder Opportunist, sondern einer von ihnen war. Thurston kommentiert dazu: „Panow, wie viele andere Arbeiter, dachte, dass er das Recht habe, einen hohen Parteifunktionär zu kritisieren, der Mitglied im Zentralkomitee war und forderte von diesem seine Aufmerksamkeit. Stalin sagte ‚hört auf die Stimme des Volkes‘ und sein Regime förderte solche positiven Elemente im System, da sie Produktivität, Zufriedenheit und Hingabe für den Staat förderten“¹⁷⁸

Für einen bourgeoiser Historiker, der feindlich dem Kommunismus gegenübersteht, ist solch ein Kommentar, der die Demokratie in der Sowjetunion beweist, so viel wert, dass er ihn positiv erwähnt.

Offenbar hörten höhere Parteimitglieder darauf, was die Leute sagten. Sie ermutigten die Leute, frei und deutlich zu sagen, was sie meinten.

Fitzpatrick (1999) geht sogar so weit zu sagen, dass das Schreiben solcher persönlichen Briefe eine der besten Möglichkeiten war, eine Verbindung zwischen einfachen Leuten und der Staatsführung herzustellen. Es sei ja sogar eine demokratische Praxis, die die Bevölkerung näher an ihre Regierung bringe.¹⁷⁹ Fitzpatrick zitiert hierzu eine junge postsowjetische russische Historikerin: „Die Autoren sind davon überzeugt,

¹⁷⁶ Thurston 1996, S. 186f.

¹⁷⁷ Ebenda, S. 195

¹⁷⁸ Ebenda, S. 194

¹⁷⁹ Vgl. Fitzpatrick op. cit. S. 175f.

dass die Regierung den Menschen nicht nur helfen kann, sondern auch helfen muss. Die Anerkennung des Regimes als legitim, als ‚ihres‘, bestimmt die Form der Appelle als auch die Argumentationsweise – mit Verweisen auf Autoritäten, die vom Regime hochgehalten werden (Marx, Lenin, Stalin, Geschichte der KPdSU – Kurzer Lehrgang etc.)¹⁸⁰

Goldman schildert in ihrem Buch „*Terror and democracy in the age of Stalin*“ die Stimmung der Arbeiter während des ersten Fünfjahresplans. Zwar gibt sie zu, dass die Industrialisierung Enthusiasmus und Stolz erzeugte, aber Engpässe bei der Versorgung, Unfälle etc. die Unterstützung der Parteipolitik erodierten. Sie zitiert dabei verschiedene Kritiken von Arbeitern über das Ausbleiben von Löhnen, Mangel an der Versorgung, schlechte Wohnsituationen und noch schlechtere Arbeitsbedingungen.¹⁸¹ Nach Fitzpatrick waren viele dieser Kritiken aus unveröffentlichten Briefen in der *Prawda* zusammengefasst worden.¹⁸²

Diese selektive Wahrnehmung von Goldman u. a. verzerrt jedoch das tatsächliche Bild der Stimmung während der Industrialisierung. Es liest sich so, als ob Probleme und Repression das bestimmende Bild waren und jegliche Kritik ein Zeichen für konterrevolutionäres Gedankengut und mangelnder Loyalität gegenüber dem Sozialismus war, grade auch von Seiten der Arbeiter. Nun sind Goldman, wie auch Thurston, Fainsod und Getty primär Antikommunisten, wenn auch in ihrer Analyse objektiver als Apologeten des Kalten Krieges oder gar manche „linke“ Kritiker des „Stalinismus“. Aber sie sind aufgrund ihrer Klassenbindung eher geneigt, die negativen Erscheinungen hervorzuheben.

Calvin Hoover stellt in seiner ökonomischen Studie z. B. fest, dass trotz der Ernährungsengpässe in den Jahren des Ersten Fünfjahresplans viele Arbeiter dem sowjetischen System positiv gegenüber eingestellt waren. Der Rest war zumindest passiv loyal oder neutral. Das liegt laut Hoover daran, dass die sowjetische Regierung die Arbeiter bevorzugte.¹⁸³ Dabei wird dadurch erreicht, dass sich Arbeiter innerhalb ihres Betriebes wichtig fühlen, z. B. durch die Kontrolle der Produktion, z. B. durch die Arbeiter- und Bauern-Inspektion, Produktionskontrollen und Wandzeitungen.¹⁸⁴

¹⁸⁰ Ebenda, S. 176

¹⁸¹ Goldman, W. 2007. *Terror and democracy in the age of Stalin*, New York: Cambridge University Press, S. 28ff.

¹⁸² Fitzpatrick, op. cit. S. 169

¹⁸³ Hoover, Calvin 1931. *The Economic Life of Soviet Russia*, S. 342

¹⁸⁴ Ebenda, S. 264f.

Dabei haben alle Zeitungen Arbeiterkorrespondenten, die auch ermutigt werden ihre berichte an die Prawda oder Iswestija zu schicken.¹⁸⁵

Unter diesem Blickwinkel sind auch die „repressiven Gesetze“ gegen Arbeiter während der Industrialisierung zu deuten. 1932 wurde ein Inlandpass eingeführt, so dass Ortswechsel durch die Behörden genehmigt werden mussten. Ab 1939 gab es ein Arbeitsbuch: man konnte nur dann in einem neuen Betrieb eingestellt werden, wenn man im alten ordnungsgemäß abgemeldet war. Es gab auch strengere Gesetze gegen die Verletzung der Arbeitsdisziplin. Hier sollte man bedenken, dass der größte Teil der Arbeiter aus der Bauernklasse kam. Massen von Bauern strömten in die Städte für ein besseres Leben. Allerdings mussten sie an die Arbeitsdisziplin in der Fabrik gewöhnt werden. Tatsächlich wurden diese Sanktionen zu einem großen Teil ignoriert, weil sie unkomfortabel waren und für das Fabrikmanagement viel unnötige Arbeit bedeuteten. Zum anderen herrschte ein Arbeitskräftemangel, so dass Manager Arbeiter einstellten, ohne auf ihre Vergantheit zu achten.¹⁸⁶

Wer jedoch diese Gesetzgebung als drakonische Maßnahmen des Diktators Stalin sieht, dem sei gesagt, dass die Bourgeoise in entsprechenden Phasen der Industrialisierung viel drakonischere Maßnahmen anwandte: auspeitschen, einsperren, mit glühendem Eisen brandmarken, Kinder wegnehmen, als Sklaven verkaufen usw.¹⁸⁷

Klaus Hesse kommentiert: „Ganz am Rande, aber nicht nebenbei: Wann und wo wurde von bürgerlichen Historikern, Soziologen oder gar Ökonomen über die geschrieben, die der Industrialisierung in den sich heute an bürgerliche Demokratien gebärdenden Industriestaaten zum Opfer gefallen sind? Wer da nachlesen will, stößt z. B. auf folgende Bemerkung: ‚Natürlich bleibt die Industrialisierung nicht ohne Folgen. Und zwar hatte sie für einige Menschen Vorteile, für die meisten aber große Nachteile.‘ Moral: Alles das, was im Verlauf der kapitalistischen Industrialisierung als zwar bedauerliche aber kaum zu vermeidende Opfer bezeichnet wird – wenn sich Ähnliches auch nur im Ansatz und nicht einmal in vergleichbaren Dimensionen während der sozialistischen Industrialisierung abspielt erscheint dies in der Interpretation solcher ‚Wissenschaftler‘ als eine Auswirkung des menschenverachtenden Bolschewismus, Kommunismus, Stalinismus etc.pp.“¹⁸⁸

Hiroaki Kuromiya bestätigt in seiner Arbeit über die Industrialisierung in der Sowjetunion, dass Enthusiasmus und Heroismus überwogen: „Wie paradox es auch erschei-

¹⁸⁵ Ebenda, S. 266

¹⁸⁶ Siehe: Donald Filtzer 1986. Soviet Workers and Stalinist Industrialization. London: Pluto-press, S. 338 ff.

¹⁸⁷ Vgl. Marx, K., Das Kapital, Band 1, 24. Kapitel.

¹⁸⁸ Hesse, Klaus 2012. Zur Geschichte der KPdSU Teil 1.1., S. 283

nen möge, die im Eilmarsch vollzogene Akkumulation war nicht nur eine Quelle der Entbehrungen und Störungen, sondern auch eine Quelle des sowjetischen Heroismus. Die sowjetische Jugend fand diesen Heroismus bei der Arbeit auf den Baustellen und in den Werken wie in Magnitogorsk und Kuznezsk¹⁸⁹

„Die schnell vollzogene Industrialisierung des ersten Fünfjahrplans symbolisierte das grandiose und packende Ziel des Aufbaus einer neuen Gesellschaft. Depression und Massenarbeitslosigkeit des Westens im Hintergrund rief der Marsch in Richtung der sowjetischen Industrialisierung heldenhaftes, romantisches, enthusiastisches und ‚übermenschliches‘ Bemühen hervor. (...) Es war ganz rein und einfach Enthusiasmus, der die Jugend zu alltäglichen, aber nicht Aufsehen erregenden Bravourstücken mitgerissen hat.“ Laut eines anderen Zeitgenossen waren diese Tage wirklich eine romantische und berauschte Zeit. (...) Die Leute schafften mit ihren eigenen Händen, was vorher als ein Traum erschien, und sie waren überzeugt, dass diese traumhaften Pläne eine unbedingt realisierbare Sache waren.¹⁹⁰

Zum anderen haben obige Beispiele gezeigt, dass es nicht nur zu Kritiken kam, sondern Maßnahmen zur Verbesserung der Situation eingeleitet wurden. Und wie die Beispiele der Wandzeitungen gezeigt haben und noch weitere Beispiele zeigen werden, konzentrierten sich die „Kritiken“ der Arbeiter nicht ausschließlich auf schlechte Bedingungen, sondern auch von ihrer Seite kam es zu Verbesserungsvorschlägen. Damit ein sozialistischer Staat funktionieren kann, bedarf es grade der Unterstützung seitens der Werktätigen. Wichtig ist dabei, dass es sich um eine politisch wie wissenschaftlich-technisch gebildete und bewusste Arbeiterklasse handeln muss, damit ein Sozialismus erfolgreich aufgebaut werden kann. Besonders während des Ersten Fünfjahresplans hatte die Sowjetunion das Problem gehabt, eine politisch wie wissenschaftlich-technisch schlecht ausgebildete Arbeiterklasse, die hauptsächlich aus der Bauernschaft kam, in den Aufbau des Sozialismus mit einzubeziehen. Die Ergebnisse des Fünfjahresplans und der gesamten ökonomischen Entwicklung der Sowjetunion bewiesen, dass die sowjetische Regierung diese schwere Aufgabe erfolgreich bewältigen konnte. In ihrer Studie über die öffentliche Meinung in der Sowjetunion stellt Sarah Davies fest, dass sich die Arbeiterklasse in der Sowjetunion zunehmend mit politischeren Themen befasste und sich ihrer politischen Freiheiten bewusst wurde. Besonders zeigte sich das während der Diskussion um die Sowjetverfassung von 1936.¹⁹¹

¹⁸⁹ Kuromiya, Hiroaki 1988. *Stalin's Industrial Revolution*, New York: Cambridge University Press, S. 305-306

¹⁹⁰ Ebenda, S. 316

¹⁹¹ Davies, op. cit. S. 106

Doch auch Davies kommt nicht darum herum, kritische Aussagen als konterrevolutionäres Gedankengut zu interpretieren.¹⁹²

Jedoch ist nicht jede kritische Aussage mit konterrevolutionärem Gedankengut gleichzusetzen. Thurston kommentiert hierzu, dass in den 30er Jahren auch in den USA Arbeiter zunehmend ihren Ärger zum Ausdruck brachten, sie aber das politische System nicht anzweifelten, sich patriotisch fühlten und Franklin Roosevelt unterstützen. Thurston geht nach seiner Analyse ebenfalls davon aus, dass trotz der Kritiken sich die Arbeiter loyal zum Sowjetregime verhielten.¹⁹³

Auch Davies muss zugestehen, dass eine Kritik an Preissteigerungen oder Witze über Stalin nicht zwingend eine Ablehnung des sowjetischen Systems, des Sozialismus oder gar Stalin bedeuten.¹⁹⁴

Pat Sloan kommentiert dabei richtigerweise, dass Antikommunisten berechtigte Kritiken in der sowjetischen Presse für ihre eigenen Zwecke missbrauchen: „Ich erinnere mich wie einige Jahre zuvor eine antisowjetische Propagandaorganisation in diesem Land [Großbritannien – M.K.] ein Flugblatt verfasste, die Zitate der britischen Publikation von Russia Today und der sowjetischen Gewerkschaftszeitung Trud (Arbeit) enthielten. In Russia Today stand zum Beispiel, dass 1000 neue Kinderkrippen für die Arbeiterklasse eröffnet wurden. Und, von der Trud war eine erschreckende Geschichte zitiert, wie in der ‚Hammer und Sichel‘-Fabrik in, sagen wir Minsk, eine neue Kinderkrippe eröffnet wurde, wo der Boden kalt war und wo in der Nähe sich ein Schweinestall befand und der Geruch die gesamte Einrichtung verseuchte. Indem eine Anzahl solcher Monstrositäten aus der Trud über skandalöse Arbeiten des einen oder anderen Teils der Gewerkschaften zitiert wurden, hatte das Flugblatt jede Aussage aus Russia Today über die Entwicklungen, die das Leben von 170 Mio. Menschen betrafen, als eine Geschichte eines Fiaskos dargestellt. Tatsächlich betrafen diese allerhöchstens das Leben von etwa 1000 Leute und wurden in der sowjetischen Presse zitiert, um diese Störungen zu reduzieren.“¹⁹⁵

Sidney Webb bestätigt die Aussagen von Sloan, wenn er schreibt, dass „diese Kritiken in der Presse publiziert werden, die dem feindlich gesinnten Ausländer mit Beweisen des scheinbaren Versagens des Sowjetkommunismus versorgen. Tatsächlich ist es erheiternd festzustellen, dass fast alle heute geschriebenen Bücher, die beweisen wollen, dass es Korruption, Vetternwirtschaft und grobe Ineffizienz in der Verwaltung von Industrie und Landwirtschaft gibt, aus den Berichten dieser Diskussionen

¹⁹² Ebenda, S. 107

¹⁹³ Thurston, op. cit. S. 196-198

¹⁹⁴ Davies, op. cit. S. 186

¹⁹⁵ Pat Sloan 1937 S. 102

der sowjetischen Presse, der Prawda, dem Organ der Kommunistischen Partei, der Iswestija, dem Regierungsorgan, der Trud, dem Organ der Gewerkschaftsbewegung und aus vielen anderen lokalen und speziellen Zeitungen entnommen wurden.“¹⁹⁶

Auch die politische Satire spielte in der sowjetischen Presse eine außerordentlich wichtige Rolle. Die bekannteste satirische Zeitschrift ist „Krokodil“.

„Das *Krokodil* ist die Kampfzeitschrift der sowjetischen Satire. Die gesellschaftliche, politische Satire hatte stets die Oberhand über die allgemeine Satire, und selbst die allgemeine Satire weist im *Krokodil* eine politische Nuance auf. Der *Punch* ist keine politische Zeitschrift, jedoch haben *Krokodil* und *Punch* einen gemeinsamen Zug. Sowohl in der einen als auch in der anderen Zeitschrift bilden die Zeichnungen das Grundelement des Inhalts. Im *Krokodil* werden Zeichnungen der hervorragenden Karikaturisten der UdSSR veröffentlicht: von Boris Jefimow, den Kukryniksy, J. Ganf u. a. Der Wettstreit der besten Künstler auf dem Gebiete der Satire stellt das *Krokodil* auf einen der ersten Plätze unter den entsprechenden Zeitschriften der gesamten Welt. Der Erfolg der sowjetischen Karikaturisten auf den internationalen Ausstellungen bürgt dafür: von je zehn Karikaturen und Witzbildern, die auf den Ausstellungen als beste Erzeugnisse dieses Genres ausgestellt werden, stammen nicht weniger als vier aus dem *Krokodil*. Das *Krokodil* erscheint dreimal im Monat, am 10., am 20. und am 30., im Verlag der *Prawda*. Diese Zeitschrift ist also eine Dekadenzeitschrift. Aber ich möchte von ihr nicht sagen, daß sie stets auf das unmittelbare Tagesgespräch reagiere. *Ogonjok* aktualisiert das Material mehr als das *Krokodil*. Das *Krokodil* fällt über die Bösewichter her, die nicht nur eine vorübergehende Bedeutung haben. Die Sittensatire nimmt einen wichtigen Platz im *Krokodil* ein. Sie zeichnet sich durch große Sachlichkeit aus. Das *Krokodil* nennt die Namen, die Ereignisse, den Ort der Handlung. Es lacht, um zu bessern und zu erziehen. Solcher Art ist die charakteristische Eigenheit des sowjetischen Humors. Ist es nötig zu bemerken, daß das *Krokodil* alle Arten von erotischen, abgeschmackten Witzen vermeidet? Das *Krokodil* kann man einem Kinde und auch einem jungen Mädchen zeigen, ohne Gefahr zu laufen, daß dieses erröten müßte. Im Gegensatz zu den Pariser Zeitschriften wie *Le Rire* oder zu den amerikanischen wie dem *New Yorker* kultiviert die sowjetische satirische Zeitschrift überhaupt nicht gelegentliche Modewendungen, Sprachverstümmelungen, mit einem Wort, sie ersetzt nicht die Literatursprache durch den »Jargon der Straße«.“¹⁹⁷

Fitzpatrick über die Bedeutung der Zeitschrift Krokodil: „Die Dummheit, Grobheit, Ineffizienz und Bestechlichkeit sowjetischer Bürokraten stellen die hauptsächlichen

¹⁹⁶ Webb, Sidney 1942. *The Truth about Soviet Russia*. New York: Longmans, Green, S. 34

¹⁹⁷ Swawitsch, op. cit. S. 83-84

satirischen Ziele des sowjetischen humoristischen Journals, dem Krokodil, dar. Ihre Geschichten und Karikaturen illustrieren die verschiedenen Methoden, bei denen sich die Beamten knappe Waren und Luxusgüter für sich selbst und ihre Bekannten sichern und sie dem Rest der Bevölkerung verweigern. Sie zeigen Beamte, die sich von der Arbeit fern halten, diese nachlassen, wenn sie präsent sind, verzweifelte Bitten der Bürger um wertvolle ‚Papiere‘, die selbst für die einfachsten Tätigkeiten des sowjetischen Lebens notwendig waren wie der Kauf eines Bahntickets, verweigern. Eine eloquente Krokodil-Karikatur, mit dem Titel „Bürokrat auf dem Trapez“, zeigt zwei Zirkusartisten bei der Aufführung. Einer von ihnen, der den unglücklichen Bürger repräsentiert, hat sich vom Trapez in die Luft erhebt. Der andere, der den Bürokraten repräsentiert, hat die Aufgabe ihn zu fangen, dieser sitzt jedoch selbstgefällig auf seinem eigenen Trapez und hält ein Schild hoch mit der Aussage „Komme morgen zurück“.¹⁹⁸

Jedoch stand auch das Krokodil 1948 unter scharfer Kritik, da sie den Lesern viel zu stümperhafte Materialien präsentiere. 1952 verschärfte die Komsomolskaja Prawda ihre Kritik an den Karikaturen. Sie gehen so an wichtigen Themen achtlos vorüber und rücken dem Bürokratismus, Liebedienerei, Prahlerei und Niedertracht nicht scharf genug zu Leibe. Desweiteren würden sie sich durch eine Beschönigung der Wirklichkeit auszeichnen. Tatsächlich war im Verlauf des Jahres 1952 eine immer heftigere Kritik an der Schönfärberei der Wirklichkeit und der Theorie der Konfliktlosigkeit geführt!¹⁹⁹

Allein dieses Beispiel zeigt, dass die sowjetische Presse – trotz der antikommunistischen Propaganda – weit davon entfernt war, alles zu beschönigen und kritiklos hochleben zu lassen!

Auch westliche Journalisten konnten sich frei in der Sowjetunion bewegen. William Chamberlain, einer der dem Kommunismus nicht grade sympathisch gegenüberstand, schreibt dazu: „Es wird oft behauptet, dass Korrespondenten und Ausländer im Allgemeinen in Russland behördlicher Überwachung unterworfen sind, dass sie außerstande sind irgendwelche unabhängigen Untersuchungen zu machen oder irgendeine korrekte Idee der allgemeinen Bedingungen aufzustellen. Ich bin durch persönliche Erfahrung davon überzeugt, dass diese Behauptungen gegenstandslos sind. ... Mit Ausnahme von Sowjetasien (die auch vor dem Krieg eine gesperrte Zone aufgrund der Nachbarschaft zu Indien und der Angst vor Britischen Spionen war) konnte jeder überall in der Sowjetunion reisen. Ich habe mehrmals die Hauptstrecken der Kommu-

¹⁹⁸ Fitzpatrick, op. cit. S. 29

¹⁹⁹ Vgl. Gestwa, Klaus 2010. Die Stalinschen Großbauten des Kommunismus, R. Oldenbourg Verlag München, S. 338,339

nikation gemieden, um Fabriksiedlungen und Bauerndörfer zu besuchen und sprach frei mit den Menschen ohne Beweise offener Spionage oder Behinderung begegnet zu sein; Tatsache ist auch die allgemeine Regel, dass je weiter man von Moskau entfernt ist, desto weniger sieht und hört man die GPU.²⁰⁰

Und Chamberlain weiter: „Ich glaube ein Vergleich der Nachrichtenmeldungen aus Moskau und jene die wir über Russland aus Riga, Helsinki, Berlin und anderen Plätzen außerhalb des Landes erhalten, würden zweifelsohne demonstrieren, dass ... über Russland glaubwürdiger, akkurater und intelligenter aus Moskau berichtet wird, als aus jeder ausländischen Stadt.“²⁰¹

Natürlich war die sowjetische Pressefreiheit nicht perfekt. Feuchtwanger fasst dies zusammen: „Die Praxis zeigt indes, daß es trotz dieser Garantien um die Meinungs- und Pressefreiheit in der Sowjet-Union noch lange nicht ideal bestellt ist. Wie ich oben zeigte, haben manche Schriftsteller viel zu seufzen über die Gängelei durch die politischen Behörden, und daß Plato die Dichter aus seinem Staat überhaupt verbannt wissen wollte, ist für die Betroffenen nur ein schwacher Trost. Sosehr ich bedaure, daß also der Artikel 125 der Sowjetverfassung vorläufig noch nicht ganz verwirklicht ist, so habe ich andernteils Verständnis dafür, daß die Sowjet-Union das Restchen Weg, das sie noch von der Erfüllung des sozialistischen Staates trennt, nicht übereilt zurücklegen will. Nie hätte die Sowjet-Union erreichen können, was sie erreicht hat, wenn sie sich eine parlamentarische Demokratie im westeuropäischen Sinne erlaubt hätte. Nie wäre bei voller Schimpffreiheit der Aufbau des Sozialismus möglich gewesen. Nie hätte eine Regierung, ständig vom Parlament und von der Presse angegriffen und abhängig vom Ergebnis von Wahlen, der Bevölkerung die Strapazen aufzwingen können, die allein diesen Aufbau gestatteten.“²⁰²

Ein nicht uninteressantes Element der Meinungs- und Pressefreiheit stellt die Zensur dar. Zensur gibt es in einem jeden Staat. Wir haben weiter oben gesehen, dass in den sozialistischen Staaten Ansichten und damit deren Propagierung, die zum Sturz der sozialistischen Gesellschaftsordnung oder die Verbreitung rassistischer, gewaltverherrlichender, sexistischer und kriegsverherrlichender Propaganda, verboten sind. Auch in imperialistischen Staaten können politisch unbeliebte Schriften verboten sein, doch ein wichtigeres Kriterium ist die des Privateigentums. Da auch geistige Leistungen im Kapitalismus Privateigentum sind und den Profitgesetzen unterworfen sind, ist ein öffentlicher und kostengünstiger bzw. kostenloser Zugang verboten. Patentrecht

²⁰⁰ Chamberlain, William Henry 1930. Soviet Russia. Boston: Little, Brown, S. 395

²⁰¹ Ebenda, S. 395

²⁰² Feuchtwanger, op. cit. S.55

und GEMA sind ein Beispiel hierfür. Wie sah es konkret mit der Zensur in der sowjetischen Presse aus?

Walter Duranty fasst die Lage der Zensur in der sowjetischen Presse zusammen: „Von allen Schwierigkeiten ist die Zensur, von der man ausgeht, dass sie am höchsten platziert ist, weniger schlimm, als im Ausland gedacht. Auch wenn in manchen Richtungen streng, wird sie normalerweise mit Intelligenz und Mäßigung angewandt. Anders als die meisten Zensoren, ... sind die Bolschewiki immer gewillt, die Angelegenheit mit dem Korrespondenten zu diskutieren, bevor ein Telegramm verschickt wird und gehen mit ihm halbwegs darauf ein einen Satz zu modifizieren um nicht den roten Faden seiner Nachricht zu zerreißen ...“²⁰³

“Während der letzten zwei Jahre, gab es keine Nachrichtenzensur, die per Post versendet wurde, aber es wird immer so verstanden, dass die Verantwortung für solche Nachrichten auf den Korrespondenten fällt, wenn die Behörden diese später ablehnen, während für Telegramme der Zensor die volle Wucht nachfolgenden amtlichen Zorns selbst ertragen muss. Es kann jedoch nicht gesagt werden, dass die sowjetische Presseabteilung bei der Weitergabe von Informationen an ausländische Reporter gleichmäßig zufriedenstellend ist. Im Gegensatz zu dem was im Ausland geglaubt wird – vielleicht wegen dieses Grundes – ist die sowjetische Regierung weit davon entfernt den ansässigen Korrespondenten mit Propaganda vollzupumpen, letztere müssen sie normalerweise tropfenweise entfernen.“²⁰⁴

Getty & Naumov berichten über die Zensur in sowjetischen Bibliotheken: „Trotz der allgemeinen Verschärfung der ‚Literaturdisziplin‘ war die Politik der Zensur in der Periode 1932-34 ungleichmäßig. Im Juni 1933 schrieb ein Rundbrief des Zentralkomitees ausdrücklich die Politik für die ‚Säuberung der Büchereien‘ vor. Vorher im Jahr 1930, während der ultra-linken Welle der ‚Kulturrevolution‘, hatte die Partei darauf beharrt, die literarischen und historischen Arbeiten ‚bourgeoiser‘ und oppositioneller Autoren aus allen Büchereien zu entfernen. Das Rundschreiben vom Juni 1933, obwohl es auf die Entfernung ‚konterrevolutionärer Literatur‘, nebst der Arbeiten von Trotzki und Sinowjew, bewilligte, nahm eine moderate Linie bezüglich des Büchereibestandes im Allgemeinen an. ‚Historisch interessante‘ Arbeiten sollten in den Büchereien größerer Städte bleiben und geschlossene oder ‚spezielle‘ Kollektionen wurden verboten, wie auch die Massensäuberungen in den Bibliotheken.“²⁰⁵

²⁰³ Duranty, Walter. Op. cit. S. 206

²⁰⁴ Ebenda, S. 206

²⁰⁵ Getty & Naumov 1999. The Road to Terror. New Haven, Conn.: Yale Univ. Press, S. 106

„Selbst hier hatte das Politbüro Schwierigkeiten die Kontrolle der Situation zu übernehmen. Die Anweisung vom 13. Juni wurde von hitzköpfigen lokalen Aktivisten ignoriert, die damit fortführen die Bibliotheken von Büchern, die sie als konterrevolutionär einstufen, auszuräumen. Jaroslawski und andere Parteiführer beschwerten sich beim Politbüro, die Molotow und Stalin dazu veranlassten strengere Einschränkungen, die die Säuberung der Büchereien als „antisowjetisch“ charakterisierten, zu erteilen und wieder ihre Unterbindung zu befehlen.“²⁰⁶

Wie sah die Zensur und die Situation der sowjetischen Künstler und Schriftsteller aus? Marxistisch-Leninistische Schriftsteller und Künstler hatten in den 20er Jahren öfters Probleme mit dem von Trotzisten und anderen „oppositionellen Strömungen“ durchsetzten Russischen Verband Proletarischer Schriftsteller (RAPP). Führer der RAPP war der Trotzist Leopold Awerbakh, der eine Diktatur über die sowjetische Literatur ausübte. In den späten 20er Jahren vertrat sie die Theorie der Neutralität des Marxismus gegenüber der Ästhetik. Stalins Theorie der sozialistischen Ästhetik (Proletarische Kultur ist sozialistisch dem Inhalt und national der Form nach) konnte sich 1925 noch nicht durchsetzen. Durch die Theorie der Neutralität gegenüber der Ästhetik fehlte jegliche Anleitung für die Partei in Fragen der Ästhetik. Entsprechend fügten die Trotzisten in der Führung der RAPP während ihrer Vorherrschaft großen Schaden zu. Sie war sektiererisch und auf tyrannische Weise dogmatisch gegenüber literarischen Fragen.²⁰⁷

In der Periode des ersten Fünfjahresplans beschlossen die Führer der RAPP, dass nur Literatur veröffentlicht werden durfte, die gezielt den Plan anpries, was dazu führte, dass es zu einem Austrocknen der schöpferischen Ressourcen in der Literatur, sowie eine Verengung der Thematik kam.²⁰⁸

„... und was noch schwerer wog: Die RAPP-Führer nutzten ihre Position, um Schriftsteller zu verfolgen, die versuchten, in ihrer Kunst einer sozialistischen Orientierung zu folgen, wobei solche berühmten und hervorragenden Künstler wie Maxim Gorki, Michail Scholochow und Wladimir Majakowski nicht ausgenommen waren.“²⁰⁹

Sie führte zu einer vorzeitigen Ausreise Maxim Gorkis und dessen spätere Ermordung durch die trotzkistische Konterrevolution. Michail Schochelow, Autor des Buchs der

²⁰⁶ Ebenda, S. 108

²⁰⁷ Vgl. Bland, Bill: Stalin und die Künste: <http://red-channel.de/mlliteratur/sowjetunion/kunst.htm>

²⁰⁸ Ebenda

²⁰⁹ Ebenda

Stille Don, wurde des Plagiats beschuldigt und Majakowski in den Selbstmord getrieben.²¹⁰

Solche und ähnliche Fälle führten dazu, dass die RAPP aufgelöst wurde und auf dem Gebiet der Literatur eine einzige einheitliche Union Sowjetischer Schriftsteller, auf dem Gebiet der Musik die Union Sowjetischer Komponisten gegründet worden. Mitte der 30er Jahre wurde die Theorie des sozialistischen Realismus entwickelt.²¹¹

Wie wir gesehen haben, hatten die trotzkistischen Führer der RAPP eine schöpferische Entwicklung in der sowjetischen Literatur zu verhindern versucht und waren als tyrannische Zensoren am Werk. Doch wie gingen die „Stalinisten“ mit der Kunst und deren Zensur vor? Das soll an einigen Beispielen verdeutlicht werden.

Ein interessantes Beispiel ist Dimitry Schostakowitsch, einer der berühmtesten sowjetischen Komponisten. In einem Artikel der MLPD können wir lesen: „Er stand zu seinen Lebzeiten und bis heute im Brennpunkt der Auseinandersetzung über die Rolle der Musik und eines Musikers im Sozialismus. Von bürgerlichen Musikhistorikern erhielt er entweder den Stempel des Dissidenten, der angeblich von Stalin „verfolgt“ wurde, oder das Etikett „linientreu“ – gleichbedeutend mit der Unterstellung, sich kritiklos staatlichen Vorgaben für eine „sozialistische Musik“ unterworfen zu haben. Beides ist gleichermaßen antikommunistisch verzerrend und verunglimpft die grandiose Leistung von Schostakowitsch.“²¹²

Wir lesen weiter: „Andrej Shdanow, Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, entwickelte als ein Leitprinzip für die sozialistische Musik: „Ihre Aufgabe besteht darin, die Überlegenheit der sowjetischen Musik zu beweisen, eine machtvolle sowjetische Musik zu schaffen, die das Beste aus der Musik der Vergangenheit in sich schließt und die Gegenwart der sowjetischen Gesellschaft widerspiegelt, eine Musik, die imstande ist, die Kultur unseres Volkes und seine sozialistische Bewusstheit noch höherzuheben.“ (Shdanow, „Über Kunst und Wissenschaft“, Berlin 1951, S. 78). Kritisiert wurden wiederholt eine Überbetonung der Form gegenüber dem Inhalt („Formalismus“), Abgehobenheit von den Massen durch ihnen unverständliche musikalische Mittel („Zwölftonmusik“) ohne Durchdringung mit proletarischem Inhalt, Strukturlosigkeit („Chaos statt Musik“), sklavisches Nachahmen ausländischer bürgerlicher Musik, Sarkasmus, Skeptizismus und rückwärtsgerichtete Dekadenz. Jeder sowjeti-

²¹⁰ Ebenda

²¹¹ Ebenda

²¹² <http://www.mlpd.de/2012/kw44/dimitrij-schostakowitsch-und-die-entwicklung-einer-sozialistischen-musikkultur>

sche Musiker musste sich damit auseinandersetzen und war auch davon beeinflusst – Schostakowitsch ist keine Ausnahme. Er wurde zweimal öffentlich kritisiert – einmal in den 1930er Jahren wegen seiner 4. Sinfonie und der Oper „Lady Macbeth von Mzensk“. Diese Kritik war im Wesentlichen berechtigt. Bei ihm wirkten verschiedene bürgerliche und kleinbürgerliche Einflüsse. So drückt er in der 4. Sinfonie deutlich seine Sympathie für den dekadenten Komponisten Gustav Mahler aus. Schostakowitsch war Schüler des bürgerlichen Spätromantikers Alexander Glasunow, kam aus einem kleinbürgerlichen Elternhaus und sagte selbst, er habe einen Hang zur Melancholie. Schostakowitsch war offen für diese Kritiken und reagierte positiv mit Werken, die diese berücksichtigten. So verstand er die 5. Sinfonie als „schöpferische Antwort auf berechtigte Kritik“ (Bertelsmann-Konzertführer, Gütersloh 1993, S. 456). Seine 5. Sinfonie erreichte große Popularität auf allen Kontinenten. Eine solche Kritik und Selbstkritik war klar, prägnant, fördernd und öffentlich – der gemeinsamen Sache verpflichtet. Die bürgerliche Ideologie stempelt das als „Scherbengericht“ ab und mutmaßt, dass Schostakowitsch sicher an Selbstmord gedacht habe (Bertelsmann-Konzertführer). Dabei gibt es natürlich auch eine Musikkritik im kapitalistischen Musikbetrieb, die durchaus nicht frei ist. Sie ist Teil des Systems der kleinbürgerlichen Denkweise als Herrschaftsmethode – bewertet wird oft nach subjektiver Sympathie oder Antipathie und Maßstab ist Brauchbarkeit für die bürgerliche oder kleinbürgerliche Denkweise. Überschreiten aber Künstler die Grenze zu Ansätzen offener Systemkritik wie etwa die Schriftsteller Heinrich Böll oder Alfred Andersch, dann werden Hetzkampagnen losgetreten bis zur Unterstellung, sie wären ‚Terroristen‘.²¹³

Zwar sind sich die meisten westlichen Musikideologen darin einig, dass die marxistisch-leninistische Kritik von Schostakowitsch und anderer Komponisten der sowjetischen Kultur einen immensen Schaden anrichtete. Tatsache ist jedoch, dass Kunstkritik, die von einer marxistisch-leninistischen Partei betrieben wird, keine bloße Kritik von Politikern ist, sondern die kollektive Meinung der fortgeschrittensten Kulturführer des Landes. Während im Westen eine Kritik die Meinung eines einzelnen Kritikers darstellt, war die sowjetische Kritik eine kollektive Kritik in den Worten eines einzelnen Kritikers. Außerdem ist die Aussage des Schadens durch konstruktive Kritik widerlegt, wenn man bedenkt, dass Schostakowitschs 5. Symphonie eine kreative Antwort eines sowjetischen Künstlers auf berechtigte Kritik war.²¹⁴

Ein weiteres berühmtes Beispiel der sowjetischen Zensurgeschichte war Sergej Eisensteins zweiter Teil des Kinofilms „Iwan der Schreckliche“ 1946. Dieser wurde auf-

²¹³ Ebenda

²¹⁴ Vgl. Bland, Bill. Stalin & the arts <http://ml-review.ca/aml/AllianceIssues/A2004/STALINART.html>

grund falscher historischer Tatsachen abgelehnt. Im Oktober 1946 erkannte Eisenstein die Kritik an seinem Film an. Im Februar 1947 kam es zu einem gemeinsamen Treffen Eisensteins und des Schauspielers Nikolay Cherkasow mit Stalin, Molotow und Schdanow, um über den Film zu diskutieren. Cherkasow berichtet, dass ihnen alle Mittel und Möglichkeiten gegeben wurden, den Film zu korrigieren. Eisenstein nahm diese Kritik offenherzig an. Nur sein früher Tod hinderte ihn daran, die Maßnahme anzugehen. Nachdem der Film zusammen mit dem Regisseur Wladimir Petrow angesehen wurde, einigten sie sich darauf, den Film nicht zu korrigieren, da fast der gesamte Film hätte nachgedreht werden müssen.²¹⁵

Doch wie wurde mit offen antikommunistischen Künstlern verfahren? Einige wie Osip Mandelstam und Boris Pilnyak wurden 1937 Opfer der Jeschowtschina. Bill Bland sieht beide als Opfer der heimlichen Revisionisten in Partei und NKWD. Die meisten antikommunistischen Autoren wurden – oft mit dem Eingreifen von Stalin – nicht repressiert. Einige besonders sprachlich begabte antikommunistische Schriftsteller, wie Boris Pasternak, hatten die Möglichkeit als Übersetzer zu arbeiten. Pasternak übersetzte einige der großartigsten klassischen Werke ins russische. Andere wie Jewgeni Zamyatin konnten das Land verlassen und der Dramatiker Michail Bulgakow konnte als Regisseur im Theater arbeiten. Dieser Artikel kann nur sehr grob die Probleme der sowjetischen Kunst widerspiegeln. Hier geht es vielmehr darum zu zeigen, dass die „Verfolgung“ der Künstler während der Stalin-Epoche sich auf das Nichtpublizieren ihrer offen antikommunistischen Werke reduzierte. Andere Werke wurden offen kritisiert und es kam zu Verbesserungsvorschlägen. Anzumerken ist, dass die am meisten kritisierten Autoren der Stalin-Epoche, Schostakowitsch, Prokofjew, Achmatowa, Bulgakow, Pasternak und Zoschchenko alle eines natürlichen Todes gestorben sind.²¹⁶

Die ersten Fälle, bei denen sowjetische Schriftsteller aufgrund ihrer Werke mit dem Gesetz in Konflikt kamen, passierte weit nach Stalins Tod – im Jahr 1966.

Zwei Schriftsteller, Daniel und Sinjawski, wurden 1966 dafür verhaftet, satirische Geschichten als Pseudonyme im Ausland zu verbreiten. Sie wurden der Verbreitung antisowjetischer Propaganda beschuldigt. Koenker und Bachman erwähnen, dass selbst Stalin dieses Argument nicht gegen Intellektuelle gebraucht hat. Daniel und Sinjawski wurden zu Arbeitslager verurteilt, aber ihre Verhaftungen lösten eine Protestwelle von 63 Schriftstellern aus.²¹⁷

²¹⁵ Vgl. ebenda

²¹⁶ Vgl. ebenda

²¹⁷ Koenker and Bachman, Eds . 1997. Revelations from the Russian Archives. Washington: Library of Congress, S. 264

Max Heyward notiert, dass in der russischen Geschichte weder unter dem Zaren noch unter Stalin Schriftsteller wegen ihrer Literatur verhaftet wurden.²¹⁸

Twardovski schreibt in einem Brief an Breschnew am 7. Februar 1970: „Egal wie seltsam das klingt, Stalin überschüttete mich mit Auszeichnungen und Medaillen, als er noch lebte, während die Stalinisten von heute gegen mich hetzen“²¹⁹

Wie wir sehen, hatte Stalin Respekt vor kritischen, sogar sowjetfeindlichen Schriftstellern und unterstützte sie so, dass sie der sozialistischen Gesellschaft nicht zur Gefahr werden konnten.

Zur Redefreiheit in der Sowjetunion kommentiert Lesnik (1946): „Die Stalinsche Verfassung garantiert den Bürgern der UdSSR die Redefreiheit. Gewisse Leute sind jedoch geneigt, das Vorhandensein der Redefreiheit in der Sowjetunion nur darum zu bestreiten, weil es in der UdSSR keine verschiedenen Parteien, keinen Kampf zwischen ihnen gibt. Stimmt es? Nein es stimmt nicht. Richtig ist nur, dass es in der UdSSR lediglich eine einzige Partei gibt, die Partei der Bolschewiki, die Partei Lenins und Stalins. Aber das beschneidet durchaus nicht das Recht der Sowjetbürger, ihre Überzeugungen frei auszusprechen und frei zu vertreten.“²²⁰

„Es soll lediglich noch hervorgehoben werden, dass die Versammlungsfreiheit in der Sowjetunion dadurch gewährleistet wird, dass dem Volke alle für die Veranstaltungen von Versammlungen notwendigen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Klub- und Kulturgebäude mit besonderen, gut ausgestatteten Versammlungssälen, Rote Ecken, d. h. besonders abgeteilte und sorgfältig geschmückte Räumlichkeiten in Betrieben und Werkhallen, Dorflesestuben in großen und kleinen Dörfern, Theater und Konzertsäle – all das steht den Werktätigen zu Diensten, all das wird ihnen kostenlos für Versammlungen, Beratungen usw. zur Verfügung gestellt. Dass nur unter solchen Umständen die Versammlungs- und Redefreiheit aufhören, bloße Formeln zu sein, zeigt folgendes Beispiel: In Finnland hat man, neben anderen Freiheiten, auch die Versammlungs- und Redefreiheit proklamiert. Als jedoch 1945 die ‚Demokratische Union Finnlands‘, eine der demokratischen Organisationen des Landes, im Zusammenhang mit der Wahlkampagne Räume für ihre Versammlungen zu erhalten wünschte, lehnten die reaktionär gesinnten Besitzer dieser Räumlichkeiten es ab, sie der ‚Demokratischen Union Finnlands‘ zur Verfügung zu stellen, und die Versammlungen mussten unter freiem Himmel veranstaltet werden.“²²¹

²¹⁸ Vgl. Bland Stalin and the arts

²¹⁹ Koenker and Bachman, Eds. Revelations from the Russian Archives. Washington: Library of Congress, 1997, p. 280

²²⁰ Lesnik, op. cit. S. 20

²²¹ Ebenda, S. 27

Welche Möglichkeiten hatten nun die Menschen in der Sowjetunion, ihre Rede- und Versammlungsfreiheit zum Ausdruck zu bringen? Diese wird durch verschiedene gesellschaftliche Organisationen zum Ausdruck gebracht. In den Gewerkschaften, in allen möglichen Kommissionen und Produktionskonferenzen, in den Kontroll-Kommissionen, Belegschaftsversammlungen, Sportvereinigungen, der Kommunistischen Partei und ihrem Jugendverband sowie als Deputierter in den Sowjets, in den Wahlkommissionen und als Unterstützer der Deputierten nahmen die Menschen in der Sowjetunion am gesellschaftlichen Aufbau aktiv teil.

Zuletzt sollte noch auf einen weiteren Aspekt eingegangen werden, den bürgerliche Demokratien für besonders erstrebenswert halten. Es geht um die sogenannte Gewaltenteilung, die eine Verteilung der Staatsgewalt in gesetzgebende (legislative), ausführende (exekutive) und gerichtliche (judikative) Gewalt vorsieht. Zweck einer solchen Gewaltenteilung ist die Machtbegrenzung einzelner Organe sowie die Sicherung der Gleichheit und Freiheit. Es bedarf keiner weiteren Notwendigkeit, die Begriffe Freiheit und Demokratie nochmals inhaltlich auszuwerten. Dies wurde weiter oben zu Genüge getan. Genauso wie die Tatsache, dass eine jede Herrschaft eine Klassenherrschaft ist und eine jede herrschende Klasse gewillt ist, ihre Macht aufrecht zu erhalten. Dementsprechend ist auch die Gewaltenteilung nach ihrem Klassencharakter zu untersuchen. Eine im Vordergrund stehende Herrschaftsmethode der bürgerlichen Demokratie ist es, Illusionen zu schaffen. So wird verbreitet, dass die eigentlichen Entscheidungen nicht vom Kapital, sondern von den Parlamenten getroffen werden. Wie die Tatsachen weiter oben gezeigt haben, werden die wirklichen Geschäfte nicht von den Parteien oder Parlamenten getroffen, sondern vom Kapital. Wahlrecht und Parlamentarismus sind auf die legislative Gewalt beschränkt sind, die beiden anderen Gewalten bleiben jedoch unberührt. Dies ist eine Sicherung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, da so eine aktive Teilnahme oder ein direkter Einfluss der Massen verhindert wird. Man kann zwar Parteien ins Parlament wählen, doch der Staatsapparat ändert sich nicht. Das Kapital ist dadurch im Stande, die Abgeordneten zu kaufen bzw. zu bestechen und für ihre Interessen auszunutzen.

Im kleinen politischen Wörterbuch lesen wir: „Als Organisationsprinzip des bürgerlichen Staates soll die Gewaltenteilung die Illusion erwecken, daß der bürgerliche Staat die Rechte aller Bürger sichere und klassenindifferent ist. Die Gewaltenteilung hebt indes die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen nicht auf. Durch die Gewaltenteilung wird die Klassenherrschaft der Bourgeoisie und die fortschreitende Unterordnung des Parlaments und der Rechtsprechung unter die Exekuti-

ve, die sich unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus rasch vollzieht, lediglich verschleiert.“²²²

Der Sozialismus, die Diktatur des Proletariats, kennt die Gewaltenteilung nicht, da alle Macht in den Händen der Mehrheit der Bevölkerung konzentriert ist. In den Leitsätzen der Kommunistischen Internationale lesen wir dazu unter Punkt 4:

„Erst wenn die Sowjets zum einzigen Staatsapparat geworden sind, ist die tatsächliche Teilnahme an der Verwaltung seitens der ganzen Masse der Ausgebeuteten, die auch unter der aufgeklärtesten und freiesten bürgerlichen Demokratie in Wirklichkeit stets zu neunundneunzig Hundertsteln von der Teilnahme an der Verwaltung ausgeschlossen blieb, zu verwirklichen. Nur in den Sowjets fängt die Masse der Ausgebeuteten an, tatsächlich, nicht aus Büchern, sondern durch die eigene praktische Erfahrung zu lernen, wie das Werk des sozialistischen Aufbaus, der Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Disziplin, eines freien Bundes freier Arbeiter in Angriff zu nehmen ist.“²²³

Dabei reduziert sich die Teilnahme der werktätigen Massen nicht nur auf die Wahlen und die Pressefreiheit. Auch im Bereich der Ökonomie spielt die Demokratie und die aktive Gestaltung der Gesellschaft eine sehr wichtige Rolle.

Planwirtschaft

Die zentrale Planwirtschaft in der Sowjetunion wird als bürokratisch, unflexibel, undemokratisch und ineffizient angesehen. Generell wird der Zentralismus als solcher angegriffen. Man spricht nicht selten von Kommandowirtschaft. Ein genaues Studium der Planwirtschaft während der Stalin-Ära beweist jedoch, dass dieses Propagandabild nicht den Tatsachen entspricht. Es ist eben nicht so, dass das wirtschaftliche Wohl des Landes von einer kleinen Truppe von Bürokraten diktatorisch bestimmt wurde. Die Planwirtschaft basierte damals auf einer möglichst breiten Masseninitiative und war begleitet von Diskussionen, Vorschlägen, Auswertungen und Kontrollen von oben und unten. Hewlett Johnson, Dekan von Canterbury, beschreibt in seiner kleinen Schrift „Die Wahrheit über die Sowjetunion“, wie Planwirtschaft funktioniert:

„In Moskau besteht eine in einer Reihe von Gebäuden vereinte Organisation, die an Ausbreitung und Wichtigkeit ihrer Operationen einzigartig in der Welt dasteht. ...

²²² Kleines politisches Wörterbuch, S. 305

²²³ Leitsätze der KI 1920, S. 5, http://ciml.250x.com/archive/comintern/german/2kongress_leitsaetze_grundaufgaben_ki_6_august_1920.pdf

Jede öffentliche Einrichtung, welcher Art ihre Tätigkeit auch sei ... liefert an diese Zentralstelle in Moskau alle Angaben über ihre Betätigung und ihre gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnisse. Die Masse der Informationen, die sich täglich und stündlich in dieses Zentralbüro ergießt, wird erfasst, gesiebt und verarbeitet durch einen Stab der erfahrensten Statistiker und technischer Sachverständiger... Dieses Büro ist nicht die Domäne einer starren, wirklichkeitsfremden und herzlosen staatlichen Bürokratie ... Eine andere Reihe von Angaben dienen als Grundlage für die Abschätzung der Bedürfnisse dieser selben Menschenmassen: es handelt sich um die Bedürfnisse der einzelnen Bürger an Nahrung, Kleidung, Wohnung, Erziehung, Schutz der Gesundheit und Sicherung der Erholung, und um die Bedürfnisse der Bevölkerung als Ganzes in punkto Verteidigung des Landes, Herstellung der Produktionsmittel, Betrieb der Bergwerke, Eisenbahnen und Maschinen. ... Jedes Unternehmen des Landes ... teilt mit, nicht nur seine Produktion des abgelaufenen Jahres und die für das kommende Jahr geplanten Produktionsziffern, sondern auch seine bisherigen und jetzigen Anforderungen an Arbeitern, Rohstoffen, Transportbedürfnissen und Krediten. So sammeln sich die Schätzungen über das, was dem Volke an Lebensmitteln, Kleidungsstücken und Gebrauchsgütern geliefert wird oder geliefert werden kann. Alle Dienststellen des Verkehrs, der Medizin und des Erziehungswesens, alle Produktionszweige überhaupt, liefern ihre Ziffern, und wenn sie verarbeitet sind, hat man, sozusagen aus der Vogelschau, einen ersten Gesamtüberblick darüber, was im kommenden Jahr produziert und geleistet werden kann, wenn jeder Betrieb oder Bauernhof die Freiheit und die Möglichkeit hat, genauso zu arbeiten, wie er sich veranschlagt hatte. ... Nun mag es vorkommen, dass die derart festgelegte Produktion nicht passt, z. B. wegen der internationalen Lage. Vielleicht droht die Gefahr eines Krieges und es erweist sich als Notwendigkeit, einen größeren Teil der Produktion von Waffen zu verwenden. ... Es sind dies sehr wichtige Fragen, und irgendjemand muss darüber entscheiden. Das Politische Büro und das Zentralkomitee der Partei treffen diese Entscheidungen nach aufmerksamer und gründlicher Diskussion mit den Leitern des Regierungsdepartements, den Volkskommissaren. ... Die so getroffenen Entscheidungen sind übrigens nicht endgültig. Noch handelt es sich um einen provisorischen Plan: um Vorschläge oder, besser ausgedrückt, um Anregungen, die von oben gegeben werden, um dann durch alle Kanäle wieder bis nach unten zu fließen und auf diesem Weg zahlreiche, von unten kommenden Vorschlägen zu begegnen. Denn die ‚Gosplan‘ unterbreitet nun den provisorischen Plan sämtlichen daran interessierten Unternehmen und Organismen. Das Räderwerk läuft jetzt umgekehrt. Bis dahin waren die Angaben aus jedem Winkel der Sowjetunion ... zum Zentrum geströmt. Nun aber wandert der auf die gesammelten, geordneten, verarbeitenden Berichte begründete und auf die Anforderungen der Gesamtwirtschaft zugeschnittene Plan wieder zurück: was von jedem Unternehmen von allen Gesichtspunkten aus gefordert wird, ist dort vermerkt. Jedes Werk, Bauernhof oder Unterrichtsanstalt wird aufgefordert, seine

Bemerkungen dazu zu machen. Ein jeder wird um seine Meinung befragt, nicht nur die Direktoren und Ingenieure, sondern auch die Arbeiter ... Die Erfahrung hat gezeigt, dass diese durch das ganze Volk durchgeführte kollektive Überprüfung des Plans äußerst fruchtbar ist: im Laufe der vom Werkpersonal durchgeführten Konferenzen und Sitzungen tauchen neue, praktische Vorschläge auf, die aus der Tiefe des Volkes herausgewachsen, dem Gutachten der interessierten Kreise unterbreitet werden. ... Die „Gegenvorschläge“ von unten vereinigen sich in den zentralen Büros und führen schließlich zu einer Abstimmung des provisorischen Planes als Ganzes.“²²⁴

Hugh Dalton gibt in seiner Studie über die sowjetische Ökonomie ein konkretes Beispiel aus der Tatarischen Republik. Jede der 43 Verwaltungsbezirke dieser Republik machte seinen eigenen Plan, welcher dann vom Tatarischen Gosplan in Kazan koordiniert wurde. Dieser sandte dann seinen Plan nach Moskau, welcher im Prinzip mit einigen Veränderungen akzeptiert wurde. Moskau entsandte Planungsbrigaden, bestehend aus Spezialisten, in die Region, um die lokalen Pläne an Ort und Stelle zu begutachten und sicherzustellen, dass sie umsetzbar sind. Eine Brigade, die Kazan während des ersten Fünfjahresplans besuchte, bestand aus fünf Mitgliedern, die Experten im Bereich der Wirtschaft, der chemischen Industrie, der metallverarbeitenden Industrie, des Transportwesens und der Energiewirtschaft waren. Sie machten einige Veränderungen im Plan der Tatarischen Republik. Dazu gehörte u. a. der Bau eines Stromkraftwerks anstatt einer Fabrik für Straßenbaumaschinen. Diese wurde in einer benachbarten Region errichtet. Die Planungsbrigade blieb sieben Tage vor Ort, bereitete sich aber in Moskau 1 ½ Monate für ihre Unternehmung vor, indem sie detailliert die Pläne für die Tatarischen Republik studierte.²²⁵

Laut Hoover konnten die unteren Planungsbehörden beim Gosplan Protest einlegen, wenn diese meinten, die Planziffern seien zu hoch. Daher war es notwendig, dass die Planungen rechtzeitig und gründlich durchgeführt werden.²²⁶ Dabei sind die vom Gosplan erstellten Planziffern keine Grenzen sondern Zielsetzungen, die übertroffen werden können.²²⁷

Stalin kommentiert zur Planwirtschaft: „Man könnte einwenden, durch eine so gründliche Änderung der Voranschläge des Fünfjahrplans durchbreche das ZK das Prinzip der Planung und setze die Autorität der Planorgane herab. Aber so können nur hoff-

²²⁴ Johnson, Hewlett 1947. Die Wahrheit über die Sowjetunion, Stuttgart: Verlag das Neue Wort, S. 8-10

²²⁵ Dalton, Hugh 1933. A General View of the Soviet economy with special reference to planning, in M. I. Cole (Ed.) Twelve Studies in Soviet Russia, London: Victor Gollancz LTD, S. 23

²²⁶ Hoover, 1931, S. 301

²²⁷ Ebenda, S. 324

nungslose Bürokraten reden. Für uns Bolschewiki ist der Fünfjahrplan nicht etwas Abgeschlossenes und ein für allemal Gegebenes. Für uns ist der Fünfjahrplan wie jeder andere Plan nur ein Plan, der als erste Nahrung angenommen ist, der auf Grund der an Ort und Stelle gemachten Erfahrungen, auf Grund der bei der Durchführung des Plans gemachten Erfahrungen präzisiert, geändert und vervollkommenet werden muss. Kein Fünfjahrplan kann all die Möglichkeiten berücksichtigen, die im Schoße unserer Gesellschaftsordnung schlummern und erst im Prozess der Arbeit, im Prozess der Durchführung des Plans in der Fabrik, in der Kollektivwirtschaft, in der Sowjetwirtschaft, im Rayon usw. zum Vorschein kommen. Nur Bürokraten können glauben, die Planungsarbeit sei mit der Aufstellung des Plans beendet. Die Aufstellung des Plans ist nur der Anfang der Planung. Die richtige planmäßige Führung entwickelt sich erst nach Aufstellung des Plans, nach Überprüfung an Ort und Stelle, im Prozess der Realisierung, der Korrektur und der Präzisierung des Plans.“²²⁸

Alexander Baykov kommt in seiner Studie über die sowjetische Ökonomie zu dem Schluss, dass das Netzwerk der sowjetischen Planungsbehörden auch noch in der letzten Phase der Planfestsetzung pluralistisch war, da es Dezentalisierungen gab und die Planung an sich sehr flexibel war, so dass eine Revision und Korrektur der Planziffern möglich war. Dabei spielte die Kontrolle der Planerfüllung eine zunehmende Rolle.²²⁹

Beispielsweise wurden die Planziffern für den zweiten Fünfjahresplan von der sowjetischen Regierung reduziert²³⁰, dafür enthielt dieser wesentlich mehr technische Details.²³¹

Dennoch sehen viele bürgerliche Historiker und Ökonomen die sozialistische Planwirtschaft dem Kapitalismus gegenüber als ineffizient an. Die angeblich marode Wirtschaft der sozialistischen Staaten und ihr Untergang sollen dazu als Beweis dienen. 2003 erschien von Robert C. Allen ein interessantes Buch über die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion mit dem Titel „Farm to Factory. A Reinterpretation of the Soviet Industrial Revolution“. Dort wird zuerst eine Zusammenfassung diverser Historiker und Ökonomen über die Unfähigkeit sowjetischer Planwirtschaft geliefert. So wird beispielsweise gern behauptet, dass das sowjetische Wirtschaftswachstum nicht außerordentlich hoch war und auch viele andere kapitalistische Staaten eine vergleichbar starke wirtschaftliche Entwicklung hatten (Khanin 1988, 1991). Weiter-

²²⁸ Stalin, J.W., Politischer Rechenschaftsbericht auf dem 16. Parteitag 1930: <http://stalinwerke.de/band12/b12-028.html>

²²⁹ Baykov, Alexander 1948. The Development of the Soviet Economic System. S. 463-464

²³⁰ Ebenda, S. 184

²³¹ Ebenda, S. 186

hin wird behauptet, dass Russland schon vor 1917 einen rapiden wirtschaftlichen Aufschwung erlebte und Russland somit schon in den 1980er Jahren den gleichen Lebensstandard wie die westlichen Staaten gehabt hätte, wäre diese Entwicklung nicht durch die Bolschewiki aufgehalten worden (Gregory 1994, Mironov 2000). Der hohe Ausstoß in der Industrie sei angeblich nur im Bereich der Schwerindustrie erzeugt worden, die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern sei stark vernachlässigt worden und habe sich auf einem sehr niedrigen Level befunden (Tucker 1977, Bergson 1961, Chapman 1963). Auch die Kollektivierung der Landwirtschaft sei eine Katastrophe gewesen und habe die Landwirtschaft ruiniert, was eine Verelendung der Bauernschaft zur Folge gehabt habe (Nove & Morrison 1982, Conquest 1986, Fitzpatrick 1994, Viola 1996). Außerdem sei der Sozialismus ökonomisch irrational, weil in ihm die Ökonomie von Ideologie, Bürokratismus und Despotismus beherrscht sei. Dies führe automatisch zu Fehlplanung, Unterschätzungen des Preis-Leistungs-Verhältnisses und ignoriere die Nachfrage (Kornai 1992, Hunter & Szyrmer 1992, Malia 1994). Zu guter Letzt: Der wirtschaftliche Rückgang nach 1970 zeige die Unterlegenheit des Sozialismus, weil dieser u.a. die wissenschaftlich-technologische Revolution verpasst habe (Berliner 1976, Goldman 1983, Kornai 1992). Allen zitiert u. a. den Historiker Rosefielde, der Stalins ökonomisches Programm als „kolossales Versagen“ verurteilt. Die administrative Kommandowirtschaft sei der freien Marktwirtschaft unterlegen, ihr Wachstum sei eine Illusion gewesen und sie habe zur Stagnation geführt. Malia (1994) bezeichnet das ganze Unternehmen als von Anfang an falsch²³²

Robert Allen hingegen bewertet das planwirtschaftliche Experiment völlig anders. So erwidert er auf die obigen Anklagen, dass führende Wissenschaftler die hohen Wachstumsraten der sowjetischen Wirtschaft anerkennen (Nove 1990, Gregory and Stuart 1986) und es sehr unwahrscheinlich sei, dass das zaristische Russland eine ähnliche oder höhere wirtschaftliche Entwicklung gehabt hätte, hätte es 1917 keine Revolution gegeben (Gerschenkron 1965, Owen 1995). Die sowjetische Konsumtion ist sowohl nach dem 2. Weltkrieg (Gregory & Stuart 1986) als auch zwischen 1928 und 1940 gestiegen (Hunter & Szyrmer 1992, Wheatcroft 1999, Nove 1990). Die Kollektivierung der Landwirtschaft habe zwar wenige Verteidiger, doch nicht alle Kommentatoren verwerfen die Kolchosen als ineffizientes Modell (Johnson & Brooks 1983) und einige gehen davon aus, dass die Kollektivierung der Landwirtschaft die Industrialisierung beschleunigt habe. (Nove 1962).²³³

²³² Vgl. Robert C Allen: "Farm to Factory" (2003), S. 1 – 3, dort die Quellen

²³³ Ebenda, S. 3, dort die Quellen

In seiner eigenen Analyse kommt Allen zu überraschenden Ergebnissen. Dabei wertet er demographische und ökonomische Daten verschiedener Autoren aus, macht internationale Vergleiche und analysiert eine mögliche sowjetische Wirtschaftsentwicklung, wenn die Kollektivierung der Landwirtschaft nicht stattgefunden hätte. So sei die Industrialisierung nicht das Ergebnis von Zwangsarbeit gewesen, da Sträflinge nur für einfache Arbeiten wie Holzfällen in entlegenen Gebieten eingesetzt wurden und nie an die Produktivität freier Arbeiter heranreichten.²³⁴ Das enorme Wachstum der Städte, hervorgerufen durch die Landflucht der Bauern, habe zwar zu einer Verschlechterung der Wohnsituation geführt, das sei aber typisch für alle Länder, die durch die Industrialisierung gehen. Entscheidend sei hier, wie schnell sich diese Situation verbessere. Während in der Dritten Welt Slums weit verbreitet sind, sei es zu einer enormen Verbesserung der Wohnsituation und der sanitären Einrichtungen in der Sowjetunion nach dem 2. Weltkrieg gekommen.²³⁵ Anders als die Entwicklungsländer erlitt die Sowjetunion keine Bevölkerungsexplosion. Dies sei zwar zum einen auf die Verluste während der Hungersnot und des Zweiten Weltkriegs zurückzuführen. Wesentlich dafür sei aber die verbesserte ökonomische Lage, die Erhöhung der Lebenserwartung und des Lebensstandards, die Befreiung der Frau und die verbesserte Bildungssituation gewesen.²³⁶ Die Kollektivierung der Landwirtschaft habe durch die dortige Produktivitätssteigerung die Industrialisierung gestützt, weil so mehr Arbeitskräfte für die Industrie vorhanden gewesen wären.²³⁷

Die Konsumtion sank zwar während des Ersten Fünfjahresplans, stieg aber danach tatsächlich enorm an. Ende der 30er Jahre stieg die Produktion von Konsumgütern um 80%.²³⁸ Betrug die Kalorieneinnahme 1910 pro Kopf und Tag etwa 2100, so stieg sie während der NEP auf 2500 Kalorien. Während des Ersten Fünfjahresplans 1928 – 1932 fiel der Wert auf das Niveau der Zeit vor der Revolution (1929: 2030 Kalorien, 1932: 2022 Kalorien). Ende der 30er Jahre betrug die Kalorieneinnahme dann 2900 pro Kopf. Die Steigerung von knapp über 2000 Kalorien pro Kopf auf fast 3000 innerhalb von 10 Jahren übersteigt den Wert vieler asiatischer Staaten während der „Grünen Revolution“. Beispielsweise betrug 1961–63 die Kalorieneinnahme in Indien 1991 pro Kopf und stieg 1988–90 auf 2229 Kalorien. In Pakistan stieg der Wert von 1802 bis 2280 pro Kopf/Tag im gleichen Zeitraum. Nur Indonesien weist vergleichba-

²³⁴ Ebenda, S. 108

²³⁵ Ebenda, S. 108 f.

²³⁶ Ebenda, S. 131

²³⁷ Ebenda, S. 110

²³⁸ Ebenda, S. 152

re Zunahmen auf: von 1816 Kalorien in den 60ern auf 2605 Anfang der 90er, jedoch anders als die Sowjetunion in 30 Jahren und nicht in 10.²³⁹

Tatsächlich profitierte der Großteil der Bevölkerung ökonomisch von der Industrialisierung.²⁴⁰ Die sozialen und ökonomischen Errungenschaften der sozialistischen Planwirtschaft, über die man ganze Bücher schreiben könnte, sind gar nicht hoch genug zu bewerten! Interessant an den Studien von Robert C. Allen ist jedoch, dass er annimmt, dass die Kollektivierung der Landwirtschaft mit Ausnahme des verstärkten Zustroms von Arbeitskräften in die Stadt nur wenig zur Industrialisierung beitrug und den Sozialismus eher korrumpierte. Eine Beibehaltung der NEP mit einigen Veränderungen wäre seiner Meinung nach der Industrialisierung tatsächlich förderlicher gewesen, nicht zuletzt wegen der „unnötigen“ Gewalt während der Kollektivierung.²⁴¹ Dem muss energisch widersprochen werden. Tatsächlich war die Kollektivierung der Landwirtschaft eine Notwendigkeit, da sie den Hungersnöten ein Ende bereitere. Lassen wir hierzu Grover Furr sprechen:

„Russland und die Ukraine erlebten früher fast regelmäßig Hungersnöte. Die große Hungersnot von 1932/33 ereignete sich zur Zeit der Kollektivierungen. Ohne Frage starben damals mehr Menschen, als sie unter normalen Umständen gestorben wären. Aber hätte es keine Kollektivierung gegeben, wären weiter alle drei Jahre in den folgenden Jahren Menschen immer wieder bei den Hungersnöten gestorben. Die Kollektivierungen führten dazu, dass die Hungersnot von 1932/33 die letzte blieb, mit Ausnahme der Hungersnot von 1946/47, die noch schlimmer, aber eine Folge des Krieges war. ... Man muss sich mal überlegen, was mit Russland passiert wäre, wäre die Kollektivierung der Landwirtschaft nicht gewesen und falls Russland nicht sein Industrialisierungsprogramm so forciert hätte und falls die Intrigen der Opposition in den 30iger Jahren nicht zerschlagen worden wären – dann hätten die Nazis und die Japaner gesiegt.“²⁴²

Tatsächlich ist auch die Behauptung weit hergeholt, dass die Kolchosen ausgebeutet wurden. Ludo Martens hat dies zusammengefasst: „Tatsache bleibt, dass innerhalb eines Jahrzehnts der russische Bauer vom Mittelalter mitten ins 20. Jahrhundert überging. Seine kulturelle und technische Entwicklung war phänomenal. Diese Fortschritte widerspiegeln die kontinuierliche Investitionssteigerung in der Landwirtschaft. Von 379 Mill. Rubel im Jahre 1928 erhöhte sie sich 1930 auf 2590, 1931 auf 3645, hielt

²³⁹ Ebenda, S. 134 - 136

²⁴⁰ Ebenda, S. 152

²⁴¹ Ebenda, S. 170-171

²⁴² Grover Furr Juli 2010, Interview mit 'Verade' Nr. 118, <http://espressostalinist.com/2011/02/15/pcmle-grover-furr/>

dann dieses Niveau 2 Jahre lang, um 1934 mit 4661 Mill. Rubel und 1935 mit 4983 den höchsten Punkt zu erreichen. Diese Angaben weisen die Theorie zurück, wonach die sowjetische Landwirtschaft von der Stadt ‚ausgebeutet‘ worden sei: Niemals hätte ein kapitalistisches Wirtschaftssystem auf dem Lande solche konsequenten Investitionen verwirklichen können. Der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtinvestition der UdSSR erhöhte sich ausgehend von 6,5% im Wirtschaftsjahr 1923-1924 in den entscheidenden Jahren 1931 und 1932 auf 25 bzw. 20%, 1935 betrug der Landwirtschaftsanteil 18%. (...) Die sozialistische Landwirtschaft hatte ihren Aufschwung genommen, sobald die Auswirkungen der beträchtlichen industriellen Investitionen spürbar wurden. Der Wert der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion stagnierte im Zeitraum 1928-1934 zwischen einem Höchstbetrag von 14,7 und einem Mindestbetrag von 13,1 Md. Rubel schwankend. Dann stieg er 1935 auf 16,2, 1937 auf 20,1 und 1940 auf 23,2 Md. Rubel. Eine Landbevölkerung, die sich zwischen 1926 und 1940 von 120 auf 132 Millionen vermehrte, konnte eine Stadtbevölkerung ernähren, die im gleichen Zeitraum von 26,3 auf 61 Millionen angestiegen war. Der Nahrungsmittelverbrauch der Kolchosfamilien zeigte im Jahr 1938 im Vergleich zur Ernährung unter dem alten Regime folgende Prozentsätze: bei Brot und Mehl 125, Kartoffeln 180, Obst und Gemüse 147, Milch und Milchprodukte 148, Fleisch und Wurstwaren 179.²⁴³

Eine besondere Auffälligkeit ist, dass Robert C. Allen in seiner Studie nachweist, dass die sowjetische Wirtschaft ab den 1970er Jahren stagnierte. Er führt dies u. a. auf Fehlinvestitionen, technologischen Rückschritt, fehlende Arbeitskräfte und übermäßige Militärausgaben zurück.²⁴⁴

Eine andere Studie stellt ebenfalls fest, dass die sowjetische Ökonomie ab den 70er Jahren stagnierte, bewertet dies jedoch von einem historisch-materialistischen und damit marxistischen Standpunkt aus und kommt zu anderen Schlussfolgerungen als Allen. Gemeint ist das Buch von Roger Keeran und Thomas Kenny „Socialism betrayed. Behind the Collapse of the Soviet Union“.²⁴⁵ Mit der Zerschlagung der „linken“ und der „rechten“ Opposition in den 1930ern hörte der Klassenkampf in der Sowjetunion nicht auf. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu Debatten um die Warenproduktion und das Wertgesetz im Sozialismus. Stalin erkannte, dass das Wertgesetz unvereinbar ist mit den grundlegenden Gesetzen der sozialistischen Produktion, die keine Warenproduktion ist. Die Wirkung des Wertgesetzes (der Ware-Geld-Beziehungen) in der UdSSR hatte ihre Wurzeln in der unterschiedlichen Orga-

²⁴³ Martens, a.a.O., S. 107 - 108

²⁴⁴ Allen (2003), S. 211

²⁴⁵ Roger Keeran und Thomas Kenny 2010. Socialism betrayed. Behind the Collapse of the Soviet Union. Bloomington: iUniverse, Inc.

nisationsform der Produktion: der vergesellschafteten Industrieproduktion stand eine genossenschaftliche und zum Teil auch noch individuelle landwirtschaftliche Produktion gegenüber. Der Verkehr zwischen diesen beiden Sektionen der Wirtschaft bzw. zwischen Landwirtschaft und Staat war insofern noch immer ein Warenverkehr. Aber trotzdem regelte das Wertgesetz nicht die sozialistische Produktion und Verteilung. Die landwirtschaftlichen Konsumgüter wurden als Waren produziert. Die industriellen Konsumgüter wurden nicht als Waren produziert, konnten im Austausch mit der Landwirtschaft aber Warencharakter annehmen, die Produktionsmittel waren keine Waren.

Stalin schreibt dazu in seinem Werk „Die ökonomischen Problemen des Sozialismus in der UdSSR“: „Gegenwärtig existieren bei uns zwei grundlegende Formen der sozialistischen Produktion: die staatliche, volkseigene, und die kollektivwirtschaftliche, die man nicht als volkseigene bezeichnen kann. In den staatlichen Betrieben sind die Produktionsmittel und die Erzeugnisse der Produktion allgemeines Volkseigentum. In den kollektivwirtschaftlichen Betrieben hingegen sind, obwohl die Produktionsmittel (Boden, Maschinen) auch dem Staat gehören, die Erzeugnisse der Produktion jedoch Eigentum der einzelnen Kollektivwirtschaften, da es sich in den Kollektivwirtschaften sowohl um eigene Arbeit als auch um eigenes Saatgut handelt, während die Kollektivwirtschaften über den Boden ... faktisch wie über ihr Eigentum verfügen, obwohl sie ihn weder verkaufen noch kaufen, weder verpachten noch verpfänden dürfen. Dieser Umstand führt dazu, daß der Staat nur über die Erzeugnisse der staatlichen Betriebe verfügen kann, während über die kollektivwirtschaftlichen Erzeugnisse nur die Kollektivwirtschaften als über ihr Eigentum verfügen. Aber die Kollektivwirtschaften wollen ihre Produkte nicht anders als in Form von Waren veräußern, für die sie im Austausch die von ihnen benötigten Waren erhalten wollen. Andere ökonomische Verbindungen mit der Stadt als Warenbeziehungen, als Austausch durch Kauf und Verkauf sind für die Kollektivwirtschaften gegenwärtig nicht annehmbar. (...) Wenn an die Stelle der zwei grundlegenden Produktionssektoren, des staatlichen und des kollektivwirtschaftlichen, ein allumfassender Produktionssektor mit dem Verfügungsrecht über alle Konsumgüter des Landes getreten sein wird, dann wird natürlich die Warenzirkulation mit ihrer 'Geldwirtschaft' als unnötiges Element der Volkswirtschaft verschwinden“²⁴⁶

Die andere Seite vertrat den Standpunkt, dass das Wertgesetz und die Warenproduktion im Sozialismus eine entscheidende Rolle spielen und erweitert werden müsse. Zu diesen Vertretern gehörte z. B. Wossnesenski, damals Vorsitzender des GOSPLAN.

²⁴⁶ Stalin, ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Werke, Band 15, S. 268 - 269

Stalin hatte in seinem Werk „Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ die falschen Vorstellungen zur Warenproduktion und zum Wertgesetz im Sozialismus entlarvt. Unter seiner Anleitung wurde auch das Lehrbuch der politischen Ökonomie verfasst, welche zwei Jahre nach Stalins Tod 1955 erschien.

Nach dem zweiten Weltkrieg entwickelten sich die Produktivkräfte in der Sowjetunion auf eine neue Stufe. Dies hätte eine Änderung des Planungssystems, der Umwandlung kleiner Kolchosen (also genossenschaftliches Eigentum) in große staatliche Betriebe, der Erweiterung kommunistischer Beziehungen, der Umwandlung der Warenproduktion in einen Produktaustausch, der erweiterten Kontrolle der Produktion durch Einbeziehung der arbeitenden Massen etc. bedurft. Solch eine Umgestaltung muss sorgfältig geplant und ausgearbeitet werden.

„Wir haben noch kein entwickeltes System des Produktaustauschs“, sagt Stalin, „aber wir haben Keime des Produktaustauschs... Die Aufgabe besteht darin, diese Keime des Produktaustauschs in allen Zweigen der Landwirtschaft zu fördern, sie zu einem weitverzweigten System des Produktaustauschs zu entwickeln, damit die Kollektivwirtschaften für ihre Erzeugnisse nicht nur Geld, sondern vor allem die notwendigen Erzeugnisse erhalten. Ein solches System erfordert eine gewaltige Steigerung der von der Stadt an das Dorf gelieferten Produktion, deshalb sollte man es ohne Überstürzung, entsprechend der Anhäufung der von der Stadt hergestellten Erzeugnisse, einführen. Einführen muß man es jedoch unentwegt, ohne zu schwanken, indem man Schritt für Schritt den Wirkungsbereich der Warenzirkulation einengt und den Wirkungsbereich des Produktaustauschs erweitert.“²⁴⁷

„Was muß nun letzten Endes unternommen werden, um das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben? Die Kollektivwirtschaft ist kein gewöhnlicher Betrieb. Die Kollektivwirtschaft arbeitet auf Boden und bearbeitet Boden, der schon längst allgemeines Volkseigentum und nicht kollektivwirtschaftliches Eigentum ist. Folglich ist die Kollektivwirtschaft nicht Eigentümer des von ihr bearbeiteten Bodens. Weiter: Die Kollektivwirtschaft arbeitet mit Hauptproduktionsinstrumenten, die nicht kollektivwirtschaftliches Eigentum, sondern allgemeines Volkseigentum sind. Folglich ist die Kollektivwirtschaft nicht Eigentümer der Hauptproduktionsinstrumente. Weiter: Die Kollektivwirtschaft ist ein genossenschaftlicher Betrieb, bedient sich der Arbeit ihrer Mitglieder und verteilt die Einkünfte unter die Mitglieder nach Tagewerken, wobei die Kollektivwirtschaft über eigenes Saatgut verfügt, das jährlich erneuert und für die Produktion verwendet wird. Es fragt sich: Was besitzt die Kollektivwirtschaft eigentlich, welches ist das kollektivwirtschaftliche Eigentum, über das sie völlig frei, nach eigenem Ermessen verfügen kann?“

²⁴⁷ Ebenda, S. 342-343

Ein solches Eigentum sind die Erzeugnisse der Kollektivwirtschaft, die Erzeugnisse der kollektivwirtschaftlichen Produktion: Getreide, Fleisch, Fett, Gemüse, Baumwolle, Rüben, Flachs usw., nicht gerechnet die Gebäude und die persönliche Wirtschaft der Kollektivbauern auf dem Hofland. Es ist so, daß ein erheblicher Teil dieser Erzeugnisse, die Überschüsse der kollektivwirtschaftlichen Produktion, auf den Markt gelangen und auf diese Weise in das System der Warenzirkulation einbezogen werden. Eben dieser Umstand ist es jetzt auch, der der Hebung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums hinderlich im Wege steht. Deshalb muß man gerade von dieser Seite her die Arbeit zur Hebung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums entfalten. Um das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben, muß man die Überschüsse der kollektivwirtschaftlichen Produktion aus dem System der Warenzirkulation herausziehen und in das System des Produktaustauschs zwischen der staatlichen Industrie und den Kollektivwirtschaften einbeziehen. Das ist das Wesentliche.¹²⁴⁸

„Mitunter wird die Frage gestellt: Besteht und wirkt bei uns, in unserer sozialistischen Ordnung, das Wertgesetz? Ja, es besteht und wirkt. Dort, wo es Waren und Warenproduktion gibt, muß es auch das Wertgesetz geben. (...) Bedeutet dies alles jedoch, daß die Wirkungen des Wertgesetzes bei uns den gleichen Spielraum haben wie im Kapitalismus, daß das Wertgesetz bei uns der Regulator der Produktion ist? Nein, das bedeutet es nicht. In der Tat ist der Wirkungsbereich des Wertgesetzes in unserer ökonomischen Ordnung streng begrenzt, sind diesem Wirkungsbereich Schranken gesetzt. Es wurde bereits gesagt, daß der Wirkungsbereich der Warenproduktion in unserer Ordnung begrenzt ist und ihm Schranken gesetzt sind. Das gleiche muß über den Wirkungsbereich des Wertgesetzes gesagt werden. Ohne Zweifel muß das Fehlen des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande den Wirkungsbereich des Wertgesetzes und seine Einwirkung auf die Produktion einschränken. (...) Völlig falsch ist auch die Behauptung, daß in unserer gegenwärtigen Ordnung... das Wertgesetz angeblich die 'Proportionen' der Verteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Produktionszweigen reguliere. Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns nicht die Leichtindustrie als die rentabelste mit aller Macht entwickelt wird, warum ihr nicht der Vorrang gegeben wird vor der Schwerindustrie, die oftmals weniger rentabel und bisweilen überhaupt nicht rentabel ist. Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns eine Reihe vorläufig noch unrentabler Betriebe der Schwerindustrie ... nicht geschlossen wird und nicht neue Betriebe der zweifellos

²⁴⁸ Ebenda, S. 341 - 342

rentablen Leichtindustrie eröffnet werden ... Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns die Arbeiter aus den wenig rentablen, aber für die Volkswirtschaft sehr notwendigen Betrieben nicht in rentablere Betriebe übergeführt werden im Einklang mit dem Wertgesetz, das angeblich die 'Proportion' der Verteilung der Arbeit zwischen den Produktionszweigen reguliert. (...) (D)as Wertgesetz [kann] nur im Kapitalismus ... Regulator der Produktion sein. (...) Wenn man die Rentabilität nicht vom Standpunkt einzelner Betriebe oder Produktionszweige betrachtet und nicht den Maßstab eines Jahres anlegt, sondern sie vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft betrachtet und den Maßstab von etwa 10 bis 15 Jahren anlegt, was die einzig richtige Fragestellung wäre, dann steht die zeitweilige und labile Rentabilität einzelner Betriebe oder Produktionszweige in gar keinem Vergleich zu der höheren Form der sicheren und ständigen Rentabilität, die uns die Wirkung des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Planung der Volkswirtschaft gewährleisten, indem sie uns vor den periodischen Wirtschaftskrisen, die die Volkswirtschaft zerrütten und der Gesellschaft gewaltigen materiellen Schaden zufügen, bewahren und uns das ununterbrochene außerordentlich schnelle Wachstum der Volkswirtschaft sichern."²⁴⁹

Der Widerstand gegen solche Bestrebungen zeigte sich in den unterschiedlichen Positionen in der Partei. Nach dem XX. Parteitag 1956 schlug die KPdSU einen völlig anderen Weg ein und erweiterte die Warenproduktion und die Geltung des Wertgesetzes. Angefangen mit der Auflösung der Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) und deren Übergabe in das Eigentum der Kolchosen, gegen die schon Stalin mit aller Deutlichkeit argumentiert hatte²⁵⁰, bis hin zu den ökonomischen Reformen in den 1960er Jahren, die darauf abzielten, dass die Eigenverantwortung der Betriebe erhöht wird und diese einen Teil des Gewinns für sich behalten sollten. Eine Erweiterung der Warenproduktion und des Wertgesetzes bedeutet noch lange nicht, dass nach 1956 in der Sowjetunion der Kapitalismus restauriert wurde, da die Warenproduktion schon älter ist als der Kapitalismus und auch im Sozialismus – wenn auch eingeschränkt – wirkt. Doch die logische Folge einer solchen Erweiterung führt zu Gorbatschow und der Konterrevolution wie Keeran und Kenny sehr gut herausarbeiten. Damit stehen sie auch im Einklang mit den Studien, die Harpal Brar in seinem Buch „Perestrojka – The complete collapse of revisionism“, dargelegt hat.²⁵¹ Die Anwendung bürgerlicher

²⁴⁹ Ebenda, S. 271 - 276

²⁵⁰ Vgl. Ebenda, S. 338 ff.

²⁵¹ Brar, Harpal, 1992. „Perestrojka - The complete collapse of revisionism“; deutsche Ausgabe: Brar, Harpal, „Perestrojka - Der vollständige Zusammenbruch des Revisionismus“, herausgegeben von offen-siv, vertrieben von Che & Chandler.

Normen in der sozialistischen Ökonomie wie „Profit als Produktionsregulator“, „Eigenverantwortung der Betriebe“, „Rentabilität einzelner Betriebe“, Erhöhung des materiellen Anreizes etc. waren ein direkter Angriff auf die zentrale Planwirtschaft und automatisch ihre Untergrabung. Natürlich wurde dabei die Planwirtschaft als „Stalinsches Modell“, als „bürokratisch“, „unflexibel“, „autoritär“, „Kommandowirtschaft“ etc. pp. diffamiert.

Wir lesen bei Harpal Brar: „Bürgerliche Ansichten zur politischen Ökonomie wurden hauptsächlich in sowjetischen Fachzeitschriften für Ökonomie geäußert, überdies in einer gleichzeitig weitschweifigen und schwerfälligen Sprache - jedenfalls bis mit dem Erscheinen Gorbatschows die Quantität der Zeit ihren qualitativen Umschlag erfuhr, bürgerliche Ideen nunmehr in allen Sphären des Lebens offener, freimütiger, häufiger und massenhaft zum Ausdruck kamen (das Feld der politischen Ökonomie eingeschlossen). In der Zeit vor Gorbatschow bildeten tschechische revisionistische Theoretiker, hier besonders Ota Sik, eine Ausnahme von dieser Regel. Ohne Umschweife und offen verbreiteten sie ihre bürgerlichen Ideen. Ihr Eintreten für einen „Markt-Sozialismus“ unterscheidet sich aufgrund der (zu jener Zeit) größeren Ausdehnung des Marktes in der Tschechoslowakei durch seine Ausdrucksklarheit von demjenigen ihrer sowjetischen Ebenbilder, die mit ganz besonderer Vorsicht und zitternder Hand zu Werke gehen mußten, weil die damalige offizielle Ideologie noch der Marxismus war. Deshalb die obskure Sprache der revisionistischen Wirtschaftstheoretiker in der Sowjetunion der späten 50er und 60er Jahre - eine Sprache, die nur von ihren Schöpfern verstanden werden kann. In diesem Falle beginnen wir mit einem Zitat von Ota Sik, dem man es schließlich lassen muß, von all diesen Wirtschaftstheoretikern des Revisionismus die wohl gründlichste Auslegung des ‚Markt-Sozialismus‘ gegeben zu haben. Sik sagt, daß Stalin ‚schwerwiegende theoretische Fehler... begangen hat, die in hohem Maße dem damaligen Zustand der Ökonomie entsprangen ... Er stellte die Theorie auf, daß Ware-Geld-Beziehungen ihrem Wesen nach ein fremdes Element in einer sozialistischen Ökonomie darstellten, welche sie nur deswegen erdulden müsse, weil ihre Existenz ihr durch die kooperativen Formen des sozialistischen Eigentums [d.h. durch die kollektiven Landwirtschaften] aufgezwungen sei; und welche er als niedere Formen betrachtete, in denen sozialistische Prinzipien unzulänglich verkörpert seien. Er glaubte, daß es für das Rechnen mit und Registrieren von Werten im sozialistischen Staatssektor nur hinsichtlich äußerer Beziehungen Raum geben könne (mit Kooperativen und anderen Ländern) und daß zwischen sozialistischen Staatsbetrieben keine wirklichen Ware-Geld-Beziehungen existieren könnten ... Diese Theorie Stalins, an der zu seinen Lebzeiten strikt festgehalten wurde und die immer noch weitestgehend praktiziert wird, wurde zu einem tief verwurzelten Dogma mit schweren Konsequenzen für das sozialistische Wirtschaftswachstum.“ (Ota Sik, *Socialist Market Relations and Planning included in: Socialism, Capitalism and Eco-*

conomic Growth: Essays Presented to M. Daub [Sozialistische Marktbeziehungen und Planung, aus: Sozialismus, Kapitalismus und Wirtschaftswachstum], Cambridge University Press, 1967) Gemäß diesem Gelehrten des Revisionismus wäre also der Markt nicht nur eine Hinterlassenschaft des Kapitalismus und es sei auch nicht die Aufgabe des Sozialismus, ihn zu beseitigen. Im Gegenteil, so sagt er, gäbe es ‚in einer sozialistischen Ökonomie‘ eine ‚objektive Notwendigkeit für die Existenz von Ware-Geld-Beziehungen und den Markt‘, und zwar wegen der ‚Unmöglichkeit, ökonomische Konflikte zu lösen, wenn diese Beziehungen durch die alte Methode der administrativen Planung beschränkt oder unterdrückt werden. Marktverhältnisse erklären sich durch ... die inneren Widersprüche sozialistischer Arbeit auf einer gegebenen Stufe der Produktivkraftentwicklung - und deshalb‘ sei ‚im Rahmen der sozialistischen Planung der Markt eine notwendige ökonomische Form zur Lösung dieser Widersprüche.‘ (ebd., S. 148)²⁵²

Und Brar weiter: „Die Schriften dieser revisionistischen Ökonomen - Wenshers, Libermans, Siks und etlicher mehr - sind nichts anderes, als die in ‚Marxscher‘ Ausdrucksweise wiederholten Behauptungen bürgerlicher politischer Ökonomie (einschließlich derjenigen der Troztkisten), daß effiziente ökonomische Rechnungsführung ohne Markt undenkbar sei. Da wir wissen, daß der Marxsche Sozialismus - und es gibt keinen anderen Sozialismus - die Aufhebung des Marktes, die Aufhebung der Warenproduktion und Warenzirkulation anstrebt, ist dies nur ein anderer Weg zu sagen, der Marxsche Sozialismus sei eine utopische Unmöglichkeit, der Kapitalismus hingegen die höchste Stufe menschlicher Gesellschaftsentwicklung und unmöglich nur eine vorübergehende Gesellschaftsform. Um ihre Theorie von einem ‚Markt-Sozialismus‘ unter die Leute bringen zu können, mußten sich revisionistische Wirtschaftstheoretiker einer vollständigen Entstellung und Revision der Marxschen politischen Ökonomie widmen, insbesondere der Marxschen Lehre vom Charakter der Waren und der Warenproduktion; die Angriffe auf Stalin dienten nur als eine Ablenkung von dieser Verfälschung.“²⁵³

„...daß nach der marxistischen Lehre die Produkte sich nur dann in Waren verwandeln, wenn sie von Privatproduzenten hergestellt werden, und zwar ‚nicht für den Selbstverbrauch, sondern für den Verbrauch durch andre, also für den gesellschaftlichen Verbrauch. Sie treten ein in den gesellschaftlichen Verbrauch durch den Austausch‘. Da es nach Marx und Engels die Aufgabe des Sozialismus ist, die Warenproduktion zu beseitigen, leuchtet es ein, daß sie nicht etwa die Theorie eines ‚Markt-

²⁵² Brar, Harpal 2007. Die Wirtschaftsgeschichte der Sowjetunion von Mitte der 50er Jahre bis zum Ende - Grundrisse der ökonomischen Zerstörung des Sozialismus in der UdSSR, in: offensiv, Niederlagenanalyse, Hannover 2007, S. 163 - 164

²⁵³ Ebenda, S. 165

Sozialismus‘ stützten - also eines Sozialismus, der auf der Warenproduktion basieren soll. Sie wandten sich vehement gegen die Vertreter dieser Theorie, namentlich gegen Proudhon und Dühring²⁵⁴

„Ökonomen wie Evsei Liberman wurden darauf angesetzt, eine Kampagne für ‚Wirtschaftsreformen‘ zu betreiben, die in wachsendem Maße Beifall von offizieller Seite bekamen. Abgesehen von der oben bereits erwähnten Übergabe der Maschinen-Traktoren-Stationen an die Kollektivwirtschaften und dem damit verbundenen breiten Anwachsen der Warenzirkulationssphäre durch das Einbringen riesiger Mengen landwirtschaftlicher Produktionsinstrumente in den Umlauf, führte die Chruschtschow-Administration 1964 ein Pilotprojekt ein, durch welches man die ‚ökonomischen Reformen‘ auf experimenteller Basis auf zwei Bekleidungsfabriken anwandte. Obwohl Chruschtschow im Oktober 1964 gestürzt wurde und seine Nachfolger - Breshnew und Kossygin - ihn auf eine Null reduzierten, warfen sie dennoch nicht die ‚ökonomischen Reformen‘ über Bord, die während der Chruschtschow-Jahre eingeleitet wurden. Sie wurden im Gegenteil in großem Umfange intensiviert und untergruben zu gegebener Zeit die sozialistische Grundlage der sowjetischen Gesellschaft durch die systematische Anwendung bürgerlicher Normen: Profit als Produktionsregulator, die Preisreform, durch welche die Preise in erhöhtem Maße die Werte (Produktionspreise) widerspiegeln sollten, die verstärkte Betonung materieller Anreize und die Rentabilität und ‚Unabhängigkeit‘ individueller Betriebe, die für den Markt produzierten und deren Produkte sich im Markt als Waren gegenüberstanden. Dies untergrub die Zentralplanung und machte sie mit der Zeit bedeutungslos. Sobald in der Produktion der Warenform die Vorherrschaft überlassen wird, sind die einzigen ökonomischen Gesetze und Kategorien, die noch irgendeinen ökonomischen Sinn machen, diejenigen der Gesetze und Kategorien des Kapitalismus. Jedes Produktionssystem hat seine eigenen, von ihm untrennbaren Gesetze. Wenn man davon ausgeht, daß der Sozialismus ein System der Warenproduktion ist, wie es die Revisionisten tun, bekommen die Advokaten der ‚Reformen‘ Recht und einen vernünftigen Grund für die Realisierung eines funktionierenden Marktes. In der UdSSR jedoch, mit ihrer fünfundzwanzigjährigen Geschichte der Wirtschaftsplanung, konnte 1956 ein voll funktionsfähiger Markt nicht plötzlich entstehen. Das wäre nicht nur ein politisches Ding der Unmöglichkeit gewesen, sondern auch eine ökonomische Unmöglichkeit. Wäre die umfassend zentralisierte Planwirtschaft über Nacht abgeschafft und wären alle Beschränkungen für den Markt aufgehoben worden, wäre das Ergebnis der ökonomische Kollaps gewesen - und nicht ein funktionierender Markt. Um also einen funktionierenden Markt hervorzubringen, mußte der Markt umsichtig wiederaufgebaut werden: ‚In einem derart umfangreichen und komplizierten Organismus wie der

²⁵⁴ Ebenda

sowjetischen Volkswirtschaft wäre es ausgeschlossen,... radikale Änderungen im Preisbildungssystem einzuführen, bis nicht ein neues System in allen Einzelheiten ausgearbeitet und getestet worden ist. Und vielleicht sollte der gesamte Übergang allmählich vollzogen werden, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen und die Bedingungen dafür reif sind.' (S. Perwuschkin, Das Wertgesetz und die Preise, Planwirtschaft, 1961, Nr. 7) Mit diesem Ziel im Hinterkopf machten sich die Revisionisten an die Arbeit, um stufenweise die Bedingungen für einen funktionierenden Markt zu schaffen. Während sie vorgaben, ihre ‚Wirtschaftsreformen‘ zielten auf die Konsolidierung der Zentralplanung ab, eröffneten die Revisionisten ein wahres propagandistisches Sperrfeuer und denunzierten die zentrale Wirtschaftsplanung als ‚bürokratisch‘, ‚restriktiv‘, ‚veraltet‘ und - natürlich - als Resultat der ‚Stalinschen Verzerrung des Sozialismus‘: ‚Diese Unzulänglichkeiten in der Wirtschaftsleitung sollten nicht dadurch beseitigt werden, daß die Planung weiter verkompliziert, detaillierter und noch zentralistischer wird, sondern durch Entwicklung der ökonomischen Initiative und Unabhängigkeit der Betriebe ... Den Betrieben muß eine breitere Initiative ermöglicht werden; sie dürfen nicht durch kleinliche Gängelung und bürokratische Planungsmethoden durch das Zentrum gefesselt werden.‘ (E.G. Liberman, Kostenrechnung und materieller Anreiz für Industriebelegschaften, Woprosy Ekonomiki, Nr. 6, 1955)²⁵⁵

„Nachdem die Betriebe unter das Regime des so ‚reformierten‘ Systems gebracht wurden, begannen diese ihre eigene Produktion zu planen; dabei bestimmten sie sogar die Art und die Qualität der zu produzierenden Güter. Das Ganze wurde dann von den revisionistischen Ökonomen ‚Planung von unten‘ genannt, und unter den vorherrschenden Bedingungen dieser Art ‚Planung‘ nahm die ‚zentrale‘ Wirtschaftsplanung nun vollständig die Form der Gesamtheit der Wirtschaftspläne aller dieser individuellen Betriebe an; und weil die einzelnen Betriebe im Verlauf einer ‚Planungsperiode‘ häufig ihre Pläne änderten, daher der zentrale Wirtschaftsplan von vornherein nicht die geringste Ähnlichkeit mit den Endresultaten aufwies, überrascht es wenig, daß führende Köpfe unter den revisionistischen Ökonomen selbst sagen mußten: ‚Es ist schier unmöglich, einen Fünfjahrplan zusammenzustellen.‘ (A. Komin, Probleme in der Methodologie und Praxis der Preisgestaltungsplanung, Planowoje Chosjajstwo, Nr. 9, 1972) Da die umfassende zentrale Wirtschaftsplanung demontiert und durch die ‚Planung von unten‘ ersetzt wurde, reduzierte sich die Rolle des Staates ausschließlich auf die Aufstellung von Richtlinien und auf Versuche, durch verschiedene ökonomische Hebel wie Kreditvergabe, Zinsrate u.s.w. auf die einzelnen Betriebe einzuwirken. An die Stelle der vom vereinten Proletariat übernommenen Produktion, an die Stelle der

²⁵⁵ Ebenda, S. 169 - 170

gesellschaftlichen Verteilung von Arbeitskraft und Produktionsmitteln in den verschiedenen Produktionszweigen - so wie es früher der Fall war - trat die im Anschluß an die ‚Wirtschaftsreformen‘ eingerichtete Produktion, die (gesellschaftlich) aufgebrochen und zersplittert, in wachsendem Maße Privatproduktion wurde, d.h. Warenproduktion. Und wenn Warenproduktion einmal die allgemeine Form der Produktion angenommen hat, kann dies nur kapitalistische Produktion bedeuten. Dies ‚sozialistische Warenproduktion‘ zu nennen, ändert die Sache keinen Deut. (...) Das Effektivitätskriterium unter dem ‚Kostenrechnungssystem‘ fand seinen Ausdruck in dem, was sowjetische Ökonomen euphemistisch ‚Rentabilitätsindex‘ nannten, d.h. die in einem Prozentsatz auf die gesamten Vermögenswerte berechneten jährlichen Profite eines Betriebes. In gewöhnlicher Sprache nennt sich das ‚Proftrate‘ - ein Ausdruck, der von revisionistischen Ökonomen zu jener Zeit wegen seiner offensichtlich kapitalistischen Assoziationen und Begriffsinhalte vermieden wurde - und mit denen sie als Erbauer des ‚Kommunismus‘ natürlich nichts zu tun haben konnten! Doch die ‚sozialistische Proftrate‘ der einzelnen Betriebe - in ‚Rentabilitätsindex‘ umgetauft - das war eine ganz andere Sache! Mit der Durchsetzung der ‚Wirtschaftsreformen‘ sollte - langsam aber sicher - die umfassend zentralisiert geplante Produktion durch die Privatproduktion einzelner Betriebe, die für den Markt produzierten und deren Produkte sich im Markt gegenüberstanden, ersetzt werden. Der Profit (das Wertgesetz, welches ein Gesetz der Warenproduktion darstellt und unter dem Kapitalismus als ein Produktionsregulator fungiert) wurde zu einem Regulator der Produktion in der UdSSR. Bis in die 50er Jahre wurden den Betrieben die Produktionsmittel zugeteilt, die sie in Übereinstimmung mit den vom Staat erstellten Plänen verwendeten. Entsprechend gingen die Produktionsmittel nicht in die Warenkategorie ein. Darüber hinaus gehörten die Produkte (abgesehen von den Kolchosprodukten) ebenfalls dem Staat. Somit hatten die Betriebe kein Verfügungsrecht über das Produkt. In einem solchen System, welches das vorherrschende System zu jener Zeit in der UdSSR war, konnte die Proftrate eines Betriebes sich kaum verwirklichen. Um sie Wirklichkeit werden zu lassen, fuhren die Wirtschaftstheoretiker des Revisionismus eine Kampagne, deren Forderung darin bestand, daß die Betriebe für ihre Vermögenswerte, d.h. die Produktionsmittel, zahlen sollten. (...) Unter den ‚Wirtschaftsreformen‘ wurden die Produktionsmittel in die Warensphäre erhoben. Nachdem ihre Käufer - die individuellen Betriebe - für sie gezahlt hatten, erwarben sie sich damit die Verfügungsgewalt über diese Produktionsmittel.“²⁵⁶

²⁵⁶ Ebenda, S. 171 – 173; siehe dazu auch: Jacobs, Hermann: Die Theorie von der sozialistischen Warenproduktion – Ein verhängnisvoller Irrtum, Hannover 2008, offen-siv, Heft 8/08

Es handelte sich also um ähnliche – und wie oben dargestellt – unhaltbare Vorwürfe gegen die Planwirtschaft und den Zentralismus. Doch zu welchen Problemen führte dies? Ein dezentraler Plan führt zu mehr Problemen, als er lösen kann. Denn nun hatte man neben dem zentralen Plan eine Reihe weiterer kleinerer Pläne, die regionale Planungsbehörden oder die einzelnen Betriebe nach ihrem Interesse aufstellten und durchführten – wenn auch zunächst begrenzt. Dies erhöhte die Bürokratie und erschwerte einen gesamtgesellschaftlichen wirtschaftlichen Aufbau, da durch die Eigenverantwortung der Betriebe und durch die Dezentralisierung ein Teil der erwirtschafteten Mittel nicht in den Plan mit einfließen. Die Probleme gehen jedoch weiter: da das Wertgesetz eine Schlüsselposition als Regulator der Produktion hatte und der „sozialistische“ Profit der einzelnen Betriebe ein Motivator sein sollte, „rentabler“ zu wirtschaften, wurde zunehmend die Einführung neuer Produktionstechnik gehemmt. Tatsächlich wurden nur bei neuen Betrieben neue Produktionsmittel eingesetzt. Alte Betriebe mussten neue Produktionsmittel aus ihren eigenen Mitteln kaufen oder ersetzen. Neue Produktionsmittel sind aber kostenaufwendig und schmälern aktuell den Gewinn, sind nur auf lange Zeit hin rentabler. Darauf wies schon Stalin hin, indem er der Schwerindustrie den Vorzug gegenüber der Leichtindustrie gab, da erstere die Grundlage für letztere ist. Das führte dazu, dass die revisionistischen Ökonomen eher auf die Leichtindustrie setzten. Es gab zwar zu Beginn eine Erhöhung der Konsumgüterproduktion – Stichwort „Gulaschkommunismus“ – jedoch war dieser Erfolg von kurzer Dauer und führte letztlich zur Stagnation und zu steigender Verschuldung im kapitalistischen Ausland.²⁵⁷

Es wurden z. B. Vorschläge und Pläne für die Nutzung von Computern und Informationstechnologie, die einen Beitrag zur Verbesserung der technischen Datenverarbeitung, zur Verbesserung der Überwachung und Kontrolle der Produktion hätten leisten können abgelehnt.

Der zentrale Plan sollte nur noch das Gesamtniveau der Investitionen neuer Betriebe bestimmen. Modernisierungen alter Betriebe hätten aus den Profiten dieser Betriebe finanziert werden müssen. Da aber, wie oben erwähnt, die Modernisierungskosten hoch waren und für den Betrieb nicht unmittelbar profitabel, wurde dies meist unterlassen.

Tatsächlich geht das Problem noch tiefer. Was geschieht mit dem Gewinnanteil eines Betriebes, wenn dieser nicht mehr dem gesellschaftlichen Zugriff unterliegt, aber unter den neuen Bedingungen auch nicht in die Modernisierung des Betriebes investiert wird? Die Profite wurden von den Betriebsdirektoren nicht selten in die eigene

²⁵⁷ Siehe zu diesem Thema auch: Rozsnyai, E. und Tenner, T.: Ungarn, Die Widersprüche des Übergangszeitalters und die Kádár-Zeit, Hannover 2013, offen-siv Heft 5/13

Tasche gesteckt. Wir haben hier also eine materielle Grundlage für die erhöhte Korruption in der sowjetischen Gesellschaft. Dieser Geldüberhang in den Händen der Betriebsleiter und ähnlicher Führungskader führte zu Korruption und einem blühenden Schwarzmarkt. Bedingt durch den politischen Verfall, den der Revisionismus mit sich brachte, fand eine politische Kontrolle nicht mehr statt und gleichzeitig schloß das politische Selbstbewusstsein der Arbeiterklasse ein, wurde kein ausreichender Kampf gegen die Korruption geführt. Tatsächlich wurde durch die ökonomischen Reformen ein zunehmend größer werdender und einflussreicher Schwarzmarkt etabliert. Mit den Mengen an Geld, die der Betrieb für sich hatte und die sich die Funktionäre einheimsten, konnten lukrative Geschäfte gemacht werden. Es entstand zunehmend eine Art zweite Ökonomie neben der legalen staatlichen. Diese hatte zum Ende der Breschnew-Ära ihren Höhepunkt erreicht und war auch die Stütze für Gorbatschow und die Konterrevolution. Das Ausmaß dieser Korruptionen, hervorgerufen durch die revisionistische Entwicklung in der Ökonomie, soll an einigen Zitaten eindrucksvoll bestätigt werden. Hier sind die Aussagen in Arkadi Waksbergs Buch „Die sowjetische Mafia. Organisierte Verbrechen in der Sowjetunion“ erwähnenswert. Waksberg, ehemals Journalist in der Sowjetunion, berichtet über den sogenannten Fisch-Fall, in den ranghöchste Funktionäre verwickelt waren:

„Okean war der Name einer Firma, die im ganzen Land hunderte von Geschäften betrieb; sie verkaufte Meeresfrüchte – nicht nur frischen und gefrorenen Fisch, sondern hauptsächlich gesalzene und geräucherte Produkte, eine von den Russen besonders geschätzte Delikatesse. Und, was noch wichtiger ist, sie verkaufte auch schwarzen und roten Kaviar. Bei alledem handelte es sich um Mangelwaren, die man nicht mehr in den Auslagen der Fischgeschäfte finden konnte. Das Ministerium für Fischwirtschaft der UdSSR verfügte jedoch über erhebliche Reserven und hatte das Recht, die Delikatessen über die Ladenkette der ihm unterstehenden Firma Okean abzusetzen. Unter den akuten Mangelbedingungen wurden Kaviar, Krabben, Stör und Lachs gleichsam zu einer harten Währung – mehr noch, zu einem Schlüssel, mit dem sich alle möglichen Türen öffnen ließen. Der Schwindel funktionierte folgendermaßen: Führende Vertreter des Ministeriums trafen eine (natürlich nicht uneigennützig) Vereinbarung, in irgendeiner Stadt eine Okean-Filiale zu eröffnen. Örtliche Funktionäre ernannten (natürlich nicht uneigennützig) das Personal. Die Vertreter des Ministeriums kamen (natürlich nicht uneigennützig) einer (natürlich nicht uneigennützig) Bestellung der örtlichen Funktionäre nach und belieferten deren Geschäft mit zusätzlichen Mengen von Kaviar, Krabben und erlesenen Fischen. Diese Lieferungen erreichten, wie sich versteht, niemals den Ladentisch, sondern wurden fast ausnahmslos von illegalen Zwischenhändlern zum Fünf- oder Sechsfachen des offiziellen Preises losgeschlagen. Etwa ein Drittel dieser Gelder ging an die direkt an der Operation beteiligten, und zwei Drittel wurden für die Bestechung derjenigen aufgewandt, von

denen nicht nur der Schutz der Verbrecher, nicht nur deren Arbeitsplatz, sondern auch deren künftiger Aufstieg abhing. Dies war also der Schwindel, durch den regelmäßig – und im Wesentlichen ohne große Mühe – gewaltige Summen verdient wurden, die das Grundkapital einer illegalen Bank in Sotschi bildeten. Es gab viele derartige Banken in verschiedenen Städten, und sie alle konnten – wiederrum ohne große Mühe, mit nur einem Federstrich – vom stellvertretenden Minister für Fischwirtschaft der UdSSR, Rykow, mit ‚heißem Geld‘ versorgt werden.²⁵⁸

Waksberg zu einem anderen Fall: „Damals war die Praxis, Studenten auf Befehl von oben an ‚angesehenen‘ Instituten aufzunehmen, bereits zu einer Alltäglichkeit geworden, die niemanden mehr verwunderte. ‚Angesehene‘ Institute waren solche, deren Abschluss eine gute Karriere oder ein gutes Einkommen verhieß. (...) Aber damals, Anfang der 70er Jahre, genügten die richtigen ideologischen Anschauungen und die makellos reine Biographie der Vorfahren schon nicht mehr, um einen Passierschein für den Tempel der Wissenschaft zu bekommen. Die Parteibürokraten machten den Empfehlungsprozess für die Aufnahme von Abiturienten zu einem illegalen Basar. Jede Empfehlung kostete Geld, und die Gebühr stieg ständig, da sie ja manchmal auch mit Kollegen geteilt werden musste, die höher auf der Karriereleiter standen.“²⁵⁹

Im Reich der Schattenwirtschaft wurde alles zur Ware, auch die Parteimitgliedschaft. Dazu Waksberg: „Alles hing vom Niveau dieser ‚freundschaftlichen Beziehungen‘, vom Grad der Vertraulichkeit ab. (...) Z. B. wusste jeder in der Region, wie viel ein Parteiausweis kostete. Hier ist eine Erläuterung am Platze. Obwohl die Armee der Parteisoldaten bei uns 20 Millionen Menschen umfasste – in keinem Land der Welt hat es je eine solche Armee, ob mit Ideen oder mit Waffen ausgerüstet, gegeben-, war es keinesfalls leicht, in die heldenhaften Reihen aufgenommen zu werden. Nur Arbeiter, die an der Werkbank standen, und Kolchosmitglieder, die einen Hakenpflug bedienten oder mit dem Trecker fuhren, hatten beim Parteieintritt wenig Mühe, aber sie rissen sich nicht gerade darum. Es ist sehr lange her, dass sich jemand aus ideellen Gründen der Partei anschloss. Man tat es allein der Karriere wegen – weshalb denn sonst. (...) Große Schwierigkeiten hatten vor allem Angehörige des Kleinhandels, denn dieses Klasselement galt als nicht erwünscht. (...) Es war unmöglich, ohne Parteiausweis Direktor eines Geschäfts (oder eines Restaurants oder Cafés) oder auch nur Abteilungsleiter zu werden. Da die Aufnahmequote für Mitarbeiter des Kleinhandels sehr niedrig war, zog der Parteieintritt fast automatisch eine Beförderung nach sich. (...) Nach den verschiedenen Aussagen in den Gerichtsakten zu urteilen, betrug

²⁵⁸ Waksberg, A. 1991. Die sowjetische Mafia. Organisierte Verbrechen in der Sowjetunion, S. 12f.

²⁵⁹ Ebenda, S. 25

die Minimalgebühr für einen Parteiausweis – in jenen Jahren und in jener Region drei- bis dreieinhalb tausend Rubel.²⁶⁰

Nun möge man einwenden, dass Korruption auch unter Stalin herrschte. Tatsächlich waren es dort aber nur einzelne Missbräuche und das Thema wurde offen thematisiert. Während der Breschnew-Ära wurde z. B. das Thema Schattenwirtschaft nie angesprochen²⁶¹ und Stalin behandelte das Thema des Bürokratismus völlig anders als Breschnew.²⁶²

Bei Waksberg lesen wir dazu: „Zur Zeit des Stalinschen Totalitarismus gab es nichts dergleichen. Nun, da die Schrauben gelockert worden sind, hat die Schattenwirtschaft die offizielle Ökonomie wie eine Lawine überrollt. (...) Plötzlich zeigte sich, dass das alte Sprichwort ‚Geld macht nicht glücklich‘ nicht mehr zutrif. Solange sich an die Entlassung vom Arbeitsplatz Lagerhaft und Vernichtung anschlossen, machte Geld in der Tat nicht glücklich, denn schließlich verhiess den Apparatschiks sogar die Pensionierung ein bequemes, vom Staat gesichertes Auskommen. Nun aber war das Lager keine Gefahr mehr, nicht einmal für die aus höchsten Parteirängen ausgestoßenen. (...) Jeder war sich der Unbeständigkeit seiner Person bewusst, doch solange er sein Amt inne hatte, konnte er sich mühelos bereichern. Der gesunde Menschenverstand gebot ihm, das Beste aus seiner Position zu machen und sich, vor allem, zu beeilen.“²⁶³

Waksberg ist natürlich Antikommunist und hält die Warenwirtschaft, das Streben nach persönlicher Bereicherung für ein objektives Wirtschaftsgesetz, gegen das der Sozialismus verstoße. Die Schattenwirtschaft sei somit notwendige Folge des „wahn-sinnigen Experimentes“, welches sich Sozialismus nennt. Die Schattenwirtschaft in der Sowjetunion war jedoch die Folge von etwas ganz anderem: Zum einen war sie Folge der wirtschaftlichen Reformen, die Warenzirkulation und Wertgesetz in der sozialistischen Ökonomie erweiterten bzw. neu einführten. Da das Wertgesetz und die Warenwirtschaft aber auch bei solch einer „sozialistisch“-marktwirtschaftlichen Ökonomie zwar zugelassen, aber gleichzeitig ihnen widersprechenden Regularien unter-

²⁶⁰ Ebenda, S. 41 ff.

²⁶¹ Keeran, Kenny 2010, S. 65

²⁶² Lih 1996, S. 71

²⁶³ Waksberg, S. 34

worfen sind²⁶⁴, muss sich eine illegale Warenwirtschaft nach kapitalistischen Prinzipien bilden.²⁶⁵

Zum anderen hatte der politische und moralische Verfall der KPdSU (Abkehr von der Diktatur des Proletariats, Verstöße gegen Lenins Parteitheorie, Vernachlässigung im Kampf gegen den Bürokratismus und die Korruption etc.), diese Schattenwirtschaft auch politisch begünstigt. Trotz seines bürgerlichen Standpunktes kommt Waksberg nicht umhin die Vorzüge der Planwirtschaft, freilich immer vor dem Hintergrund des „stalinistischen Terrors“ dargelegt, aufzuzeigen:

„Ich erinnere mich gut an zwei Episoden aus meinen jüngeren Jahren, wo ich noch als Anwalt arbeitete. In Mittelasien war eine gewöhnliche Gruppe von Dieben (...) entlarvt worden. Bei einem der Verhafteten waren im Keller einer kümmerlichen Lehmhütte Stapel von halbverfaulten, wurmzerfressenen Banknoten gefunden worden, und zwar hunderttausende von Rubeln. Da sich der Genossenschaftler und seine Familie vor der Entdeckung fürchteten, lebten sie in Armut und entsetzlichem Schmutz, fast wie Bettler, während ihr zusammengestohlener Reichtum vermoderte. Ein paar Jahre später stieß ich in Moskau auf eine völlig identische Situation. Man hatte den Direktor einer Schlachtereier verhaftet, dem eine makellose, ja fanatische Bescheidenheit und Ehrlichkeit nachgesagt wurden. Er bestrafte seine Mitarbeiter aufs Schärfste, wenn sie einen Käufer auch nur um eine Kopeke betrogen hatten. Er selbst besuchte nie ein Restaurant, sondern begnügte sich vor den Augen des gesamten Personals zum Mittagessen mit einem dünnen, zu Hause geschmierten Butterbrot und trank dazu wässrigen Tee aus einer Thermosflasche. (...) Bei Durchsuchung seines Hauses wurden, in die Wand eingemauert, 240.000 Rubel gefunden. Nach heutiger Kaufkraft waren es viele, viele Millionen. Alle Scheine waren verfault und konnten nicht einmal in einer Bank eingezahlt werden. (...) Im Laufe der Zeit änderte sich die Situation jedoch dramatisch: Die Kriminellen taten sich mit der Obrigkeit zusammen und verließen sich auf ihren Schutz. Nun brauchte man seine Einnahmen nicht mehr zu verbergen (...). Und das Geld, so sehr es auch an Wert verlieren mochte, konnte in Geschäfte investiert werden; dafür boten sich in der Schattenwirtschaft umfassende Möglichkeiten.“²⁶⁶

²⁶⁴ Z.B. durften Privatbetriebe nur von Familien geführt werden, aber keine Angestellten haben. Oder, wenn Angestellte doch erlaubt waren, gab es Einschränkungen ihrer Anzahl. Und meist war die freie Preisbildung eingeschränkt.

²⁶⁵ In der Spätzeit der DDR beispielsweise bekannt als Wirtschaft der „blauen Kacheln“, womit DM gemeint war. Auftragssuchende solcher Geschäfte konnten tatsächlich Anzeigen in sozialistischen Publikationen schalten.

²⁶⁶ Waksberg, S. 39f.

Nach Angaben der Zeitschrift „Sowjetunion heute 7/1990“ betrug das Finanzpotential der Schattenwirtschaft zu diesem Zeitpunkt zwischen 70 und 150 Milliarden Rubel, was einem Fünftel der Bruttosozialprodukts entsprach. Wir lesen dort: „Die zunehmende Verknappung der Waren fördert die Erweiterung des Wirtschaftssektors. In das Vakuum, das sich aus Mangel an allgemein verfügbaren Waren gebildet hat, strömt eine mächtige Welle von illegalen Waren und Leistungen zu völlig überhöhten Preisen. Im Ergebnis muss die Bevölkerung hohe zusätzliche Kosten tragen, die ihr reales, nicht aber ihr statistisches Lebensniveau senken“²⁶⁷

Alexander Gurow, ein oberer Polizeibeamter in der Sowjetunion, verknüpft die Entwicklung der Schattenwirtschaft und der Korruption der Partei mit der Politik Chruschtschows und Breschnews: „Dies (das organisierte Verbrechen) musste soweit kommen, als sich unser System öffnete und dies geschah während des Tauwetters in den 60ern, als Chruschtschow an der Macht war. (...) Es war unmöglich, sich so eine machtvolle organisierte Kriminalität unter Stalin vorzustellen. (...) Was wir danach in unserer Gesellschaft bekamen, war der Sittenkodex der Plünderer. Und natürlich wurde dieser im Interesse der (Partei-)Bürokratie geführt. Z. B. hatten wir schon ab 1974 in Moskau eine Handelsmafia mit Repräsentanten aus dem oberen Parteiapparat. Wenn ich oder jemand anderes es damals versucht hätte, die Menschen vor den Gefahren der Schattenwirtschaft zu warnen, würden die Liberalen mich auslachen und die Regierung uns für verrückt erklären. Aber so hat es angefangen. Und die Regierung ließ es zu, dass es passierte - für Gründe, die uns zum Nachdenken bringen sollten. Es begann unter Chruschtschow und entwickelte sich unter Breschnew. Doch die Gorbatschow-Ära war jene Periode, in der das organisierte Verbrechen in unserem Land richtig mächtig wurde.“²⁶⁸

Wir sehen also, dass es nicht die Planwirtschaft war, die sich als unfähig erwies, sondern die Abkehr von ihr.

Lassen wir hierzu noch W. L. Makarow, Direktor des Zentralinstitutes für Ökonomie und Mathematik der sowjetischen Akademie der Wissenschaften (und Gorbatschow-Anhänger) in der Ausgabe vom 29. Mai 1988 in der New York Times zu Wort kommen: „Von 1928 bis 1955 war die Wachstumsrate der sowjetischen Wirtschaft relativ hoch (zwischen 5 und 10 Prozent), und innerhalb dieses Zeitraums wurde die Sowjetunion in ökonomischer Hinsicht zur zweitgrößten Macht der Welt. Zur selben Zeit gab es deutliche Fortschritte im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben der Menschen: man konnte ihnen ökonomische Stabilität, Vollbeschäftigung und Sicherung des Einkommensniveaus garantieren. Wir bekamen den Eindruck, dass wir alles

²⁶⁷ Sowjetunion heute 7/1990

²⁶⁸ Keeran & Kenny, 2010, S. 79/80

erreicht hatten, was wir uns wünschen konnten. Es gab jedoch eine Abschwächung derjenigen Faktoren, die zu langfristigem Wirtschaftswachstum beitrugen. Während der letzten 15 oder 20 Jahre sank die Wachstumsrate beständig, die Qualität und die Vielfalt der Konsumgüter nahm ab, die Leute standen dem politischen und wirtschaftlichen Leben immer gleichgültiger gegenüber und es gab weniger Anreize für sie, hart zu arbeiten oder an schwierigen Unternehmungen mitzuwirken.²⁶⁹

Für Keeran und Kenny ist es eindeutig, dass nicht die ökonomischen Probleme in den 80ern den Kollaps der Sowjetunion verursachten, sondern die Reform-Politik Gorbatschows.²⁷⁰

Natürlich lassen sich Fehler bei der Planung nicht immer vermeiden. Besonders wichtig ist es hierbei, gebildete Kader zu haben. Walter Polakow, ein amerikanischer Fabrik-Manager, der im ersten Fünfjahresplan als Berater für sowjetische Firmen gearbeitet hat, stellt die Sachlage wie folgt dar: „Einer der Gründe für Russlands Schwierigkeiten ist, dass ihr nationaler Plan von einigen durchaus fähigen Männern verwaltet wird, während das Management ihrer verschiedenen Industrien unter einem Fehlen von vergleichbar kompetenten Führungskräften leidet. ... Das Fehlen von Disziplin unter den Arbeitern und das Vermeiden von Verantwortung, welche man oft unter Ingenieuren findet, verringern die Effizienz des gesamten sowjetischen Industriesystems. Gepaart mit dem Fehlen einer klar definierten Autorität ganzer administrativer Vorhaben, werden schnelle Maßnahmen entscheidender politischer Entscheidungen zusätzlich erschwert. Um diese Situation zu verbessern, wird jede Anstrengung unternommen das Regime individueller Führung mit strenger persönlicher Autorität und Verantwortung zu stärken. ... Das Fehlen von Disziplin, was so spürbar in der russischen Industrie ist, ist nicht das Ergebnis nicht vorhandener Regeln und Vorschriften, oder deren Nicht-Durchsetzung; es ist eine innere Selbstdisziplin die fehlt. Der durchschnittliche russische Arbeiter hat einen bäuerlichen Hintergrund. Seine Arbeitseinstellung, seine Denkweise wurden durch das Leben auf dem Bauernhof geformt und über Generationen von Bauern vererbt. Daher ist er daran gewohnt im Sommer, wenn geerntet wird, hart zu arbeiten und im Winter zu ruhen. Er hat keine Veranlagung regelmäßig Leistung zu vollbringen, welche Teil der anhaltenden kooperativen Arbeit in der Industrie sind.“²⁷¹

Klaus Hesse kommentiert: „Das Ausmaß der nun zu meisternden wissenschaftlich-technischen Probleme wird vielleicht verständlicher, wenn man sich vor Augen führt,

²⁶⁹ Zitiert in: Brar 2007, S. 175f.

²⁷⁰ Keeran & Kenny, 2010, S. 226

²⁷¹ zitiert in Freeman, Joseph 1932: *The Soviet Worker*, New York: Liveright INC Publishers, S. 94f.

dass im vorrevolutionären Russland fast ein Viertel der Bevölkerung Analphabeten waren. Nicht nur im Kaukasus, in den zentralasiatischen, in den riesigen nördlichen und fernöstlichen Gebieten Sibiriens wurden diese Probleme zusätzlich dadurch kompliziert, dass in fast allen Gebieten der jungen Sowjetunion Völker mit unterschiedlichen Sprachen, religiösen und kulturellen Traditionen und Lebensformen auf der Basis einfacher Formen des wirtschaftlichen Lebenserwerbes zusammen leben. Viele Völker lebten auch Ende der 20er Jahre als Nomaden und riesige Gebiete des fernen Ostens waren noch nicht einmal geographisch erschlossen. Hier gab es weder Straßen noch Schulen, keine Verwaltung und keine Miliz, die eingreifen konnte, wenn da etwas aus der Reihe lief. Fast immer hatten nur die Vertreter der herrschenden Klassen und Schichten Zugang zu den großen kulturellen Traditionen dieser Völker. Für viele der kleineren und meist über Jahrhunderte unterdrückten Völker waren diese Verhältnisse die Selbstverständlichkeit, in die sie hineingeboren wurden. (...) Aus seinen Erfahrungen aus Feldstudien in Randgebieten Usbekistans kam der Sprachwissenschaftler A. R. Lurija zu der Schlussfolgerung, dass ‚nur eine radikale Umgestaltung der grundlegenden Wirtschaftsformen, die schnelle Liquidierung des Analphabetentums sowie die Befreiung vom Einfluss des Muselmanentums dazu führen konnte, nicht nur den Horizont zu erweitern, sondern eine wahre Revolution in der Erkenntnistätigkeit auszulösen.‘ In der Tat: Mit dem Sieg der Oktoberrevolution wurde in dem immer breiter werdenden Spektrum neuer gesellschaftlicher Tatsachen eine Vielzahl neuer Entwicklungschancen sichtbar. Aber nicht zu vergessen: Mit den damit geweckten Erwartungen wurden die eigentlichen Probleme der revolutionären Umwälzung dieses Riesenlandes, die Probleme der wissenschaftlich-technischen Rückständigkeit der Landwirtschaft, der Industrie, des Transportwesens, des Bildungs- und Gesundheitswesens, der Nahrungsversorgung, des Wohnungsbaus, des Baus von Schulen, Hochschulen und Kulturhäusern, der Kampf gegen das Analphabetentum, gegen immer noch aktuelle Formen der Unterdrückung, gegen überlebte Verhaltensweisen und religiösen Aberglauben in einer kaum noch nachvollziehbaren Vielschichtigkeit von nuancierten Widersprüchen und Konflikten auf die Tagesordnung gesetzt.²⁷²

Solche Probleme lassen sich am besten durch den Einsatz effizienterer Technologie und der Ausbildung besserer Kader sowie der weiteren Kontrolle von Unten lösen.

So wurden z. B. zur Vorbereitung des zweiten Fünfjahresplans in den Jahren 1932 und 1933 nicht weniger als 24 wissenschaftliche Konferenzen abgehalten.²⁷³ 1931 wurden viele Kombinate verkleinert und spezialisiert, sodass sie sich bei der Planung

²⁷² Hesse 2012. S. 267f.

²⁷³ Vgl. Johnson, Hewlett. *Soviet Success*, London: Hutchinson & Co LTD, S. 130

auf ihr Spezialgebiet konzentrieren konnten.²⁷⁴ Verantwortliche Arbeiter und Angestellte wurden verpflichtet, an technischen Kursen teilzunehmen, bei denen sie geprüft wurden. Versagten sie beim Test, durften sie nicht auf ihrem Posten bleiben.²⁷⁵ Diese und weitere Maßnahmen hatten dafür gesorgt, dass eine Reihe an Mängeln während des Ersten Fünfjahresplans, besonders im Bereich der Rationalisierung, zufriedenstellend gelöst worden sind.²⁷⁶ Da während des Ersten Fünfjahresplans die Presse voll mit Beschwerden über mangelndes technisches Personal und Facharbeiter war, wurden heroische Maßnahmen getroffen um diese Lücke zu schließen. In vielen Unternehmen wurden spezielle Schulen eröffnet um Arbeiter als Fachkräfte auszubilden. Die meisten davon hatten vorher noch nie in der Industrie gearbeitet. Während des Ersten Fünfjahresplans bildeten diese Schulen 450.000 Facharbeiter aus. Eine relativ kleine Zahl, wenn man bedenkt dass die Zahl der Arbeiter von 1928 bis 1932 von 2.691.000 auf 5.153.000 stieg.²⁷⁷

Klaus Hesse zitiert den Ökonomen Chanin:

„Man kann sich unschwer vorstellen, dass die Entwicklung der Kommandowirtschaft eben so wie auch die Wirtschaft anderer Systeme zwischen der Periode ihrer Entstehung und dem Erreichen ihrer Reife verschiedene Perioden durchlebte. Vieles spricht dafür, dass das Reifestadium in der zweiten Hälfte der 30er Jahre begann. Damals stand vor der Wirtschaft eine wesentlich schwierigere Aufgabe als der Aufbau einer modernen industriellen Basis nach ausländischem Beispiel und unter Beteiligung ausländischer Spezialisten. Es ging darum, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt selbstständig zu meistern, sich das geschaffene Produktionspotential anzueignen und eine hohe ökonomische Effektivität zu sichern. Dazu wurden unter kolossalen Anstrengungen beim Ausbau der mittleren und Hochschulbildung entsprechende Voraussetzungen geschaffen. Bei allen großen Mängeln der Ausbildung wurde Mitte der 30er Jahre eine bemerkenswert hohe Anzahl von Spezialisten mit Hochschulbildung vorbereitet. Die in den 20er Jahren auf sehr hohem Standard ausgebildeten Spezialisten hatten zu dieser Zeit schon praktische Erfahrung gesammelt und waren jetzt in der Lage, als leitende Kader in der Industrie verantwortungsvolle Aufgaben zu übernehmen.“²⁷⁸

Während z. B. im Jahr 1933 die Ernte die Erwartungen bei weitem übertraf, kam es zu Transportschwierigkeiten, so dass man nicht in der Lage war, das Getreide von den

²⁷⁴ Baykov 1948, S. 177

²⁷⁵ Ebenda, S. 181f.

²⁷⁶ Ebenda, S. 182

²⁷⁷ Ebenda, S. 217

²⁷⁸ Hesse 2014, S. 275 f.

Dörfern effizient wegzubringen. Es kam daher zu Versorgungsengpässen, da ein Teil des Getreides verloren ging. Daraus zog man die Lehre, zukünftige Ernteerträge besser einzuplanen und den Transport dieser zu verbessern. So wurde weniger Getreide verschwendet, obwohl folgende Ernten höher waren als 1933. Während des Finnlandkrieges 1940 wurde das Transportwesen, welche die zentralen Territorien der UdSSR mit der Leningrad-Murmansk verband, sehr stark belastet. Das Ergebnis war, dass wichtige Güter, die unter normalen Umständen nach Moskau und Leningrad transportiert worden wären, durch militärische ersetzt wurden. Das führte dazu, dass zeitweise wichtige Güter und Vorräte der Städte reduziert wurden. Eine Reduzierung des Angebots, welche nicht eingeplant war. Das Ergebnis dieser nicht vorhergesehenen Fehlplanung war, dass viele Organisationen, die die Versorgung der Bevölkerung regelten, ihre eigenen Warenlager errichten sollten. Dadurch konnten die Städte über mehrere Wochen wichtige Gebrauchsgüter auf Vorrat haben.²⁷⁹

Ein wichtiges Anliegen des Zweiten Fünfjahresplans – und auch schon während des Ersten – war die persönliche Verantwortung und die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Ulrich Huar schreibt dazu:

„Auf Probleme der Leitungstätigkeit ging Stalin in mehreren Reden und Artikeln ein. So wies er in einer Rede ‚Über die Aufgaben der Wirtschaftler‘ vom 4. Februar 1931 auf den Unterschied zwischen ‚objektiven Möglichkeiten‘ und ‚subjektiven Fähigkeiten‘ hin. Während es die objektiven Möglichkeiten in der UdSSR gäbe, seien die subjektiven Fähigkeiten der Wirtschaftsleiter unzureichend. Sie seien in ‚technischer Hinsicht unerhört zurückgeblieben.‘ Er wandte sich gegen Vorstellungen, daß Tempo des Aufbaus zu verringern, was bedeuten würde, zurückzubleiben. Rußland sei in der Vergangenheit immer wieder aufgrund seiner Rückständigkeit geschlagen worden. Hinter den fortgeschrittenen Ländern seien sie ‚um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben‘. Stalin warnte: ‚Wir müssen diese Distanz in zehn Jahren durchlaufen. Entweder bringen wir das zuwege, oder wir werden zermalmt.‘ Die Frage der persönlichen Verantwortung betraf aber nicht nur die Leiter der Wirtschaft, sondern auch die Arbeiter. So sollte die persönliche Verantwortung über ein differenziertes Tarifsysteem, durch Beseitigung der Gleichmacherei, Entlohnung nach Qualifikation erfolgen. Damit sollte die Fluktuation eingeschränkt, ein Stamm von Facharbeitern, eine Stammebelegschaft geschaffen werden, die persönliche Verantwortung für die Qualität der Erzeugnisse gestärkt werden. Dazu gehörte auch ein ordentlicher Umgang mit Maschinen, Werkbänken, Werkzeugen, was im Argen lag. Das Fehlen persönlicher Verantwortlichkeit für die Arbeit habe dazu geführt, daß die Maschinen nachlässig be-

²⁷⁹ Sloan, Pat 1941. How the Soviet State is run, London: Lawrence & Wishart LTD, S. 95

handelt, die Werkbänke massenhaft beschädigt wurden, daß der Ansporn zur Hebung der Arbeitsdisziplin fehlte.“²⁸⁰

Wie weitreichend die Ausbildung in der Sowjetunion war, zeigt eine Tabelle in Alexander Baykovs Buch: Januar 1937 betrug die Anzahl der sowjetischen Intelligenz 9.591.000 Menschen. Dazu zählten Betriebsdirektoren & Manager (350.000), Ingenieure (250.000), Technisches Personal (850.000), Professoren & Wissenschaftler (80.000), Journalisten und andere kulturelle und öffentliche Arbeiter (297.000), Ärzte und anderes medizinisches Personal (514.000), Buchhalter (1.617.000), Ökonomen (822.000), Universitäts-Studenten (550.000), Juristen (46.000) usw. Diese hunderttausende von Menschen gehören zu jenen, die ihre Ausbildung während des Ersten und Zweiten Fünfjahresplans erhalten haben. Die Anzahl der bürgerlichen Intellektuellen aus vorrevolutionärer Zeit ist so in die Bedeutungslosigkeit geraten.²⁸¹

Besonders wichtig bei der Ausarbeitung der Pläne waren die Produktionskonferenzen, die von den Gewerkschaften organisiert wurden.

Im Januar 1924, auf ihrem XIII. Parteitag, beschloss die KPdSU, dass die Gewerkschaften Ausschau nach den qualifiziertesten Arbeitern mit Erfahrungen in der Organisation halten sollten. Diese sollten dann Manager der staatlichen Fabriken werden. In den Produktionskonferenzen sollten wichtige Fragen des industriellen Lebens zusammengefasst, diskutiert und Meinungen ausgetauscht werden, um so jegliche Möglichkeit zu verschaffen, die ökonomischen Körperschaften zu unterstützen und die Wirtschaft vor allem in Fragen der Produktionskosten, Arbeitsproduktivität, Löhne, Ausbildung der Arbeitskräfte etc. zu verbessern. Dabei sollen sich Manager, Betriebsleitung, Arbeiter, Parteimitglieder und Parteilose sowie Gewerkschaften beteiligen. Ziel der Kommunisten sollte es nicht sein, diese Konferenzen zu dirigieren, sondern die Masse der Arbeiter in die Verantwortung der Produktion mit einzubeziehen.²⁸²

Wie liefen diese Produktionskonferenzen ab? Sie waren im Wesentlichen Treffen von allen Arbeitern, die diese besuchen wollten, mit den Managern und dem technischen Personal. Waren die Fabriken zu groß, entsandten die Arbeiter Delegierte zu diesen Konferenzen. Auf diesen Konferenzen berichtete der Manager über den Zustand der Fabrik und der Industrie als Ganzes sowie über die aufkommenden Probleme und mögliche Lösungsvorschläge. Die Arbeiter waren dazu ermutigt, sich nach allen Kräf-

²⁸⁰ Huar, Ulrich. Stalins Beiträge zur politischen Ökonomie des Sozialismus. 2003 als Sonderheft der offen-siv erschienen, inzwischen vergriffen; http://red-channel.de/huar_stalin_oekonomie.htm#t08

²⁸¹ Baykov 1948, S. 465

²⁸² Rothstein, Andrew 1948. *Man & Plan in Soviet Economy*, London: Frederick Muller LTD, S. 100 – 102

ten an den Diskussionen zu beteiligen und eigene Vorschläge zu machen. Normalerweise wurde ein Produktionskomitee gewählt, welches diese Vorschläge sammelte und dafür sorgte, dass sie in die Tat umgesetzt wurden. In der Praxis zeigte sich die Anwendung der Vorschläge wichtiger als deren Sammlung, da durch Bürokratismus, Konservatismus und Routine große Hürden überwunden werden mussten.²⁸³

„Produktionskommissionen sind eine von vielen Kommissionen einer Fabrik ... Von ihnen wird erwartet den eigentlichen Arbeitsablauf der Fabrik zu verfolgen und Verbesserungsvorschläge technischen oder allgemeinen Charakters zu berichten. Die Inaktivität dieser Kommissionen führt zur Einführung größerer Konferenzen, um die Bedingungen und Probleme der Produktion zu diskutieren. Die Konferenzen sind für alle Arbeiter und Beschäftigten des Betriebs offen und Management sowie technisches Personal sind eingeladen, diesen beizuwohnen. Der Anteil der Teilnehmer dieser Konferenzen war nicht groß und kürzlich starteten die Gewerkschaften diesen Konferenzen mehr Beachtung und Autorität zu schenken um so eine größere Beteiligung der Arbeiter zu sichern“²⁸⁴

Die Produktionskonferenzen hatten jedoch keine administrativen Vollmachten. Das Management war nicht gezwungen, die Vorschläge umzusetzen. Jedoch konnte es sich auch kein Manager erlauben, diese zu ignorieren. Wenn er die Vorschläge für unpraktisch hielt, musste er diese einer speziellen Kommission in der nächsten Produktionskonferenz erklären.²⁸⁵

In der Zeit von 1924 – 1925 nahmen über 250.000 Arbeiter an der Wahl der Delegierten zu den Konferenzen teil. Am 14. Parteitag 1925 verzeichnete Molotow 371 Produktionskonferenzen in Moskau mit 34.000 Teilnehmern, 204 in Leningrad mit 36.000 Teilnehmern und in Twer 198 Produktionskonferenzen mit 13.000 Teilnehmern. Jedoch hielten nur 19% der Fabriken in Leningrad Produktionskonferenzen ab und der Anteil der parteilosen Teilnehmer war unzureichend (etwa 42%). Aber immerhin nahmen 25.000 Arbeiter in Leningrad teil (der Rest der 36.000 Teilnehmer bestand aus Technikern, Ingenieuren und Managern) und etwa 2.000 Arbeiter wurden dafür ausgebildet, kleinere leitende Tätigkeiten auszuführen.²⁸⁶

Ein Jahr später war die Zahl erheblich größer und an den Treffen nahmen etwa 10% aller Arbeiter teil. Da jedoch kaum Techniker und Ingenieure teilnahmen, wurden viele der Vorschläge von diesen nicht angenommen und für eine kurze Zeit sank das Interesse der Arbeiter, an den Produktionskonferenzen teilzunehmen. Mit der be-

²⁸³ Ebenda, S. 104

²⁸⁴ Civic Training in Soviet Russia, by S. N. Harper, 1929, S. 150, zitiert in Webbs S. 738

²⁸⁵ Freeman 1932, S. 119

²⁸⁶ Rothstein 1948, S. 103, 104

schleunigten Industrialisierung wendete sich jedoch das Blatt, da nun auch mehr Ingenieure an diesen Konferenzen teilnahmen. Dabei wurden weitreichendere Probleme der Fabriken ausdiskutiert als nur kleine Verbesserungsvorschläge wie zu Beginn der Bewegung.²⁸⁷

1926-1927 wurden dabei neue Formen der Beteiligung der Arbeiter eingeführt. Dazu gehörten spezielle Treffen, um die Kosten der Produktion zu kalkulieren, die viel mehr Interesse weckten als die gewöhnlichen Produktionskonferenzen. Weiterhin wurden Untersuchungsteams und Kontrollkommissionen gegründet, die die Fabriken besuchten, um Erfolge sowie Mängel zu diskutieren. „Produktionsgerichte“ wurden in einer Reihe von Fabriken gegründet um über schlechte Arbeit und schlechte Erträge zu urteilen. Außerdem wurden „Produktions-Exkursionen“ entwickelt, die benachbarte Fabriken im selben Industriezweig besuchten, um so Erfahrungen auszutauschen.²⁸⁸

Die „Twer Prawda“ organisierte eine „öffentliche Inspektion“ in der Proletarka-Textilfabrik in ihrer Stadt. Innerhalb von 6 Wochen machten Arbeiter die Industrie betreffend 2.242 Vorschläge. Durch diesen Umstand wurden 25-30% der Arbeiter „Arbeiterkorrespondenten“ der „Twer Prawda“.²⁸⁹

Auch die Moskauer Prawda führte 1930 eine öffentliche Inspektion der Produktionskonferenzen durch, bei der ihre eigenen Korrespondenten in vielen Fabriken über Erfolge und Mängel berichteten. Innerhalb von zwei Monaten wurden von den Arbeitern über 300.000 Vorschläge, viele von ihnen sehr nützlich, eingereicht!²⁹⁰

Zwischen Oktober 1927 und September 1928 machten die 135.000 Arbeiter der großen Textil-Provinz Iwanowo-Vosnessensk über 8.000 Vorschläge zur Verbesserung der Industrie. Im Bergbaugebiet in der Region um Lugansk wurden im selben Zeitraum 9.500 Vorschläge von 125.000 Arbeitern eingereicht. Im Bergbaugebiet von Artemowsk gab es über 8.000 Vorschläge. Insgesamt, in über 15 Industriegebieten des ganzen Landes, wurden 62.000 Vorschläge eingereicht. Ein Jahr später stiegen im selben Gebiet die Anzahl der Produktionsvorschläge auf insgesamt 321.600!²⁹¹

Innerhalb eines Monats wurden in der Elektrozavod-Fabrik in Leningrad 2.751 Vorschläge und Erfindungen von Arbeitern und Technikern eingeführt. Bei einer Kam-

²⁸⁷ Ebenda, S. 106

²⁸⁸ Ebenda, S. 107f.

²⁸⁹ Ebenda

²⁹⁰ Rothstein, Andrew 1950. A History of the USSR, Harmondsworth Middlesex: Penguin Books, S. 184

²⁹¹ Rothstein, 1948, S. 112f.

pagne zur Beseitigung von Abfällen wurden in 150 Leningrader Betrieben von den Arbeitern über 60.000 Vorschläge gemacht.²⁹²

Das Oberste Wirtschaftsgremium koordiniert dabei diese Vorschläge. Eine Fabrik, die bestimmte Vorschläge übernehmen wollte, konnte sich die entsprechenden Informationen vom Wirtschaftsgremium holen.²⁹³

Diese Vorschläge verhalfen dazu, dass zwischen 1928 und 1929 die Produktionskosten im ersten Quartal um 1,2%, im zweiten um 3,4%, im dritten um 6,3% und im vierten Quartal um 7,8% gesenkt wurden. Die Arbeitsproduktivität stieg im ersten Quartal desselben Zeitraums um 7%, im vierten auf 24%!²⁹⁴

1933 berichtete der Sekretär des All-Unions-Zentralkomitees der Gewerkschaften, dass 1930 273.000 Rationalisierungsvorschläge zur Einsparung an Material und Kosten von Arbeitern eingereicht wurden, 1931 stieg die Zahl auf 542.000. Im ersten Quartal 1931 erbrachten diese Einsparungen von 5.000.000 Rubeln, im zweiten 6.247.000 Rubel und im dritten sogar 11.574.000 Rubel.²⁹⁵

1938, 1939 und im ersten Halbjahr 1940 machten in der Leningrader Textilindustrie Arbeiter 3.921 Verbesserungsvorschläge, von denen 1.654 angenommen wurden. Diese führten zu einer Einsparung von 7 Mio. Rubel. In den Kirow Maschinenbauwerken wurden 1939 3.192 Rationalisierungsvorschläge gemacht, die 3,5 Mio. Rubel einsparten. 1940 wurden etwa 4.500 Vorschläge eingereicht mit einer Einsparung von 3,75 Mio. Rubel.²⁹⁶

Am 1. Juni 1942, also während des Zweiten Weltkriegs, berichtete das Moskauer Radio von einer Fabrik in Moskau, die 1.065 Rationalisierungsvorschläge in den ersten 10 Tagen im Mai erhielt. 655 wurden davon angenommen, 200 schon in die Tat umgesetzt. 357.000 Rubel konnten eingespart werden.²⁹⁷

²⁹² Freeman 1932, S. 331

²⁹³ Ebenda

²⁹⁴ Rothstein 1948, S. 113

²⁹⁵ Webbs, S. 768

²⁹⁶ Rothstein 1942, S. 59

²⁹⁷ Ebenda, S. 62

Sozialistischer Wettbewerb, Subbotniks und Stoßarbeiter

Während der Zeit des Bürgerkriegs gab es eine Bewegung, die eine Grundlage für den späteren sozialistischen Wettbewerb lieferte - die Subbotniks.

Die Subbotniks, freiwillige und unentgeltliche Arbeit am Samstag, wurden von den Arbeitern der Moskau-Kasaner Eisenbahnlinie aus eigener Initiative im Jahre 1919 veranstaltet. Lenin hatte in seinem Referat über die Subbotniks im Dezember 1919²⁹⁸ diesen eine besondere Beachtung geschenkt, da diese Bewegung erste Keime des Kommunismus im Sozialismus waren. Von Mai bis September 1917 stieg die Zahl der Subbotniks von 781 auf 6.773. Von November 1919 – Februar 1920 stieg die Anzahl von 15.928 auf 41.587. Im Dezember 1920 bis April 1921 stiegen die Zahlen von 95.743 auf 101.348. In Petrograd betrug die Zahl der Subbotniks im Mai 1920 165.000, in Woronesch arbeiteten 25.000 Freiwillige bei der Reparatur der Eisenbahnstrecken und in der Provinz von Nischni-Nowgorod arbeiteten über 600.000 in Stadt und Land. Insgesamt betrug die Zahl der Freiwilligen mehrere Millionen.²⁹⁹

Doch auch während der Fünfjahrespläne war die Bewegung der Subbotniks sehr aktiv. Während des Baus der Charkower Traktorenwerke strömten tausende der Stadtbewohner zur Baustelle und entfernten Schrott und Bauschutt, so dass sich die Arbeiter auf den Bau der Fabrik konzentrieren konnten. Während des Baus des Moskauer U-Bahntunnels unterstützen über einen Zeitraum von neun Monaten 200.000 Freiwillige die eigentlichen Arbeiter.³⁰⁰ Zu diesen Freiwilligen zählten auch solch führende Persönlichkeiten wie L. M. Kaganowitsch oder die Mitglieder des Moskauer Stadtkomitees der Partei.³⁰¹

Ein weiterer wichtiger Punkt, die Planungsmethoden zu bessern und damit auch die Arbeitsproduktivität zu steigern, ist das Prinzip des sozialistischen Wettbewerbs. Das Lehrbuch der Politischen Ökonomie definiert den sozialistischen Wettbewerb wie folgt: „Der sozialistische Wettbewerb erweist sich als die Methode zur Steigerung von Arbeitsintensität sowie Arbeitsproduktivität und damit zur Vervollkommnung der Produktion auf Grundlage der größtmöglichen Aktivität der werktätigen Massen. Lenin lehrt, dass der Sozialismus erstmalig die Möglichkeit schafft, den Wettbewerb wirklich auf breiter Grundlage, wirklich auf Massenbasis zu entfalten und die Millionenmassen der Werktätigen zu erfassen. Der sozialistische Wettbewerb ist auf die Erfüllung und Übererfüllung der Volkswirtschaftspläne, auf die ständige Erhöhung

²⁹⁸ Lenin, Werke, Bd. 30, S. 273f

²⁹⁹ Rothstein 1948, S. 94/95

³⁰⁰ Ebenda, S. 95/96

³⁰¹ Webbs, S. 755

der Arbeitsproduktivität sowie auf die Sicherung des ununterbrochenen Aufschwungs der sozialistischen Produktion gerichtet. `Das Prinzip der Konkurrenz: *Niederlage und Tod der einen*, Sieg und Herrschaft der anderen. Das Prinzip des sozialistischen Wettbewerbs: *kameradschaftliche Hilfe* der Fortgeschrittenen für die Zurückgebliebenen, um einen *allgemeinen* Aufschwung zu erzielen. Die Konkurrenz besagt: *Schlage die Zurückgebliebenen nieder*, um deine Herrschaft zu festigen. Der sozialistische Wettbewerb besagt: Die einen arbeiten schlecht, die anderen gut, die dritten besser – *hole die Besten ein* und erziele einen *allgemeinen Aufschwung*.´[SW 12, S. 98] An Stelle solcher Triebkräfte der Produktion wie Profitjagd und Konkurrenz hat der Sozialismus neue, stärkere Triebkräfte gesetzt. In erster Linie ist hier die aus dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus resultierende tiefe Interessiertheit der Massen an der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion zu nennen. Für die Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs ist die Verteilung nach Arbeitsleistung von großer Bedeutung. Sie macht die Entlohnung des Werktätigen von der Quantität und Qualität seiner Arbeit abhängig und fördert auf diese Weise die schöpferische Initiative der Massen im Produktionsprozess. Ein Charakterzug des Wettbewerbs ist die schöpferische Initiative der Neuerer und der Bestarbeiter, die die moderne Technik vollkommen beherrschen, alte, überholte Arbeitsnormen und -methoden über den Haufen werfen und neue aufstellen. Viele Arbeiter haben sich nicht nur ein technisches Minimum angeeignet, sondern auch das Niveau des technischen Personals erreicht, wodurch die Gegensätze von geistiger und körperlicher Arbeit überwunden werden. Im Kampf gegen alles Alte, Überlebte bahnen fortschrittliche Menschen der Produktionsentwicklung neue Wege und decken neue Reserven für die Steigerung der Arbeitsproduktivität auf. Die fortschrittlichen Arbeitsmethoden, die von Neuerern angewandt werden, basieren auf durchgreifenden Verbesserungen der Arbeitsorganisation (Arbeitsteilung, Beherrschung mehrerer Berufe u. a.), der Organisation der Produktion, der Technologie und Technik der Produktion (Intensivierung der technologischen Prozesse, Vervollkommnung des Werkzeugs, der Vorrichtungen, Maschinen usw.). Der sozialistische Wettbewerb fördert eine schnelle und weite Verbreitung der fortschrittlichen Erfahrungen. Im Sozialismus übt die Kraft des Vorbilds erstmalig Massenwirkung aus und dient der ununterbrochenen Steigerung und Vervollkommnung der Produktion.³⁰²

Viele ausländische Schreiber zeigten sich beim Thema sozialistischer Wettbewerb äußerst skeptisch, doch der Ökonom Alexander Baykov teilt diese Skepsis nicht. Bei den schweren Bedingungen und Entbehrungen, unter denen die Industrialisierung der Sowjetunion durchgeführt wurde, waren die kollektiven sozialen Impulse, der Enth-

³⁰² Autorenkollektiv, 1955. Lehrbuch der politischen Ökonomie http://www.politische-oekonomie.org/Lehrbuch/kapitel_32.htm#A6_Der_sozialistische_Wettbewerb

siasmus und der Optimismus für eine bessere Zukunft von besonderer Wichtigkeit. Sie waren – neben anderen Dingen – ausschlaggebend für den wirtschaftlichen Erfolg und dieser Enthusiasmus wurde durch den sozialistischen Wettbewerb aufrechterhalten.³⁰³

Einen entscheidenden Anteil des sozialistischen Wettbewerbs nahmen die „Udarniki“ (Stoßarbeiter) und ab dem 2. Fünfjahresplan die Stachanowbewegung ein.

Die Webbs definieren die Stoßarbeiter (Udarniki) wie folgt: „Bei Stoßarbeitern handelt es sich um Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht unbedingt Mitglieder der Kommunistischen Partei oder des Komsomol sein müssen, die freiwillig mehr und bessere Leistungen in ihrem Beschäftigungsfeld ausüben oder spezielle Aufgaben außerhalb ihres Berufs ausüben, um den sozialistischen Staat aufzubauen oder, genauer gesagt, die Erfüllung des Plans sichern. Sie legen es selbst fest, die Standard-Produktionsmenge zu erhöhen, den Ausschuss oder Verluste zu minimieren und der Zeitverschwendung und unnötiger Arbeitsausfälle ein Ende zu setzen, sowie den sozialistischen Wettbewerb bis zum Äußersten auszunutzen. ... die Aktivitäten der Stoßarbeiter nehmen unterschiedlichste Formen an, haben jedoch alle das gemeinsame Ziel, die Produktionsmenge zu erhöhen und Kosten zu minimieren. ... Sie erhalten normalerweise keine Extrabezahlung für ihre außergewöhnlichen Anstrengungen, noch erwarten sie welche, wengleich sie auf Grund der Stückerbeit ihre Löhne dem Regelsatz entsprechend natürlich größer sind als die eines normalen Arbeiters. ... Oftmals genießen sie Annehmlichkeit separater Speiseräume im Fabrikrestaurant, manchmal mit Blumen am Tisch ... und spezieller Leckereien.“³⁰⁴

Die Aufgabe des sozialistischen Wettbewerbs und der Stoß-Arbeiter hatten folgende sechs Aufgaben: Kampf gegen Verantwortungslosigkeit bei der Bedienung von Maschinen, Kampf gegen die Gleichmacherei, auch im Bereich der Löhne, Ausbildung neuer qualifizierter Arbeiter, Änderung der Einstellung gegenüber den alten Spezialisten, Meisterung der Technik und Verbesserung der Kostenrechnung.³⁰⁵

Die ersten Stoßarbeiter-Brigaden wurden von Komsomolzen 1928 in der Listwenski-Fabrik gegründet und boomten während der Industrialisierung.³⁰⁶ Dabei wurden die Stoßarbeiter in der besten Tradition der Subbotniks gesehen und ein neuer Typ des sowjetischen Arbeiters war im Begriff zu entstehen.³⁰⁷

³⁰³ Baykov 1948, S. 220 - 221

³⁰⁴ Webbs, op. cit. S. 747-749

³⁰⁵ Freeman, 1932, S. 133

³⁰⁶ Webbs, S. 748

³⁰⁷ Rothstein 1948, S. 117

Zu Beginn bestand jedoch das Problem, dass die Stoßarbeiter-Brigaden nicht die erwünschte Verbreitung fanden. Daher mobilisierten die lokalen Gewerkschaftsorganisationen 3.000 ihrer besten Mitglieder in den Fabriken, um die Brigaden zu unterstützen und weiter zu verbreiten. Des Weiteren wurde vom Konzil der Volkskommisarsare ein Beschluss gefasst, dass das Management die Vorschläge der Arbeiter innerhalb einer Woche begutachten muss. Außerdem war es verboten, Übereinstimmungen, die zur Verbesserung der Produktion führten, aufzuschieben. Neue Erfindungen wurden mit Bonuszahlungen prämiert.³⁰⁸

Ende 1929 beteiligten sich viele Arbeiter an den Stoß-Brigaden. Eine Untersuchung der Moskauer Gewerkschaften kam zu dem Ergebnis, dass in den 192 untersuchten Fabriken, die 135.000 Arbeiter beschäftigten, es 2.020 Stoß-Brigaden mit 22.000 Beteiligten gab. Im Ural, wo es am 1. Mai 1929 400 Stoß-Brigaden mit 12.000 Arbeitern gab, betrug die Zahl am 1. Dezember desselben Jahres 3.583 Brigaden mit 52.000 Stoß-Arbeitern. Auf dem All-Unions-Kongress der Stoßarbeiter im Dezember 1929 war von 300.000 Stoßarbeitern bei insgesamt 2.900.000 Arbeitern die Rede. Im Herbst 1929 waren 79,6 % aller Arbeiter in den Produktionskonferenzen beteiligt und am 1. Januar 1930 waren 29 % aller sowjetischen Beschäftigten Stoß-Arbeiter. Am 1. März 1930 beteiligten sich 2 Mio. Arbeiter am sozialistischen Wettbewerb und es gab dabei 1,5 Mio. Stoßarbeiter: 75 % aller Metall-Arbeiter, 70 % der Textilarbeiter und über 50 % der Bergarbeiter.³⁰⁹

In der Ravensto-Textilfabrik in Leningrad schlossen sich einige junge Arbeiter zusammen und gründeten eine Stoßarbeiter-Brigade, um ein Zeichen für gute, kostensenkende Produktion zu liefern. Sie erhöhten die Produktionsmenge um 8 % und senkten die Kosten um 4 %. Diese Bewegung verbreitete sich in der gesamten Fabrik und drei Monate später waren 30 % der Arbeiter in den Stoß-Brigaden aktiv.³¹⁰

Ab Mai 1930 kamen Stoßarbeiter anderen Fabriken zur Hilfe, die in ihren Produktionen nachhinkten.

Eine solche Form des Freiwilligendienstes konnte nur in einem System entstehen, in dem keine Geheimnisse zwischen den Industriebetrieben herrschen und das Ziel, den ‚Konkurrenten‘ vom Markt zu verdrängen, fremd ist. Diese Bewegung begann in der Artem-Zeche im Nordkaukasus. Ein Nachbar-Bergwerk fiel unter die geplanten Produktionsziffern und die Bergarbeiter aus Artem kamen ihren Kollegen zur Hilfe, in dem sie vier Stoß-Arbeiter, zwei Ingenieure, ein Mitglied des Arbeitskomitees, den Manager der Zeche, das lokale Partei-Komitee und Journalisten von zwei Zeitungen

³⁰⁸ Ebenda, S. 119

³⁰⁹ Ebenda, S. 119-121

³¹⁰ Ebenda, S. 111

delegierten. Diese untersuchten sorgfältig die Zustände der Zeche, hielten Konferenzen über Mängel und Probleme ab und machten Verbesserungsvorschläge und überzeugten Arbeiter, Ingenieure und Management, diese zu übernehmen.³¹¹

Im Sommer 1930 nahm die Bewegung der Stoßarbeiter eine weitere neue Qualität an: es kam zu finanziellen und industriellen Gegenplanungen. Der Entwurf des Plans, den jede Fabrik von oberer Stelle erhielt, weist auf die Menge des Rohmaterials und des Treibstoffs sowie die Menge der Geräte und der finanziellen Mittel hin, die der Fabrik gutgeschrieben werden. Außerdem wird die Menge und Qualität des Ausstoßes sowie die zu erwartende Arbeitsproduktivität und zu erwartende Preise festgelegt. Ziel der Gegenpläne ist es, diese Entwürfe durch sorgfältige Diskussionen in jeder Abteilung zu verbessern, besonders in Bezug zu einer besseren Ausnutzung des Materials und der Maschinen, sowie Steigerung der Arbeitsproduktivität. Diese Bewegung hatte ihren Beginn in den Karl-Marx-Werken in Leningrad. Im ersten Jahr ihrer Durchführung kamen die Arbeiter zu dem Ergebnis, dass ihre Gießerei statt der vorgegebenen 11.000 Tonnen 14.500 Tonnen produzieren kann. In den Moskauer Elektrosawod-Werken wurde durch die Gegenplanung ein Ausstoß im Wert von 178 Mio. Rubel statt der ursprünglich geplanten 136 Mio. Rubel erwirtschaftet. Der Gegenplan in den Ural-Kuzbass Eisen- und Stahlwerken wurde von zehntausenden Arbeitern diskutiert und es wurden über 5.000 Rationalisierungsvorschläge eingereicht.³¹²

In den Swetlana-Werken in Leningrad nahmen 2.000 Arbeiter zusammen mit Technikern daran teil, einen technischen, industriellen und finanziellen Plan auszuarbeiten. U. a. wurden „Pässe“ für jedes Werkzeug und jede Maschine erstellt, mit denen jede Eigenart und produktive Möglichkeit ermittelt werden sollten. Weiterhin wurde der Austausch alter Maschinen durch moderne, Möglichkeiten der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, der Ersatz importierter Waren durch selbst hergestellte etc. mit eingeplant. Als Ergebnis dieses Gegenplans konnte die Produktivität um 30 % gesteigert und die Kosten um 10 % gesenkt werden.³¹³

1946 wurden etwa 30.000 Rationalisierungsvorschläge in der Produktion der führenden Industriezweige der UdSSR eingereicht. Ihre Anwendung ermöglichte eine Einsparung von 400 Mio. Rubel. Z. B. konnte ein Arbeiter der Dnepropetrwosker Stahlwerke durch die Einführung einer neuen Arbeitsmethode über 7.000 Tonnen Stahlblech statt der geplanten 4.500 Tonnen pro Monat produzieren.³¹⁴

³¹¹ Ebenda, S. 123,124

³¹² Ebenda, S. 124 – 126

³¹³ Ebenda, S. 132, 133

³¹⁴ Ebenda, S. 147

Eine logische Konsequenz der industriellen und finanziellen Gegenpläne sind die Kostenrechnungs-Brigaden. Ihre Aufgabe bestand darin, die Produktionen genauer zu analysieren und Möglichkeiten zu finden, den Ausstoß zu erhöhen und dabei die Kosten zu reduzieren. Diese Bewegung begann in Leningrad. Am 1. April 1932 gab es 155.000 Kostenrechnungs-Brigaden, bestehend aus 1 ½ Mio. Arbeitern. Es war eine weitere Möglichkeit, mit der die Arbeiter in der Lage waren, ihre Erfahrungen und Fähigkeiten in der Ökonomie im Bereich der Kostenrechnung zu erproben.³¹⁵

Sidney und Beatrice Webb stellen einige Beispiele der Kostenrechnungs-Brigaden vor: In der Dzerschinki-Metallurgischen-Fabrik konnten 17 von 22 Kostenrechnungs-Brigaden ihr Programm für Januar 1932 zu 107 % erfüllen, während die Fabrik als Ganzes es nicht schaffte, ihre industrielles Programm zu erfüllen. In der Werkhalle der Stalingrader Traktorenwerke konnte eine Kostenrechnungs-Brigade den Anteil an schlechter Arbeit in fünffach höherem Maße reduzieren, als im Programm vorgesehen. So sparten sie 3.800 Rubel in drei Monaten. Ein Arbeiter in den Roten Putilow-Werken in Leningrad konnte seine geplante Arbeit in 775 Stunden statt den vorgegebenen 924 Stunden verrichten.³¹⁶

Der sozialistische Wettbewerb nahm enorme Größen an. Ende 1931 gab es 2,75 Mio. Stoß-Arbeiter, Ende 1932 gab es schon über 4 Mio. Im vierten Quartal 1931 konnten die Gewerkschaften 82.532 Produktionskonferenzen organisieren, die von 2,5 Mio. Menschen besucht wurden. 1930 gab es 273.000 Rationalisierungsvorschläge von Arbeitern, die 41 Mio. Rubel einsparen konnten. 1931 machten die Arbeiter schon 542.000 Rationalisierungsvorschläge mit einer Einsparung von über 143. Mio. Rubeln.³¹⁷

Der sozialistische Wettbewerb konzentrierte sich nicht nur auf die Industrie. Stoß-Brigaden gab es sogar im Bereich der Literatur. Im März 1931 gab es in Moskau 1.500 Arbeiter in den Literatur-Stoß-Brigaden, in Leningrad über 1.000, im Ural über 400. Diese Literatur-Stoß-Brigaden kombinierten schriftstellerische Tätigkeit mit der Arbeit. Sie waren keine „professionellen Schreiber“, sondern schrieben in ihrer Freizeit. Auch beim Schreiben von Zeitungen bildeten sich solche Brigaden. Anfang der 30er Jahre hatte die Arbeiter- und Bauern-Korrespondenten-Bewegung über 2 Mio. Mitglieder.³¹⁸

³¹⁵ Ebenda, S. 127

³¹⁶ Webbs, op. cit. S. 751

³¹⁷ Rothstein 1948, S. 128

³¹⁸ Freeman 1932, S. 327 - 328

Die Stachanow-Bewegung

Im Verlauf des zweiten Fünfjahresplans erreichte der sozialistische Wettbewerb eine noch höhere Qualität, die der Stachanowbewegung.

Die Stachanowbewegung, benannt nach dem Kohlebergwerker Alexej Stachanow, der 102 Tonnen Kohle in einer Schicht in der Donbass-Mine abbaute, was dem 14-fachen der vorgeschriebenen Norm entsprach, wurde binnen weniger Wochen zu einer Massenbewegung, die viele Wirtschaftszweige erreichte.

Sheila Fitzpatrick beschreibt die Stachanowbewegung wie folgt: „Es waren gewöhnliche Leute – Arbeiter, Kolchosbauern, Verkäuferinnen, Lehrer oder wer auch immer – die auf einmal zu nationalen Medienhelden wurden. Theoretisch gesehen waren sie wegen ihren Erfolgen ausgesucht worden, aber in der Praxis spielte die Unterstützung durch lokale Parteisekretäre oder Journalisten eine große Rolle. Fotos von Stachanowarbeitern wurden in den Zeitungen veröffentlicht, Journalisten interviewten sie über ihre Erfolge und ihre Ansichten, sie wurden als Delegierte zu Stachanow-Konferenzen ausgewählt und lernten, öffentliche Reden zu halten, einige besonders Glückliche trafen sich sogar mit Stalin und wurden mit ihm fotografiert. Stachanowisten und andere ‚gewöhnliche Berühmtheiten‘ waren lebende Beispiele dafür, dass der kleine Mann in der Sowjetunion etwas bedeutete und dass selbst die ärmsten und einfachsten Leute die Möglichkeit hatten, für einen Tag berühmt zu sein.“³¹⁹

Eine Delegation der Durham-Bergarbeiter³²⁰, die die Sowjetunion besuchte, charakterisierte die Stachanow-Bewegung wie folgt: „Der Stachanowismus ist nicht nur eine Methode ungeachtet anderer Einflüsse irgendwie mit der Arbeit fertig zu werden. Es ist nicht nur das Problem irgendwelcher großer starker Bergarbeiter, die das Tempo angeben und die schwächeren Brüder gezwungen sind, diesem Beispiel zu folgen. ... Es ist nicht eine Frage der Heiligsprechung der Sicherung der Produktionsmenge und der Verrichtung schäbiger Arbeit, um einige Stücke Kohle extra zu finden. ... Stachanowismus ist eine Methode der Verrichtung der Arbeit in der effizientesten und produktivsten Art und Weise durch Team-Arbeit.“³²¹

³¹⁹ Sheila Fitzpatrick, 1999, S. 74

³²⁰ Durham ist eine Bergarbeiterstadt im Nordosten Englands. 1983/84 wurde sie bekannt wegen eines einjährigen Streiks gegen die Politik der Regierung Thatcher, der mit einer Niederlage endete. Da waren die Enkel offensichtlich noch ähnlich klassenbewusst wie ihre Großväter.

³²¹ Zitiert in Campbell 1939, S. 97/98

Wie schnell die Stachanowbewegung Fuß fasste, zeigt Robert Thurston: „Im September 1936 waren 22 % der Industriearbeiter Stachanowisten und weitere 23 % waren ‚Stoß-Arbeiter‘, ebenfalls ein Ehrentitel, der eine Stufe niedriger ist.“³²²

1941 waren über 50 % der Industriearbeiter und 60 % der Eisenbahnarbeiter Stachanowisten oder Stoß-Arbeiter. In einer Maschinenbaufabrik in Leningrad betrug Ende 1939 die Zahl der Stachanowisten und Stoß-Arbeiter 79,2 % und Ende 1940 83,1 %. In einer anderen Fabrik, einer Werkzeugmaschinen-Fabrik in Moskau, fiel die Zahl der Stachanowisten und Stoß-Arbeiter von 72 % auf 37,6 %. In den Kirow-Werken in Leningrad betrug die Zahl jener die sich am sozialistischen Wettbewerb beteiligten 82 %, in einer Strickerei-Fabrik jedoch nur 57 %.³²³ Die Zahlen verdeutlichen, dass die Stachanow-Bewegung insgesamt eine Massenbewegung war, die aber in den einzelnen Fabriken unterschiedlich stark vertreten waren.

Stalin wies auf die Bedeutung der Stachanowbewegung wie folgt hin: „Die Stachanowbewegung bringt einen neuen Aufschwung des sozialistischen Wettbewerbs, eine neue, eine höhere Etappe des sozialistischen Wettbewerbs zum Ausdruck ... Früher, vor etwa drei Jahren, während der ersten Etappe des sozialistischen Wettbewerbs, war der sozialistische Wettbewerb nicht unbedingt mit der neuen Technik verbunden. Ja, damals hatten wir eigentlich auch fast keine neue Technik. Die jetzige Etappe des sozialistischen Wettbewerbs aber, die Stachanowbewegung, ist im Gegenteil unbedingt mit der neuen Technik verbunden. Die Stachanowbewegung wäre ohne die neue, die höhere Technik undenkbar. Vor euch stehen Leute wie die Genossen Stachanow, Bussygin, Smetanin, Kriwonos, Pronin, die Winogradowas und viele andere, neue Menschen, Arbeiter und Arbeiterinnen, die die Technik ihres Faches in vollem Umfang gemeistert, sie bewältigt und vorwärtsgetrieben haben. Solche Menschen gab es bei uns vor drei Jahren nicht oder fast gar nicht ... Die Bedeutung der Stachanowbewegung besteht darin, dass sie eine Bewegung ist, die die alten technischen Normen als unzulänglich zerbricht, die Arbeitsproduktivität der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder in einer ganzen Reihe von Fällen übertrifft und somit die praktische Möglichkeit eröffnet, den Sozialismus in unserem Lande weiter zu festigen und unser Land zum wohlhabendsten Land zu machen.“³²⁴

„Indem Genosse Stalin die Arbeitsmethoden der Stachanowleute charakterisierte und die gewaltige Bedeutung der Stachanowbewegung für die Zukunft unseres Landes aufdeckte, führte er weiter aus:

³²² Thurston 1996, S. 173

³²³ Rothstein 1942, S. 58

³²⁴ Josef Stalin, Rede auf der ersten Unionsberatung der Stachanowleute am 17. November 1935, zitiert nach Geschichte der KPdSU (B) – Kurzer Lehrgang, Verlag Neuer Weg, S. 409f.

‘Seht euch doch die Genossen Stachanowleute näher an. Was sind das für Menschen? Das sind hauptsächlich Arbeiter und Arbeiterinnen in jungen und mittleren Jahren, technisch beschlagene Kulturmenschen, die Musterbeispiele an Genauigkeit und Pünktlichkeit in der Arbeit liefern, die den Zeitfaktor in der Arbeit zu schätzen wissen und gelernt haben, die Zeit nicht nur nach Minuten, sondern sogar nach Sekunden zu messen. Die meisten von ihnen haben die Prüfung des so genannten technischen Minimums abgelegt und fahren fort, ihre technische Bildung zu vervollkommen. Sie sind frei von dem Konservatismus und der Unbeweglichkeit gewisser Ingenieure, Techniker und Wirtschaftler; sie schreiten kühn vorwärts, brechen mit den veralteten technischen Normen und schaffen neue, höhere Normen, sie korrigieren die von den Leitern unserer Industrie angesetzten Leistungsgrenzen und Wirtschaftspläne, ergänzen und korrigieren immer wieder die Ingenieure und Techniker, belehren sie nicht selten und treiben sie vorwärts; denn sie sind Menschen, die die Technik ihres Fachs völlig gemeistert haben und verstehen, aus der Technik das Höchstmaß dessen herauszuholen, was aus ihr herauszuholen ist. Heute gibt es noch wenig Stachanowleute, aber wer kann daran zweifeln, dass es ihrer morgen zehnmal soviel geben wird? Ist es etwa nicht klar, dass die Stachanowleute Neuerer in unserer Industrie sind, dass die Stachanowbewegung die Zukunft unserer Industrie darstellt, dass sie den Keim des künftigen kulturellen und technischen Aufschwungs der Arbeiterklasse in sich birgt, dass sie uns den Weg eröffnet, auf dem allein jene Höchstleistungen der Arbeitsproduktivität erzielt werden können, die für den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus und für die Aufhebung des Gegensatzes zwischen geistiger und körperlicher Arbeit notwendig sind?’³²⁵

Die Industrie in der Sowjetunion wurde mit mehreren Problemen konfrontiert, diese reichten von Arbeitskräftemangel, insbesondere was erfahrene Arbeiter angeht, Fluktuationen, Engpässen in der Produktion, Mangel an Werkzeugen und Material, Transportprobleme bis hin zu Konflikten zwischen Managern und Arbeitern.³²⁶

Die Stachanowbewegung ermöglichte diese Probleme durch Eigeninitiative der Arbeiter zu lösen. Im ersten Jahr der Bewegung – 1936 – erreichte der industrielle Ausstoß mit einer Steigerung von 30,2 % einen neuen Rekord. Das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis in den 5 Jahren des zweiten Fünfjahresplans stieg um 121 %, statt der ursprünglich geplanten 114 %. Noch größer waren die Zahlen der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die erwartete Steigerung lag in der Industrie bei 63 %, tatsächlich waren es 82 %. Die Arbeitsproduktivität in der Bauindustrie wuchs um 83 %,

³²⁵ Ebenda, S. 410f.

³²⁶ Vgl. Thurston, Robert 1993. The Stakhanovite movement: Background to the Great Terror in the factories, 1935 – 1938 in J. Arch Getty & Roberta T. Manning (Editors), Stalinist terror – new perspectives, New York: Cambridge University Press, S. 143, in Folge: Thurston (1993)

statt der vorgesehenen 75 %. Zwischen 1930 und 1934 stieg die Arbeitsproduktivität um 30,7 %, während sie von 1934 bis 1938 um 78,6 % stieg.³²⁷

Kurz nachdem die Stachanowbewegung zur Massenbewegung wurde, stiegen die Normen entsprechend an, in manchen Industriezweigen bis zu 55 %. Die Erfüllung dieser Vorgaben war aufgrund der höheren Produktivität, also der verbesserten Arbeitsmittel für die meisten Arbeiter kein Problem. Thurston gibt als Beispiel vier Kohleminen an, von denen nur 5,4 % bis 15,4 % der Bergarbeiter die neuen Normen im Mai 1936 nicht erfüllen konnten. Im Juni 1938 erfüllten nur 0,7 % der Arbeiter im Bereich der Stromerzeugung die Planvorgaben nicht, trotz Normenerhöhung.³²⁸

Waren die Normen schwer zu erfüllen, konnten Arbeiter aufgrund des Arbeitskräftemangels problemlos anderen Arbeiten nachgehen. So verlor z. B. die Elektrosilafabrik in Leningrad nach einer Normenerhöhung im Jahre 1939 über 7.000 Arbeiter. Dies geschah übrigens, nachdem die Sowjetregierung im Jahre 1938 ein Gesetz erließ, dass die Fluktuation der Arbeitskräfte eindämmen sollte, da zu große Fluktuationen die Produktion behinderten. Damit solche Fälle eher Ausnahme als Regel waren, wurden die Normen des Öfteren wieder gesenkt.³²⁹

Es sollte hier erwähnt sein, dass die Normenerhöhungen nicht über die Köpfe der Arbeiter hinweg entschieden wurden, sondern unter aktiver Beteiligung der Arbeiter.

Thurston schreibt hierzu: „Jeder Hauptzweig der Industrie, insgesamt etwa 90, hielten Anfang 1936 eine Konferenz, um über den Verlauf der Stachanowbewegung zu diskutieren, wie man sie erweitert und ihren Einfluss auf die Produktion mit der Schwerpunktsetzung auf die Normen. Diese Treffen und die Diskussionen über die Normen in der sowjetischen Industrie zu jener Zeit gaben den Arbeitern die Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen. In Vorbereitung auf die Konferenzen gaben die Arbeiter mindestens Vorschläge bezüglich der Normen, während einige Berichte auf ausführliche Diskussionen hinweisen (...) 70 % von denen [den Normen], die Anfang 1936 in der Woroschilow-Fabrik in Wladiwostok angenommen wurden, wurden vom technischen Personal auf Basis ihrer Beachtung der Arbeiter aufgestellt (...) Der Einfluss der Arbeiter auf die Festlegung der Normen führte manchmal dazu, dass einige erhöht, wiederum andere gesenkt wurden wie z. B. in der Ordschonikidse Drehmaschinen-Fabrik“³³⁰

³²⁷ Rothstein 1948, S. 135/136

³²⁸ Vgl. Thurston (1996), S. 174

³²⁹ Vgl. ebenda, S. 175

³³⁰ Thruston (1996), S. 174

Die Durham-Bergarbeiter kommentierten zu den Normenerhöhungen, dass jeder durchschnittliche Grubenarbeiter im britischen Kohlenfeld die vorgegebenen Normen um das drei – bis vierfache erfüllen könnte. Wird die Norm erhöht, so steigen auch anteilsmäßig die Löhne. So hätten die Arbeiter keine Verluste. Ist ein Arbeiter nicht in der Lage, die Norm zu erfüllen, bekommt er das Grundgehalt.³³¹

Während des Zweiten Weltkriegs, als ganze Industrieanlagen hinter den Ural evakuiert wurden und es an Arbeitskräften mangelte, entwickelten sich weitere Formen der Stachanowbewegung und des sozialistischen Wettbewerbs. Es traten die 200-Prozenter, 500- und sogar 1000-Prozenter hervor, die durch bessere Benutzung ihrer Maschinen die entsprechende Prozentmenge mehr produzieren konnten als vorgegeben. Eine weitere Form waren die Kampffront-Brigaden, die von Jekaterina Barischnikowa, einer jungen Arbeiterin in einem Kugellagerwerk, 1943 entwickelt wurde. Ziel war es, die Zahl der Arbeitskräfte, die an einem Arbeitsplatz tätig waren, zu reduzieren, um diese an anderen Stellen verfügbar zu machen. Ende 1944 gab es 70.000 solcher Brigaden mit 500.000 jungen Arbeitern. Ende des Zweiten Weltkriegs gab es 500.000 solcher Brigaden. Weiterhin gab es noch die öffentlichen Inspektoren zur Arbeitsorganisation, die den Ausstoß und die Technik überprüften. Die Gewerkschaften entsandten 600.000 freiwillige öffentliche Inspektoren in die Fabrikrestaurants, Bäckereien, Krippen, Wäschereien und anderen Einrichtungen, die für die Unterstützung der Arbeiter im Krieg notwendig waren. Eine weitere Form waren noch zusätzlich die Arbeiter, die an mehreren Maschinen gleichzeitig arbeiteten. Diese Bewegung tauchte 1939 im Ural und in Charkow auf, fand aber im Zweiten Weltkrieg Massenverbreitung.³³²

Neben der Steigerung der Produktion wurden auch im Zweiten Weltkrieg, wie auch vorher, von den Arbeitern viele Rationalisierungsvorschläge unterbreitet.

In den Munitionsfabriken wurden 1942 24.000 Rationalisierungsvorschläge oder neue Erfindungen eingereicht, die 259 Mio. Rubel einsparten. In den Panzer-Fabriken wurden 1942 über 15.000 Vorschläge von Arbeitern gemacht, die 71. Mio. Rubel einsparten. In den Eisenbahnen-Werkstätten wurden 4.000 Vorschläge verfasst, von denen etwas mehr als 1.600 angenommen wurden. So konnten 17 Mio. Rubel eingespart werden.³³³

Diese Zahlen sind auch insofern interessant, da nach Thurstons Aussage, die Stachanow-Bewegung nur ein vorübergehendes Phänomen war.³³⁴

³³¹ Campbell, op. cit. S. 101

³³² Rothstein 1948, S. 140-141

³³³ Ebenda, S. 141,142

³³⁴ Thurston 1996, S. 185

Thurston erwähnt weiter: „In der Wostokostal-Fabrik reichten die Arbeiter im Jahr 1936 87% mehr Vorschläge zur Änderungen in der Produktion ein als 1935. Im September 1935 reichten Arbeiter in der Skorokhod-Schuhfabrik in Leningrad 78 Vorschläge bei Produktionskonferenzen ein; im Oktober, nachdem die Stachanowbewegung mehr Schwung und Öffentlichkeit erlangte, wurden 212 Vorschläge gemacht. Weitere 250 folgten bei Tagungen im November.“³³⁵

John Scott, ein amerikanischer Ingenieur, der in Magnitogorks im Uralgebirge arbeitete, berichtet, dass in Magnitogorsk 1935 und 1936 sehr „deutliche und fühlbare Ergebnisse“ erreicht wurden und im letzten Quartal 1936 das Magnitogorsker Kombinat einen Überschuss von 13,8 Mio. Rubel erwirtschaftete.³³⁶

„Die Stachanow-Bewegung brachte im Koks- und chemischen Werk eine grundlegende Veränderung einiger technischer Vorgänge mit sich und trug zweifellos zu erhöhter Arbeitsproduktivität bei. Arbeiter und Techniker gaben ihrerseits allerlei Anregungen zu Verbesserungen, die oft verwirklicht wurden und die Erzeugung förderten. In allen Werkstätten und Abteilungen wurden regelmäßige Zusammenkünfte abgehalten. Hier konnten die Arbeiter völlig unbehindert reden und machten von ihrer Redefreiheit auch weitestgehend Gebrauch. Sie durften an der Werkleitung Kritik üben und sich über Entlohnung, unzureichende Lebensbedingungen und Warenmangel in der Einkaufsstelle beschweren – kurz sie durften sich über alles, außer über die Generallinie der Partei und über ein halbes Dutzend ihrer unantastbaren Führer, kritisch auslassen.“³³⁷

„Die Stachanowbewegung brachte sehr erstaunliche Ergebnisse in den Erzgruben zutage. 6.500.000 Tonnen Erz wurden 1937 gefördert, während im gleichen Jahr in Deutschland 4.700.000, in England 4.200.000 und in Schweden 1.500.000 Tonnen gefördert wurden. Die jährliche Arbeitsleistung hatte sich von durchschnittlich 2,017 Tonnen pro Arbeiter im Jahr 1935 auf 3,361 im Jahre 1937 gehoben (...) Fertiges Hochofenerz kostete 3,53 Rubel pro Tonne (...) ebenso billig wie das Erz der besten Minen in den vereinigten Staaten. (...) Die Beschaffenheit des Erzes war ausgezeichnet. Der Durchschnittsgehalt an Eisen betrug im Jahre 1937 60,1 Prozent“³³⁸

Auch wenn die Stachanowbewegung zu einer Massenbewegung wurde, fand sie anfangs nicht immer Anklang unter den Arbeitern, insbesondere was die Normenerhöhung angeht. So berichtet das NKWD über ein Anti-Stachanow-Flugblatt vom 29. November 1935, das von einer studentischen Oppositionellen-Gruppe verfasst wurde.

³³⁵ Ebenda, S. 179-180

³³⁶ John, Scott, Jenseits des Ural, S. 193

³³⁷ Ebenda, S. 195 - 196

³³⁸ Ebenda, S. 197 - 198

Grundaussage des Flugblattes ist, dass die Partei das Land in den Ruin stütze, dass die Partei nicht dem Weg Lenins folge, dass der Sozialismus in der Sowjetunion auf Kosten und Leiden der Arbeiter aufgebaut werde, dass die Stachanowbewegung eine Ausbeutung der Arbeiterklasse darstelle etc. Im Grunde genommen ähneln die Grundaussagen der Rjutin-Plattform. Die Studentengruppe, bestehend aus insgesamt acht Personen, wurde verhaftet.³³⁹

Jedoch führten negative Äußerungen bezüglich der Stachanowbewegung nicht notwendigerweise zu Repressionen. So schreibt Thurston: „Ein Archiv-Report Ende 1935 listet einige Arbeiter auf, die für ihre Kritik an der Stachanowbewegung aus der Partei oder der Gewerkschaft ausgeschlossen oder gefeuert wurden, jedoch gibt es keine Anzeichen für eine Verhaftung. Ein früherer Bergbauingenieur erinnerte sich, dass in unserer Mine ein alter Arbeiter war, der keine Angst hatte zu sagen, dass die Stachanowbewegung die Arbeitskräfte bescheiße. Eine Frau, die als echte Proletarin galt, nannte in ihrer Fabrik die Kampagne Unsinn, jedoch war das einzige Ergebnis, dass sie von den Managern leise getadelt wurde. Als eine junge Frau in einer Fabrik die Leninbände als Preis für ihre Arbeitsleistung erhielt, rief ein alter Arbeiter: ‚Das ist, was die Hure verdient hat.‘ Es folgten Gelächter und Verwunderung, aber letztendlich wurde deswegen nichts unternommen.“³⁴⁰

Nach Davies waren die meisten Aussagen gegen Stachanow-Arbeiter eher harmlos und es kam selten zu körperlichen Übergriffen auf Stachanow-Arbeiter. Und auch diese mussten nicht zwangsläufig etwas mit dem individuellen Status als Stachanowarbeiter zu tun haben.³⁴¹

Jedoch waren solche Erscheinungen Ausnahmefälle, da keine Isolation der Stachanowisten vom Rest der Arbeiterschaft zu erkennen war.³⁴²

John Littlepage, ebenfalls amerikanischer Ingenieur, der in den Goldminen der Sowjetunion arbeitete, konnte keine Opposition gegenüber der Stachanowbewegung feststellen, da diese den Arbeitern Vorteile bringt und das Management es verstand, diese Bewegung zu unterstützen.³⁴³

Die Politik gegenüber Kritikern der Stachanowbewegung innerhalb der Arbeiterklasse änderte sich im März 1936, als das Präsidium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR ankündigte, dass Kritik von Arbeitern nicht mehr vor Gericht gebracht werden dür-

³³⁹ Vgl. Getty & Naumov, 1999, Document 61, S. 212 – 215

³⁴⁰ Thurston (1996), S. 182

³⁴¹ Davies, op. cit. S. 33

³⁴² Thurston (1996), S. 182

³⁴³ John Littlepage, In Search for Soviet Gold, S. 246

fe: „In vielen Fällen haben Gerichte unrichtigerweise rückständige Arbeiter als Volksfeinde wegen unzulässiger Äußerungen verurteilt, erklärte der Oberste Gerichtshof. Solche Aussagen reflektieren die Unfähigkeit der Arbeiter, mit der neuen Situation fertig zu werden, was zur Folge hat, dass die Arbeiter die erhöhten Normen nicht erfüllen können, sagte das Gericht. Aber negative Äußerungen der Arbeiter sind kein Indiz für ihre Opposition zur Stachanowbewegung oder für Sabotage und sollte nicht mit gerichtlichen Mitteln, sondern durch Massenaufklärung entgegnet werden.“³⁴⁴ Auch wenn es Diskrepanzen innerhalb der Arbeiterklasse bezüglich der Stachanowbewegung gab, so waren diese Probleme eher nebensächlich.

Die meisten Diskrepanzen bestanden zwischen den Arbeitern und den Betriebsleitern bzw. Managern.³⁴⁵

Über die Aufgabe von Managern, die im Sozialismus eine andere ist als im Kapitalismus, notiert Pat Sloan Folgendes: „(...) Manager einer sowjetischen Fabrik haben, als Teil ihrer Aufgaben, die Pflicht die allgemeinen Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern, die mit der Fabrik verbundenen sozialen Einrichtungen zu erweitern, einen zufriedenstellenden Service im Speiselokal und der Gesundheitsfürsorge anzubieten und dafür zu sorgen, dass die Kinder der Arbeiter in den Kindertagesstätten und Kindergarten gut versorgt werden. Die sowjetischen Fabrikmanager sind verantwortlich für den Staat, nicht nur für die Erhöhung des Produktionsausstoßes seines Verantwortungsbereiches und für die Senkung der Produktionskosten, sondern auch für die Erhöhung des Wohlergehens der Arbeiter in seiner Fabrik (...).“³⁴⁶

Den Konflikt zwischen den Stachanowisten und den Managern bringt Sloan wie folgt auf den Punkt: „Viele Manager und Ingenieure stimmten aus zwei Hauptgründen nicht mit den Stachanowisten überein. Erstens waren sie der Ansicht, dass die umfassende Reorganisation der Arbeitsmethoden ihre Aufgabe war und nicht der Basis der Arbeiter. Die Sowjetische Presse hingegen kritisierte solche Ansichten und zeigte auf, dass der Wohlstand der UdSSR durch einen maximalen Ausdruck der persönlichen Initiative aller Arbeiter zustande kommt. Zweitens widersprachen in einigen Fällen die Manager und Techniker den Arbeitern bezüglich der Reorganisierung ihrer Arbeit, weil ihre Gehälter über denen der Techniker und des Managerpersonals steigen würde! Diese Einstellung wurde ebenfalls von der Presse kritisiert (...).“³⁴⁷

Beispielsweise war es für die Manager wichtig, die Arbeiter mit ausreichend Werkzeug zu versorgen. Da es öfters an Werkzeug mangelte, konnte die notwendige Arbeit

³⁴⁴ Thurston (1993), S. 150

³⁴⁵ Davies, op. cit. S. 32

³⁴⁶ Pat Sloan, 1937, S. 46

³⁴⁷ Ebenda, S. 66

nicht erfüllt werden. Aufgabe des Managements war es, die Arbeiter mit ausreichend Werkzeug auszustatten und die Stachanow-Bewegung zwang die Manager, dieser Aufgabe nachzukommen.³⁴⁸ Hatten die Manager diese und andere Pflichten erkannt, gab es keine Diskrepanz zwischen Arbeitern und Management.

Mit dem Beginn der Stachanowbewegung erhöhte sich die Zahl der Kritiken an den Arbeiten der Manager. So begannen Arbeiter sich über die Lebens- und Sicherheitsbedingungen in der Fabrik kritisch zu äußern. Thurston schildert einige konkrete Beispiele, welche die Art und Weise der Kritik verdeutlichen: „Ein bedeutendes Beispiel trat auf der Ersten All-Unions-Konferenz männlicher und weiblicher Stachanowisten in Moskau Mitte November auf. (...) einer der Hauptredner unter den Arbeitern war Nikita Izotow, ein Kohlebergarbeiter (...). Mit Stalin, Molotow und anderen Spitzenfunktionären, die hinter ihm saßen, war Izotow unverblümt: „Stachanowisten sprachen mit mir und fragten mich folgendes an die Regierung zu übermitteln: sie verdienen viel, aber es gibt wenig zu kaufen. Einer sagt: ich brauch ein Piano, ein anderer – ein Fahrrad, ein dritter einen Plattenspieler, Radio und alle Art von Kulturgütern, die notwendig sind, aber nicht im Donbass zu erbringen sind. Aleksandr Busygin (...) machte auf der Konferenz eine indirekte aber aussagekräftige Bemerkung über die Lebensbedingungen und über die ökonomische Situation der meisten Arbeiter. Früher wurde alles Geld fürs Essen verbraucht, aber jetzt denke ich, ist es notwendig das Essen zu verbessern und dass ich die Möglichkeit habe neue Kleidung zu kriegen und meine Wohnung gar besser möblieren kann.“³⁴⁹

Anfang 1936 begann auch die Stachanowbewegung die Arbeitsbedingungen in den Fabriken zu kritisieren. Auch hier erhielt sie von der sowjetischen Regierung ihre Unterstützung. Denn schon einige Monate, bevor die Stachanowbewegung begann, erwähnte das Journal des Kommissariats für Justiz, dass die Staatsanwälte sich nicht ausreichend um Verletzungen von Sicherheitsmaßnahmen kümmerten. Die Bestrafung der Aufsichtspersonen in solchen Fällen sei zu milde, auch wenn es zu Todesfällen gekommen sei. Die Staatsanwälte bekamen die Aufgabe, sich an Untersuchungskommissionen über Verletzungen von Sicherheitsmaßnahmen zu beteiligen und Arbeiter mit einzubeziehen.³⁵⁰ Die Stachanowbewegung hatte dazu geführt, dass Manager und Betriebsleiter die Kritik der Arbeiter sowie deren Beteiligung an der Produktion akzeptieren mussten.

So schreibt Walter Reuther, der in den 30er Jahren in einer sowjetischen Automobilfabrik arbeitete und der spätere antikommunistische Präsident der United Auto Work-

³⁴⁸ Littlepage, S. 244-245

³⁴⁹ Thurston (1996), S. 176

³⁵⁰ Vgl. ebenda, S. 178

ers: „Hier gibt es keine Bosse, die den Arbeitern Angst einjagen. (...) Hier haben die Arbeiter die Kontrolle. Selbst der Geschäftsleiter hat nicht mehr Rechte als jeder andere Arbeiter. Ich war oft Zeuge davon, wenn der Leiter zu lang sprach. Die Arbeiter im Saal bestimmten, dass er schon zu lange sprach und gaben den Raum frei für einen Drechsler, der über seine Probleme sprach und Lösungsvorschläge anbot. Ich stelle mir das mal bei Ford oder Briggs vor. Dies war, was die Außenwelt 'rücksichtslose russische Diktatur' nennt. Ich kann euch sagen, in allen Ländern, wo wir waren, haben wir nirgends solche eine wahrhafte proletarische Demokratie gesehen.“³⁵¹

Mary McAules schreibt, dass es spezielle Gerichte gab, die sich mit industriellen Streitigkeiten befassen, zu denen nur Arbeiter Zugang hatten. Managerpersonal konnte nur als Angeklagtes erscheinen.³⁵²

David Granick schreibt: „Das Management agiert unter strenger ideologischer und praktischer Erschwernis in ihrem Vorhaben Kritik der Arbeiter klein zu halten. Ein Fabrikdirektor (...) deutete an, dass die Produktionsbesprechungen eine echte Tortur für ihn sind. Aber bei der Frage darüber, ob Arbeiter offen ihre Kritik ausüben können, sagte er: ‚Jeder Direktor, der Kritik unterdrückt, wird schwer bestraft. Er wird nicht nur abgesetzt, sondern auch verurteilt.‘“³⁵³

So konnten z. B. im Herbst 1935 Arbeiter in mindestens zwei Fabriken die Entlassung ihrer Vorgesetzten erreichen, weil sie nicht in der Lage waren, die Bedürfnisse der Arbeiter zu befriedigen.³⁵⁴

Im Dezember 1935 sprachen Stachanowisten, die in den Glas- und Chemiewerken der Moskauer Oblast arbeiteten, davon, dass die Manager und das technische Personal bei der Heranschaffung von Arbeitsmaterial versagten, was eine Unterbezahlung aller Arbeiter zur Folge hatte. Die Oblast-Verwaltung der lokalen Industrie kam zu dem Entschluss, dass dieser mangelhaften Entwicklung ein Ende gesetzt werden müsse und dass die Manager dabei helfen sollen, dass mehr Arbeiter Stachanowisten werden können.³⁵⁵

Unter anderem entschied sich die Leningrader Oblast zusammen mit der Parteiorganisation der Stadt, eine für diese Zeit typische Resolution zu beschließen, die deklarier-

³⁵¹ McKie, P. B. B. 1953. *Building the Union at Ford*, New York: International Publishers, <http://antitrot.tripod.com/articles/purge.htm>

³⁵² Vgl. McAuley, Mary 1969. *Labour Disputes in the Soviet Union*, Oxford, S. 54-55

³⁵³ Granick, David 1960. *The Red Executive*, New York, S. 230

³⁵⁴ Vgl. Thurston (1996), S. 179

³⁵⁵ Vgl. Thurston (1993), S. 144

te, dass alle Manager und das technische Personal dafür sorgen sollten, dass jeder Arbeiter in der Region ein Stachanowist werden konnte und diese dementsprechend mit Material und Werkzeugen ausgestattet werden sollten.³⁵⁶

Dies war jedoch nicht immer einfach. Oft fehlte es an Werkzeugen oder es kam zu Engpässen in der Produktion. Es gab aber auch nicht immer die Garantie, dass die Vorschläge der Stachanowbewegung nützlich und vorteilhaft waren. Thurston beschreibt ein Beispiel, wo eine Arbeiterin gleichzeitig an zwei Maschinen arbeiten will, was vom Vorarbeiter abgelehnt wird mit der Begründung, dass sie, wenn sie an einer Maschine arbeitet, nicht auf die zweite aufpassen könne, was eventuell zu Fehlproduktionen führen würde. In so einer Situation sei aber nicht die Arbeiterin, sondern der Vorarbeiter der Verantwortliche und er müsse die Folgen rechtfertigen und wiedergutmachen.³⁵⁷

Auch John Scott berichtet von Vorfällen, die zeigen, dass die Vorteile der Stachanowbewegung auch gewisse Nachteile mit sich brachten: „Auch auf technischem Gebiete geschah mancherlei, das Schwierigkeiten in der Zukunft verhieß. Maschinen wurden überanstrengt und laufende, notwendige Erneuerungen vernachlässigt. Man beschloß, 240 Tonnen Stahl in die Martinöfen von Magnitogorsk einzulegen, obwohl sie nach der Berechnung nur für 150 Tonnen ausreichten. Diese Zuteilung machte gewisse Umbauten notwendig und verursachte endlose Schwierigkeiten mit den Schöpfkellen und Schöpfkränen. (...) Transportmittel, sowohl rollendes Material wie auch Schienen, waren sehr bedenklich überlastet. (...) Jedem Walzwerk wurde ein sehr schwer zu erfüllendes Arbeitspensum auferlegt.“³⁵⁸

„Die Koksöfen zum Beispiel erzeugten auf Grund des Stachanowplans etwa 20 Prozent mehr Gas als vorgesehen. Es blieb nun Aufgabe der Stachanowarbeiter in der Kondensierungsabteilung, das gesamte Gas in die chemische Abteilung überzuleiten, ohne daß ein einziger Kubikmeter verlorenging. Die Gasleitungen konnten die erhöhte Erzeugung fassen, während die Entleerungsanlagen unglücklicherweise dem Stachanowplan nicht angepaßt werden konnten.“³⁵⁹

Doch diese Probleme waren nur vorübergehend: „Die für Instandsetzungen erlaubte Zeit wurde herabgesetzt, wodurch sich der Zustand der Ausrüstung entsprechend verschlechterte. Im März 1936 trafen sich die Leiter der Metallindustrie der gesamten Sowjetunion in Moskau, um das Ausmaß der Erzeugung verschiedener Anlagen unter dem Gesichtspunkt der Erfolge der Stachanowbewegung neu zu planen. Auf der

³⁵⁶ Vgl. ebenda, S. 145

³⁵⁷ Vgl. ebenda, S. 149

³⁵⁸ Scott, op. cit. S. 194 - 195

³⁵⁹ Ebenda, S. 196

Grundlage dieser Produktionszahlen wurden neue Normen und Arbeitspläne für jede Werkeinheit jedes Industriekonzerns in der Union, natürlich einschließlich Magnitogorsk, ausgearbeitet.³⁶⁰

Letzten Endes bewertete John Scott die Stachanowbewegung positiv: „Trotz dieser entmutigenden Beispiele einer schlechten Organisation und verständnislosen Leitung machte das Martinofenwerk wirkliche Fortschritte. Täglich wurden Tausende von Tonnen Stahl erzeugt. Die Erzeugungskurve ging nach 1937 steil aufwärts. Die Güte des Stahls verbesserte sich merkbar. In den fünf Jahren von 1937 bis 1942 lieferte Magnitogorsk ungefähr zehn Millionen Tonnen Stahl an die Maschinenfabriken und Bauunternehmen der Sowjetunion. Es war, nach Menschenleben und Rubeln gerechnet, ein teurer Stahl. Aber aus 10 Millionen Tonnen Stahl kann man ungeheuer viele Tanks machen, deren militärischer Wert ein vielfach größer war als die Riesensummen, die der Stahl gekostet hatte.“³⁶¹

Da Entlassungen und sogar Verhaftungen für Manager und Ingenieure möglich waren, wenn sie der Stachanowbewegung gegenüber Widerstand leisteten, machten sie sich daran, auf die Vorschläge und Probleme der Arbeiter zu hören. Dies war nicht selten zeitaufwendig. S. S. Diakonov, Direktor der Gorki Automobilwerke, gab an, dass er Ende 1935 und das darauf folgende Jahr 15 – 30% seiner Zeit für die Organisation der Stachanowbewegung verwendet habe.³⁶²

Aber selbst in den chaotischen Jahren 1937 und 1938 kam es nicht zwangsläufig zu Verhaftungen. Im Mai 1937 tagte das Aktiv bestehend aus Stachanowarbeitern, Managern und Technischem Personal in der Fabrik Roter Stern und diskutierte über Probleme in der Produktion und wer an ihnen die Hauptschuld trägt. Aber die Diskussion führte zu keinen Verhaftungen, stattdessen schlug ein Mitglied des Aktivs eine einfache Resolution vor, die die Antagonisten auffordert, über die Mängel nachzudenken und Maßnahmen zu ergreifen, um die Sachlage zu bessern. Diese Geschichte ähnelt General Grigorenkos Erfahrung in der Moskauer Generalstabs-Akademie, wo Kritik nicht zu Hass oder Repression führte.³⁶³

Es gab aber auch genügend Fälle, in der sich Manager und Direktoren unter den Arbeitern größter Beliebtheit erfreuten. So z. B. Ivan A. Likhachew, Direktor eines Moskauer Automobilwerkes, dessen Tür für all seine Beschäftigten offen war. Er verbrachte viel Zeit mit den Arbeitern im Fabrikaum und hatte immer ein Ohr für sie offen. Wenn ihm jemand einen Vorschlag machte, sorgte er dafür, dass ein Unterge-

³⁶⁰ Ebenda, S. 195

³⁶¹ Ebenda, S. 203 - 204

³⁶² Vgl. Thurston (1993), S. 147

³⁶³ Vgl. Thurston (1996), S. 183

bener diesem nachginge. Er erfreute sich gar so großer Autorität, dass er offen aussprechen konnte, wenn er eine Idee als nicht wertvoll erachtete. Ein anderes Beispiel ist N. M. Borodin, der eine Fabrik in Baku manage. Er verbrachte zwei Stunden am Tag damit, sich die Beschwerden der Arbeiter anzuhören. Beide waren über lange Jahre Betriebsdirektoren.³⁶⁴

Die Stachanowbewegung ermöglichte den Arbeitern ein besseres Leben.³⁶⁵ Die Funktion der materiellen Güter war aber nicht nur dazu gedacht, Stachanowisten reicher und materiell „glücklicher“ zu machen, sondern, wie Sheila Fitzpatrick ausführt, sie auch kultivierter zu machen. So zitiert Fitzpatrick einen tadschikischen Stachanowisten: „Ich kann euch sagen, dass ich nicht mehr in meiner alten Lehmhütte lebe. Ich habe ein typisch europäisches Haus erteilt bekommen. Ich lebe jetzt wie ein zivilisierter Mensch.“³⁶⁶

Bedenkenswert ist eine Kritik an der Stachanowbewegung von Nils Holmberg, der dem „maoistischen“ Spektrum zuzurechnen ist. Er schreibt in seiner Arbeit „Friedliche Konterrevolution – Teil I“: „Sowohl die Stachanowbewegung als auch die Privilegien der Bürokratie standen in Widerspruch zu Rat und Anweisungen von Marx und Lenin. Oberflächlich gesehen deckte sich das Akkordsystem der Stachanowbewegung mit dem bürgerlichen Prinzip der Produktionsverteilung – ‚Jedem nach seiner Leistung‘ – das Marx in seiner Kritik des Gothaer Programms für unumgänglich in der ersten Periode des Sozialismus hielt. Aber es deckte sich nicht mit der von Marx und Lenin gegebenen Zielsetzung, die vom ‚bürgerlichen Recht‘ übernommene ungerechte Verteilungsweise abzuschaffen und zu dem Prinzip ‚Jedem nach seiner Leistung und nach den Bedürfnissen‘ überzugehen. Die Stachanowbewegung wirkte stattdessen gegen die Bestrebungen hierauf und konservierte das bürgerliche Recht und die Einstellung zur Arbeit, wie sie von der kapitalistischen Gesellschaft übernommen worden war. Sie schuf, wie schon gesagt, eine Spaltung unter den Arbeitern und war

³⁶⁴ Vgl. Ebenda, S. 180

³⁶⁵ Neben höherer Bezahlung gab es auch eine Reihe von Konsumgütern, die den Stachanowisten zugesprochen wurden: „Ich erhielt ein Bett, ein Grammophon und andere Kulturgüter (...) Alles was ich trage, bekam ich als Preis für gute Arbeit im Kolchos. Ich bekam sowohl meine Kleidung, meine Schuhe, als auch eine Nähmaschine (...) Ich bekam als Preis für die Ernte ein Seidenkleid im Wert von 250 Rubel.“ (Sheila Fitzpatrick (1999), S. 102) „Aleksei Tishchenko (...) zusammen mit seiner Frau Zoia kam 1933 in Magnitogorsk mit all seinem Hab und Gut in einem einzigen hausgemachten Koffer an. 1936 hatte das Ehepaar Möbel, eine Couch und Garderobe inklusive, Anziehsachen, inklusive zweier Mäntel, einiger Frauenkleider, Männeranzüge, Schuhe (...) Sein Preis enthielt ein Jagdgewehr, ein Grammophon, Geld und ein Motorrad“ (Ebenda, S. 103)

³⁶⁶ Ebenda

außerdem ein Hindernis für Bestrebungen, durch die Erhöhung des politischen Bewusstseins die Erhöhung der Produktivität auf der ganzen Linie zu erreichen. Sie stellte eine Abweichung vom Marxismus-Leninismus dar, aber es wäre möglich gewesen, dies zu korrigieren.³⁶⁷

Mal ganz unabhängig davon, dass die sowjetische Ökonomie Mitte der 30er Jahre weit davon entfernt war, zu dem kommunistischen Prinzip „jedem nach seinen Bedürfnissen“ übergehen zu können, ist diese Aussage von Holmberg von vorne bis hinten falsch und hält den in diesem Artikel gegebenen Tatsachen in keiner Weise stand. Die erhaltenen „Privilegien“ waren nicht so groß, dass man von verschwenderischem Luxus sprechen konnte. Sie ermöglichten der Arbeiterklasse, die Konsumgüter zu nutzen, die anderswo schon Allgemeingut waren. Auch war die Stachanowbewegung eine Bewegung von unten, unterstützt von Stalin und der sowjetischen Regierung. Sie spaltete die Arbeiterklasse keineswegs, sondern erhöhte das Klassenbewusstsein. Sie ermöglichte der Arbeiterklasse nicht nur mehr „Privilegien“, sondern Beteiligung an der Produktion, Rationalisierung der Produktion, mehr Bildung und Kultur, Kritik an den Betriebsleitern und Managern etc. Das ist mit Sicherheit verbunden mit einer Hebung des politischen Bewusstseins. Stachanowarbeiter konnte prinzipiell jeder werden - und wie wir gesehen haben, war die Mehrheit (inklusive der Stoßarbeiter und anderer) der Arbeiter an dieser Bewegung beteiligt. Thurston schreibt, dass die Stachanowarbeiter ihre Stimme für die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Arbeiter erhoben. Sie repräsentieren keine neue Arbeiteraristokratie, wie ältere Studien es zu zeigen glaubten (mit älteren Studien meint Thurston hier Leo Trotzki – Die verratene Revolution und Isaac Deutscher: Soviet Trade Unions: Their Place in Soviet Labor Policy!), sondern sie repräsentierten die Interessen aller Arbeiter.³⁶⁸

Auch die Durham-Bergarbeiter, die durchaus auch kritisch gegenüber dem Sowjetsystem waren, kamen zu dem Schluss, dass die Stachanow-Bewegung es jedem ungelerten Arbeiter ermöglicht habe, ein Stachanow-Arbeiter zu werden. Das System schließe keinen aus, es hänge vom Arbeiter selbst ab.³⁶⁹

Holmberg reiht sich damit ein in die Propaganda der Trotzlisten. So behauptete der Trotzki-Jünger Max Eastman, dass die Stachanow-Bewegung die Herausbildung einer neuen gehobenen Schicht in der Arbeiterklasse, eine Art Aristokratie, begünstige.

³⁶⁷ Holmberg, Nils 1976. Friedliche Konterrevolution Teil 1, Oberbaumverlag, S. 38

³⁶⁸ Thurston (1993), S. 143- 144

³⁶⁹ Vgl. Campbell 1939, S. 102

Diese Behauptung ist jedoch nicht haltbar, denn eine Aristokratie, die offen für jeden ist, ist keine.³⁷⁰

Stachanowarbeiter halfen auch, ihre neuen Produktionsmethoden an andere weiter zu geben.³⁷¹ Dies verdeutlicht z. B. Pat Sloan: „Weiterhin werden die führenden Stachanowarbeiter gefragt, ob sie nicht die Lehrmeister ihrer Methoden sein können. Stachanow wurde zurück in sein Dorf geschickt, wo er geboren ist, um sein Organisationstalent zu nutzen um die Produktion der Kollektivfarm zu erhöhen. Er verbrachte auch viel Zeit damit unterschiedliche Kohleminen zu besuchen, um die Arbeiter zu lehren wie sie ihre Arbeit effizienter reorganisieren können.“³⁷²

³⁷⁰ Vgl. ebenda

³⁷¹ Z. B. organisierte ein Gewerkschaftsmitglied und erfahrener Ingenieur in den Ordschonikidse-Werken acht neuen Arbeitern ihre Fähigkeiten zu verbessern, mit dem Ergebnis, dass die ihre Quoten regelmäßig um 50 - 60 % übererfüllen konnten. In den Stalin-Motoren-Werken gab eine Stachanow-Arbeiterin einer Kollegin, die ihre Quoten nicht erfüllen konnte, technische Unterstützung und einige Monate später konnte diese ihre Quotenerfüllung verdoppeln. Während des Zweiten Weltkriegs wurden spezielle Stachanow-Schulen errichtet, in denen 63.000 in der Flugzeugindustrie, 43.000 in der Rüstungsindustrie und 41.000 in Großbauprojekten im Ural und in Westsibirien von ihren Kollegen ausgebildet wurden. (Vgl. Rothstein, 1948, S. 141)

In den Pawlowo-Petrowsk Textil-Werken bei Moskau organisierte eine Stachanowarbeiterin, E. Bolschakowa, 1946 einen sozialistischen Wettbewerb unter den Vorarbeitern, an denen jeder teilnahm. Die Abteilung, in der Bolschakowa verantwortlich war, erfüllte ihren Jahresplan am 15. November. Als ausgezeichnete Organisatorin erlernte sie ihren unterstellten Arbeitern je eine angepasste Arbeitsmethode und verhalf ihnen Stachanow-Schulen zu besuchen. So waren sie in der Lage viel mehr zu produzieren. Betrug die tägliche Produktionsmenge 1945 durchschnittlich 3.533 Meter, so waren es 1946 5.356 Meter. Entsprechend der höheren Produktion stiegen auch die Löhne. Beispielsweise bei einer Arbeiterin von 696 Rubeln im Januar auf 1.997 Rubel im Oktober. (Vgl. Ebenda, S. 151)

Die Ausbildung der Stachanowisten beinhaltete jedoch nicht nur die Erlernung ihres konkreten Handwerks. Die Ausbildung war viel umfassender. Stachanow-Arbeiter verlangten einen viel breiteren Unterricht um so ihre Arbeit auf neue qualitative Ebenen zu heben. So erlernte eine Zuschneiderin einer Schuhfabrik auch Kenntnisse in der Topographie des Leders und des Maschinenbaus. Ein Maurer ging in die Stachanowabendschule um mehr theoretische Grundlagen seines Handwerks zu erlernen, ein Dreher erlernte Techniken der Messerschleiferei und eine Weberin hatte die Möglichkeit eine Zweijahresschule für Stachanow-Arbeiter zu besuchen, wo sie auch Kenntnisse in Allgemeinfächern wie russische Sprache, Mathematik und Geographie erwarb. (Vgl. Schaginian, Marietta, Auf des Fünfjahresplans Bahnen. Berlin 1952, Dietz-Verlag, S. 170ff)

³⁷² Sloan (1937), S. 66

„Die Arbeiter wurden zu gebildeten Menschen, sie gewöhnten sich daran, in großen Maßstäben sowohl zu sehen wie zu denken, über ihr eigenes Fach hinauszublicken. Das Zuschneiden des Leders erlernte der Schuster nicht durch Befühlen, nicht indem er durch Jahrzehnte der Praxis eine unklare Kenntnis sammelte, ... sondern mittels einer solchen Wissenschaft wie der ‚Ledertopographie‘, die sowohl mit der Anatomie des Tierkörpers als auch mit tiefem Verständnis für die Natur des Materials verknüpft ist. Der Maurer erfasste das Geheimnis des Ziegels, seine Vorzüge und seine Mängel, ebenso wie ein Technologieingenieur.“³⁷³

„Die Schule, die die Arbeiter in diesen Jahren durchgemacht haben, hat ihnen nicht nur technische Kenntnisse vermittelt. Jener weite Hintergrund, auf dem sie ihr Spezialfach zu sehen gelernt haben, schließt außer der Allgemeinbildung auch politische Bildung ein, er zieht ihnen die staatsmännische Anschauungsweise gemeinschaftlicher Besitzer der Produktionsmittel an.“³⁷⁴

„... vergleicht all dies mit der abstumpfenden Einförmigkeit der Arbeiter bei einem ‚vorgeschrittenen‘ amerikanischen Industriellen, sagen wir, bei Ford. Dort ist die Mechanisierung jeder Handbewegung des Arbeiters nicht mit der Erweiterung seines Bewusstseins verbunden. Dort denkt man sich die einzige Fortentwicklung für Arbeiter als Aufwärtsbewegung auf der Leiter des Arbeitslohns, der persönlichen ‚Karriere‘. Und das Hirn des amerikanischen Arbeiters wird ebenso wie seine Muskeln verbraucht, da er sie nicht entwickeln kann.“³⁷⁵

Sicherlich spielten auch materielle Anreize eine Rolle. Doch was bitte sehr, Herr Holmberg, ist so schlimm daran? Im Sozialismus gilt, was Marx in seiner Kritik am Gothaer Programm formulierte: „Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent - nach den Abzügen - exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z.B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden. Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmit-

³⁷³ Schaginian, Marietta, Auf des Fünfjahresplans Bahnen. Berlin 1952, Dietz-Verlag, S. 173

³⁷⁴ Ebenda, S. 176

³⁷⁵ Ebenda, S. 177

teln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern zurück.

Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und weil andererseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehen kann außer individuellen Konsumtionsmitteln. Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht.

Das *gleiche Recht* ist hier daher immer noch - dem Prinzip nach - das *bürgerliche Recht*, obgleich Prinzip und Praxis sich nicht mehr in den Haaren liegen, während der Austausch von Äquivalenten beim Warenaustausch nur *im Durchschnitt*, nicht für den einzelnen Fall existiert.

Trotz dieses Fortschritts ist dieses *gleiche Recht* stets noch mit einer bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen *proportional*; die Gleichheit besteht darin, daß an *gleichem Maßstab*, der Arbeit, gemessen wird. Der eine ist aber physisch oder geistig dem andern überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muß der Ausdehnung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein. Dies *gleiche* Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andre; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter als natürliche Privilegien an. *Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht*. Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehen; aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschiedene Individuen, wenn sie nicht ungleiche wären) sind nur an gleichem Maßstab meßbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer *bestimmten* Seite faßt, z.B. im gegebenen Fall sie *nur als Arbeiter* betrachtet und weiter nichts in ihnen sieht, von allem andern absieht. Ferner: Ein Arbeiter ist verheiratet, der andre nicht; einer hat mehr Kinder als der andre etc. etc. Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andre, ist der eine reicher als der andre etc. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht, statt gleich, vielmehr ungleich sein.

Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburts-

wehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.

In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen - erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!³⁷⁶

Dementsprechend galt in der Sowjetunion die Maxime: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“. In diesem Zusammenhang sind die Stachanowarbeiter einzuordnen. Nach Holmberg habe das aber sowohl Marx und Lenin als auch dem Marxismus-Leninismus widersprochen und habe in Konsequenz dazu geführt, dass der größte Teil der Arbeiterklasse eine Quelle für die „friedliche Konterrevolution“ wurde. Warum? Eine Antwort werden uns die Vertreter der politischen Richtung, die behaupten die Sowjetunion und die DDR seien nach 1956 kapitalistisch, imperialistisch oder gar faschistisch gewesen, wohl ewig schuldig bleiben. Es ist doch bezeichnend, dass bourgeoise Historiker wie Thurston, Fitzpatrick, Granick und andere zu logischeren Schlussfolgerungen kommen als angebliche Verteidiger Stalins!

Sozialistischer Wettbewerb in der Landwirtschaft

Auch in der Landwirtschaft konnte sich der sozialistische Wettbewerb durchsetzen, wenn auch anfangs nicht so erfolgreich wie in der Industrie. Aus Platzgründen ist es unmöglich hier die Geschichte der Kollektivierung der Landwirtschaft wiederzugeben. Daher sei z. B. auf das Buch von Ludo Martens „Stalin anders betrachtet“ oder W. A. Karpinskis Schrift³⁷⁷ „Wie der Bauer in der Sowjetunion lebt“ verwiesen. Es sollen hier einige Beispiele aus Ludo Martens Buch einen kleinen Eindruck über die Masseninitiative von unten verdeutlichen:

³⁷⁶ Marx, Karl, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei (Kritik des Gothaer Programms), MEW 19, S. 20f.

³⁷⁷ <http://www.red-channel.de/mlliteratur/sowjetunion/karpinski.htm>

„250.000 Kommunisten wurden in den Städten mobilisiert und in die Dörfer geschickt, um dort bei der Kollektivierung zu helfen. Diese aktiven Parteimitglieder arbeiteten unter der Leitung eines „Generalstabs“ der Kollektivierung, der extra auf Okrug- und Distriksebene gebildet worden war. Diese „Generalstäbe“ wurden von Beauftragten der Regionalkomitees oder des Zentralkomitees betreut. ... Ihren Anweisungen gemäß mussten sie dort „die Arbeitsmethoden der Massen verfolgen“: Zu überzeugen waren zunächst die Aktivisten des Ortes, der Dorfsowjet und die Versammlung armer Bauern; danach die kleinen gemischten Gruppen verarmter und mittlerer Bauern; und schließlich waren allgemeine Versammlungen der Dorfbewohner - mit Ausnahme der Kulaken - zu organisieren. Die Beauftragten hatten ebenfalls Anweisungen erhalten, dass „kein behördlicher Zwang angewendet werden darf, um die Mittelbauern in die Kolchose zu zwingen“. Im ... Okrug Tambow wurden während des Winters 1929-1930 Konferenzen und Lehrgänge mit einer Dauer von 2 bis 10 Tagen für 10000 Bauern, Kolchosbäuerinnen, verarmte Bauern und Sowjetvorsitzende organisiert. In der Ukraine nahmen während der ersten Wochen des Jahres 1930 rd. 275000 Bauern an 3977 Kurzlehrgängen teil. Im Herbst 1929 wurden 30000 Aktivisten an ihren arbeitsfreien Sonntagen von der Roten Armee ausgebildet, die sich ferner in den ersten Monaten des Jahres 1930 mit einem Kontingent von 100000 Personen befasste. Darüber hinaus bildeten die Rotarmisten in großer Anzahl Traktoren, Agrarspezialisten sowie Fachpersonal für Film und Rundfunk aus.“³⁷⁸

Die wohl bekannteste Kampagne war jedoch die der 25.000: „Das Zentralkomitee hatte einen Aufruf erlassen, dass sich 25000 erfahrene Arbeiter aus den Großbetrieben auf das Land begeben und dort die Kollektivierung unterstützen sollten. Es meldeten sich über 70000. Man wählte 28000 Freiwillige aus: junge Leute, die im Bürgerkrieg gekämpft hatten, Mitglieder der Partei und des Komsomol. Diese Arbeiter waren sich der führenden Rolle der Arbeiterklasse bei der sozialistischen Umwandlung des Bauernlandes bewusst. Lynne Viola schreibt: ‚Sie sahen in Stalins Revolution ein Mittel, den Endsieg des Sozialismus zu erringen, nach all den Jahren des Krieges, der Leiden und Entbehrungen. Sie sahen die Revolution als eine Lösung der von Rückständigkeit, anscheinend chronischem Nahrungsmittelmangel und kapitalistischer Einkreisung hervorgerufenen Probleme an.‘ ... Sobald sie an ihrem Einsatzort angekommen waren, mussten die 25000 sofort einen undankbaren Kampf gegen die anlässlich der Kollektivierung begangenen Überschreitungen und den lokalen Bürokratismus aufnehmen. Lynne Viola berichtet wieder: ‚Gleich welche Position der einzelne einnahm, die 25000 stimmten alle in ihrer Kritik am Verhalten der Distriktsorgane während der Kollektivierung überein. Sie bestätigten, dass diese Organe verantwortlich seien für die Höchstproszentsatzhascherei bei der Kollektivierung.‘ Sacharow, einer

³⁷⁸ Martens, S. 80 – 81

der 25000, schrieb, dass keinerlei Vorbereitungsarbeit vorgenommen worden sei. Die Bauern waren folglich überhaupt nicht auf die Kollektivierung gefasst gewesen. Viele beschwerten sich über ungerechtes Vorgehen und Brutalität der Landkader. Makowskaja griff die ‚bürokratische Haltung der Kader gegenüber den Bauern‘ an, und sie berichtete, dass die Funktionäre ‚mit einem Revolver in der Hand‘ über die Kollektivierung sprachen. Nach Baryschows Aussagen wurde auch eine große Anzahl von Mittelbauern ‚entkulakisiert‘. Naumow stellte sich an die Seite der Bauern in ihrem Kampf gegen die Parteikader, die ‚sich die bei den Kulaken beschlagnahmten Sachen angeeignet hatten‘. Lynne Violas Schlussfolgerung: ‚Die 25000 sahen die Landfunktionäre als rauhe, undisziplinierte Leute an, die oft korrumpiert und vielmals Vertreter der feindlichen Klassen waren.‘ Den 25000 gelang es, das Vertrauen der Bauernklasse zu erringen, indem sie sich den Bürokraten und ihren Überschreitungen sowie Übertreibungen widersetzen. Diese Feststellungen müssen wohl unterstrichen werden, denn diese Arbeiter waren sozusagen die Abgesandten Stalins, und es sind eben diese „Stalinisten“ gewesen, die den Bürokratismus und seine Ausschreitungen konsequent bekämpft und einen korrekten Weg in die Kollektivierung verteidigt haben.³⁷⁹

Eine besonders wichtige Rolle spielten die 25.000 bei der Organisation der Agrarproduktion: ‚Der Hauptbeitrag, den die 25000 in den Dörfern geleistet haben, ist die Einführung eines völlig neuen Leitungssystems der Agrarproduktion und eines neuen Lebens- und Arbeitsstils gewesen. Die verarmten Bauern, in den vorderen Linien für die Kollektivierung kämpfend, hatten nicht die geringste Idee, wie eine kollektive Produktion zu organisieren sei. ... Dies ist einer der Gründe, warum die Diktatur des Proletariats notwendig ist. Die Diktatur des Proletariats kam vor allem in der von der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei ausgehenden ideologischen und organisatorischen Führung und Leitung der armen und mittleren Bauern zum Ausdruck. Die Arbeiter führten den Arbeitstag mit regelmäßigen Arbeitsstunden und Morgenappellen ein. Sie arbeiteten ein „Stücklohn“-System und Lohnstaffeln aus. Überall mussten sie Ordnung und Disziplin schaffen. Oft kannte eine Kolchose nicht einmal ihre eigenen Grenzen. Bei Landmaschinen, Werkzeugen und Ersatzteilen gab es kein Bestandsverzeichnis. Die Maschinen wurden nicht gepflegt, für das Vieh gab es weder ordentliche Ställe noch Futterreserven. Die abgesandten Arbeiter führten Produktionsberatungen ein, wo die Kolchosbauern ihre praktischen Erfahrungen austauschen konnten. Sie organisierten den sozialistischen Wettbewerb zwischen den einzelnen Brigaden und schufen Arbeitsgerichte, in denen über die Verstöße gegen die Betriebsordnung und die begangenen Fahrlässigkeiten entschieden wurde. Die 25000 verkörperten auch die Unterstützung, die das Proletariat den Kolchosbauern leistete.

³⁷⁹ Ebenda, S. 82-83

Wenn ‚ihre‘ Arbeiter es verlangten, so schickten die Werke in der Stadt landwirtschaftliche Ausrüstungsgüter, Ersatzteile, Generatoren, Bücher und auch andere Gegenstände, die in den Dörfern nicht aufzutreiben waren. Arbeiterbrigaden fuhren aus der Stadt auf die Kolchosen, um dort technische Arbeiten oder Reparaturen auszuführen und natürlich auch zum Ernteeinsatz. Der Arbeiter wurde auch zum Lehrer. Er vermittelte technische Kenntnisse. Oft musste er die Aufgaben eines Buchhalters erfüllen und gleichzeitig an Ort und Stelle junge Buchhalter ausbilden. Er leitete politische und agrarwissenschaftliche Elementarkurse und lehrte manchmal sogar die Kolchosbauern das Lesen und Schreiben.³⁸⁰

Als die Kollektivierung im vollen Gang war, wurden zwei Konferenzen der „Stoßarbeiter der Kollektivfarmen“ abgehalten. Auf diese Konferenzen wurden die besten Kollektivbauern gewählt. Dort wurde die Satzung der Kollektivwirtschaft angenommen, die bald zum Gesetz wurde.³⁸¹

Außerdem entsandten 1931 „alte“ Kolchosen, also jene, die seit über einem Jahr Erfahrung sammeln konnten, 20.000 Organisatoren in Regionen, die noch nicht so weit entwickelt waren und halfen den Bauern, die Arbeit in den Kollektivwirtschaften zu bewerkstelligen.³⁸²

Mit der Vollendung der Kollektivierung der Landwirtschaft war auch in den Kolchosen der sozialistische Wettbewerb Alltag. Im März 1939 stellte Molotow fest, dass in den Kollektivwirtschaften sich eine ähnliche Bewegung wie die Stachanow-Bewegung in der Industrie breit machte. Es gab Gruppenleiter, Traktoristen, Mähdrischerfahrer etc., die ihre Fähigkeiten unter Beweis stellten.³⁸³

Besonders wichtig wurde der sozialistische Wettbewerb unter den Kollektivbauern während und nach dem Zweiten Weltkrieg. So hatten in der Region Tambow 50.000 Frauen während der Kriegszeiten Führungsrollen übernommen: 400 als Vorsitzende, 2.800 als Direktorinnen in Molkereien und der Rest als Komitee-Mitglieder, Gruppenführerinnen etc. Im Frühjahr 1943 versammelten sich in der Tambow Region 170.000 Bäuerinnen in Sitzungen und nahmen eine Herausforderung an das ganze Land an, sich bei der Aussaat und Ernte zu übertreffen. Auch das Jahr 1944 wurde durch den sozialistischen Wettbewerb gekennzeichnet, als 200.000 junge Traktoristen und 400.000 junge Feldarbeiter sich in „Jugendgruppen für eine große Ernte“ zusammenschlossen.³⁸⁴

³⁸⁰ Ebenda, S. 83 – 84

³⁸¹ Sloan 1941, S. 84

³⁸² Rothstein 1950, S. 192

³⁸³ Rothstein 1948, S. 210

³⁸⁴ Ebenda, S. 211

1946 wurde in der Altai-Region bei einem Treffen in den Kollektivfarmen, den Staatsfarmen und den MTS ein offener Brief an alle, welche in der Landwirtschaft der UdSSR tätig sind, verfasst. Um die Wunden des Krieges zu heilen, hatte der Brief drei Punkte: Jede Kollektivfarm soll ihren Jahresplan im Bereich der Getreidelieferung vorzeitig erfüllen – bis zum 30. Oktober 1946; bis zum 29. Jahrestag der Oktoberrevolution am 7. November sollen 100.000 weitere Tonnen Getreide geliefert werden, zusätzlich zur im Plan vorgesehenen Menge. Und zu guter Letzt sollte das Pflügen des Bodens im Herbst vor dem ersten Schnee erfolgen, um für das nächste Jahr eine bessere Ernte zu sichern. Jede Kollektivwirtschaft sollte daran teilnehmen und wurde so von der Altai-Region herausgefordert.³⁸⁵

Eine Kollektivwirtschaft nach der anderen nahm diese Herausforderung an. In der Nachbarregion von Novosibirsk wurde von den Kollektivbauern der offene Brief und eine Antwort auf diesen diskutiert. Bei einem Treffen in der „8.-März-Kolchose“ entschieden die Mitglieder, dass sie zusätzliche 20 Tonnen Getreide über dem Plan liefern können und forderten gleichzeitig damit die Kollektivbauern in der Kemerowo- und Tomsk-Region sowie in Kasachstan heraus. In einer öffentlichen Versammlung in der Krasnojarsk-Region antworteten diese an die Altai-Region, dass sie ihre Lieferungen bis zum 1. November erfüllen und bis zum 7. November zusätzlich 30.000 Tonnen über den Plan liefern werden. Zur gleichen Zeit forderten sie so die Regionen in Irkutsk, Khabaworsk und Maritime im Osten heraus. Diese Bewegung ging aber auch weit über die Grenzen der asiatischen Regionen der UdSSR hinaus und führte in der Region Rostow, Kalinin und der Ukraine zu denselben Ergebnissen. In den Baltischen Staaten kam es so zu einer Beschleunigung der Kollektivierung der Landwirtschaft.³⁸⁶

Diese und viele weitere Beispiele in Rothsteins Buch beweisen die schöpferische Initiative der Kollektivbauern, die die Schrecken des Krieges überwinden und 1948 die Vorkriegsproduktion erreichen konnten.

Der sozialistische Wettbewerb, ob nun in Form der Subbotniks, der Stoß-Arbeiter, der Stachanow-Bewegung oder in den Kollektivwirtschaften bewies nicht nur die Überlegenheit der sozialistischen Ökonomie. Vielmehr gab er ein Zeugnis davon, dass die sozialistische Demokratie bis in die Sphären der Wirtschaft hineindringt und der Arbeiterklasse und den Bauern ermöglicht, aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft teilzunehmen.

Die Demokratie hat in den sowjetischen Betrieben Einzug gehalten. Das berichtet auch Otto Bauer, der Trotzki in der Frage der bürokratischen Herrschaft Zugeständ-

³⁸⁵ Ebenda, S. 212 – 215

³⁸⁶ Ebenda, S. 215 – 216

nisse macht, in einem in Nr. 3 (März 1937) des „Kampf“ veröffentlichten Artikel zu dem Thema „Der Trotzkismus und die Trotzkistenprozesse“ (auf Seite 92):

„Die Betriebsversammlungen sehen in den Riesenbetrieben der neuen Sowjetindustrie heute schon ganz anders aus als vor wenigen Jahren. Damals noch Arbeitermassen, die eben erst aus den Dörfern zugeströmt waren, noch ohne Selbstbewußtsein, noch ohne jede Routine der Betriebsdemokratie, stumm und gläubig die Referate der Betriebsführer hinnehmend. Heute schon Industriearbeiter, die seit einigen Jahren die fruchtbare Schule der Fabrik durchgemacht haben und es allmählich lernen, der Betriebsführung ihre Kritik, ihre Beschwerden, ihre Forderungen entgegenzustellen. Dieselbe Wandlung vollzieht sich in den Kolchosen. Der Bauer, der allmählich die moderne Technik zu beherrschen lernt, lernt auch allmählich die Rechte demokratischer Selbstverwaltung zu gebrauchen, die das Statut der Kolchosen ihm gibt. Dieselbe Wandlung wird sich, durch die neue Verfassung beschleunigt, in der Lokalverwaltung vollziehen ... In den lokalen Sowjets, in der lokalen Selbstverwaltung wird das geheime Wahlrecht, wird die Möglichkeit der freien Auslese zwischen gegeneinanderstehenden Kandidaten sehr schnell die Elemente demokratischer Selbstverwaltung entwickeln. So wächst die Sowjetdemokratie von unten auf. Wenn sie erst die Massen mit erhöhtem Selbstbewußtsein, mit verstärktem Willen zur Selbstbestimmung erfüllt, wird sich die Bürokratie, die sich in der SU — ganz anders als in den kapitalistischen Ländern — ständig aus dem Proletariat ergänzt und ständig um das Vertrauen des Proletariats zu werben gezwungen ist, ihrem Wachstum nach oben nicht wirksam widersetzen können. Unter den konkreten historischen Bedingungen, die in der Sowjetunion durch die Oktoberrevolution geschaffen worden sind, braucht die notwendige gesellschaftliche Evolution zu einer sozialistischen Demokratie keineswegs die Form einer politischen Revolution anzunehmen.“³⁸⁷

Gewerkschaften

Eine weitere Organisation, in der die Arbeiter ihre Meinung zum Ausdruck bringen konnten, sind die Gewerkschaften. Diese spielten bei der Organisation der schon erwähnten Produktionskonferenzen und der Wandzeitungen eine wichtige Rolle. Doch damit sind die Möglichkeiten in der Gewerkschaft bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Über die Rolle der Gewerkschaften wurde in der KPdSU besonders Ende 1920 im Vorfeld des X. Parteitages im März 1921 diskutiert. Der „Kurze Lehrgang“ gibt eine genaue Zusammenfassung der damaligen Lage:

³⁸⁷ Zitiert in Seydewitz, ebenda

„Die Diskussion begann mit der Frage über die Rolle der Gewerkschaften, obwohl die Frage der Gewerkschaften damals nicht die Hauptfrage der Politik der Partei war. Einpeitscher der Diskussion und des Kampfes gegen Lenin, gegen die Leninsche Mehrheit des Zentralkomitees war Trotzki. Bestrebt, die Lage zu verschärfen, trat er in der Sitzung der kommunistischen Fraktion der V. Allrussischen Gewerkschaftskonferenz Anfang November 1920 mit der bedenklichen Losung der ‚Anziehung der Schrauben‘ und der ‚Durchrüttelung der Gewerkschaften‘ hervor. Trotzki stellte die Forderung nach sofortiger ‚Verstaatlichung der Gewerkschaften‘ auf. Er war gegen die Methode der Überzeugung der Arbeitermassen. Er war für das Hineinbringen der militärischen Methode in die Gewerkschaften. Trotzki war gegen die Entfaltung der Demokratie in den Gewerkschaften, gegen die Wählbarkeit der Gewerkschaftsorgane. An Stelle der Methode der Überzeugung, ohne die die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen undenkbar ist, schlugen die Trotzkiisten die nackte Zwangsmethode, die nackte Kommandomethode vor. Durch ihre Politik trugen die Trotzkiisten dort, wo sie in die Führung der Gewerkschaften gelangten, Konflikte, Spaltung und Zersetzung in die Gewerkschaften hinein. Die Trotzkiisten suchten durch ihre Politik die parteilose Masse der Arbeiter gegen die Partei aufzuputschen, die Arbeiterklasse zu spalten. Die Parteidiskussion über die Gewerkschaften hatte in Wirklichkeit eine Bedeutung, die weit über die Gewerkschaftsfrage hinausging. Wie später in der Resolution des Plenums des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) (vom 17. Januar 1925) aufgezeigt wurde, ging der Streit in Wirklichkeit ‚um das Verhältnis zur Bauernschaft, die sich gegen den Kriegskommunismus wandte, um das Verhältnis zur parteilosen Arbeitermasse, überhaupt um das Herangehen der Partei an die Masse in einem Zeitabschnitt, wo der Bürgerkrieg bereits zu Ende ging‘. (Die KPdSU[B] in Resolutionen, Teil 1., S. 651 russ.) Im Anschluss an Trotzki traten auch die anderen parteifeindlichen Gruppen auf: die ‚Arbeiteropposition‘ (Schljapnikow, Medwedew, Kollontaj und andere), die ‚demokratischen Zentralisten‘ (Sapronow, Drobnis, Boguslawski, Ossinski, W. Smirnow und andere), die ‚linken Kommunisten‘ (Bucharin, Preobraschenski). Die ‚Arbeiteropposition‘ stellte die Losung der Übergabe der Verwaltung der gesamten Volkswirtschaft an einen ‚Allrussischen Kongress der Produzenten‘ auf. Sie wollte die Rolle der Partei auf ein Nichts reduzieren, sie verneinte die Bedeutung der Diktatur des Proletariats im wirtschaftlichen Aufbau. Die ‚Arbeiteropposition‘ stellte die Gewerkschaften dem Sowjetstaat und der Kommunistischen Partei entgegen. Sie hielt nicht die Partei, sondern die Gewerkschaften für die höchste Organisationsform der Arbeiterklasse. Die ‚Arbeiteropposition‘ war im Grunde eine anarcho-syndikalistische parteifeindliche Gruppe. Die Gruppe des ‚demokratischen Zentralismus‘ (‚Dezisten‘) forderte volle Freiheit für Fraktionen und Gruppierungen. Die Dezisten trachteten ebenso wie die Trotzkiisten danach, die führende Rolle der Partei in den Sowjets und Gewerkschaften zu untergraben. Lenin bezeichnete die Dezisten als eine Fraktion ‚der lautesten Schreihälse‘ und die Platt-

form der Dezisten als sozialrevolutionär-menschewistisch. Trotzki fand in seinem Kampf gegen Lenin und die Partei bei Bucharin Hilfe. Bucharin schuf im Verein mit Preobraschenski, Serebrjakow, Sokolnikow eine ‚Puffergruppe‘. Diese Gruppe verteidigte und deckte die schlimmsten Fraktionsmacher, die Trotzlisten. Lenin nannte das Verhalten Bucharins den ‚Gipfel ideologischer Verkommenheit‘. Bald danach vereinigten sich die Bucharinleute offen mit den Trotzlisten gegen Lenin. Lenin und die Leninisten richteten den Hauptschlag gegen die Trotzlisten als gegen die Hauptkraft der parteifeindlichen Gruppierungen. Sie überführten die Trotzlisten der Verwechslung der Gewerkschaften mit militärischen Organisationen und wiesen ihnen nach, dass man die Methoden der militärischen Organisationen nicht in die Gewerkschaften hineinbringen darf. Als Gegengewicht zu den Plattformen der oppositionellen Gruppen arbeiteten Lenin und die Leninisten ihre eigene Plattform aus. In dieser Plattform wurde darauf hingewiesen, dass die Gewerkschaften eine Schule der Verwaltung, eine Schule der Wirtschaftsführung, eine Schule des Kommunismus sind. Die Gewerkschaften müssen ihre gesamte Arbeit auf der Methode der Überzeugung aufbauen. Nur unter dieser Bedingung werden die Gewerkschaften imstande sein, alle Arbeiter zum Kampf gegen die wirtschaftliche Zerrüttung in Bewegung zu setzen, sie in den sozialistischen Aufbau hineinzuziehen. Im Kampf mit den oppositionellen Gruppierungen schlossen sich die Parteiorganisationen um Lenin zusammen. Besonders heftigen Charakter nahm der Kampf in Moskau an. Hier hatte die Opposition ihre Hauptkräfte zusammengezogen und sich das Ziel gesteckt, die Organisation der Hauptstadt zu erobern. Aber die Moskauer Bolschewiki wiesen diese Umtriebe der Fraktionsmacher entschieden zurück. Ein scharfer Kampf entbrannte auch in den ukrainischen Parteiorganisationen. Unter Führung des Genossen Molotow, der damals Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Ukraine (Bolschewiki) war, schlugen die Bolschewiki der Ukraine die Trotzlisten und Schljapnikowleute. Die Kommunistische Partei der Ukraine blieb eine treue Stütze der Leninschen Partei. In Baku wurde die Zerschlagung der Opposition unter der Führung des Genossen Ordshonikidse organisiert. In Mittelasien leitete Genosse L. Kaganowitsch den Kampf gegen die parteifeindlichen Gruppierungen. Alle maßgebenden örtlichen Parteiorganisationen schlossen sich der Leninschen Plattform an. Am 8. März 1921 wurde der X. Parteitag eröffnet. Auf dem Parteitag waren 694 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend, die 732.521 Parteimitglieder vertraten. Delegierte mit beratender Stimme gab es 296. Der Parteitag zog das Fazit der Diskussion über die Gewerkschaften und billigte mit erdrückender Stimmenmehrheit die Leninsche Plattform.³⁸⁸

³⁸⁸ Geschichte der KPdSU – Kurzer Lehrgang, 1938,
<http://stalinwerke.de/geschichte/geschichte-052.html>

Man sollte sich die Rolle Trotzki in der Diskussion über die Rolle der Gewerkschaften vergegenwärtigen. Der größte „Kritiker“ der stalinistischen Bürokratie war einer der größten und schlimmsten Bürokraten überhaupt!

Welche Funktionen übten also die Gewerkschaften in der Sowjetunion aus?

Pat Sloan fasst diese zusammen: 1. Verhandlung neuer Lohnabkommen mit den öffentlichen Organisationen und Fabriken, die ihre Mitglieder beschäftigen. 2. Die Organisation der Produktionskonferenzen. 3. Die Mittel der Sozialversicherungen verwalten. 4. Veröffentlichung und Druck von Fabrikzeitungen und Wandzeitungen. 5. Seit 1935 die Organisierung von Inspektionen von Fabriken. 6. Organisierung von Bildungsarbeit. 7. Die Organisierung von Freizeitaktivitäten, Klubs, Exkursionen und Urlaubsreisen. 8. Beteiligung an politischen Aktivitäten, wie der Aufstellung von Kandidaten für die Sowjets oder die Veranstaltung von Diskussionsrunden.³⁸⁹

Es fällt hierbei auf, dass eine Funktion der Gewerkschaften fehlt, die sonst für die Gewerkschaften in kapitalistischen Staaten typisch ist: das Streikrecht. Da es jedoch in der Sowjetunion keine privatkapitalistischen Betriebe gab, die die Arbeiter zur Gewinnung und Aneignung eines Mehrwertes ausbeuteten, da stattdessen die Wirtschaft in den Händen und im Interesse der werktätigen Massen lag, ist ein Streikrecht nicht notwendig. Wenn Arbeiter Eigentümer der Betriebe sind, ist es Aufgabe der Gewerkschaften, dass die Fabriken ordentlich arbeiten, da das im Interesse der Arbeiter liegt. Hier liegt der qualitative Unterschied zwischen den Gewerkschaften im Sozialismus und im Kapitalismus.

1938 waren in etwa 168 Gewerkschaften (jeder Industriezweig hatte seine eigene Gewerkschaft) 23 Mio. Arbeiter organisiert.³⁹⁰

Die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften basiert auf freiwilliger Basis. Kein Arbeiter wird diskriminiert oder von der Arbeit entlassen, weil er kein Mitglied einer Gewerkschaft ist. Die meisten Arbeiter in der Sowjetunion, die nicht in einer Gewerkschaft organisiert waren, gehörten zu den Neuankömmlingen in der Industrie, die die Wichtigkeit der Gewerkschaften noch nicht erkannt hatten.³⁹¹ Jedoch musste ein jedes Mitglied der Gewerkschaft außerhalb seiner Arbeitszeit soziale Arbeit verrichten. Die Gewerkschaften versuchen so aus jedem Gewerkschaftler ein aktives Mitglied der Gesellschaft zu machen.³⁹² Dazu zählt auch die Teilnahme an den Produktionskonferenzen und am sozialistischen Wettbewerb.

³⁸⁹ Vgl. Sloan 1941, S. 71,72

³⁹⁰ Rothstein 1942, S. 51

³⁹¹ Ebenda, S. 49

³⁹² Sloan 1937, S. 61

Interessant ist hierbei, dass in der Sowjetunion kein Klub, keine Organisation und keine Gesellschaft legal war, bis sie sich bei der Regierung eintragen ließ. Nicht so bei den Gewerkschaften. Gewerkschaften erhielten eine Zulassung durch eine Registrierung beim All-Unions-Konzil der Gewerkschaften.³⁹³ Dabei mussten alle staatlichen Einrichtungen die Gewerkschaften so gut wie möglich in ihren Vorhaben unterstützen. Die Interessen der Arbeiter mussten entsprechend vor dem Management geschützt und gesichert werden, besonders im Bereich der Löhne, Arbeitsbedingungen und Freizeitgestaltung. Dafür wurden zur Wahrung der Interessen der Arbeiter Fabrik-Komitees gegründet. Sie bildeten die Grundeinheit einer jeden Gewerkschaft. In den Fabrik-Komitees arbeiteten je nach Größe des Betriebes ein bis fünf Mitglieder hauptamtlich und wurden vom Fabrik-Komitee selbst gewählt. Dabei erhielten sie von der Fabrik den üblichen Facharbeiterlohn. Manager durften dabei nicht die Aktivitäten des Komitees behindern und die Mitglieder nicht ihrer Funktion entbinden.³⁹⁴

So hat zwar die Fabrikleitung die Aufgabe, Kinderkrippen, Restaurants, Wohnungen, Ruheräume und Klubräume zu errichten. Die Gewerkschaften sorgten aber dafür, dass diese Aufgaben eingehalten werden.³⁹⁵

Hierfür wurden extra Delegierte gewählt, die sich um die entsprechenden sozialen Einrichtungen kümmerten, also um die Versorgung der Arbeiter und deren Kinder, spezielle Unterstützung großer Familien mit geringem Einkommen und der Ermöglichung, Kinder aus solchen armen Familien kostenlos in Ferienlager zu fahren oder die Lösung schlechter Wohnungssituationen. Eine weitere Art sozialer Arbeit war die Organisierung von Bildungsveranstaltungen. So wurden 1934 spezielle Kurse organisiert, die die Qualifikationen der Arbeiter steigern sollten. Die Kosten trug die Fabrikleitung und die Studenten konnten die Hälfte ihrer Arbeitszeit dafür einsetzen, diese Kurse zu absolvieren. Die inhaltliche und strukturelle Organisierung dieser Kurse, sowie die Auswahl des Lehrpersonals lagen in den Händen der Gewerkschaft. Weiterhin organisierten die Gewerkschaften die Freizeitaktivitäten der Arbeiter. Die Mittel für solche Aktivitäten entstammten zur einen Hälfte aus den Budgets der Gewerkschaften, zur anderen aus den „Kulturfonds“ der Fabrikleitung.³⁹⁶

In der Makeyevka Metallurgischen Fabrik in der Ukraine wurden 1930 5.000 Arbeiter von insgesamt 13.000 in verschiedenen technischen Kursen unterrichtet. Zur gleichen Zeit nahmen etwa 50 % aller Arbeiter in Leningrad, Moskau und im Ural an verschiedenen Weiterbildungskursen teil. 1930 besuchten etwa 30.000 Arbeiter auf Kosten

³⁹³ Freeman, 1932 S. 108

³⁹⁴ Ebenda, S. 109-110

³⁹⁵ Sloan 1941, S. 75

³⁹⁶ Sloan 1937, S 74 – 75, Freeman 1932, S. 117

der Gewerkschaften Universitäten und andere Hochschuleinrichtungen. 1930 wurden von den Gewerkschaften etwa 26. Mio. Rubel für die Weiterbildung von Arbeitern ausgegeben.³⁹⁷

1941 hatten die Gewerkschaften ein Budget von 1.768,5 Millionen Rubel (also 1,7685 Mrd. Rubel!). 900 Mio. kamen aus Mitgliedsbeiträgen, 458 Mio. aus der Arbeit in den sozialen Einrichtungen, 206 Mio. entstammen aus den Einnahmen des letzten Jahres und der Rest aus anderen Einnahmen, z. B. durch den Verkauf von Literatur. Davon wurden 1.716,8 Millionen Rubel ausgegeben: 627,4 Mio. für Bildungsarbeit und Kultur, 424,2 Mio. für Löhne und Gehälter von Gewerkschaftsfunktionären und Organisatoren, 170,8 Mio. für andere Organisations- und Verwaltungsausgaben, 134,5 Mio. für Sportveranstaltungen, 124,9 Mio. für Klubs, Parks und die Instandhaltung von Gewerkschaftseinrichtungen, 123,4 Mio. für die Hilfe für Gewerkschaftsmitglieder, 88,3 Mio. für die Qualifikationsausbildung von Gewerkschaftsmitgliedern, 23,3 Mio. für Gebühren und Beiträge an das Zentrale Konzil der Gewerkschaften.³⁹⁸

Dabei war das Ziel der Gewerkschaften, so wenig wie notwendig für die Aufrechterhaltung des Apparates aufzubringen und dafür mehr für das Wohl der Arbeiter zu sorgen.³⁹⁹

Gewerkschaftsmitglieder genossen auch viele soziale Vergünstigungen. Sie zahlen viel weniger für die ohnehin schon kostengünstigen sozialen Einrichtungen. So zahlen sie 25 – 60 % weniger für die Benutzung von Badehäusern, Kinos, Theatern, Ausflügen, Museen, Sportveranstaltungen, Radios etc.⁴⁰⁰

Die Gewerkschaften übten auch aktiv Einfluss auf die Politik aus. So hatte die All-Unions-Tagung der Gewerkschaft das Privileg, den Volkskommissar für Arbeit zu bestimmen, der den Gewerkschaften rechenschaftspflichtig war.⁴⁰¹

1938 waren von den 23 Mio. Gewerkschaftsmitgliedern mindestens 4,5 Mio. Mitglieder freiwillige Delegierte und Vertreter im Bereich der Sozialversicherungen und als Inspektoren sowie Mitglieder spezieller Kommissionen tätig. Dazu kommen etwa 1 Mio. Mitglieder der Fabrik-Komitees selbst.⁴⁰²

Eine weitere wichtige Rolle der Gewerkschaften waren die Inspektionen. So untersuchten 1930 etwa 30.000 Basismitglieder der Gewerkschaften die Situation der Wa-

³⁹⁷ Freeman 1932, S. 135

³⁹⁸ Rothstein 1942, S. 55

³⁹⁹ Freeman 1932, S. 115

⁴⁰⁰ Ebenda, S. 125

⁴⁰¹ Ebenda, S. 122

⁴⁰² Rothstein 1942, S. 51 – 52

renlager und Geschäfte. Überall, wo Probleme bei der Organisation der Arbeit der Warenhäuser und Geschäfte entdeckt wurden, wurden Schritte zur Verbesserung unternommen.⁴⁰³

Bis 1934 übernahm solche Untersuchungen auch die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion. Dabei wurde, oft ohne Vorankündigung, jede Institution von einem gewählten Prüfungsausschuss periodisch besucht, um den Amtsschimmel zu überprüfen. Stalin war der Vorsitzende der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion, die zu einer großen Organisation, die das ganze Land umfasste, anwuchs. Dabei arbeitete diese Organisation eng mit den Säuberungen zusammen. Die Webbs zitieren Calvin B. Hoover, der diese Säuberungen durch die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion beschrieb:

„Als die Anhörung vor der Säuberungs-Kommission abgehalten wurde, wurden alle Arbeiter eingeladen und es war erwartet, dass diese kamen. Tatsächlich konnte jeder anwesend sein und Fragen an die Person, die ‚gesäubert‘ wird, stellen. Diese Prozedur ist für die betreffende Person nicht grade angenehm, da jede mögliche Kritik, die aufkommt, auf die unglückselige Person gefeuert wird. Jede fragwürdige Tat, die er vollbracht hat, jede unüberlegte Konversation, jeder private Aspekt seines Lebens kann in das gnadenlose Licht der Öffentlichkeit gebracht werden. Der Hausmeister kann seinen Direktor beschuldigen, einen bourgeoisen Geschmack bei Krawatten zu haben oder nicht genügend Sicherheitskräfte für Arbeiter in gefährlichen Tätigkeiten zur Verfügung zu stellen. Die Verwandtschaft des Opfers wird besonders begutachtet ... und dreifach verdammt ist der, dessen Verwandtschaft einen Kulaken, Bourgeois oder einen Grundbesitzer einschließen. ... Trotzdem gibt diese Institution einen Sinn für Macht für den einzelnen Werktätigen. Und es verringert jede Tendenz auf Seiten des Verwaltungspersonals bei privaten Fällen tyrannisch zu sein ...“⁴⁰⁴

Es sollte aber noch erwähnt sein, dass jeder Betroffene einer Säuberung das Recht hatte, Berufung einzulegen und Entscheidungen der Kommission, die sich als unangemessen erwiesen, wurden rückgängig gemacht.⁴⁰⁵

W. H. Chamberlain, der die Arbeiter-und-Bauern-Inspektionen sorgfältig studiert und über einige Jahre verfolgt hatte, sieht in ihnen eine Art andauernde Superkommission für Wirtschaftsprüfung und Kontrolle, die die anderen staatlichen Einrichtungen nach Bürokratismus, Bestechung und anderen Missständen durchkämmt.⁴⁰⁶

⁴⁰³ Freeman, 1932, S. 125

⁴⁰⁴ Webb, op. cit. S. 475

⁴⁰⁵ Ebenda, S. 476

⁴⁰⁶ Ebenda

1934 wurde die alte Arbeiter-und-Bauern-Inspektion abgesetzt, da diese immer mehr Papierarbeit verursachte und selbst damit überbürokratisiert war. Außerdem stieg der Bildungsgrad der Bevölkerung seit der Gründung der Inspektion. Somit gab es hunderttausende erfahrener Arbeiter, die diese Inspektionen durchführen konnten. Daher wurden diese dem ZK der All-Unions-Gewerkschaften - in enger Zusammenarbeit mit der Partei-Kontroll-Kommission - übertragen.⁴⁰⁷

Goldman (2007) stellt einige Beispiele der Arbeit der neuen Kontrollkommission dar: Eine Untersuchung der Gewerkschaft der Eisenbahn und Untergrundbahn ergab, dass der Vorsitzende der Gewerkschaft und sein Sekretär, Antropow und Shukhman, Feinde der Sowjetmacht nicht beachteten, Korruption förderten und sich nicht um die Arbeitssicherheit kümmerten. Des Weiteren waren sie dafür berühmt, exzessiv zu feiern und somit unnötig Gelder zu verschwenden, die anderswo notwendiger gewesen wären. Die Untersuchungskommission stellte fest, dass sie wichtige Sicherheitsbestimmungen der Eisenbahn missachteten. So starben 1937 allein 106 Arbeiter bei arbeitsbedingten Unfällen und die entsprechende Gewerkschaft sah sich nicht verpflichtet, die Hinterbliebenen zu unterstützen. An einer Baustelle mit 12.000 Arbeitern gab es innerhalb von 6 Monaten über 1.000 Unfälle mit 6 Todesopfern. Zwar wurden Trotzlisten verhaftet, aber die Feinde in den eigenen Reihen wurden ignoriert. Die Untersuchungskommission machte die Gewerkschaftsleitung für die miserablen Zustände verantwortlich und unterstützte so ihre Verhaftung.⁴⁰⁸

Die Führer der Gewerkschaft der Staatlichen Landarbeiter und ihr Kopf kamen unter Verdacht, als ein Journalist einer lokalen Zeitung eine vernichtende Anklage ihrer Arbeit schrieb. Dies geschah in einer Zeit, als in Odessa einige korrupte Parteifunktionäre verhaftet wurden. Die Untersuchungskommission der All-Unions-Gewerkschaft untersuchte die Verbindungen dieser korrupten Parteifunktionäre und der Führer der kritisierten Gewerkschaft.⁴⁰⁹

Doch die Arbeit der Untersuchungskommissionen war manchmal schläfrig. So erkrankten über 200 Menschen in der Ivanowo Textilregion, nachdem sie verdorbenes Brot von den Bäckereien gegessen hatten. Anfängliche Beschwerden wurden von den Beamten ignoriert. Erst als ein Mitglied der Kommunistischen Partei an die Gewerkschaft eine Beschwerde mit der Begründung, dass Volksfeinde tätig waren, die Arbeiter vergiften, schrieb, reagierte die Untersuchungskommission.⁴¹⁰ Auch wenn Goldman versucht, somit die Säuberungen in ein schlechtes Licht zu rücken, ist dennoch

⁴⁰⁷ Vgl. ebenda, S. 478

⁴⁰⁸ Goldman 2007, S. 183 – 184

⁴⁰⁹ Ebenda, S. 186

⁴¹⁰ Ebenda, S. 184 – 185

erkennbar, dass diese die revolutionäre Wachsamkeit erhöhte und man auf Kritik von unten hörte.

Die Situation der Gewerkschaften entsprach Mitte der 30er Jahre in etwa dem Zustand der Partei. Bürokratisierung, Korruption und Missmanagement waren keine Seltenheit. Auf dem Februar-März Plenum unterbreitete Nikolai Schwernik, der damalige Führer der Gewerkschaften, die Gewerkschaften zu demokratisieren. Eine Kampagne der Gewerkschaftsdemokratie wurde vom Konzil der All-Unions-Gewerkschaft gestartet. Auf ihrem 6. Plenum im März 1937 wurden Vertreter der Gewerkschaften dazu berufen neue Wahlen mit Gegenkandidaten zu organisieren. Ende 1937 wurde in fast allen Gewerkschaften Wahlen abgehalten und viele alte Führer wurden abgewählt.⁴¹¹

Auf dem 6. Plenum nutzen viele Gewerkschaftler ihre Möglichkeit, korrupte oder politisch ungebildete Funktionäre zu kritisieren. Beispielhaft sei hier N. V. Voronina, eine ältere Arbeiterin aus Elektrozavod, einer Elektrofabrik aus Moskau, erwähnt. Sie nutzte das Plenum, um über die Sorgen und Nöte ihrer Arbeiter, besonders der weiblichen, in der Fabrik zu berichten und dass die Gewerkschaftsführung diese ignorierte. Es wurden Kritiken laut, dass Gewerkschaftsfunktionäre vor Ort nicht informiert wurden und ihnen niemand sagte, was zu tun sei. Eine Kritik, die von vielen anderen Funktionären geteilt wurde. Dabei kritisierten die niedrigeren Instanzen oftmals die oberen. Auch der Vorsitzende der All-Unions-Gewerkschaften, Schwernik, wurde von der Kritik nicht verschont. So wurde dieser sowohl von Voronina als auch z. B. von A. V. Artiukhina, Leiterin der Gewerkschaft der Baumwoll-Textil-Arbeiter in Moskau und Leningrad, kritisiert. Hauptkritik war die Abwesenheit der Führer sowie der Bürokratismus. S. L. Bregman, Mitglied des Präsidiums der Gewerkschaft der Schuster, machte z. B. die Aussage, dass es leichter sei im Büro zu sitzen, Befehle zu geben und ‚Papier-Barrikaden‘ zu verteidigen.⁴¹²

Zu Beginn der Kampagne wurden ähnliche Kritiken gebracht, die Schdanow bei der Demokratisierung der Kommunistischen Partei verwendete: Bürokratismus, Korruption, Kooptierung, Verletzung demokratischer Prinzipien, keine Verbindung mit den Massen, Unterdrückung von Kritik etc. Die Gewerkschaften waren durchsetzt von Feinden, so von Anhängern von Tomski, einem Trotzlisten und ehemaligen Vorsitzenden der Gewerkschaften.⁴¹³

Vielen Gewerkschaft-Zentralkomitees fehlte ein Präsidium, ein Vorsitzender führte alleine wichtige Bestimmungen ein, Versammlungen wurden selten einberufen und

⁴¹¹ Ebenda, S. 134

⁴¹² Vgl. ebenda, S. 136 – 140

⁴¹³ Vgl. ebenda, S. 135

wenn hatten sie formalen Charakter und es wurde oft nicht die Mühe unternommen, beschlossene Resolutionen auf ihre Durchführung zu überprüfen.⁴¹⁴

Daher wurden allumfassende Wahlen der Gewerkschaftsführungen beschlossen, die die Gewerkschaften wachrütteln sollten. Es waren geheime Wahlen mit Gegenkandidaten geplant. Die Fabrik-Komitees sollten zwischen dem 1. und 15. Juli 1937 gewählt werden, die höheren Instanzen zwischen dem 15. Juli und 15. September.⁴¹⁵

Im Zusammenhang der Vorbereitung der Wahlen, sowie die nächsten Jahre darüber hinaus waren die Gewerkschaften damit beschäftigt, die Gewerkschaftsdemokratie wie auch die Arbeitsbedingungen zu überprüfen und zu verbessern. Kritiken an Gewerkschaftsfunktionären wurden laut und verschiedene Untersuchungskommissionen wurden einberufen.⁴¹⁶

In Briansk entsandte z. B. das ZK der Gewerkschaft der Zementarbeiter einen Inspektor in eine Zementfabrik, nachdem der Betriebsdirektor und ein Ingenieur der Sabotage beschuldigt waren und viele Unfälle verursacht haben sollten. Der Inspektor stellte fest, dass es viele Unfälle gab, kein sauberes Trinkwasser vorhanden war und die Wohnungssituation mangelhaft war. Das Fabrik-Komitee unternahm nichts gegen diese Missstände. Die Gewerkschaft der Zementarbeiter reichte den Bericht des Inspektors bei der Staatsanwaltschaft mit der Forderung ein, dass der Betriebsdirektor juristisch belangt wird, wenn er nicht binnen eines Monats die Situation verbessere.⁴¹⁷

Viele korrupte Gewerkschaftsvorsitzende wurden im Zuge der Demokratisierungskampagne verhaftet.⁴¹⁸

Die Ergebnisse der Gewerkschaftswahlen konnten sich sehen lassen. Viele Gewerkschaften hielten öffentliche Wahlkampagnen ab, in denen Millionen Arbeiter aktiv und lautstark in den Versammlungen über die neuen Kandidaten diskutierten und für die kommenden Wahlen aussuchten.⁴¹⁹

Zum Beispiel wurden in der Wollwaren-Industrie 1.300 Leute in 195 Fabrikkomitees gewählt. Davon waren 65% neue Mitglieder und 43% hatten vorher nie Gewerkschaftsarbeit gemacht. Etwa die Hälfte der Vorsitzenden war neugewählt. Die Wollwaren-Arbeiter wählten des weiteren 1000 Leute in die Geschäftskomitees und 1000 weitere als Organisatoren der Gewerkschaft. In der Krasni-Tkach-Fabrik wurde ein

⁴¹⁴ Vgl. ebenda, S. 141

⁴¹⁵ Vgl. Ebenda

⁴¹⁶ Vgl. ebenda, S. 143

⁴¹⁷ Ebenda, S. 145

⁴¹⁸ Vgl. Ebenda S. 136

⁴¹⁹ Ebenda, S. 146

Sechstel der 4400 Arbeiter in die verschiedenen Komitees gewählt. Die Zahl der bezahlten Funktionäre wurde um 15% reduziert und durch Freiwillige ersetzt. Das Fabrikkomitee wählte ein Plenum, welches sich um die Arbeitsbedingungen kümmerte. Im August hielt die Gewerkschaft der Wollwaren-Arbeiter ihre erste Tagung ab mit 245 Delegierten. Diese kritisierte das Zentralkomitee für die Verletzung demokratischer Prinzipien. Die Delegierten wählten die alte Führung ab und ersetzten sie durch Stachanow-Arbeiter. Diese organisierten Kommissionen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Sicherheit.⁴²⁰

Während der zweiten Jahreshälfte 1937 hielten über 116 Gewerkschaften Tagungen mit mehr als 23.300 Delegierten ab.⁴²¹

Ende 1937 wurden in 146 Gewerkschaften neue Zentralkomitees gewählt. Über 1.230.000 Leute, also etwa 6% der Gewerkschaftsmitglieder, wurden in verschiedene Funktionen gewählt. Dazu gehören 31.000 in Regionale und Republik-Komitees, 830.000 in Fabrikkomitees, 160.000 in Geschäftskomitees, und 163.000 in Gruppen-Organisationen (profgrupi). Mehr als 70% der Fabrikkomitees wurden ersetzt, 66% der 94.000 Fabrikkomitees-Vorsitzenden und 92% der 30.723 Mitglieder der Regional-Komitees.⁴²²

65% der in die profgrupi Gewählten sowie 62% der in die Geschäftskomitees, 45% der in die Fabrikkomitees und 25% der in die Regionalkomitees Gewählten waren Stachanow- oder Stoß-Arbeiter.⁴²³

Dabei waren 93% der profgrupi, 84% der Geschäftskomitees, 80% der Fabrikkomitees, 66% der Vorsitzenden der Fabrikkomitees, 47% der Regionalkomitees, 34% der Regionalkomitee-Präsidien, 33% des Zentralkomitees der Gewerkschaften und 19% des Präsidiums des Zentralkomitees parteilos.⁴²⁴

1938 gab es 5.484 Vorsitzende, Sekretäre und Präsidiumsmitglieder, die in die Zentral- und Regionalkomitees gewählt wurden. In den höchsten Ebenen der Führung zeigt sich, dass bei 60% der neu gewählten Mitglieder die Gehälter gesunken sind oder auf demselben Stand blieben. Von den 40%, die ihre Gehälter erhöhen konnten, machte kaum jemand einen großen Sprung: es waren weniger als 200 Rubel monatlich. Beispielsweise erhielt der neu gewählte Vorsitzende der Gewerkschaft der Ölfabrik-

⁴²⁰ Ebenda, S. 146

⁴²¹ Ebenda

⁴²² Ebenda, S. 147

⁴²³ Ebenda, S. 148

⁴²⁴ Ebenda, S. 147 – 148

finerie-Arbeiter 1000 Rubel pro Monat. Als Geschäftsführer, sein früherer Posten, verdiente er 100 Rubel mehr.⁴²⁵

Goldman zeigt im anschließenden auf, dass nach den Wahlen es nicht überall zu Verbesserung der Lage kam und auch Korruption und Verletzung demokratischer Prinzipien nicht selten waren.⁴²⁶ Auch hier drückt sich das bürgerliche Verständnis von Demokratie aus. Demokratie heißt nicht, dass alle paar Jahre neue Volksvertreter gewählt werden. Wahre Demokratie erfordert die umfassende und durchgehende Beteiligung der Volksmassen am gesellschaftlichen Aufbau, wie z. B. weiter oben an den Beispielen der Wandzeitungen, Produktionskonferenzen und des sozialistischen Wettbewerbs gezeigt wurde.

Ein Beispiel hierzu gibt Thurston: Eine Arbeiterin und junge Mutter hatte das Problem, dass sie ihr Baby dreimal am Tag säugen musste. Aber die Entfernung zwischen Fabrik und Kinderkrippe betrug 1,5 Meilen, so dass die Arbeiterin hin und her hetzen musste. Der Betriebsleiter konnte und wollte sie aber nicht von der Produktion entbinden. Sie wandte sich an die Gewerkschaft, doch die wollte ihr nicht weiter helfen. Zu guter Letzt solidarisierten sich ihre Kolleginnen mit ihr, stritten mit dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskomitees und bedrohten diesen sogar. erst dann hat sie das Gewerkschaftskomitee von der Arbeit befreit und sie konnte sich um ihr Kind kümmern.⁴²⁷

Ein Dreher, der als Ausbilder arbeitete hatte einen Streit mit dem regionalen Parteikomitee über seine Wohnsituation. Er wandte sich an die Partei und die Gewerkschaft, doch diese wollten Schmiergeld von ihm. Über diesen Vorfall berichtete er in einem Leserbrief an die Trud.⁴²⁸

Thurston erwähnt noch eine weitere Form, wo Arbeiter ihre Kritik einbringen konnten, nämlich über Volksgerichte. Er zitiert einen Emigranten, der von J. K. Zawodny in den frühen 50ern interviewt wurde: „Ehrlicherweise muss ich sagen, dass die Volksgerichte faire Urteile fällten, die die Arbeiter bevorzugten, besonders im Hinblick auf die Fälle über das Wohnungswesen.“⁴²⁹

Eine wichtige Rolle spielten dabei die Konflikt-Komitees, die die Macht hatten, die Entscheidungen der Geschäftsführung zurückzuweisen. Dabei waren die Fabrikleitung und die Fabrikkomitees gleichberechtigt vertreten. Sollten Arbeiter ihre Interes-

⁴²⁵ Ebenda, S. 150

⁴²⁶ Ebenda, S. 151ff

⁴²⁷ Thurston 1996, S. 189

⁴²⁸ Ebenda, S. 187

⁴²⁹ Ebenda, S. 185

sen nicht durchsetzen können, konnten sie sich ans Volksgericht oder an das Zentralkomitee der Gewerkschaft wenden.⁴³⁰

1938 überprüfte das Zentralkomitee der Gewerkschaft der Papierverarbeitenden Industrie 796 Entscheidungen des Konfliktkomitees, von denen 263 zugunsten der Arbeiter entschieden wurden. 1939 erhielt man sogar 1.002 Beschwerden. Viel größere Zahlen erhielten die Konfliktkomitees selbst.⁴³¹

Im August 1935 berichtete der Staatsanwalt von Saratow, dass sein Büro kürzlich 118 Fälle in Bezug auf Zahlungen von Löhnen bearbeitete. 76,3 % wurden zu Gunsten der Arbeiter gelöst.⁴³²

Viele Fabriken hatten des Weiteren noch die „Genossenschaftlichen Gerichte“. Die Webbs zitieren dabei ein Beispiel aus der Charkower Elektro-Mechanischen Fabrik aus dem Jahr 1933: „Diese Arbeiter-Fabrikgerichte entstanden aus dem harten Kampf gegen ehemalige opportunistische Gewerkschaftsführer, die verkündeten, dass es für Gewerkschaften unmöglich sei, Funktionen eines Gerichts auszuüben. Diese Gerichte haben die Kompetenz folgende Fälle zu bearbeiten: A. Ein Kampf gegen alles, was die normale Entwicklung sozialistischer Produktion stört: (1) Verletzung der Arbeitsdisziplin, Zuspätkommen zur Arbeit, Faulenzerei, Erscheinen im berauschten Zustand bei der Arbeit, Arbeitsplatzwechsel ohne triftigen Grund. (2) Systematisch nachlässiger Umgang mit sozialistischem Eigentum (Maschinen, Werkzeuge etc.). (3) Verrichtung mangelhafter Arbeit mit sich bringender Materialverschwendung. B. Ein Kampf gegen die Überbleibsel alter Lebensweisen. Diese beinhalten: (1) Beleidigungen, Verleumdung und üble Nachrede, Übergriffe ohne schwere Körperverletzung. (2) Diebstahl in der Fabrik bis einem Wert von 50 Rubel, Rowdytum, verschiedene Arten asozialen Verhaltens, etc. (3) Verschiedene Handlungen, die die Arbeit sozialer Organisationen behindern. Wie werden die Richter gewählt? Die Richter werden, mit aktiver Beteiligung der Belegschaft, in den Abteilungen gewählt, nachdem die Kandidaten sorgfältig ausgewählt wurden. In unserer Fabrik wurden 381 Richter gewählt. Diese bestehen aus den besten Stoß-Arbeitern, die viele Jahre Erfahrungen in produktiver Arbeit haben. Unter ihnen befinden sich 80 Frauen. Sie sind in 26 ‚Senate‘ unterteilt mit 26 Vorsitzenden und 51 stellvertretenden Vorsitzenden. Nicht nur die Richter und die streitenden Parteien sind am Disput beteiligt, sondern jeder Arbeiter hat das Recht bei der Verhandlung anwesend zu sein und seine Meinung bezüglich des verhandelnden Falles darzulegen. ... St., eine Buchhalterin, wurde vom Gericht mehrfach ermahnt, dass sie zu spät zur Arbeit kam. Seit dem sind mehrere Monate

⁴³⁰ Ebenda, S. 188

⁴³¹ Thurston, ebenda

⁴³² Ebenda, S. 191

vergangen und sie war kein einziges mal mehr zu spät. Der Arbeiter Ch. wurde abberufen, da er gegenüber einer jüdischen Bedienung öfters antisemitische Aussagen machte. Die Verhandlung wurde von mehr als 300 Arbeitern besucht und wurde zu einer passionierten Demonstration der von der Sowjetmacht garantierten nationalen Freiheiten. Unter Tränen erkannte Ch. seine Schuld. Das Gericht tadelte ihn mit einer strengen Rüge. Hier einige Statistiken: Im Oktober 1932 verhandelte unser Arbeiter-Fabrik-Gericht 61 Fälle, davon 18 Fälle Faulenzerei, 7 Fälle Verlassen des Arbeitsplatzes während der Arbeit, 7 Fälle Diebstahl in der Fabrik, 6 Verrichten schlechter Arbeit, 6 Schlafen bei der Arbeit, 5 Beleidigung von Arbeitskollegen, 4 systematisches Zuspätkommen, 3 Fälle Fälschung des Arbeitsergebnisses, 2 Fälle des Rowdytums, ein Fall des Übergriffs, ein Fall eines antisemitischen Angriffs und ein Fall der falschen Benutzung der genossenschaftlichen Lebensmittelmarken. In 7 Fällen wurde eine genossenschaftliche Warnung gegeben, in 37 Fällen wurde eine harte Rüge verordnet, in 3 Fällen wurde ein Bußgeld auferlegt ... in 3 Fällen wurde den Angeklagten Bewährung auferlegt, in 2 Fällen wurden die Angeklagten aus der Gewerkschaft entlassen und in 9 Fällen wurden die Angeklagten unmittelbar entlassen.⁴³³

Die Archive in Smolensk beweisen, dass viele durchschnittliche Bürger Beschwerdebriefe an Parteifunktionäre, Zeitungen und Staatsanwälte schickten.⁴³⁴

Die Sowjetverfassung und die Wahlen zum Obersten Sowjet

Als 1936 die neue Verfassung der Sowjetunion beschlossen werden sollte, fanden über das ganze Land Diskussionen über die Verfassung statt: „Der Entwurf für die stalinsche Verfassung von 1936, das Thema des dritten Kapitels, verursachte etwas Ähnliches wie eine Volksabstimmung zur stalinschen Version des Sozialismus. Um die Möglichkeit, die die Gründung der Verfassung betraf zu nutzen, stellten Briefschreiber und Teilnehmer an Diskussionen ihre eigenen Ideen, Hoffnungen und Ärger über dieses Dokument vor ...“⁴³⁵

„Die Diskussion und Annahme einer neuen Verfassung war eines der wichtigsten Volksereignisse der 30er Jahre ... die Verfassung wurde entworfen, um die Prinzipien des neuen sozialistischen Staates und sozialen Systems zu festigen“⁴³⁶

⁴³³ Webbs, op. cit. S. 764 – 766

⁴³⁴ Getty, S. 161

⁴³⁵ Siegelbaum & Sokolov, 2000, S.7

⁴³⁶ Ebenda, S. 158

Die neue Verfassung unterschied sich von der ersten sowjetischen Verfassung. Sie „reflektierte die neuen Klassenverhältnisse in der UdSSR - die Beseitigung der Guts-herren, Kulaken und Kapitalisten ... - sie proklamierte ein System des geheimen Stimmzettelwahlrechts, ungeachtet der Schirmherrschaft der Kommunistischen Partei ... das neue Grundgesetz des Landes spiegelte auch die Änderungen im offiziellen Denken der Rolle der Justiz in einer sozialistischen Gesellschaft ... der Hauptsprecher für den neuen Denkansatz war A. Ya. Wyschinsky, dessen Wahl zum Obersten Staatsanwalt der UdSSR 1935 die Überlegenheit dieser Rechtsphilosophie symbolisierte.“⁴³⁷

Ungeachtet der Beharrlichkeit Siegelbaums, dass diese Debatte von oben kontrolliert würde und für ihn die Zahlen aufgeblasen seien – die Statistiken verblüffen ihn. Es wird klar, dass selbst Siegelbaum erstaunt ist: „Die Zahl der Teilnehmer der Diskussionen zum Verfassungsentwurf ist erstaunlich. Laut offizieller Daten wurden im ganzen Land 623.334 Sitzungen abgehalten; diese wurden von 42.372.990 Menschen besucht, die 169.739 Vorschläge und Ergänzungen entwarfen. ... die Organisatoren dieser Kampagne widerstanden der Versuchung zu verlangen, dass jeder einzelne sich an der Debatte über die Verfassung beteiligte ... zum Beispiel wurde aus Moldawien berichtet, dass ‚die Diskussionen 70,5 % der Wähler involvierte‘, die Treffen der arbeitenden Menschen in der Woronesh Oblast wurden von 1.130.000 Menschen, oder 71 % der Wähler besucht ...“⁴³⁸

Bei Alec Nove lesen wir: „Im November 1936 machten in Leningrad, Smolensk und ihrer Umgebung 1.651.592 Leute Anmerkungen und Vorschläge. Eine Stichprobe von 2600 von diesen zeigt, dass zwei der vier meisten üblichen Vorschläge die Anforderungen waren, dass lokale Dorfsowjets das Recht gegeben werden sollte, Leute ohne die Genehmigung oder Teilnahme des Staatsanwaltes zu verhaften (welches die Verfassung forderte) und dass ehemalige Adlige, zaristische Gendarmen, Kulaken, Priester und andere ‚klassenfremde‘ Elemente das Wahlrecht nicht erhalten sollten. Ein Kollektivbauer aus Leningrad glaubte (im Gegensatz zum Gesetz und Stalins Anweisungen), dass idealerweise ‚jeder Bürger unseres Landes eine Person, die den Aufbau sabotiert, verhaften kann‘. Ein Bauer aus Kaluga warnte, dass ‚Kulaken und Priester nicht das Wahlrecht gegeben werden soll‘ und auf einer Kollektivfarmversammlung wollte jeder, der sprach, das Wahlrecht für Priester, ehemalige Gendarmen, ‚pomeshchiki‘ und Polizisten einschränken oder verweigern. Stalin musste selbst intervenieren und die Idee des Wahlrechts für fremde Klassen verteidigen. Andere Bemerkungen der Massen schlugen die Oberhand der öffentlichen Gesinnung vor, die den Stalinismus ermöglichten. Der Arbeiter Kombarow aus Leningrad sagte, dass ‚der Gebrauch

⁴³⁷ Ebenda, S.159

⁴³⁸ Ebenda, S. 162

freier Rede, Versammlungen usw. die den sozialistischen Staat ablehnen, Landesverrat seien und hart bestraft werden müssen.' Ein anderer Bauer ... dachte, dass 'Verwandte, die Verbindungen zum Verräter haben, mit der vollen Härte des Gesetzes bestraft werden sollen.'⁴³⁹

90 Millionen stimmten für die Verfassung, 4 Millionen dagegen.⁴⁴⁰

1937 fanden auf Basis der Verfassung von 1936 mehrere Wahlen statt. Die Wahlen in den Gewerkschaften, die weiter oben besprochen wurden, die Parteiwahlen im Frühjahr 1937 und die Wahlen zum Obersten Sowjet der Union im Dezember 1937. 1939 wurden des Weiteren Wahlen für die örtlichen Sowjets abgehalten.

Zuerst wollen wir uns genauer mit den Parteiwahlen von 1937 befassen. Ludo Martens schreibt zu der Situation im Vorfeld der Parteiwahlen: „Schließlich hat sich das Plenum des Zentralkomitees im Februar 1937 mit der Frage der Demokratie und des Kampfes gegen die Bürokratisierung befasst. Und eben auf dieser Sitzung wurde auch die Organisation der „Großen Säuberung“ beschlossen, die sich gegen die feindlichen Elemente richten sollte. Es ist wichtig festzustellen, dass mehrere Sitzungstage des Zentralkomitees im Februar 1937 der innerparteilichen Demokratie gewidmet waren, einer Demokratie, die den revolutionären Charakter der Organisation und somit ihre Fähigkeit, die so eingeschlichenen feindlichen Elemente aufzuspüren, verstärken sollte. Berichte Stalins und Schdanows befassten sich mit der Entwicklung der Kritik und Selbstkritik, der Notwendigkeit für die Kader, ihrer Basis Berichte vorzulegen. Zum ersten Male wurde beschlossen, geheime Wahlen in der Partei zu organisieren mit mehreren Kandidaten und nach öffentlicher Diskussion über alle Kandidaturen. Der Beschluss des Zentralkomitees vom 27. Februar 1937 kündigte an: ‚Es muss Schluss gemacht werden mit der Praktik, Mitglieder des Zentralkomitees einfach hinzuzuwählen. (...) Jedes Parteimitglied muss das unbegrenzte Recht haben, die Kandidaten anzufechten und zu kritisieren.'⁴⁴¹

Der Smolensker Parteisekretär schrieb im April 1937, dass die letzte Parteikonferenz in der Westregion 1934 abgehalten wurde. 87 % der Mitglieder des Raikombüros wurden seitdem bestimmt und nicht gewählt. 20 Raikombüros wurden überhaupt nicht gewählt und in einigen Rayons hatten sich die Raikom-Aktivisten seit 8 Wochen nicht getroffen gehabt.⁴⁴²

⁴³⁹ Nove, Alec, Ed. 1993. The Stalin Phenomenon. New York: St. Martin's Press, S. 126

⁴⁴⁰ Ludwig, Emil, 1942. Stalin. New York, New York: G. P. Putnam's sons, S. 168

⁴⁴¹ Martens, S. 141f.

⁴⁴² Getty, op. cit. S. 153

Am 20. März 1937 beschloss das Zentralkomitee, dass Wahlen der Parteiorgane abgehalten werden müssen. Dies führte dazu, dass Ende März und Anfang April von Basismitgliedern der Partei eine Reihe von Artikeln über Parteidemokratie und Selbstkritik veröffentlicht wurden. Viele Basismitglieder begannen ihre Parteiführer zu kritisieren.⁴⁴³

Einzelne hohe Parteifunktionäre, die eine funktionierende Sippenwirtschaft errichtet hatten, versuchten die Wahlen zu ihren Gunsten zu manipulieren. So veröffentlichte die Prawda während der Wahlkampagne eine Artikelserie, wie einzelne Parteifunktionäre den Wahlprozess behinderten: Scheitern bei der Organisation ordnungsgemäßer Wahlveranstaltungen, Wahlfälschungen, offene statt geheime Wahlen, Verbot von Kritik der aufgestellten Kandidaten.⁴⁴⁴

Ein wichtiger und die Parteimassen beeinflussender Artikel war der von E. M. Jaroslowski mit dem Titel „Über die Verantwortung der Führer gegenüber den Massen“. Dieser kritisierte den Bürokratismus und die Sippenwirtschaft vieler Parteifunktionäre und forderte eine Korrektur solchen Verhaltens. Eine solche Korrektur konnte nur durch die Kritik von unten garantiert werden. Dieser Forderung sind viele Parteimitglieder, ohne Sanktionen von oben befürchten zu müssen, nachgegangen.⁴⁴⁵

Nach den neuen Wahlordnungen, die von Schdanow bekanntgegeben wurden, liefen in den Parteiorganen die Wahlen ab. Zur Wahl eines Parteikomitees, bestehend aus 7 Sitzen, stellten sich 34 Kandidaten auf. Über jeden Kandidaten wurde diskutiert, einige wurden gestrichen, andere ließen sich freiwillig von der Liste streichen. Letzteres bedurfte aber der Zustimmung der Mitglieder. Der Rest stellte sich zur Wahl auf.⁴⁴⁶

Von den 54.000 Grundorganisationen der Partei, die es im Mai 1937 gab, wurde 55 % der Führung abgewählt. In den meisten anderen Parteiorganisationen lag die Zahl zwischen 50 und 65 %.⁴⁴⁷

Insgesamt waren in Leningrad 41.000 Kandidaten nominiert worden, von denen 12.300 (30%) während der Diskussion der einzelnen Kandidaten aus der Liste gestrichen wurde. Von den verbliebenen wurden 7.114 in die Parteikomitees gewählt, 2.890 von diesen wurden zum ersten Mal gewählt. In einem Rayonkomitee waren 30 der 50 gewählten Mitglieder neu. In der Leningrader Region waren 48 % der Rajonkomitees

⁴⁴³ Ebenda, S. 154

⁴⁴⁴ Ebenda, S. 154

⁴⁴⁵ Ebenda, S. 154 – 155

⁴⁴⁶ Ebenda, S. 157

⁴⁴⁷ Ebenda, S. 158

neu gewählt.⁴⁴⁸ Selbst Parteihistoriker aus der Chruschtschow-Ära mussten zugeben, dass in der Zeit nach dem Februar-März-Plenum 1937 viele undemokratische Methoden korrigiert wurden.⁴⁴⁹

„Getty stellte fest, dass es sich bei diesen Wahlen um die bedeutendste antibürokratische, allgemeinste und wirksamste Kampagne handelte, die je von der Partei geführt worden ist. Er zeigt auch auf, dass sich auf regionalen Ebenen, den Hauptbereichen der an Ort und Stelle getroffenen Entscheidungen, sehr wenig veränderte. In den Regionen hatten sich seit Anfang der 20er Jahre Individuen nebst Sippenwirtschaft fest niedergelassen und ein Machtmonopol ausgeübt. Selbst die groß angelegte antibürokratische Aktion konnte diese Leute nicht vertreiben. Die Smolensker Archive enthalten schriftliche Beweisstücke. Der Sekretär des Parteikomitees der Westregion hieß Rumjantzew. Er war Mitglied des Zentralkomitees wie mehrere andere Parteifunktionäre der Region. Der Bericht über die Wahl des Regionalsekretärs des Jahres 1937 befindet sich in diesen Archiven. Die ersten 5 Seiten bestätigen, dass die Lage gut und zufrieden stellend sei. Dann folgen 9 Seiten bitterer Kritik - nichts gehe mehr rund. Alle vom Zentralkomitee bezüglich der Bürokratisierung in der Partei formulierte Kritiken wurden anscheinend von der Basis aufgenommen und gegen Rumjantzew ausgesprochen: Ungerechtfertigte Ausschlüsse, Beschwerden von Arbeitern, die niemals vom Regionalkomitee beachtet worden waren, mangelnde Beobachtung der regionalen ökonomischen Entwicklung, eine von der Basis getrennte Leitung, usw. Diese beiden antagonistischen Linien innerhalb einer Versammlung kommen im Protokoll klar zum Ausdruck. Das Dokument zeigt auf, dass die Basis zwar zu Wort kam, sich aber nicht durchzusetzen vermochte gegenüber einer Sippenwirtschaft, die den gesamten Apparat der Region fest in den Händen hielt. Das Gleiche ist in fast allen Großstädten passiert. Krinickij, der 1. Parteisekretär von Schoradow, wurde von Schdanow namentlich in der Parteipresse kritisiert. Es ist ihm jedoch gelungen, wiedergewählt zu werden. Unter dem sowohl von der zentralen Parteileitung als auch von der Basis ausgehenden Feuer konnten die regionalen „Feudalitäten“ standhalten. Erst die Große Säuberung von 1937-1938 hat sie beseitigt.“⁴⁵⁰

Auch bei den Wahlen zum Obersten Sowjet im Dezember 1937 sollten Wahlen mit Gegenkandidaten stattfinden. Grover Furr fasst die Aussagen Stalins dazu zusammen: „Sie sind von der Tatsache verwirrt gewesen, dass nur eine Partei bei den Wahlen angetreten ist. Sie verstehen nicht, wie Wahlen mit Gegenkandidaten unter solchen Bedingungen stattfinden können. Eindeutig können Kandidaten sowohl von der Kommunistischen Partei, als auch von allen möglichen öffentlichen, parteilosen Or-

⁴⁴⁸ Ebenda

⁴⁴⁹ Ebenda, S. 161

⁴⁵⁰ Martens, S. 142-143

ganisationen aufgestellt werden. Und wir haben hunderte von ihnen. Wir haben keine gegnerischen Parteien mehr, genauso wie wir keine Kapitalistenklasse haben, die im Widerstreit zur Arbeiterklasse steht und diese ausbeutet. Unsere Gesellschaft besteht nur aus freien Arbeitern in Stadt und Land – Arbeitern, Bauern und Intellektuellen. Jede dieser Schichten kann unterschiedliche Interessen haben und diese in vielen verschiedenen öffentlichen Organisationen ausdrücken‘ (S. 13-14) Diese öffentlichen Organisationen können ihre eigenen Kandidaten aufstellen, die gegen die Kandidaten der Kommunistischen Partei konkurrieren. Stalin sagte Howard, dass Bürger die Namen aller Kandidaten durchstreichen außer jenen, den sie zur Wahl wünschen. Er betonte auch die Wichtigkeit dieser Form der Wahlen bei dem Kampf gegen Bürokratie: ‚Sie behaupten, dass es keine Wahlkämpfe geben wird. Aber es wird welche geben, ich persönlich sehe aktive Wahlkämpfe voraus. Bei uns zulande gibt es einige Organisationen, die sehr schlecht arbeiten. Es gibt Fälle, dass diese oder jene lokale Regierung die vielfältigen und immer wachsenden Bedürfnisse der Arbeiter in der Stadt und auf dem Land nicht befriedigen. Haben sie gute Schulen gebaut oder nicht? Haben sie die Wohnungssituation verbessert? Sind sie ein Bürokrat? Haben sie geholfen, unsere Arbeit effektiver und unser Leben kulturell wertvoller zu machen? Das werden Kriterien sein, mit denen Millionen von Wählern die Fähigkeiten der Kandidaten prüfen werden, die Unfähigen abwählen, ihre Namen aus der Liste der Kandidaten streichen und die besten unterstützen und nominieren. Ja, Wahlkämpfe werden lebhaft, sie werden von vielen durchgeführt, sehr akute Probleme, besonders von praktischer Natur, als erste Klassenbedeutung für die Menschen. Unser neues Wahlsystem wird alle Institutionen und Organisationen schärfen und sie zwingen, ihre Arbeit zu verbessern. Universelles, gleiches, direktes und geheimes Stimmrecht in der UdSSR wird eine Peitsche in den Händen der Menschen gegen die Regierungsorgane sein, die schlecht arbeiten. Unsere neue sowjetische Verfassung wird meines Erachtens die demokratischste Verfassung der Welt sein.‘⁴⁵¹

Ende Juni 1937 wurde bekannt gegeben, dass die Wahlen zum Obersten Sowjet mit Gegenkandidaten stattfinden sollten. Doch im Verlaufe der nächsten Monate wurde das Prinzip der Wahlen mit Gegenkandidaten aufgehoben und es konnte nur noch ein Kandidat pro Sitz ernannt werden. Die Gründe hierfür mögen spekulativ sein. Doch es ist sehr wahrscheinlich, dass viele höhere korrupte Parteifunktionäre um ihre Privilegien und um ihre Macht fürchteten. Die Parteiwahlen vom Frühjahr 1937 sowie die Wahlen in den Gewerkschaften in der zweiten Jahreshälfte von 1937 – beide fanden mit Gegenkandidaten statt – zeigten, dass die Parteifunktionäre tatsächlich Angst um ihre Stellung haben mussten. Die aufgedeckten und tatsächlich die Sowjetmacht ge-

⁴⁵¹ Furr, Grover 2014: Stalin und der Kampf um demokratische Reformen, Hannover: offen-siv 4/2014, S. 11

führenden Verschwörungen in Partei, Militär und im NKWD sowie die Möglichkeit, dass ehemalige Klassenfeinde ihr Wahlrecht wieder bekommen haben, wurden als Vorwand genommen, dass nur ein Kandidat pro Sitz nominiert werden durfte. Tatsächlich gab es einige antisowjetische Tendenzen in der Bevölkerung; so gab es z. B. in einem Dorf in Twer einige Demonstrationen ehemaliger Kulaken und Priester.⁴⁵² Doch es dürfte sich hier um bedeutungslose Einzelercheinungen gehandelt haben.

Interessant ist hier, dass gemäß Chruschtschow Stalin und seine engsten Mitarbeiter im Politbüro (Molotow, Kaganowitsch, Schdanow etc.) erbitterte Feinde demokratischer Arbeitsweisen gewesen sein sollen. Shukow hingegen zeichnet in seiner Arbeit „Inoy Stalin. Politicheskije reformy v SSSR“ (deutsch: Der andere Stalin. Politische Reformen in der UdSSR) ein komplett anderes Bild. Stalin stellte - mit maßgeblicher Unterstützung von Molotow, Woroschilow und Kaganowitsch - ein Programm der Demokratisierung des sowjetischen Lebens vor, während andere Parteifunktionäre wie Jenukidse, Eikhe und auch Chruschtschow gegen demokratische Reformen waren.⁴⁵³

Während zwar Shukow die demokratischen Prinzipien der politischen Reformen Stalins richtig wiedergibt, versäumt er es darzulegen, dass diese demokratischen Prinzipien aus der kommunistischen Ideologie heraus resultieren und eine natürliche Folge der Entwicklung des sowjetischen politischen Lebens sind. So geht nämlich Shukow davon aus, dass Stalin – um eine vereinte Front gegen Hitler aufzubauen – sich an den westlichen Demokratien orientierte, während solche wie Jenukidse aufgrund ihrer Loyalität der kommunistischen Ideologie gegenüber, sich gegen Stalins demokratische Reformen stellte! Das heißt also, dass Shukow die demokratischen Prinzipien des Sozialismus/Kommunismus verleugnet und verzerrt, somit auch den Grund für Jenukidses Ablehnung der demokratischen Reformen Stalins verfälscht. Obwohl Jenukidse sich in den 20ern im Kampf gegen den Trotzismus mit Stalin verbündete, kooperierte er mit diesen in den 30ern und gründete eine Allianz mit den Rechten und Trozisten. Diese Allianz ist die Folge einer antagonistischen Entwicklung zwischen den persönlichen Interessen einzelner Funktionäre und den sich weiter entwickelnden Zielen einer sozialistischen Entwicklung. Jenukidses Opposition spiegelt eine verschleierte, ungesunde Tendenz vieler hoher Parteifunktionäre wider.⁴⁵⁴

Die größten Anstrengungen, sich den demokratischen Reformen Stalins zu widersetzen, wurden vom Kandidaten des Politbüros und des Ersten Sekretärs der Westsibiri-

⁴⁵² Fitzpatrick op. cit. S. 181

⁴⁵³ Vgl. Yemelianov, Yuri. The Quest for the Truth about Stalin.

<http://www.revolutionarydemocracy.org/rdv12n2/stalin.htm>

⁴⁵⁴ Ebenda

schen Parteiorganisation, R. I. Eikhe, unternommen. Ende Juni 1937 präsentierte er ein Memorandum an das Politbüro, das sich gegen Stalins politische Reformen aussprach. Auch wenn der Text dieses Memorandums bisher nicht gefunden wurde, spricht sehr viel für dessen Existenz. Eikhe wies darauf hin, dass in Westsibirien eine Reihe exilierter ehemaliger Kulaken einen konterrevolutionären Aufstand planten. Eikhe bat das Zentralkomitee, eine so genannte Troika zu bewilligen, bestehend aus einem Staatsanwalt der Provinz, dem Provinzleiter des NKWD und Eikhe selbst. Die Troikas sollten außergewöhnliche Machtbefugnisse haben, um die konterrevolutionären Tätigkeiten vor Ort zu untersuchen und die juristischen Urteile gegen die Verschwörer zu vollstrecken. Damit brachte Eikhe einen Stein ins Rollen. Warum kam es zu so einer raschen Veränderung in der Position Stalins und seiner Mitstreiter im Politbüro? Shukow geht davon aus, dass dies aufgrund des Drucks der großen Zahl der Parteisekretäre geschah. Eine Reihe von Parteisekretären, die die Position von Eikhe teilten, hatten Unterredungen mit Stalin.⁴⁵⁵

Eine von Shukow nicht beachtete Quelle sind die Fakten, welche Wladimir Piatnitsky in seinem Buch „The Plot against Stalin“ erwähnt und sich insbesondere auf das Juni-Plenum des ZK von 1937 bezieht. Dort ist zu lesen, dass während dieser Plenartagung mehrere Reden gegen die Übermacht des NKWD und seinen Vorsitzenden Jeschow gehalten wurden. Ein besonders vehementer Protest wurde von I. A. Piatnitsky (dem Vater des Autors) gehalten. Dieser war Chef der politisch-administrativen Abteilung des ZK und für lange Zeit Sekretär des Zentralen Exekutivkomitee der Komintern.

Stalin versuchte mit Piatnitsky während der Plenarsitzung zu einer Übereinstimmung zu kommen. Nach Piatnitskys Rede wurde eine Pause angekündigt. Molotow, Worschilow und Kaganowitsch sprachen mit I. A. Piatnitsky und sagten, dass Stalin an seine persönliche Aufrichtigkeit und seine Werte sowie an sein Talent als guter Organisator und Verwalter glaube. Sie baten ihn, seine Stellungnahme zurückzunehmen. Piatnitsky blieb jedoch unnachgiebig. Anschließend unterstützten 15 weitere ZK-Mitglieder Piatnitsky und forderten eine Beendigung der Sondervollmachten des NKWD. Zu dieser Zeit informierte eines der ZK-Mitglieder, Filatow, Stalin, dass die Opposition Piatnitskys und anderer dem NKWD gegenüber das Ergebnis einer Entscheidung eines geheimen Treffens in Piatnitskys Wohnung war. Filatow war das einzige Mitglied dieses Treffens, welches Stalin davon unterrichtete. Nur einen Monat zuvor, im Mai 1937, wurde der Umsturzversuch Tuchatschewskis enthüllt. Und nun erfuhr Stalin über ein geheimes Treffen von ZK-Mitgliedern, die weitere Untersuchungen des NKWD stoppen wollten!⁴⁵⁶

⁴⁵⁵ Ebenda

⁴⁵⁶ Ebenda

Wenn also Eikhe und andere ZK-Mitglieder mit Anfragen zu Stalin und Molotow kamen, die Aktivitäten des NKWD nicht zu behindern, sondern sie auf die Aktivitäten von Ex-Kulaken umzulenken, so hatten Stalin und seine Mitstreiter einen Grund zu glauben, dass diese Vorschläge aus einer gänzlich anderen Ecke kamen. Tatsächlich stand Stalin zwei oppositionellen Richtungen gegenüber. Auf der einen Seite Piatnitsky und andere, die darauf hinarbeiteten, die Verhaftungen von hohen Parteifunktionären, die in regierungsfeindlichen Tätigkeiten involviert waren einzustellen, auf der anderen Seite Eikhe und andere, die das NKWD lobpreisten, die Untersuchungen aber in eine andere Richtung lenken wollten. Man kann davon ausgehen, dass zu dieser Zeit Jeschow sich in seiner Position als Vorsitzender des NKWD nicht ganz sicher war. Als Vorsitzender der politisch-administrativen Abteilung des ZK unterstand das NKWD Piatnitsky. Jeschow wusste, dass Stalin Piatnitsky vertraute. Also hatte Jeschow zu befürchten, dass er seine Stelle als Vorsitzender des NKWD verlieren könne, wenn Piatnitsky und seine Gefolgsleute überhand nahmen. Dementsprechend unterstützte Jeschow Eikhe, Chruschtschow und andere. Also standen Stalin und seine Mitstreiter nicht nur den verschiedenen oppositionellen Gruppen im ZK gegenüber, sondern auch dem NKWD mit seinen in dieser Zeit notwendigen Sondervollmachten. Die Aufdeckung einer Militärverschwörung sowie die weitere Aufdeckung des Blocks der Rechten und Trotzlisten und der Rolle Bucharins durch die Sonderabteilung des Zentralkomitees zur Unterstützung des NKWD unter der Leitung von Alexander N. Poskrebyschew, Stalins Privatsekretär, sowie die sich immer weiter zuspitzende außenpolitische Situation liefern ausreichende Erklärungen dafür, dass Stalin und andere eine plötzliche Wendung in ihrer Politik machten.⁴⁵⁷

Während dieser Zeit wurden die Ersten Sekretäre, unter ihnen in vorderster Front Eikhe, Postyschew und Chruschtschow besonders aktiv bei der Suche nach Volksfeinden. Es ist nicht uninteressant zu erwähnen, dass Chruschtschow in seinem Geheimbericht auf dem XX. Parteitag nicht ein einziges Wort über Eikhes Memorandum verliert, genauso wenig wie Eikhes, Postyschews und Chruschtschows eigene Jagd auf Volksfeinde. Stattdessen werden Eikhe und Postyschew als unschuldige Opfer des Stalin-Terrors dargestellt.⁴⁵⁸

Shukow zeigt, dass Stalin und seine Mitstreiter in dieser Situation zeitweise die Kontrolle verloren haben und dass auch einige der aktiven Unterstützer von Stalins Demokratisierungsreformen verhaftet wurden (J. A. Jakowlew, B. M. Tal, A. I. Stetzky).⁴⁵⁹

⁴⁵⁷ Ebenda

⁴⁵⁸ Ebenda

⁴⁵⁹ Ebenda

Zur gleichen Zeit konnten aber Jeschow, Eikhe und die anderen nicht riskieren, Stalin zu stürzen. Denn mit dem Namen Stalins war der Aufbau des Sozialismus verbunden. Auch die Popularität von Molotow, Kaganowitsch und Woroschilow war groß.

Jelena Prudikowa beschreibt die Situation, die sich in der Partei- und Staatsführung der UdSSR in den 30er Jahren abgezeichnet hatte: „1937 hatte sich in der Führung der UdSSR ein gewisses Gleichgewicht herausgebildet. Wie immer das Zentralkomitee zu Stalin stand, es konnte nicht offen gegen ihn auftreten. Es wäre ausreichend gewesen, wenn sich der Führer an das Volk gewandt hätte, an eben jene Parteibasis (...) Aber Stalin konnte genau so wenig offen gegen die Parteibarone auftreten, denn sie hatten das formale Recht, ihn abzulösen. Die Partei war von unten nach oben aufgebaut. Jeder der Regionalsekretäre wurde auf dem Plenum einer Gebietsleitung gewählt, die wiederum durch das Plenum des Rayonkomitees usw. usf. Aber diese Linie funktionierte so, dass in den Basisorganisationen gewählt wurde, wer von der jeweils übergeordneten Leitungen vorgeschlagen wurde. Diese Vorschläge kamen aber nicht aus Moskau, sondern vom Rayonkomitee und die erhielten ihre Weisungen vom Gebietskomitee. Und im Gebietskomitee war der erste Sekretär durchaus nicht darauf bedacht, seine Macht mit Moskau zu teilen.“⁴⁶⁰

Es ist übrigens interessant, dass jene Sekretäre, die während der Säuberung besonders eifrig waren, „Volksfeinde“ zu finden und sich gegen Stalins Reformen stellten, über einen politisch niedrigen Bildungsstand verfügten. Dieser niedrige Bildungsstand war u. a. auch Folge der Umwälzungen Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre (Kollektivierung der Landwirtschaft, Industrialisierung etc.). Da standen organisatorische Maßnahmen im Vordergrund. Mitte der 30er Jahre war die Situation jedoch anders, da der Sozialismus ökonomisch gefestigt worden war. Da sich jedoch die Ersten Sekretäre an ihre Machtposition gewöhnt hatten, waren sie nicht Willens, diese abzugeben, schon gar nicht, wenn sie auf Bildungsseminare geschickt werden sollten (Vgl. Kapitel über die Bildung).⁴⁶¹

Paradoxerweise war der Versuch vieler Erster Sekretäre, die Aktivitäten des NKWD von der Untersuchung von Verschwörungen hoher Parteifunktionäre abzulenken, keine Garantie dafür, ihre Verhaftungen zu stoppen. Durch die Erlaubnis, konterrevolutionäre Machenschaften aufzudecken, versuchten mehrere Erste Sekretäre ihre Konkurrenten loszuwerden. So erbat der Erste Sekretär des ZK der usbekischen Kommunistischen Partei, A. I. Ikramow beim Politbüro am 24. Juni 1937 den Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare Usbekistans, Faizulla Chodschajew, wegen konterrevolutionärer Verbindungen zu ersetzen. Später wurde Chodschajew verhaftet.

⁴⁶⁰ Ebenda

⁴⁶¹ Zitiert in Hesse, op. cit., S. 338

Jedoch schafften es die Unterstützer von Chodschajew, Ikramow zu kriminalisieren. Im September 1937 wurde Ikramow aus der Partei ausgeschlossen und danach verhaftet. Im März 1938 wurden beide während des 3. Moskauer Prozesses angeklagt und hingerichtet.⁴⁶²

Ziemlich bald kam es zu einer Kampagne falscher Beschuldigungen, die sich durch das ganze Land zog. Viele denunzierten ihre Kollegen und wurden vom NKWD verhaftet. Diese Periode bekam später den Namen Jeschowtschina, benannt nach dem Vorsitzenden des NKWD, Jeschow. Es ist offensichtlich, dass diese illegalen Praktiken, die von einer Anzahl von Parteifunktionären durchgeführt wurde, Stalins Politik der Demokratisierung widersprachen. Dies lässt Shukow zu dem Schluss kommen, dass der Versuch Stalins, das politische System zu reformieren, in einem großen Fiasco endete.⁴⁶³ Des Weiteren liest es sich so, als ob Stalin völlig machtlos und hilflos der Situation gegenüber stand. Dadurch wird dem Bild des machtvollen Diktators ein absolut Entgegengesetztes gezeigt. Diese kategorischen Aussagen können jedoch widerlegt werden!

Zum einen, unabhängig von der einflussreichen Opposition der Parteifunktionäre, wurde die neue Verfassung angenommen mit einem geheimen, direkten und gleichen Wahlrecht. Zum anderen hatten es Stalin und seine kommunistischen Mitkämpfer geschafft, die Legalität wieder einzuführen, welche von den hohen Parteifunktionären und dem NKWD verletzt wurde. Auf dem Januar-Plenum von 1938 des ZK der KPdSU wurden die formalistischen und bürokratischen Herangehensweisen kritisiert und ein großer Teil der zu Unrecht ausgeschlossenen wieder in die Partei aufgenommen. Es wurde außerdem gefordert, mit solchen undemokratischen Maßnahmen umgehend aufzuhören und zu den demokratischen Prinzipien, welche Stalin auf dem März-Plenum 1937 vorgetragen hatte, zurückzukehren. Auch vorher schon wurde durch das Eingreifen Stalins, Molotows oder auch des Generalstaatsanwalt der UdSSR, Andrej Wyschinskis, diesen Maßnahmen Einhalt geboten. Die Position des Vorsitzenden des NKWD, Nikolai Jeschow, begann immer mehr zu wackeln. Im August 1938 begann das Politbüro die Arbeiten des NKWD näher zu untersuchen. Im November 1938 verlor Jeschow den Posten als Vorsitzender des NKWD. Im April 1939 wurde er, wie viele andere NKWD-Offiziere, so auch Jeschows Stellvertreter Frinowsky, aufgrund grober Verletzungen der Gesetzlichkeit, Zusammenarbeit mit kapitalistischen Geheimdiensten und Hochverrat verhaftet und hingerichtet.⁴⁶⁴ Ebenso

⁴⁶² Ebenda, S. 342 f.

⁴⁶³ Vgl. Yemeljanov, Yuri. The Quest for the Truth about Stalin.

<http://www.revolutionarydemocracy.org/rdv12n2/stalin.htm>

⁴⁶⁴ Siehe auch: Furr, Grover, Die Vernehmung des Nicolai Jeschow; in: offen-siv 9-2014, Sonderheft „Zur Geschichte der Sowjetunion, Heft 2“, Hannover 2014

wurde vielen hohen Parteifunktionären, u. a. auch Robert Eikhe, der Prozess gemacht. Zur gleichen Zeit wurden tausende von Verhafteten, die während der Jeschowtschina unschuldig verurteilt wurden, wieder aus den Gefängnissen entlassen. Dazu zählt auch K. K. Rokossowsky, der eine wichtige Rolle im Großen Vaterländischen Krieg spielte.⁴⁶⁵

Trotz der tatsächlichen Schäden, die die Jeschowtschina angerichtet hat, war die Sowjetunion weit davon entfernt geschwächt zu sein. Zum einen waren viele, die 1937-38 verhaftet wurden, tatsächliche Spione und Feinde der Sowjetmacht. Dies zeigte sich schon allein an der Tatsache, dass im Zweiten Weltkrieg die Sowjetunion, anders als die westeuropäischen Mächte, keine ‚Fünfte Kolonne‘ hatte. Zum anderen verloren viele Karrieristen ihre Anstellung, Freiheit oder Leben während der Konflikte 1937-38. Ihre Posten wurden von Leuten übernommen, die besser gebildet waren und mehr Erfahrung im Aufbau des Sozialismus hatten. Es sollte erwähnt werden, dass die Repressionen der 30er Jahre großteils die oberen sozialen Schichten betrafen. Zur gleichen Zeit realisierten die meisten Sowjetbürger durch die Annahme der Sowjetverfassung die Prinzipien sozialistischer Demokratie und die Vorteile der neuen sozialistischen Ordnung.⁴⁶⁶

Festzustellen ist, dass jene, die am eifrigsten nach Volksfeinden suchten - Jeschow, Postyschew, Kossior, Tschubar, Kosarew, Eikhe – am Ende für ihre Verbrechen gegen die sozialistische Gerechtigkeit bestraft und hingerichtet wurden. Nur Chruschtschow überlebte.⁴⁶⁷

John Scott berichtet, dass die Arbeit während des Jahres 1939 in gewissen Abteilungen, z. B. bei der Eisenbahn und in den Koks- und chemischen Werken, besser ging als je zuvor.⁴⁶⁸

Weiterhin schreibt er: „Es schien, als ob jeder, der etwas taugte, verhaftet und erschossen worden sei. Aber dieser Eindruck war grundfalsch. Die Reinigung brachte viele Verhaftungen mit sich, aber die Sowjetunion ist groß, und Millionen Russen, die persönlich nicht betroffen waren, nahmen sie mehr oder weniger leicht hin und ließen sich in ihrer Haltung gegenüber der Sowjetmacht nicht erschüttern. Als die Aktion gegen Ende 1938 abgeschlossen wurde, als Hunderte von Verhafteten unter lebhaften Entschuldigungen wegen der ‚Irrtümer‘ der Untersuchungsleiter freigelassen wurden, als keine neuen Verhaftungen mehr vorkamen, sahen die Arbeiter in Magnitogorsk

⁴⁶⁵ Vgl. Yemelianov, Yuri. The Quest for the Truth about Stalin.

<http://www.revolutionarydemocracy.org/rdv12n2/stalin.htm>

⁴⁶⁶ Ebenda

⁴⁶⁷ Vgl. Hesse, S. 342 - 347

⁴⁶⁸ Scott, op. cit., S. 245

die Dinge im allgemeinen wieder froh und optimistisch an. Sie hatten auch allen Grund, froh und optimistisch zu sein, wenn man ihren Lebensstandard mit dem der Arbeiter in den meisten anderen Orten verglich. Sie hatten Arbeit und waren sicher, daß sie sie so lange behalten würden, wie sie überhaupt rechnen konnten. Sie hatten Anspruch auf Ferien, die Frauen bekamen im Falle der Schwangerschaft Urlaub mit voller Lohnzahlung, sie hatten Pensionsrecht und andere gesetzlich geregelte sozialpolitische Vergünstigungen. Sie besaßen Schulen und studierten und hatten Gelegenheit, das, was sie lernten, zum eigenen Besten und zum Besten der Gesamtheit anzuwenden, sobald sie ihre Examen abgelegt hatten, oder eventuell schon früher. Ihr Lebensstandard wurde ständig besser. Die kulturellen Möglichkeiten, die ihnen geboten wurden, wuchsen von Tag zu Tag.⁴⁶⁹

In diesem Fall ist es interessant, einige antikommunistische Autoren zu Wort kommen zu lassen.

Robert Thurston schreibt: „Aber die Statistiken der russischen Archive weisen darauf hin, dass das Ausmaß der Verhaftungen und unnatürlicher Tode unter Stalin nicht ausreichend genug war um eine generelle Angst vor dem Regime hervorzurufen, selbst wenn man die indirekten Opfer, die Freunde und Familien jener die vom NKWD fortgebracht wurden, berücksichtigt. Die Masse impressionistischer Beweise, die man in vielen Memoiren, Interviews und anderer Berichte finden, zeigen dasselbe. (...) Auf jeden Fall traf der Terror nur eine Minderheit der Bürger, wengleich eine bedeutende, und die Gewalt konzentrierte sich auf die Elite des Landes. Viele Bürger hatten allerdings den Terror nicht erlebt oder gar bemerkt, außer in der Zeitung oder in Reden.“⁴⁷⁰

So Roy Medwedew: „Zehntausende von Stachanowarbeitern wurden Betriebsdirektoren. Gewöhnliche Soldaten wurden Heeres- und Kompanieführer, Kompanieführer wurden zuständig für die Leitung von Bataillons und Regiments. Bataillon- und Regimentführer stiegen dazu auf ganze Divisionen und Armeen zu befehlen. Viele gewöhnliche Wissenschaftler übernahmen Laboratorien und große Institutionen.“⁴⁷¹

Und Medwedew weiter: „Es ist bekannt, dass viele Führer der Partei und des Staates als ‚Volksfeinde‘ verhaftet wurden, aber zur gleichen Zeit entstanden überall neue Schulen, Fabriken und Kultureinrichtungen. Militärführer wurden als Spione verhaftet, aber die Partei gründete eine starke, moderne Armee. Wissenschaftler wurden als Saboteure verhaftet, aber gleichzeitig entwickelte sich die sowjetische Wissenschaft

⁴⁶⁹ Ebenda, S. 247 - 248

⁴⁷⁰ Thurston (1996), S. 232

⁴⁷¹ Medwedew, Roy 1971. Let History Judge: The Origins and Consequences of Stalinism, New York: Vintage, S. 300

durch die Unterstützung der Partei rasant fort. Schriftsteller wurden als Trotzlisten und Konterrevolutionäre verhaftet, allerdings erschienen einige Stücke, die echte Meisterwerke waren. Führer der Republiken wurden als Nationalisten verhaftet, aber die früher unterdrückten Nationalitäten entfalteten sich und die Freundschaft zwischen den Völkern wuchs. Und dieser offensichtliche Fortschritt erfüllte die Herzen der Sowjetmenschen mit Stolz, erzeugten Selbstbewusstsein in der Partei, die dies organisierte und in dem Mann, der an der Spitze der Partei stand.⁴⁷²

Nicht zu vergessen die Aussage Isaac Deutschers, eines Trotzlisten: „In den 5 Jahren von 1933 bis 1938 absolvierten über eine Millionen Verwaltungsbeamte, Techniker, Ökonomen und andere Berufsstände die Hochschulen, eine enorme Zahl für ein Land, deren gebildete Klasse früher nur eine dünne Schicht der Gesellschaft ausmachte. Dies war die neue Intelligenz, die die offenen Reihen der gesäuberten und leeren Ämter besetzten. Ihre Mitglieder ... waren entweder den Mitgliedern dieser alten Garde feindlich gesinnt oder gleichgültig deren Schicksal gegenüber. Sie stürzten sich selbst mit Eifer und Begeisterung in ihre Arbeit, ungetrübt von vorherigen Ereignissen.“⁴⁷³

Der Anteil der Arbeiterklasse wuchs in der Parteielite nach 1938 stetig an.⁴⁷⁴

Dazu Shapiro: „Der Sieg Stalins über seine Gegner in der Parteiführung resultierte in der Eliminierung fast all jener, deren Ursprung aus der Mittelklasse kam, die früher den größten Teil der Parteiführer ausmachten. Alle ‚Altstalinisten‘, mit der Ausnahme von Molotow, kamen aus der Arbeiter- oder Bauernklasse. Dieser bescheidene Ursprung war bei den Neo-Stalinisten weniger offensichtlich: z. B. stammten sowohl Malenkow, als auch Schdanow, vermutlich auch Beria, aus der Mittelklasse. Schaut man sich aber die Spitze der Partei als solche an, ist es wahr zu sagen, dass Stalins Sieg von Männern gewährleistet wurde, die aus den sozialen Klassen kamen, in deren Namen die Revolution gemacht wurde.“⁴⁷⁵

Auch ein Stalinfeind wie Wolkogonow kommt nicht umhin, die Erfolge Stalins zu würdigen: „Bedeutende Veränderungen in der industriellen Entwicklung wurden ausgearbeitet. Die Statistiken, wenn auch übertrieben, weisen darauf hin, dass Lenins Elektrifizierungsplan für die Industrie erfüllt wurde. 1935 übertraf der Ausstoß in der Schwerindustrie den Vorkriegsstand um das 5,6-fache. Den industriellen Zusammenbruch durchlebend, verursacht durch den Ersten Weltkrieg und dem Bürgerkrieg,

⁴⁷² Ebenda, S. 372

⁴⁷³ Deutscher, Isaak 1960. Stalin: A Political Biography, New York: Vintage Books, S. 384

⁴⁷⁴ Shapiro, Leonard 1960. The Communist Party of the Soviet Union, New York: Random House, S. 440

⁴⁷⁵ Ebenda, S.443

konnte das Volk nicht begeistert werden, außer durch den großen Energieaufwand und kreativen Antrieb, hervorgerufen durch die Oktoberrevolution. Sie konnten voller Stolz sagen ‚Wir können es schaffen! Beenden wir den Fünfjahresplan in Vier!‘ Als ob Stalins Worte ‚Das Leben ist besser geworden, *das Leben ist fröhlicher* geworden‘ bestätigt wurden, erschienen Ende der 30er hunderte neue Fabrikanlagen, Straßen, Städte, Kulturpaläste, Erholungsheime, Krankenhäuser, Schulen und Laboratorien, die die Landschaft veränderten. Die Statistiken zur Bildung sind sogar noch beeindruckender. Es gab [in den 30ern] fast 7mal mehr Spezialisten mit Hochschulbildung als 1913, während jene Zahl mit Sekundärausbildung um fast das 28fache stieg.“⁴⁷⁶

Trotz all dieser Erfolge verweisen Shukow und Furr richtigerweise darauf, dass Stalin bestimmte Punkte seiner demokratischen Reformen nicht durchsetzen konnte. Dazu gehört auch die Tatsache, dass aufgrund der Opposition vieler hoher Parteifunktionäre, Stalin seine Idee der Wahlen mit Gegenkandidaten aufgeben musste. Ein Relikt dieses Vorhabens war die Inschrift eines jeden Wahlzettels in der Sowjetunion, die aussagte: „Lassen sie auf dem Wahlzettel den Namen EINES Kandidaten zurück, für den sie ihre Stimme abgeben, streichen Sie alle anderen durch.“⁴⁷⁷

Auch wenn dies sicherlich ein Rückschritt in der Entwicklung des Wahlsystems in der UdSSR war, so kann man trotzdem nicht sagen, dass die Wahlen zu den Sowjets völlig undemokratisch waren. Viele Sowjetbürger waren voller Stolz und empfanden die Wahlen als Aufschwung. So berichtet Galina Shtange in ihrem Tagebuch: „Ich fühlte eine Art Begeisterung in meiner Seele, ich weiß nicht warum, aber ich hatte sogar einen Kloß im Hals.“ Ihre Schwester Olga, die unter miserablen Bedingungen in Leningrad lebte, schrieb ihrer Schwester ähnliche Zeilen: „Diesen Morgen um 8 Uhr früh ging ich zur Wahl und mit vollem Bewusstsein gab ich meine Stimme für Litwinow und Kalinin ab. Als ich meinen Brief in die Wahlurne warf, fühlte ich mit meinem ganzen Wesen die Wahrheit des arabischen Sprichworts ‚der kleinste Fisch kann die Tiefen des Ozeans erschüttern‘.“ An anderer Stelle erwähnt Galina Shtange mit voller Zufriedenheit: „Wir sind die allerersten Wähler, die an solch einer Wahl teilnehmen konnten.“⁴⁷⁸

Sogar Medwedew musste die Bedeutung der Wahlen als Fortschritt anerkennen: „Selbstverständlich wurden die Wahlen zu den Sowjets vom formalen Standpunkt her demokratischer. Deputierte zu den lokalen Sowjets wurden in Fabriken und anderen Institutionen bei offenen Wahlen gewählt; nach 1936 wurden sie in Wahllokalen,

⁴⁷⁶ Volkogonov, Dmitri 1991. Stalin: Triumph and Tragedy. New York: Grove Weidenfeld, S. 263-264

⁴⁷⁷ Vgl. Yemelianov, Yuri, Ebenda

⁴⁷⁸ Fitzpatrick op. cit. S. 180 – 182

verteilt in Bezirken, gewählt, bei der die gesamte Bevölkerung geheime Stimmzettel abgab. Vorher wählten die Wähler die Deputierten nur zu den lokalen Sowjets direkt, die lokalen Sowjets wählten die nächst höheren Sowjets usw. Nach 1936 wurden alle Wahlen direkt und die Wähler eines jeden Wahlbezirks wählten ihre Deputierten je zu den lokalen Sowjets, den Stadtsowjets, den Oblastsowjets, den Republik Sowjets und den Obersten Sowjet der UdSSR.⁴⁷⁹

Der wohl wichtigste Prozess bei den Wahlen in der Sowjetunion war die Auswahl und Aufstellung der Kandidaten. In allen Staaten ist die Aufstellung der Kandidaten der erste und wichtigste Schritt. In den Ländern mit einer bürgerlichen Demokratie werden die Kandidaten meistens von den Parteien aufgestellt. Mithin ist aber an der Aufstellung der Kandidaten und an der Vorbereitung der Wahlen nur ein kleiner Teil des Volks aktiv. Die meisten Wähler haben keinen Einfluss auf die Aufstellung der Kandidaten. Das heißt also auch, dass die Wähler nur stille Zuschauer sind. Man hat zu warten, bis aus den Kulissen der politischen Bühne die von irgendjemand aufgestellten Kandidaten heraustreten, unter denen es dann seine Vertreter wählen kann. Wenn es Kritik an Kandidaten gibt, so kann diese nur von den privilegierten Wahlkommissionen gemacht werden. Da wir gesehen haben, dass die Parteien und das bürgerliche Staatswesen Ausdruck des Klasseninteresse der herrschenden, besitzenden Klasse sind, ist von Anfang an klar, wer die Fäden zieht.⁴⁸⁰

Stalin stellt das Verhältnis der Kandidaten zu den Wählern in seiner Wahlrede von 1937 wie folgt dar: „Nimmt man die kapitalistischen Länder, so bestehen dort zwischen Deputierten und Wählern gewisse eigenartige, ich möchte sagen, ziemlich sonderbare Beziehungen. Solange die Wahlen im Gange sind, liebäugeln die Deputierten mit den Wählern, scharwenzeln vor ihnen, schwören ihnen Treue, geben einen Haufen aller möglichen Versprechungen. Es scheint, als sei die Abhängigkeit der Deputierten von den Wählern vollständig. Sobald aber die Wahlen stattgefunden und die Kandidaten sich in Deputierte verwandelt haben, ändern sich die Beziehungen von Grund aus. Statt der Abhängigkeit der Deputierten von den Wählern erweist es sich, dass sie völlig unabhängig sind. Für die Dauer von vier oder fünf Jahren, d. h. unmittelbar bis zu den neuen Wahlen, fühlt sich der Deputierte völlig frei, unabhängig vom Volke, von seinen Wählern. Er kann von einem Lager ins andere hinüberwechseln, er kann vom richtigen Wege auf einen falschen abgleiten, er kann sich sogar in gewisse Machinationen nicht ganz sauberen Charakters verstricken, er kann Purzelbäume schlagen wie es ihm beliebt - er ist unabhängig.“⁴⁸¹

⁴⁷⁹ Medvedev, Roy 1989. Let History Judge. New York: Columbia University Press, S. 837

⁴⁸⁰ Vgl. Saslawski op. cit. S. 41-42

⁴⁸¹ <http://stalinwerke.de/band14/b14-010.html>

Das heißt natürlich nicht, dass in die Reihe der Abgeordneten bürgerlicher Parlamente keine Werktätigen hineinkommen. Doch diese bilden eher eine Ausnahme.

Wie verlogen die Wahlen in bürgerlichen Ländern sein können, zeigt z. B. die erste „freie“ Wahl in der DDR am 18. März 1990. Vom Prinzip her war das Wahlsystem der DDR dem der Sowjetunion besonders in punkto Kandidatenauswahl und Bildung der Wahlkommissionen ähnlich. Nach dem sogenannten „Mauerfall“ und der sich vollziehenden Konterrevolution in der DDR verkündete Helmut Kohl: „Diese erste wirklich freie und direkte Wahl in der DDR ist ein historisches Ereignis ... Es ist die erste wirklich freie Wahl seit 58 Jahren. Die Ereignisse in der DDR – die wohl friedlichste Revolution in der Geschichte der Deutschen – hat es möglich gemacht, dass es zu dieser freien Wahl kam.“⁴⁸² Das von Kohl gegründete Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ erzielte 47,79 % der Stimmen. Doch wie frei waren diese Wahlen wirklich? Es wurden die schönsten Wahlversprechen gemacht. Investitionen westdeutscher Firmen in den Osten des Landes, um die „marode Wirtschaft“ wieder effizient zu machen, wurden versprochen. Man sprach von blühenden Landschaften und dass es den Menschen nicht schlechter gehen werde als zuvor. Die Wahlrede vom 20. Februar 1990 wurde vom Informationsdienst der CDU als Musterrede für die „Allianz für Deutschland“ verbreitet mit einer bestimmten Wirkung auf die Wähler. Diese waren tatsächlich von der Aussicht fasziniert, nicht nur das Begrüßungsgeld, sondern den ganzen Lohn in harter Westmark zu erhalten.⁴⁸³

Es versteht sich von selbst, dass nicht ein einziges Wahlversprechen von Kohl erfüllt wurde. Statt der Investitionen kamen die Treuhänder und Liquidatoren volkseigener Betriebe. Der Wahlkampf wurde massiv vom Westen beeinflusst. So schickte die CSU unentgeltlich 25 Tonnen Wahlkampfmaterial ihrer Schwesterpartei DSU. Der Henkel-Konzern stellte 2 ½ Tonnen Qualitätsleim zur Verfügung, um die in der BRD entworfenen Wahlplakate dauerhaft zu befestigen. In Bundes- und Landtagswahlkämpfen gestählte Koordinatoren und Manager aus Düsseldorf, Bonn, München und Westberlin lenkten und leiteten die unerfahrenen DDR-Wahlkämpfer vor Ort. Die CSU entsandte für 4 Wochen ihre hauptamtlichen bayerischen Wahlkreisgeschäftsführer in die DDR.⁴⁸⁴

Wie in den Blättern für deutsche und internationale Politik im Mai 1990 zu lesen war: „,was BRD-Politiker im Wahlkampf in der DDR unter Ausnutzung der Notlage und der DDR-Bevölkerung vorgeführt haben‘, so meinen sie, übertrifft in vielen Bezie-

⁴⁸² Zitiert in Hartmann, Ralph 2009. DDR Legenden Der Unrechtsstaat, der Schießbefehl und die marode Wirtschaft, Berlin: edition ost, S. 54

⁴⁸³ Ebenda, S. 54 – 55

⁴⁸⁴ Ebenda, S. 56

hungen die Einmischungspraxis imperialistischer Vormächte gegenüber sogenannte Bananenrepubliken. ... Die in jenem unseren Lande herumstampfenden westdeutschen Politikerherden (veranstalteten) ein wahrlich grandioses Finale der Selbstentblößung deutschnationalen Völkerdenkens.“⁴⁸⁵

Und SPD-Politiker Egon Bahr ließ sich zu folgender Stellungnahme hinreißen: „Was ich in dieser Zeit in der DDR gesehen habe, hat mich zutiefst empört. Das waren die schmutzigsten Wahlen, die ich je in meinem Leben beobachtet habe ... Die gesamte Wahlkampagne wurde zu einer von der westdeutschen CDU/CSU gesteuerten Aktion gemacht. ... In kleineren Städten in Thüringen und Sachsen wurden vielen bekannten Mitgliedern der SPD und PDS heimlich Drohbriefe bis hin zur physischen Abrechnung zugestellt. In Suhl wurden einen Jugendlichen, der dazu aufrief, die SPD zu wählen, beide Beine gebrochen, und er lag auf dem Platz, bis er Hilfe erhielt. Auch Kinder mussten herhalten. Man gab ihnen Westgeld, damit sie durch die Höfe laufen und Flugblätter der Deutschen Sozialen Union, der Tochterpartei der westdeutschen CSU, verteilen. Das war reinster psychischer Terror nach Goebbels-Manier. Ich möchte wiederholen, dass dieser politische Schmutz aus der BRD exportiert wurde.“⁴⁸⁶

Auch heute noch sind Wahlfälschungen in der „demokratischen“ BRD keine Seltenheit. Auf der Homepage rupp.de findet sich eine Ansammlung zufälliger aufgedeckter Fälle von Fälschungen, Wahlbetrug und Problemen bei der Briefwahl, welche in örtlichen bürgerlichen Zeitungen veröffentlicht wurden.⁴⁸⁷ Dabei dürfte es sich um eine Dunkelziffer handeln, da diese Fälle nur durch Zufall aufgedeckt wurden. Eine nicht weniger interessante Studie kommt von den Politikwissenschaftlern Christian Breunig und Achim Goerres. Ihre Publikation ist im Internet zu lesen.⁴⁸⁸ Diese untersuchten die Ergebnisse der Bundestagswahlen zwischen 1990 und 2005, indem sie sich die Zahlen der Union, SPD und der Linken ansahen und mit den Einzelresultaten der 80.000 Wahlbezirke der BRD Statistiken auswerteten. Dabei fanden sie Unregelmäßigkeiten, die auf Manipulation und Schlamperei hindeuten. Dass Wahlhelfer sich bei der Stimmenauszählung verzählt haben könnten, wurde als natürlicher Prozess mit eingerechnet. Bei rund 1.500 Tests auf Wahlkreisebene stießen sie auf signifikante Abweichungen. Bei 190 Tests auf Landesebene lagen 51 Abweichungen, also 13 %, vor. Den Forschern fielen dabei folgende Muster auf: Bei den Bundestagswahlen 2002 erreichte die damalige PDS nur 4 % und verpasste den Einzug in den Bundestag (sie hatte nur 2 Direktmandate); 1998 hatte die sie 5%-Hürde erreicht. Die statisti-

⁴⁸⁵ Zitiert in ebenda, S. 56

⁴⁸⁶ Zitiert in ebenda, S. 57

⁴⁸⁷ http://rupp.de/briefwahl_einspruch/briefwahl_wahlbetrug.html

⁴⁸⁸ http://www.achimgoerres.de/work/Breunig_Goerres_Benford_Bundestag_elections.pdf

schen Auswertungen zeigen, dass es besonders im Osten zu erheblichen Abweichungen kam, was sich zu Ungunsten der PDS auswirkte (eine Abweichung von über 1.400 Punkten). Weiterhin wurde deutlich, dass in Bundesländern, wo eine Partei dominiert (in NRW die SPD, in BaWü die CDU und in Bayern die CSU) sich die Abweichungen (über 300) zugunsten der dominierenden Partei auswirkte. So viel zu den „freien“ Wahlen.

Grundverschieden waren die Wahlen in der Sowjetunion, sei es für die Wahlen der Gewerkschafts- oder Parteiorgane oder für die Sowjets. Diese begannen mit der Aufstellung der zentralen oder örtlichen Wahlkommission. Sie überwachten die Korrektheit der Wahlen. Die Kandidaten für die Wahlkommission wurden in Massenversammlungen der Werktätigen gewählt. Die Kandidaturen wurden ausführlich erörtert. Über die Kandidaten der Wahlkommission wurde in der Zeitung berichtet. In den bürgerlichen Demokratien ist dieser Vorgang ein eher formaler. Die Parteien schicken ihre Vertreter hinein und wählen mit städtischen Beamten die Wahlkommission.⁴⁸⁹

Z. B. haben in der Wahlkampagne für die örtlichen Sowjets sieben Mio. Menschen als Mitglieder der Wahlkommissionen gearbeitet und über 10 Mio. arbeiteten als Agitatoren, übten Pflichten von Vertrauenspersonen aus etc.⁴⁹⁰

„Zur Vorbereitung der Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR, die am 10. Februar 1946 stattfanden, schickten die Volksmassen ihre besten Vertreter in die Wahlkommissionen. Die Arbeiter der Betriebe und Werke entsandten in diese Kommissionen z. B. den Bohrmeister Rustam Rustanow, einen Helden der sozialistischen Arbeit; die Leiterin einer Jugendbrigade, Jekaterina Baryschnikowa, den bekannten Lokomotivführer der Südbahn und Helden der sozialistischen Arbeit, A. Pokussai; einen der älteren Metallarbeiter des Donezbeckens, Iwan Koborow, und viele andere. Die Sowjetbauernschaft ihrerseits empfahl als Mitglied der zentralen Wahlkommission den Bauern Ferapont Golowaty und als Mitglieder ihrer Wahlkreiskommissionen den Vorsitzenden einer der besten Kollektivwirtschaften des Kubangebietes, Michail Tschernjowski, die im ganzen Lande bekannte Traktorführerin Praskowaja Angelina, die Aserbaidzchaner Kollektivbäuerin Geigaja Kadyrowa u. a.“⁴⁹¹

Nach der Bildung der Wahlkommissionen folgt die Aufstellung der Wahlkandidaten. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt öffentlich. Über sie wird in der Presse berichtet und über jeden Kandidaten wird ausführlich diskutiert.

⁴⁸⁹ Vgl. Saslawski, op. cit. S. 44

⁴⁹⁰ Vgl. N. K. Iwanow, op. cit. S. 59

⁴⁹¹ Lensik, op. cit. S. 42

„Die von den verschiedenen Organisationen vorgeschlagenen Wahlkandidaten werden gemeinschaftlich auf großen örtlichen Versammlungen erörtert. Jede Organisation empfiehlt ihren Kandidaten. Sie verteidigt ihn auf den Versammlungen, auf denen für jeden Wahlkreis ein Kandidat vorgemerkt wird“⁴⁹²

Über die Aufstellung der Kandidaten zu den Wahlen der Sowjets wurden von Gegnern des Sozialismus die meisten Kritiken laut. Hewlett Johnsons erwidert zu diesen Kritiken Folgendes: „Erstens fand eine Auswahl der Kandidaten durch das Volk schon vor den eigentlichen Wahlen statt. Die sich zur Wahl stellenden Kandidaten waren schon vorher in öffentlichen Versammlungen ausgewählt und bezeichnet worden. Die verschiedenen Kandidaten traten vor das Volk und ihre Erklärungen wurden in großen begeisternden öffentlichen Versammlungen entgegengenommen. Die Wähler konnten also schon vorher ihre zustimmende oder ablehnende Haltung zu dieser oder jener Kandidatur zum Ausdruck bringen. Bei den eigentlichen Wahlen können sie dann noch ihre Stimme den in letzter Instanz bezeichneten Kandidaten oder Kandidatinnen versagen. Zweitens waren die Kandidaturaufstellungen nicht beschränkt auf die Kommunistische Partei. Parteimitglieder und Parteilose standen auf den Listen und zahlreiche Parteilose wurden gewählt. Drittens stellen die gewählten Deputierten einen breiten Querschnitt durch alle Schichten der Bevölkerung dar.“⁴⁹³

Ein Amerikaner der für drei Monate in der Sowjetunion war und die Kandidatenaufstellung beobachten konnte, schrieb Folgendes: „Zunächst soll daran erinnert werden, dass während die endgültige Wahl an einem Tag, dem 12. Dezember, stattfand, war die Wahlkampagne als solche mit zwei oder drei Monaten intensiver Diskussion und Aktivität ausgefüllt. Warum war das notwendig, wenn alle Kandidaten keine Gegner hatten? Weil der Prozess der Kandidatenauswahl der wichtigste Aspekt der Wahlen war. In den Vereinigten Staaten werden die Kandidaten von den politischen Parteien vorgeschlagen. Der durchschnittliche Bürger hat verdammt wenig darüber zu sagen, wer diese Kandidaten sein sollen. Dies wird den Wahlkreis-Befehlsempfänger und der Stadt, sowie dem Staat und den Vorsitzenden der politischen Parteien überlassen. Nicht so in der Sowjetunion. Gemäß der Sowjetverfassung obliegt das Recht der Nominierung der Kandidaten jeder öffentlichen Organisation, in jedem Verein der Werktätigen. Gewerkschaften, Genossenschaften, Jugendorganisationen, Kultur- und Sportvereine und alle anderen Organisationen des Volks haben nicht nur das Recht ihre Kandidaten für den Obersten Sowjet zu nominieren, sondern sie taten es auch. Lasst uns mal schauen wie dies in der Praxis funktionierte. In einem Wahlbezirk hatten eine Anzahl lokaler Organisationen ihren eigenen Kandidaten nominiert. Dies geschah mehrere Wochen vor den endgültigen Wahlen. Daher waren eine Handvoll

⁴⁹² Saslawski, op. cit. S. 49

⁴⁹³ H. Johnson 1947, S. 27

Kandidaten als Ergebnis solcher Nominierungen durch die Organisationen ins Rennen gebracht worden. Unmittelbar entwickelte sich eine breite Diskussion über die vorgeschlagenen Individuen. Eine Organisation würde einen Sprecher zu den anderen schicken, um diese zu überzeugen ihren Kandidaten zu unterstützen. Da die gesamte Diskussion darauf aus war, die beste Person für den Posten zu finden, wurden einige Kandidaten gestrichen, andere abgelehnt bis, kurz vor der Wahl, ein Kandidat übrig blieb, der die einstimmige Wahl aller Organisationen des Volks für den Wahlbezirk war. Wenn also nur ein Kandidat auf dem endgültigen Wahlzettel in diesem Wahlbezirk war, lag das nicht daran, dass andere nicht nominiert oder diskutiert wurden, sondern weil vor dem Wahltag es klar wurde, dass diese eine Person der logische Kandidat war und als endgültiger Sieger hervortreten würde.“⁴⁹⁴

Don Brown, Herausgeber der Zeitschrift „Russia Today“ beschreibt in seiner Schrift „Soviet Local Government“ (1945) über die Auswahl der Kandidaten: „Es gibt viele Wahlversammlungen für jeden Wahlbezirk, die eine Reihe von ‚Ausscheidungsrounden‘ für die verschiedenen Kandidaten, die möglicherweise vorgeschlagen wurden, bilden. Zum Beispiel kann ein Kandidat von einer lokalen Fabrik, ein anderer von Hausfrauen aus einem Wohnblock vorgeschlagen werden. Es kann auch ein zurückgetretenes Mitglied geben, der die Wiederwahl sucht. Oftmals sind diese Kandidaten zusammen auf demselben Podium einer Vor-Wahl-Versammlung anwesend. Relevante (und oftmals irrelevante) Fragen werden an die Nominierten für den Sitz bezüglich ihrer vergangenen Arbeit, ihrer Qualifikationen, den Grund für ihre Aufstellung usw. gerichtet. Auf Basis der Antworten des Kandidaten und der allgemeinen Stimmung, die bei solchen Versammlungen stattfindet, steigen oder sinken die Chancen des vorgeschlagenen Kandidaten für die aktuellen Wahlen. Einer der Kandidaten kann den anderen in seinen Fähigkeiten haushoch überlegen sein und einige der Nominierungsgremien kann ihren Kandidaten streichen und ihre Unterstützung dem besseren Kandidaten übertragen. Dieser Prozess der Auswahl der besten Kandidaten geht so lange weiter, bis nur ein Kandidat übrig bleibt – jener der die Unterstützung der meisten Individuen und öffentlichen Gremien in den vorläufigen Versammlungen und Diskussionen erlangt hat. ... Sidney und Beatrice Webb sagen in ihrer Arbeit ‚Soviet Communism‘ zu diesem Prozess folgendes: ‚Kandidaten werden nominiert, diskutiert und entweder nacheinander gestrichen oder sie kommen bis zu den endgültigen Wahlen weiter. Diese ist normalerweise einstimmig ... ein Fakt der oft zu der Schlussfolgerung führen lässt, dass es für die Wählerschaft keine richtige Wahl gibt. Im Gegenteil, der Vorgang ist eine komplizierte vorläufige Aussiebung der Nominierungen durch verschiedene, oftmals vielfache, aufeinanderfolgende Wahlen in den vorherigen Versammlungen, bei dem die weniger beliebten Kandidaten gestrichen wurden. ... solche

⁴⁹⁴ Zitiert in Cambell 1939, S. 171-172

Wahlen sind vergleichbar mit der Art und Weise wie viele demokratische Vereinigungen – z. B. Gewerkschaften – ihre Exekutivkomitees wählen. Die Kandidaten treten nicht auf einer Parteiliste auf, da sie bezüglich auf das Hauptziel einer Meinung sind und werden nach ihrer Fähigkeit der Besserung für das Wohl der Vereinigung, der sie angehören, ausgewählt.⁴⁹⁵

Mindestens 25 Tage vor der Wahl mussten die Namen der Kandidaten bekannt sein. Die Wahlzettel mussten 15 Tage vor der Wahl gedruckt werden. Von allen, die als Kandidaten zum Obersten Sowjet aufgestellt wurden (1143 insgesamt), wurden 37 durch eine Verordnung der Zentralen Wahlkommission ersetzt.⁴⁹⁶

Bürgermeister wurden normalerweise in geheimen Wahlen aus 4 oder 5 Kandidaten gewählt. Dasselbe galt für die örtlichen und lokalen Sowjets, wo ein großer Teil der Deputierten parteilos war.⁴⁹⁷

Tatsächlich konnten die Wähler auf den Wählerversammlungen gegen einzelne Kandidaten stimmen und sie kritisieren. Sarah Davies beschreibt dies in ihrem Buch über die öffentliche Meinung in Stalins Russland. So wird eine Kandidatin, Korchagina-Aleksandrovskaia als heuchlerisch bezeichnet, da sie zu Hause bete, aber öffentlich die Religion kritisiere. Aleksei Tolstoi wurde als „richtig fett“ kritisiert, Kalinin als zu alt. Ein Arbeiter schlug vor, die Kandidatur von Mikojan zu streichen, da er ein verschwenderisches Leben führe. Ein anderer sagte, er würde nur für Woroschilow stimmen, weil er ihm als einzigem vertraue. Stalin wurde von ihm zwar als guter Mensch bezeichnet, jedoch sei er nicht genügend in die Kolchosfrage involviert. Einige wollten nicht für Frauen oder für Juden stimmen. Im Palkinski-Distrikt wollte ein Bauer lieber für Kalinin stimmen als für Stalin, da letzterer den Bauern zu hohe Steuern auferlege. Ein anderer sagte, er wolle nicht für Stalin stimmen, da er Lenins Weg verlassen habe. Die politisch Bewussteren stellten tatsächlich ihre eigenen Kandidaten auf. So schlug eine Arbeiterin aus der Lebedew-Fabrik die Wahl einer Kandidatin namens Lazareva vor. Doch dieser Vorschlag wurde abgelehnt, da Lazareva zu Besuch bei einem war, der verhaftet wurde. Ein Ingenieur schlug vor, Jeschow nicht als Kandidaten aufzunehmen, da er wohl ein Volksfeind sein könnte und schlug stattdessen einen Akademiker, Graftio, der auch Lenin kannte, vor. Bei der Abstimmung erhielt Graftio 140 Stimmen, Jeschow 170. Dennoch schlugen die Unterstützer Grafios vor, diesen zur Wahl aufzustellen, da die meisten Stimmen für Jeschow aufgrund

⁴⁹⁵ Brown, Don 1945. Soviet Local Government http://www.st-cyprus.co.uk/english/localGov/local_gov.html

⁴⁹⁶ Schuman, F. L. 1946. Soviet Politics at Home and Abroad, New York: Alfred a. Knopf, S.

316

⁴⁹⁷ Ebenda, S. 318

des Drucks des Parteikomitees zustande gekommen seien. In Nowosibirsk schlug ein Stachanow-Arbeiter vor, Stalin nicht als Kandidaten aufzustellen, da er schon zu viele Posten inne habe. Er schlug stattdessen den Parteisekretär von Nowosibirsk vor, der 150 Stimmen erhielt, Stalin hingegen nur 50.⁴⁹⁸

Völlig gleich, wie man die einzelnen Kommentare bewertet, geben sie ein Indiz dafür, dass lebhaftige Debatten stattfanden, auch wenn Davies sie aufgrund ihrer antikommunistischen Vorurteile als Einzelfälle deklarierte.⁴⁹⁹

Wir sehen also, dass für die vergebenen Mandate oft mehrere Kandidaten vorgeschlagen wurden. Man entschied sich aber schon vor der Wahl für nur einen Kandidaten, nachdem die anderen Bewerber entweder gestrichen wurden oder selbst zurücktraten.

Doch die Nominierung der Kandidaten lief nicht immer so, wie erwünscht. Das von Davies zitierte Beispiel bei der Auswahl zwischen Jeschow und Graftio gibt ein Indiz dafür, dass korrupte und karrieristische Parteikader, ähnlich wie bei den Parteiwahlen ein halbes Jahr zuvor, noch über genügend Einfluss und Druckmittel verfügten, ihre Kandidaten durchzusetzen. Hätte es also am Ende der Diskussionen um die Auswahl der Kandidaten mehr als einen zur Wahl stehenden Kandidaten gegeben, wäre es für die korrupten Parteikader schwieriger gewesen, ihre Machtposition zu sichern. Daher setzten sie wohl alles daran, dass es nur einen Kandidaten zur endgültigen Wahl geben sollte, nämlich sie selbst.

So nimmt es auch nicht Wunder, dass die Säuberungen auch diesen korrupten Maßnahmen ein Ende setzten. Von den 1.143 Kandidaten, die für den Obersten Sowjet im Oktober 1937 nominiert wurden, wurden kurz vor den Wahlen 54 Kandidaten verhaftet (5%). Dazu zählten ein stellvertretender Vorsitzender des Sownarkom, 11 Regionale Parteisekretäre, 10 Vorsitzende aus regionalen sowjetischen Exekutivkomitees und Senior-Kommandeure der Armee.⁵⁰⁰

Unter diesen befanden sich wohl auch unschuldig Gesäuberte und da Deputierte auch nach den Wahlen abberufen werden konnten, änderte sich die Zusammensetzung auch sicherlich nach der Wahl. Dennoch geben die Zahlen Aufschluss darüber, dass besonders in höheren Parteiinstanzen die Macht der Bürokraten noch nachwirkte. Eine konkrete Analyse der Säuberungen der Partei und der Jeschowtschina kann an dieser Stelle jedoch nicht durchgeführt werden und muss daher Thema einer separaten Studie sein.

⁴⁹⁸ Davies, op. cit. S. 111 - 112

⁴⁹⁹ Ebenda

⁵⁰⁰ Getty, S. 182

„Bei den Wahlen zu den zentralen Machtorganen 1937 und den örtlichen Machtorganen (1939) wurden gewählt: in die Dorfsowjets 1.060.746 Deputierte, in die Ortsowjets 38.994; in die Rayonsowjets 151.822; in die Bezirksowjets 871, in die Gebiets- und Regionsowjets 9.311; in die Obersten Sowjets der autonomen Republiken 4.582 und in den Obersten Sowjet der UdSSR 1.338“⁵⁰¹

Schuhman gibt für die Zahl der Deputierten zum Obersten Sowjet insgesamt 1.143 an. Von den 569 Deputierten zum Sowjet der Union waren 81 % Parteimitglieder, von den 574 Deputierten des Sowjets der Nationalitäten waren 71 % Parteimitglieder. Also 208 parteilose Mitglieder.⁵⁰² Davon waren 45,3 % Arbeiter, 23,7 % Bauern und 31 % Angestellte und Intelligenz.⁵⁰³ 248 Deputierte waren dabei unter 30 Jahre alt.⁵⁰⁴

Hier wäre ein Vergleich mit dem Deutschen Bundestag angebracht: in der 16. Wahlperiode (2005 bis 2009) saßen 143 Juristen und 62 Lehrer im Bundestag. Der Rest setzte sich im Wesentlichen aus verschiedenen Schichten der Intelligenz und des Beamtentums zusammen.⁵⁰⁵ Der aktuelle Bundestag (seit 2013) besteht aus 150 Beamten, 117 Juristen, 52 Pädagogen, aber je nur 2 Industriearbeitern und 2 Studenten/Azubis sowie 3 Krankenschwestern.⁵⁰⁶

Es ist nicht verwunderlich, dass in einem imperialistischen Staat wie der BRD der Löwenanteil der Abgeordneten der bürgerlichen Staatsmaschinerie zuzuordnen ist. Pervers wird dieser Umstand, wenn der Chef des CDU-Wirtschaftsrates bedauert, dass kaum Selbstständige und Unternehmer im Bundestag sitzen.⁵⁰⁷ Laut „Wirtschaftswoche“ sind dies aber 35⁵⁰⁸, also wesentlich mehr als Pflegepersonal, Auszubildende und Industriearbeiter zusammen. Da die wirklichen Staatsgeschäfte ohnehin hinter den Kulissen des Parlaments ablaufen, brauchen sich Unternehmen nicht zwingend um einen Sitz im Bundestag zu sorgen, um ihre Interessen durchzusetzen.

Zurück zur Sowjetunion: Von den 93.639.458 wahlberechtigten Bürgern gingen 90.319.436 oder 96% zur Wahl, davon waren 636.808 Stimmen ungültig und 632.074

⁵⁰¹ Lesnik, op. cit. S. 12

⁵⁰² Schuhman, op. cit. S. 317

⁵⁰³ Iwanow, op. cit. S. 56

⁵⁰⁴ Ebenda, S. 61

⁵⁰⁵ <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/36615/umfrage/berufe-der-bundestagsabgeordneten-16-wahlperiode/>

⁵⁰⁶ <http://www.bild.de/politik/inland/bundestag/nur-zwei-arbeiter-unter-den-abgeordneten-33069064.bild.html>

⁵⁰⁷ Ebenda

⁵⁰⁸ <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/bundestag-die-berufe-der-parlamentarier/8894824.html?slp=false&p=5&a=false#image>

stimmten gegen die Kandidaten vom Block der Kommunisten und Parteilosen zum Obersten Sowjet. Bei der Wahl zum Sowjet der Nationalitäten gab es 1.487.582 ungültige Stimmen und 562.402 Wähler stimmten gegen die Kandidaten.⁵⁰⁹

In einigen Regionen betrug die Zahl für die Deputierten sogar unter 90 %. Im Dedowichewski Distrikt gingen von 36.808 Wahlberechtigten nur 33.064 zur Wahl und nur 32.231 Wähler stimmten für den ausgewählten Kandidaten Antselovich. 53 Stimmen waren ungültig, 658 Strichen den Kandidaten von der Liste. Ein Bereich einer Oblast, die überwiegend von Gläubigen bewohnt war, hatte nur eine Wahlbeteiligung von 83 %. Aufgrund der geheimen Wahlabstimmung wurden einige ungültige Wahlzettel mit dem Namen „Trotzki“ oder „Ich wähle den Zaren“ oder „Wir wählen nicht“ beschrieben.⁵¹⁰ Diese wenn auch selten vorkommenden Gegenstimmen deuten – im Zusammenhang mit der Kandidatenauswahl im Vorfeld der Wahlen – darauf hin, dass die Wahlen gültig waren.

Bei den Wahlen zu den lokalen Sowjets 1939 betrug die Wahlbeteiligung 99,7 %.⁵¹¹

Bei den Wahlen zum Obersten Sowjet 1946 nahmen von insgesamt 101.717.686 Wahlberechtigten 101.450.936 teil (99,7 %). Für den Block der Kommunisten und Parteilosen zum Sowjet der Union stimmten 99,18 %, zum Sowjet der Nationalitäten 99,16 %.⁵¹² Es wurden 511 Arbeiter, 349 Bauern sowie 470 Angestellte und Intellektuelle als Deputierte gewählt.⁵¹³

Doch wie arbeiten die Sowjets?

„In den Sitzungen des Obersten Sowjets sowie seiner beiden Kammern, des Sowjets der Union und des Sowjets der Nationalitäten, erfolgt die Behandlung von Fragen der Außen- und Innenpolitik, der Wirtschaft und des Staatshaushalts ein breiter Meinungsaustausch; man erörtert Fragen, die alle Seiten des Lebens der Sowjetbürger berühren. Die Mitglieder des Obersten Sowjets machen in breitem Umfang von dem ihnen zustehenden Recht der Kritik gebrauch, nehmen an den Gesetzesentwürfen der Regierung Änderungen und Ergänzungen vor, bringen ihre Wünsche zum Ausdruck und kritisieren diese oder jene Staatsorgane und staatlichen Einrichtungen. Ebenso wie in den Ländern mit parlamentarischer Demokratie kommt es zu lebhaftesten Debatten bei der Beratung des Staatshaushaltes. Gleichzeitig mit der Erörterung des Haushaltes überprüfen die Deputierten die Tätigkeiten der Minister, weisen sie

⁵⁰⁹ Schuhman, S. 321

⁵¹⁰ Davies, S. 112

⁵¹¹ Lesnik, S. 13

⁵¹² Saslawski, S. 52

⁵¹³ Iwanow, S. 56

auf Mängel in ihrer Arbeit hin, fordern die Beseitigung dieser Mängel und schlagen die dafür verantwortlichen Maßnahmen vor. ... eventuelle Meinungsverschiedenheiten in einzelnen, selbst wichtigen Fragen [sind] nicht unversöhnlich; können sie ausgeglichen werden, lässt sich stets ein einheitlicher Standpunkt, und damit ein einheitlicher Beschluss, finden. Und so geht es auch in Wirklichkeit zu. So werden z. B. die Wünsche der Deputierten ... in den Budgetkommissionen beider Kammern erörtert und in Übereinstimmung gebracht, und in den Plenarsitzungen wird dann schon ein einstimmiger Beschluss gefasst. Dasselbe geschieht auch in den örtlichen Sowjets. In den Sitzungen der Sowjets der Werktätigen sowie in den Sitzungen ihrer ständigen Kommissionen beraten, diskutieren und kritisieren die Deputierten, bringen zu den verschiedenen großen wie kleinen Fragen eigene Anträge ein und verteidigen sie. Die Diskussion kann nur auf Wunsch der Mehrheit der Deputierten geschlossen werden. Niemandem kann das Wort entzogen werden, keinem kann das Recht genommen werden, seinen Antrag zu vertreten.⁵¹⁴

Pat Sloan vergleicht die Debatten im Obersten Sowjet eher mit einer Delegiertenkonferenz, als mit einem gewöhnlichen bürgerlichen Parlament. Die Delegierten berichten über den Fortschritt in der Organisation oder der Ortschaft, die sie repräsentieren, kritisieren die ausführenden Organe wegen schlechter Administration und schlagen Verbesserungen vor.⁵¹⁵

Als Beispiel erwähnt Sloan die Annahme der neuen Gerichtsverfassung von 1938, bestehend aus 80 Artikeln, über die einzeln abgestimmt wurde. Dabei gab es über 30 Änderungsanträge, die von gesetzgebenden Kommissionen der beiden Kammern vorgeschlagen wurden, denen die Deputierten ihre Vorschläge unterbreitet haben. Die hauptsächliche Diskussion fand in den Kommissionen statt.⁵¹⁶

Ein jeder Sowjet hatte sein eigenes Komitee, in der die Arbeiten zu bestimmten Fragen besprochen wurden. Der Moskauer Sowjet hatte z. B. 1936 25 solcher Sektionen, die sich mit Fragen wie Bildung, Kultur, Transport, Grünanlagen, Handel, Industrie etc. befassten. Dabei gab es eine enge Zusammenarbeit mit den Planungsbehörden.⁵¹⁷

Zwischen den Sitzungen des Obersten Sowjet ist der Deputierte verpflichtet, seiner ordentlichen Arbeit nachzugehen und sich mit den Problemen seiner Wähler zu befassen. Dementsprechend bekommt ein Deputierter 2.000 Rubel im Monat um seine Kosten zu decken und seine Assistenten zu bezahlen.⁵¹⁸

⁵¹⁴ Lesnik, S. 20 – 22

⁵¹⁵ Sloan 1941, S. 43 – 44

⁵¹⁶ Ebenda, S. 44 – 45

⁵¹⁷ Ebenda, S. 52

⁵¹⁸ Ebenda S. 47

Die Deputierten des Obersten Sowjet, sowie die Deputierten der lokalen Sowjets bauten um sich herum eine große Anzahl freiwilliger Helfer auf, die diesen zur Hand gehen. Kalinin hatte z. B. eine Reihe freiwilliger Helfer, die von den wichtigsten Fabriken Moskaus gewählt wurden.⁵¹⁹

Die Deputierten waren auch verpflichtet, ihre Wahlversprechen einzuhalten. Tatsächlich waren es nicht die Kandidaten, sondern die Wähler selbst, die Anweisungen an die Deputierten gaben. Bei der Wahl zu dem Moskauer Sowjet gab es an die 100.000 solcher Anweisungen. 595 Unternehmen fragten nach mehr Einzelhandelsgeschäften, 80 Organisationen forderten einen gut ausgebauten Nachtverkehr, um den Stau abzubauen, und es gab 49 Forderungen für bessere und billigere Wäschereien. Als Ergebnis solcher Forderungen vom Volk wurde vom Moskauer Sowjet beschlossen, dass jedes Haus ein Telefon und ein Radio haben soll, in jedem Distrikt ein Schwimmbad zu bauen sei, Preise für Kino und Theater zu reduzieren, Lieferung von Waren ans Haus, Verringerung des Straßenlärms, Erlaubnis der Benutzung von Motorrädern. Über sämtliche Anweisungen muss entschieden werden, ob sie durchsetzbar sind oder nicht. In regulären Abständen werden die Erfolge publiziert und jeder Deputierte ist verpflichtet, einmal im Quartal seine Wähler in öffentlichen Versammlungen zu treffen und seine Arbeit zu rechtfertigen. Kommt ein Deputierter seinen Aufgaben nicht nach, haben die Wähler das Recht ihn abzusetzen.⁵²⁰

Es zeigt sich also, dass Wahlen in der Sowjetunion in der Ära Stalin keine formalen Angelegenheiten waren. Während Wahlen im Kapitalismus die Funktion haben, die wahren Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern, haben die Wahlen in einem sozialistischen Staat auf Grund des Gemeineigentums an Produktionsmitteln eine völlig andere, prinzipielle Bedeutung. Wahlen sind hier kein Lottospiel, wo man blind Zahlen ankreuzt, sondern sie ermöglichen durch ihren neuen Inhalt die Selbstherrschaft des werktätigen Volkes. Daher reduzieren sich die Wahlen im Sozialismus nicht auf die unfruchtbare Stimmabgabe –wie im bürgerlichen Parlamentarismus. Stattdessen ist das Volk bei der Auswahl der Kader, sowie bei der Ausarbeitung der Forderungen an die Deputierten aktiv beteiligt.

⁵¹⁹ Ebenda, S. 86

⁵²⁰ Vgl. Soviet Local Government, http://www.st-cyprus.co.uk/english/localGov/local_gov.html

Abschluss

Wir haben gesehen, dass in der Sowjetunion während der Stalin-Ära trotz aller vorhandenen Mängel die Diktatur des Proletariats herrschte und die Demokratie der Werktätigen verwirklicht wurde. Dabei reduzierte sich die sozialistische Demokratie nicht auf alle vier Jahre stattfindende unbedeutende Wahlen wie in der parlamentarischen Variante der bürgerlichen Herrschaft, sondern der Sozialismus erforderte die aktive, schöpferische, gesellschaftliche Teilnahme der Werktätigen an der Produktion und der Organisation der Gesellschaft.

Diese Diktatur der Arbeiterklasse ist somit die demokratischste Form der Machtausübung, die es jemals in der Geschichte der Menschheit gab.

Hier bleibt die Macht nicht einer kleinen Clique von Herrschenden vorbehalten, sondern gehört aktiv der gewaltigen Mehrheit der Gesellschaft.

Diese Form der demokratischen Machtausübung konnte nur durch das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln und die darauf beruhende Planwirtschaft sichergestellt werden.

Die Beispiele dieser Arbeit haben uns lebhaft gezeigt, dass die Vorurteile, die über die Rechte der Arbeiterklasse in der Sowjetunion herrschen, den Tatsachen nicht standhalten. Die Tatsachen beweisen, dass die Arbeiter die Möglichkeit hatten, sich an der Produktion zu beteiligen und ihre Meinungen und Probleme auszudrücken. Die Sowjetunion war ein Staat, in dem die Arbeiterklasse die Macht hatte.

Wenn wir uns noch einmal die Definition des „Stalinismus“ von „wissen.de“ in Erinnerung rufen: „Verengung der marxistischen Theorie zu einem Dogmensystem, das hauptsächlich der Rechtfertigung der Herrschaftsverhältnisse diene; exzessiver Personenkult um den obersten Führer; Monopolisierung der Machtausübung und der Meinungsbildung bei der Kommunistischen Partei; Ausschaltung aller autonomen Gruppen außerhalb der Partei; Beseitigung aller bürgerlichen Freiheiten und Rechtsgarantien; umfassender Terror gegen weite Bevölkerungskreise; zentralistisch-bürokratischer Aufbau des Parteiapparats; Unterwerfung der kommunistischen Weltbewegung unter die außenpolitischen Interessen der UdSSR“⁵²¹, stellen wir am Ende fest, dass diese Merkmale schlicht und einfach nicht den Tatsachen entsprechen!

Stalins Schriften, seine Reden und Aufsätze, inklusive der Beschlüsse der KPdSU geben nicht ein Anzeichen für ein irgendwie geartetes Dogmensystem oder die Rechtfertigung irgendwelcher (bürokratischer) Herrschaftsverhältnisse.

⁵²¹ <http://www.wissen.de/lexikon/stalinismus>

Die Rolle der Kommunistischen Partei wurde ebenfalls ausgiebig diskutiert. Sie ist wesentlicher Bestandteil der Diktatur des Proletariats. Es wurde u. a. auch dargestellt, dass Diktatur des Proletariats nicht mit der Diktatur der Partei gleichgesetzt werden kann, letztere sogar eine Position der linken Opposition gegen Stalin war!

Das System der Planwirtschaft, das sowjetische Pressewesen, der sozialistische Wettbewerb, die Stachanowbewegung sowie die Diskussion um die Verfassung belegen, dass die Werktätigen ihre Meinung offen ausdrücken und Korrekturen an geplanten Vorhaben vornehmen konnten, so dass nicht von einer Beschneidung irgendwelcher Freiheiten die Rede sein kann.

Begriffe wie Freiheit, Diktatur, Propaganda, Bürokratismus, Partei etc. wurden im Sinne des historischen Materialismus philosophisch ausgewertet.

Die Frage des so genannten „stalinistischen Terrors“ sowie der Vorwurf des „Personenkults“ konnten aufgrund der Fragestellung dieses Buches nur angerissen werden. Doch die hier vorgelegten – oft ja bürgerlichen – Quellen belegen, dass dieser so genannte „Terror“, also die Säuberungen, bei weitem nicht dem Wunschbild des antistalinistischen Paradigma entsprechen. Denn der „stalinistische Terror“ hatte bei Weitem nicht die Tragweite, den die bürgerliche Propaganda ihm andichtet, berührte tatsächlich den Großteil der Bevölkerung nicht und forderte geringere Opfer als behauptet.⁵²²

Und diejenigen, die „Millionenopfer“ des „Stalinismus“ behaupten, verantworten tatsächlich die Opfer des alltäglichen Kapitalismus: alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren, 57.000 Menschen sterben pro Tag an Hunger.⁵²³ Über die Toten wegen vermeidbarer Krankheiten (vor allem in der so genannten Dritten Welt), wegen imperialistischer Kriege, wegen der Verseuchung der Umwelt usw. sei hier gar nicht gesprochen.

Zurück zur Sowjetunion: Ein sehr wichtiger Punkt der Pläne Stalins konnte nicht erfüllt werden. Stalins Plan vom März 1937, dass die höheren Parteifunktionäre für ein halbes Jahr ein umfassendes Bildungsprogramm absolvieren müssten, wurde nicht in die Tat umgesetzt. Wahrscheinlich hatten die Schwierigkeiten der Vorkriegsperiode sowie der Zweite Weltkrieg und der darauf folgende Kalte Krieg diese Maßnahmen in den Hintergrund gerückt. Das Problem war jedoch, dass noch viele Posten von den alten Kadern besetzt waren, dazu gehörten auch solche Leute wie Nikita

⁵²² Es wird beispielsweise immer wieder - auch von sich selbst Kommunisten nennenden Leuten - behauptet, Stalin habe mehr Kommunisten umgebracht als Hitler!

⁵²³ <https://www.bpb.de/dialog/145727/wir-lassen-sie-verhungern-interview-mit-jean-ziegler>

Chruschtschow und seine Gefolgschaft. So waren sie in der Lage, Stalins Ideen der Demokratisierung im Hintergrund zu sabotieren.

Die fehlende Bildung vieler Kader, ihre Konzentration auf wirtschaftliche und administrative statt auf politische und ideologische Aufgaben sowie die daraus resultierende zunehmende Entfremdung von den Massen lieferten eine gesellschaftliche Grundlage dafür, dass die Revisionisten in der Sowjetunion siegen konnten. Hinzu kommt, dass viele fähige Kader im Zweiten Weltkrieg gefallen sind, die Masse an Parteimitglieder aber trotzdem stetig stieg. Dies war zwar ein ultimativer Beweis für die Treue der Sowjetmenschen, besonders der Arbeiter und Bauern, der Sowjetmacht gegenüber. Aber vielen dieser neuen Parteimitgliedern mangelte es zwar nicht an Ehrlichkeit, wohl aber an politischer Klarheit.

So konnten die Revisionisten wie Chruschtschow, Mikojan und andere diese neuen Kader manipulieren. Die vom Revisionismus geprägte Auswahl der Kader zeigte sich besonders während der Regierungszeit Chruschtschows.

Dies war die Zeit des ideologischen Rückbaus im Bereich der Ideologie, der Ökonomie und der politischen Klarheit, vor allem, was die Außenpolitik anging. Auch wenn Chruschtschow im Oktober 1964 seines Amtes enthoben wurde und einige der größten ideologischen Fehler dieser Zeit ausgemerzt wurden (z. B. die „Theorie“ von der Friedensfähigkeit des Imperialismus oder die „Theorie“, dass keine Revolution mehr nötig sei, weil der parlamentarische Weg auch zum Sozialismus führen könne⁵²⁴, auch wurde die Hetze gegen Stalin reduziert, andere Fehler hingegen, besonders im Bereich der Ökonomie - weitere Vertiefung marktwirtschaftlicher „Reformen“ - , wurden nicht nur nicht korrigiert, sondern noch vertieft), versäumte es die Parteiführung unter Breschnew, das politische System der UdSSR zu reformieren und die Partei zu säubern.

Die Folge waren solche Gestalten wie Gorbatschow, Jakowlew, Schewardnadse, Jelzin u.a., die den Sozialismus, den Staat der sozialistischen Sowjetrepubliken und die Partei zerstörten.

Wir wollen hier zum Abschluss noch zwei Zitate bringen. Eines stammt von dem oben schon viel zitierten Robert Thurston: „Stalin, die Presse und die Stachanowbewegung ermutigten alle gewöhnlichen Leute, jene, die die Macht hatten, zu kritisieren. An der Spitze war Stalin sicherlich eine unanfechtbare Person, aber während der

⁵²⁴ Immerhin hat die Sowjetunion in der Breschnew-Zeit die Entwicklung Cubas unterstützt, Vietnam im Befreiungskampf geholfen, den kommunistischen Befreiungsbewegungen in Afrika Unterstützung zukommen lassen und immer an der Seite der Palästinenser gegen Israel gestanden – und noch einiges mehr.

Jeschowtschina war jeder niederen Ranges Freiwillig. Wenn die Bevölkerung terrorisiert und zum Schweigen gebracht werden sollte, warum sollte man dann Kritik und Massenmobilisierung von unten groß fördern?⁵²⁵

Zu guter Letzt beweist eine Aussage vom linken amerikanischen Soziologen Al Szymanski, dass die Dissidenten und Gegner des sozialistischen System in der Sowjetunion in einer absoluten Minderheit waren. Dies beweist die Stärke und die Vorteile des sozialistischen Systems:

„Die ziemlich kleine Zahl aktiver Dissidenten gegen das sowjetische System reflektiert ihre geringe Unterstützung in der allgemeinen Bevölkerung. Alle aktiven Dissidenten haben allgemein bestätigt, dass ihre Ideen und Aktivitäten in der sowjetischen Bevölkerung unbeliebt sind (...).

Das sowjetische System genießt große Legitimität bei seinen Bürgern, wie es von nahezu alle ihren Kritikern innerhalb und außerhalb der UdSSR zugegeben wird. Die Legitimität des Regimes wurde besonders durch das Trauma des Zweiten Weltkrieges und dem heroischen und sehr blutigen Sieg über die Nazi-Invasoren (...) verstärkt.

Die erfolgreiche Industrialisierung und das Modernisierungsprogramm der Kommunistischen Partei generierte ebenfalls große Unterstützung für das sowjetische System, genauso wie die im hohen Maße aufsteigende Mobilität und die beachtlichen sowjetischen Erfolge in der Wissenschaft, Bildung, Volksgesundheit und anderer sozialer Einrichtungen.

Westliche Sowjetologen (von denen die meisten keine Sympathisanten des sowjetischen Systems sind) geben zu, dass es eine umfassende Unterstützung für die sowjetischen Institutionen unter der sowjetischen Bevölkerung als Ganzes gibt.⁵²⁶

⁵²⁵ Thurston, Robert W. 1986. On Desk-Bound Parochialism, Commonsense Perspectives, and Lousy Evidence: A Reply to Robert Conquest. *Slavic Review* 45, S. 239

⁵²⁶ Szymanski, Albert 1984. *Human Rights in the Soviet Union*. London: Zed Books, S. 274

Addendum

I.

Nachdem ich mit dem Verfassen dieser Schrift fast fertig war, sagte mir ein Genosse, dass das Thema der Rechtsstaatlichkeit doch ein weiteres Thema wäre, welches in Punkto Demokratie und Sozialismus abgehandelt werden müsse. Das trifft zu, da die Sicherung der Rechte der Arbeiterklasse im Sozialismus genauso wichtig ist wie deren Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung mitzuwirken. Gerade im Hinblick auf die Aussagen der Bourgeoisie, dass die DDR, die sozialistische Welt insgesamt, Unrechtsstaaten gewesen seien und die BRD, die westlichen „Demokratien“ dagegen einen Rechtsstaat symbolisieren, ist dies sicherlich noch wichtiger. In Punkto Stalin und Sowjetunion ist dies jedoch ein sehr umfangreiches Thema, da es neben der Rechtsphilosophie und Gesetzgebung der Sowjetunion auch solche Themenkomplexe wie die Säuberungen, die „Jeschowtschina“, die Moskauer Prozesse oder die „Gulags“ und die „Opfer des Stalinismus“ beinhaltet. Eine gründliche und sorgfältige Bearbeitung dieser Themen würde jedoch den Bogen und die Länge dieses Buches überschreiten. Es handelt sich daher um ein neues Buchprojekt, das sich schwerpunktmäßig mit dem sog. „stalinistischen Terror“ auseinandersetzt. Es sei nur so viel gesagt: das Recht ist wie auch der Staat, die Demokratie und die Freiheit nicht unabhängig von seinen gesellschaftlichen Grundlagen zu verstehen. Recht und damit der Rechtsstaat steht nicht über den Klassen, sondern hat – wie alle gesellschaftlichen Konstrukte – einen Klasseninhalt. Über die Rechtsphilosophie und deren vergleich im Sozialismus und Kapitalismus hat Erich Buchholz einige wertvolle Schriften verfasst.⁵²⁷

Desweiteren ist es kein Geheimnis mehr, dass der Begriff „Unrechtsstaat“ ein Kampfbegriff ist, den es im Völkerrecht nicht gibt. Gesine Lötsch, Abgeordnete der LINKEN erklärt: „Den Begriff Unrechtsstaat gibt es im Völkerrecht nicht“. Und weiter: „Eine wissenschaftlich haltbare Definition des Begriffs Unrechtsstaat gibt es weder in der Rechtswissenschaft noch in den Sozial- und Geisteswissenschaften. ... es geht zumeist darum, die politische Ordnung eines Staates, der als Unrechtsstaat gebrandmarkt wird, von einem rechtsstaatlich strukturierten System abzugrenzen und moralisch zu diskreditieren“⁵²⁸

⁵²⁷ Z. B. Prof. Erich Buchholz, „Zum bundesdeutschen Rechtssystem“ ,erschieden im Ernst-Thälmann-Verlag, sowie „Sozialismus und Kriminalität“, erschienen als Sonderheft der offensiv sowie mehrere weitere Veröffentlichung dazu in den Monatsausgaben der offensiv.

⁵²⁸ http://www.gbmev.de/archiv/Die_DDR_war_kein_Unrechtsstaat_GBM_Kolloquium_60_Jahre_DDR.htm. Ausführlich dazu auch: Prof. Dr. Horst Schneider: „Bodo Ramelow und

Wir sehen also, es handelt sich nicht um einen wissenschaftlichen Begriff, sondern es ist ein Begriff des Klassenkampfes. Ziel solch einer Wortwahl ist es, den Sozialismus zu delegitimieren, mit diesem abzurechnen. So soll der Eindruck erweckt werden, dass das Leben im Sozialismus sich gesamtgesellschaftlich und staatlich gesehen nicht nach Regeln vollzogen habe, sondern es habe die reine Willkür, also Unrecht, geherrscht. Es habe also kein Recht gegeben, es gab Rechtswillkür oder gesetztes Recht sei Unrecht gewesen.

Wir lesen bei Hans Bauer, dem Vorsitzenden der GRH zum Recht in der DDR folgendes: „Das Recht der DDR basierte auf der grundlegenden wissenschaftlichen Erkenntnis, dass es Mittel der Politik ist, die jeweils herrschende Klasse sich ihr dienende Gesetze gibt und sie dementsprechend anwendet (Das ist übrigens heute in der BRD nicht anders, nur – die Herrschenden sind andere, und die Tatsache des politischen Wesens des Rechts wird, im Gegensatz zur DDR, verschwiegen bzw. geleugnet). Zwei grundlegende Ansprüche aus den Anfangsjahren unserer Entwicklung verdeutlichten bestimmten m. E. unser Verhältnis zum Recht in einer demokratischen und sozialistischen Gesellschaft: Eugen Schiffer, Präsident der Deutschen Zentralverwaltung der Justiz in der SBZ, forderte: Es gilt, ‚die Rechtsfremdheit des Volkes und die Volksfremdheit des Rechts‘ zu beseitigen. Und Wilhelm Pieck bezeichnete auf dem III. Parteitag die SED als ‚Partei der Gesetzlichkeit‘. Diese Ansprüche ziehen sich durch die verschiedenen Entwicklungsstadien der DDR, sicher mit unterschiedlicher Konsequenz und Deutlichkeit. Sie galten auch als eine ethische Maxime für jeden, der Verantwortung für Recht und Gesetz trug. Liebe Freunde! Beide Verfassungen der DDR, die von 1949 und von 1968, waren das Ergebnis einer breiten demokratischen Volksaussprache. Bekanntlich wurde die Verfassung von 1968 sogar durch Volksentscheid angenommen. Bürgerrechte und soziale Rechte waren in der Verfassung verankert. Frieden, Antifaschismus und strikte Einhaltung des Völkerrechts gehörten zu tragenden Prinzipien. Gemessen an den wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen, die das Leben in einem Staat, auch im sozialistischen Staat, bestimmen, hat die DDR in vorbildlicher Weise Rechtsstaatlichkeit - Rechtssetzung und Rechtsanwendung – realisiert. Ich erinnere hier nur an die großen Gesetzeswerke, die geschaffen wurden: das Familiengesetz, das Arbeitsgesetzbuch, das Zivilgesetzbuch, die in sich geschlossenen Gesetze zur Volksbildung und zum Gesundheitswesen. Erinnerung sei auch an das Strafrecht mit vielen tangierenden Gesetzen, von denen ein bürgerlicher Rechtsstaat nur träumen kann, angefangen vom Rechtspflegeerlass über die Gesetze der gesellschaftlichen Gerichte bis zum Vollzugs- und Wiedereingliederungsgesetz für Straftäter. Rechtssetzung und Rechtsanwendung dieser und anderer

Gesetze wurden von einem zutiefst demokratischen Prozess begleitet. Nicht nur Fachleute erarbeiteten diese Gesetze; nach öffentlichen Diskussionen wurden Hunderte von Änderungsvorschlägen aus der Bevölkerung unterbreitet, die geprüft und bei der Überarbeitung der Entwürfe berücksichtigt wurden. Die Gesetze der DDR zeichnete aus, dass die Intentionen des Gesetzgebers deutlich erkennbar, dass sie lesbar und verständlich, dass sie in sich logisch und anwendbar waren. Zu den wichtigsten Prinzipien sozialistischer Gesetzlichkeit in der DDR gehörte, Konflikten vorzubeugen oder sie frühzeitig abzubauen bzw. nicht eskalieren zu lassen sowie die einheitliche Rechtsanwendung im ganzen Lande.⁵²⁹

Und weiter: „Der DDR-Bürger war in Rechtsangelegenheiten nicht entmündigt, benötigte im Regelfall keinen ‚Rechtsdolmetscher‘, wie ich es auch persönlich in anwaltlicher Tätigkeit seit nunmehr nahezu 20 Jahren in der BRD erlebe. Demokratie in der Rechtspflege und die Unabhängigkeit der Richter – Unabhängigkeit in der Sache – waren in der DDR verfassungsmäßig garantiert und im realen Leben weitgehend verwirklicht. Rechtssetzung und Rechtswirklichkeit vollzogen sich im Osten Deutschlands über mehr als 40 Jahre in einem aufsteigenden Prozess. Unbestritten ist, dass das Ringen um Rechtsstaatlichkeit teilweise auch widersprüchlich verlief, mit Fehlern und Irrtümern verbunden war. Zweifellos war z.B. die Arbeit mit unserer Verfassung unzureichend; die in ihr steckenden Potenzen für das öffentliche Bewusstsein und für die Stärkung der Bürgerrechte wurden nicht ausreichend genutzt. Wir kennen die Diskussionen um die Einführung des Verwaltungsrechts, mit dem sich der Bürger gegen Entscheidungen staatlicher Organe rechtlich zur Wehr setzen konnte. Daraus allerdings den Schluss zu ziehen, der Bürger sei der Willkür des Staates, seiner Behörden ausgeliefert gewesen, ist falsch; es ist eine böswillige Behauptung. Immerhin gab es eine Reihe von Rechtsinstituten, die bekanntlich Verantwortung und weit reichende Vollmachten zur Wahrung der Gesetzlichkeit hatten: staatliche, gesellschaftliche und gewerkschaftliche Kontrollorgane und -mechanismen, u.a. das Eingabengesetz, die Arbeiter- und Bauerninspektion, die Gesetzlichkeitsaufsicht der Staatsanwaltschaft. Soweit das politische Strafrecht die These vom Unrechtsstaat DDR stützen soll, so trifft dies weder vom Inhalt und vom Umfang das Wesen sozialistischer Rechtspflege noch berücksichtigt es, dass tatsächlich der Schutzcharakter des Rechts gegen feindliche Tätigkeit erforderlich war. (...) Und im Übrigen: Jeder Staat verfügt über politisches Strafrecht, das besonderen Regeln unterliegt. Das war und ist in der BRD nicht anders.“⁵³⁰

Zur Frage der „Gewaltenteilung“ kommentiert Bauer: „Die Gewaltenteilung, die immer wieder als herausragendes Kriterium eines Rechtsstaates ins Feld geführt wird

⁵²⁹ Ebenda

⁵³⁰ Ebenda

- oft auch von linken Politikern -, ist in den imperialistischen Staaten, auch in der BRD, schon lange zu einer Farce, zu einer Illusion geworden, wie auf einer internationalen Fachtagung vom Februar 2008 in Potsdam festgestellt wurde (SZ v. 09.02.2008). Alle drei Gewalten - Gesetzgebung, Exekutive und Jurisdiktion - werden von den herrschenden Parteien bestimmt. Die jeweilige Koalition bestimmt die Gesetze, die Exekutive wird von den herrschenden Parteien dominiert, die höchsten Richterämter werden unter den Parteien ausgehandelt.⁵³¹

Wir sehen also, dass die Frage des Rechts niemals klassenneutral sein kann und die Bourgeoisie alles darauf setzt, dem Sozialismus - koste es, was es wolle - den Stempel eines Unrechtsstaates aufzudrücken. In einer späteren Schrift werden daher diese Prozesse in der Sowjetunion unter Stalins Herrschaft dokumentiert, da auch hier oftmals „Linke“ in den Kanon der Verletzung sozialistischer Gesetzlichkeit mit einstimmen.

II.

Im Bereich des Kampfes gegen den Bürokratismus bin ich nach Fertigstellung des Buches auf ein interessantes, 2013 erschienenes Buch von J. Arch Getty gestoßen: „Practising Stalinism: Bolsheviks, Boyars, and the Persistence of Tradition“.⁵³² Getty analysiert hier die Geschichte der „Clanpolitik“ und „Sippenwirtschaft“ in Russland. Diese Tradition geht bis in das zaristische Russland zurück und hatte auch in der Sowjetunion ihre Praxis gefunden. Getty stellt dabei fest, dass Stalin derjenige war, der gegen diese Clans systematisch vorging und ihre schlussendliche Zerstörung hervorrief. Dies war einer der Gründe für die Säuberungen in den 30er Jahren. Dabei findet Getty heraus, dass es zwar Stalin vermochte, diese Clans zu zerstören, jedoch nicht ihre alte historische Tradition, wie ein Kapitel über die politische Praxis unter Putin zeigen soll. Diese Analyse ist insofern interessant, da sie abermals die in diesem Buch beschriebenen Fakten untermauert. In Übereinstimmung mit Forschern wie Lars Lih aber auch mit Grover Furr und Juri Shukow zeigt sich hier, dass Stalin massiv gegen bürokratische Auswüchse vorging. In Anbetracht der Tatsache, dass Getty feststellt, dass das heutige kapitalistische Russland die Praxis der Sippenwirtschaft beibehält, die schon auf die Zeit der Zaren zurückgeht und den Schilderungen von Arkardi Waksberg über die mafiosen Strukturen unter Breschnew, zeigt sich, welche außerordentlich wichtige Rolle die Sowjetunion in der Stalin-Ära in der russischen Geschichte spielt.

Michael Kubi

⁵³¹ Ebenda

⁵³² Getty, J. A., 2013. Practising Stalinism: Bolsheviks, Boyars, and the Persistence of Tradition, New Haven: Yale University Press

Literaturverzeichnis

Allen, R. C. 2003. From Farm to Factory, New Jersey: Princeton University Press

Autorenkollektiv 1920. Leitsätze über die Grundaufgaben der Kommunistischen Internationale, angenommen auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale am 6. August 1920 http://ciml.250x.com/archive/comintern/german/2kongress_leitsaetze_grundaufgaben_ki_6_august_1920.pdf

Autorenkollektiv 1938. Geschichte der KPdSU (B) – Kurzer Lehrgang

Autorenkollektiv 1955. Lehrbuch der politischen Ökonomie http://www.politischeoekonomie.org/Lehrbuch/kapitel_32.htm#A6._Der_sozialistische_Wettbewerb.

Autorenkollektiv 1973. Kleines Politisches Wörterbuch: Dietz Verlag Berlin

Autorenkollektiv 1975. Philosophisches Wörterbuch, Leipzig: VEB Bibliographisches Institut

Baldwin, R. 1928. Liberty under the Soviets, New York: Vanguard Press

Barbusse, H. 1996 reprint. Stalin eine neue Welt, <http://stalinwerke.de/stalin-eine-neue-welt/senw/senw-009.html>

Bauer, H. Die DDR war kein Unrechtsstaat, GRH http://www.gbmev.de/archiv/Die_DDR_war_kein_Unrechtsstaat_GBM_Kolloquium_60_Jahre_DDR.htm

Baykov, A. 1948. Soviet Economic System, Cambridge: At the University Press

Bland, W. B. Stalin & the arts <http://ml-review.ca/aml/AllianceIssues/A2004/STALINART.html>

Bland, W. B. Stalin und die Künste: <http://red-channel.de/mlliteratur/sowjetunion/kunst.htm>

Bland, W. B. Stalinismus: <https://sascha313.wordpress.com/2014/04/22/3466/>

BPB. „Wir lassen sie verhungern“ – Interview mit Jean Ziegler <https://www.bpb.de/dialog/145727/wir-lassen-sie-verhungern-interview-mit-jean-ziegler>

Brar, H., 1992. Perestrojka – The complete collapse of revisionism, Imprint unknown

Brar, H., 1993. Trotskyism or Leninism?, Imprint unknown

- Brar, H. 2007.** Die Wirtschaftsgeschichte der Sowjetunion von Mitte der 50er Jahre bis zum Ende - Grundrisse der ökonomischen Zerstörung des Sozialismus in der UdSSR, in: offen-siv, 2007. Niederlagenanalyse, Hannover: Einzelverlag offen-siv,
- Breunig, C., Goerres, A. 2011.** Searching for electoral irregularities in an established democracy: Applying Benford's Law tests to Bundestag elections in Unified Germany, Electoral Studies xxx (2011) 1- 12 http://www.achimgoerres.de/work/Breunig_Goerres_Benford_Bundestag_elections.pdf
- Brown, D. 1945.** Soviet Local Government http://www.st-cyprus.co.uk/english/localGov/local_gov.html
- Campbell, J. R 1939.** Soviet Policy and Its Critics. London: V. Gollancz, ltd
- Chamberlin, W. H. 1930.** Soviet Russia. Boston: Little, Brown
- Dalton, H. 1933.** A General View of the Soviet economy with special reference to planning, in M. I. Cole (Ed.) Twelve Studies in Soviet Russia, London: Victor Gollancz LTD
- Davies, S. 1997.** Popular Opinion in Stalin's Russia, New York: Cambridge University Press
- Deutscher, I.1960.** Stalin: A Political Biography, New York: Vintage Books
- Deutscher Bundestag.** Parteispenden über 50.000 Euro für 2014 <http://www.bundestag.de/bundestag/parteienfinanzierung/fundstellen50000/2014>
- Duranty, W. 1934.** Duranty Reports Russia. New York: The Viking Press
- Fainsod, M. 1958, 1989.** Smolenks under Soviet Rule, London: Unwin Hyman Ltd
- Falkenhagen, H. J.** Leo Trotzki und das Wesen des Trotzismus Teil 1. Marxistisch-leninistische Schriftenreihe für Geschichte, Politik, Ökonomie und Philosophie. Heft 98-1. Berlin: Ernst Thälmann Verlag der KPD(B)
- Falkenhagen, H. J..** Leo Trotzki und das Wesen des Trotzismus Teil 2. Marxistisch-leninistische Schriftenreihe für Geschichte, Politik, Ökonomie und Philosophie. Heft 98-2. Berlin: Ernst Thälmann Verlag der KPD(B)
- FAZ.** Nabucco ist gescheitert <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/gaspipeline-projekt-nabucco-ist-gescheitert-12244787.html>
- Feuchtwanger, L. 1937/1993.** Moskau 1937, Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag
- Filtzer, D. 1986.** Soviet Workers and Stalinist Industrialization. London: Plutopress

- Fitzpatrick, S. 1999.** Everyday Stalinism Ordinary Life in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 30ies, New York: Oxford University Press
- Freeman, J. 1932.** The Soviet Worker, New York: Liveright INC Publishers
- Freundschafts-Gesellschaft BRD-Kuba.** Was sie dringend über Reporter ohne Grenzen wissen sollten <http://www.fgbrdkuba.de/infos/reporter-ohne-grenzen.php>
- Fromm, E. 1973.** Die imperialistische Freiheitsideologie in der Gegenwart, in: Freiheit und Gesellschaft, Die Freiheitsauffassung im Marxismus-Leninismus, Berlin: Dietz Verlag
- Furr, G. Juli 2010.** Interview mit 'Verade' Nr. 118 <http://esspressostalinist.com/2011/02/15/pcml-grover-furr/>
- Furr, G. 2014.** Chruschtschows Lügen, Berlin: Das Neue Berlin Verlagsgesellschaft mbH
- Furr, G. 2014.** Stalin und der Kampf um demokratische Reformen, Hannover: offensiv 4/2014
- Gegen die Strömung 2006.** Die revisionistischen Angriffe gegen den dialektischen Materialismus zurückschlagen <http://gegendiestromung.info/wp-content/uploads/pdfs/de/de-rfr-nummer-21.pdf>
- Gestwa, K. 2010.** Die Stalinschen Großbauten des Kommunismus, R. Oldenbourg Verlag München
- Getty, J. A. 1985.** Origins of the Great Purges, New York: Cambridge University Press
- Getty, J. A., 2013.** Practising Stalinism: Bolsheviks, Boyars, and the Persistence of Tradition, New Haven: Yale University Press
- Getty, J. A. & Naumov, O. 1999.** The Road to Terror. New Haven, Conn.: Yale Univ. Press
- Gilens, M., PageB. I. 2014.** Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens, Perspectives on Politics <https://www.princeton.edu/~mgilens/Gilens%20homepage%20materials/Gilens%20and%20Page/Gilens%20and%20Page%202014-Testing%20Theories%203-7-14.pdf>
- Goldman, W. 2007.** Terror and democracy in the age of Stalin, New York: Cambridge University Press
- Granick, D. 1960.** The Red Executive, New York, S. 230

Grossman, V. 2011. Ein Ami blickt auf die DDR zurück, Berlin: edition ost

Handelsblatt. Steinbrück droht neues Ungemach
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/westlb-desaster-steinbrueck-droht-neues-ungemach/8129272.html>

Handelsblatt. Wahlkampffinanzierung der AfD wirft Fragen auf
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/europawahl/gruene-wollen-bundestag-einschalten-wahlkampffinanzierung-der-afd-wirft-fragen-auf/9940846.html>

Hartmann, R. 2009. DDR Legenden Der Unrechtsstaat, der Schießbefehl und die marode Wirtschaft, Berlin: edition ost

Hesse, K. 2012. Zur Geschichte der UdSSR und der KPdSU, Teil 1, Leipzig: Eigenverlag

Holmberg, N. 1976. Friedliche Konterrevolution Teil 1, Oberbaumverlag

Hoover, C. B. 1931. The Economic Life of Soviet Russia, New York: The Macmillan Company

Hough, J. F., Fainsod, M. 1979. How the Soviet Union is governed? Cambridge: Harvard University Press

Huar, U. Stalins Beiträge zur Parteitheorie. Hannover: offen-siv http://red-channel.de/huar_stalin_partei1.htm

Huar, U. Stalins Beiträge zur politischen Ökonomie des Sozialismus. Hannover: offen-siv http://red-channel.de/huar_stalin_oekonomie.htm#t08

Indymedia. Reporter ohne Grenzen im Dienste der USA
<http://de.indymedia.org/2005/05/116668.shtml>

Iwanow, N. K. 1947. Der Sowjetstaat - ein Staat von neuem Typus, Berlin: SWA-Verlag

Johnson, H. 1947. Die Wahrheit über die Sowjetunion, Stuttgart: Verlag das Neue Wort

Johnson, H. Soviet Success, London: Hutchinson & Co LTD

Kalinin, M. I. 1933. Gegen die Ignoranz der Bürokraten, <http://www.red-channel.de/mlliteratur/sowjetunion/kalinin.htm>

Keeran, R., Kenny, T. 2010. Socialism betrayed. Behind the Collapse of the Soviet Union. Bloomington: iUniverse, Inc.

- KPD/ML 1979.** Die Wahrheit über Stalin <http://stalinwerke.de/wahrheit/wahrheit.pdf>
- Koenker and Bachman, Eds. 1997.** Revelations from the Russian Archives. Washington: Library of Congress
- Kuromiya, H.1988.** Stalin's Industrial Revolution, New York: Cambridge University Press
- Lenin, W. I.** Gesammelte Werke, Berlin: Dietz Verlag
- Lenin, W. I.** Staat und Revolution <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/staatrev/>
- Lenin, W. I.** Thesen und Referat überbürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats. http://ciml.250x.com/archive/lenin/german/lenin_1919_14_maerz_thesen_und_referat_ueber_buergerliche_demokratie_und_diktatur_des_proletariats.pdf
- Lesnik, S. M. 1946.** Die politischen Freiheiten in der Sowjetunion, Berlin: SWA-Verlag
- Lih, L., Naumow, O., Chlewnjuk O. 1996.** Stalin, Briefe an Molotow 1925 – 1926. Berlin: Siedlervelag
- Littlepage, J. 1937.** In Search of Soviet Gold, New York: Harcourt, Brace and Company
- Livshiz, S.** Der Eselstritt oder wie Günter Judik Stalin bewältigt. Marxistisch-leninistische Schriftenreihe für Geschichte, Politik, Ökonomie und Philosophie. Heft 108-2. Berlin: Ernst Thälmann Verlag der KPD(B)
- Lovell, D. W., 1987.** Trotsky's Analysis of Soviet Bureaucratisation – A Critical Essay, London: Croom Helm
- Lucas, M.** Secret Documents. Toronto: Northstar Compass
- Ludwig, E. 1942.** Stalin. New York, New York: G. P. Putnam's sons
- Mann, T.** über die berüchtigte „Extremismusklausel“ von heute <https://wurbude.wordpress.com/2012/08/15/thomas-mann-1945-uber-die-beruechtigte-extremismusklausel-von-heute/>
- Martens, L. 1998.** Stalin anders betrachtet, Berchen: EPO-Verlag
- Marx, K.** Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei (Kritik des Gothaer Programms), MEW 19, S. 20f.
- McAuley, M. 1969.** Labour Disputes in the Soviet Union, Oxford

McKie, P. B. B. 1953. Building the Union at Ford, New York: International Publishers, <http://antitrot.tripod.com/articles/purge.htm>

Medwedew, R. 1971. Let History Judge: The Origins and Consequences of Stalinism, New York: Vintage

Medvedev, R. 1989. Let History Judge. New York: Columbia University Press

MLPD. Dimitrij Schostakowitsch und die Entwicklung einer sozialistischen Musik-
kultur <http://www.mlpd.de/2012/kw44/dimitrij-schostakowitsch-und-die-entwicklung-einer-sozialistischen-musikkultur>

Neopresse. Studie zeigt USA keine Demokratie <http://www.neopresse.com/politik/usa/studie-zeigt-usa-keine-demokratie/>

netzfrauen.de. Teil 1: Wer macht die öffentliche Meinung? Ein paar wenige Medien-
konzerne <http://netzfrauen.org/2013/12/10/teil-1-wer-macht-die-oeffentliche-meinung-ein-paar-wenige-medienkonzerne/>

netzfrauen.de. Teil 2: Wer beherrscht die Medien? Zeit, Stern, Spiegel, Focus – Wer
gehört zu wem? <http://netzfrauen.org/2014/10/08/teil-2-wer-beherrscht-die-medien-zeit-stern-spiegel-focus-wer-gehört-zu-wem/>

Nove, A., Ed. 1993. The Stalin Phenomenon. New York: St. Martin's Press

Rothstein, A. 1942. Workers in the Soviet Union, London: Frederick Muller LTD

Rothstein, A. 1948. Man & Plan in Soviet Economy, London: Frederick Muller LTD

Rothstein, A. 1950. A History of the USSR, Harmondsworth Middlesex: Penguin Books,

Rosental, M. M. 1947. Materialistische und idealistische Weltanschauung, Berlin: Verlag JHW Dietz

Rozsnyai, E. 2009. Warum muss man es beim rechten Namen nennen? In Streitbare-
rer Materialismus Nr. 29

Rupp. de. Sammlung von Fälschungen, Wahlbetrug und Problemen bei der Briefwahl
http://rupp.de/briefwahl_einspruch/briefwahl_wahlbetrug.html

Sascha's Welt. Leeres Gerede über die bürgerliche Freiheit <http://sascha313.blog.de/2011/08/14/leeres-gerede-buergerliche-freiheit-11668166/>

Sascha's Welt. Was ist kommunistische Propaganda und wem dient sie?
<http://sascha313.wordpress.com/2014/10/26/was-ist-propaganda-und-wem-nutzt-sie/>

- Saslowski, D. 1946.** Von der Sowjetdemokratie, Berlin: SWA Verlag
- Schaginian, M. 1952.** Auf des Fünfjahresplans Bahnen, Berlin: Dietz Verlag
- Schapiro, L. 1960.** The Communist Party of the Soviet Union, New York: Random House
- Schdanow, A. 1939.** Abänderungen des Statuts der KPdSU, <http://www.red-channel.de/mlliteratur/sowjetunion/shdanow1.htm>
- Schdanow, A. 1947.** Kritische Bemerkungen zu G. F. Alexandrows Buch: 'Geschichte der westeuropäischen Philosophie', Rede auf der Philosophentagung in Moskau, Juni 1947 [http://www.red-channel.de/mlliteratur/sowjetunion/shdanow2 .htm#2](http://www.red-channel.de/mlliteratur/sowjetunion/shdanow2.htm#2)
- Schneider, H. 2007.** Hysterische Historiker, Böklund: Verlag Wiljo Heinen
- Schuman, F. L. 1946.** Soviet Politics at Home and Abroad, New York: Alfred a. Knopf
- Scott, J. 1944.** Jenseits des Ural die Kraftquellen der Sowjetunion, Stockholm: Berman-Fischer Verlag
- Seydewitz, M. 1938.** Stalin oder Trotzki, Kapitel 6: http://www.offensiv.net/Lesenswertes/stal_tro.shtml
- Siegelbaum, L. Sokolov, A. 2000.** Stalinism as a way of Life, New Haven: Yale University Press
- Sloan, P.1937.** Soviet Democracy, London: V. Gollancz, ltd
- Sloan, P. 1941.** How the Soviet State is run, London: Lawrence & Wishart LTD,
- Snow, E. 1945.** The Pattern of Soviet Power, New York: Random House
- Sowjetunion heute 7/1990**
- Stalin, J. W.** Gesammelte Werke, Berlin: Dietz Verlag
- Stalin, J. W.** Gesammelte Werke, <http://stalinwerke.de/>
- Stalin, J. W.** Über die Verfassung, <http://www.red-channel.de/mlliteratur/sowjetunion/verfassung.htm>
- Strong, Anna L. 1936.** This Soviet World. New York, N. Y: H. Holt and company
- Swawitsch, I. S. 1948.** Presse und Verlagswesen in der UdSSR, Berlin: SWA-Verlag
- Szymanski, A. 1984.** Human Rights in the Soviet Union. London: Zed Books

TAZ. 565.000 Euro für die CDU <http://www.taz.de/Industrie-zeigt-sich-weiter-spendabel/!125728/>

TAZ. Gute Zusammenarbeit <http://www.taz.de/Illegale-Parteispenden-fuer-die-NPD/!129506/>

Thurston, R. W. 1986. On Desk-Bound Parochialism, Commonsense Perspectives, and Lousy Evidence: A Reply to Robert Conquest. *Slavic Review* 45

Thurston, R. 1993. The Stakhanovite movement: Background to the Great Terror in the factories, 1935 – 1938 in J. Arch Getty & Roberta T. Manning (Editors), *Stalinist terror – new perspectives*, New York: Cambridge University Press

Thurston, R. W. 1996. *Life and Terror in Stalin's Russia*, New Haven: Yale University Press

Trotzki, L. D. 1936 (reprint). *Verratene Revolution*, Verlag Ergebnisse & Perspektiven

Tschernyschewski, N. G. *Ausgewählte Werke*, Band 1, russ.

Unklarheiten.de. Parteispenden Grüne, http://www.parteispenden.unklarheiten.de/?seite=datenbank_show_k&db_id=8

Uljanowa, M. I. 1933. Die Beschwerde als Signale für Fehler und Auswüchse verstehen

Volkogonov, D. 1991. *Stalin: Triumph and Tragedy*. New York: Grove Weidenfeld

Waksberg, A. 1991. *Die sowjetische Mafia. Organisierte Verbrechen in der Sowjetunion*. München: Piper Verlag

Webb, S., Webb, B. 1937. *Soviet Communism – A New Civilisation*, New York: Charles Scriber's Sons

Webb, S. 1942. *The Truth about Soviet Russia*. New York: Longmans, Green

Welt. de. Das Recht auf Information ist weltweit in Gefahr: <http://www.welt.de/politik/ausland/article127586401/Das-Recht-auf-Information-ist-weltweit-in-Gefahr.html>

Wikipedia. Berlinpolis 22.02.2015 <http://de.wikipedia.org/wiki/Berlinpolis>

Wikipedia. Bürokratie 22.02.2015 <http://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCrokratie>

Wikipedia. Hans-Olaf-Henkel 22.02.2015 http://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Olaf_Henkel

Wikipedia. Liste von Mitgliedern der Atlantik-Brücke 22.02.2015 http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Mitgliedern_der_Atlantik-Br%C3%BCcke

Wikipedia. Vermögensverteilung in Deutschland 22.02.2015 http://de.wikipedia.org/wiki/Verm%C3%B6gensverteilung_in_Deutschland#.C3.9Cberblick_Verm.C3.B6gensverteilung_2002_-_2007

Wikipedia. Verratene Revolution 22.02.2015 http://de.wikipedia.org/wiki/Verratene_Revolution._Was_ist_die_Sowjetunion_und_wohin_treibt_sie%3F

Wissen.de Stalinismus <http://www.wissen.de/lexikon/stalinismus>

Yemelianov, Y. The Quest for the Truth about Stalin. <http://www.revolutionary-democracy.org/rdv12n2/stalin.htm>

ISBN 978-3-00-048893-1

14,00 €